

rage page
feministische konsequenzen aus marburg

Editorial

Sehr verehrtes Publikum,

Herzlich Willkommen, Vorhang auf, Manege frei für: Zirkus Polizei!

Das Warten hat sich gelohnt, wir sind endlich zurück. Und zwar mit einem dicken, neuen Heft. Dieses Mal setzen wir uns intensiver mit einem Thema auseinander. Polizei(gewalt) lautet der Brocken, an dem wir uns abgearbeitet haben. Schon der Titel klingt nicht so spontan wie „einfach mal machen“ (1. Ausgabe) oder so zauberhaft wie „erzähl mir keine Märchen“ (2. Ausgabe). Diese Ausgabe ist nicht immer leichte Kost, es sollte aber abwechslungsreich genug sein, dass für alle was dabei ist.

Und warum jetzt Polizei und Gewalt?

In unseren ersten beiden Magazinen haben wir mit dem Ist-Zustand abgerechnet. Wir haben versucht, unser vielschichtiges und **intersektionales** Verständnis von **Feminismus** darzulegen. Wir wollten zeigen, wie verschiedene Strukturen miteinander in Verbindung stehen, sich gegenseitig bedingen, ja, sich gegenseitig in die Krise stürzen. Oder vielmehr: Die Krise sind. Ein System aus Krisen? Ein Krisensystem? Oder das System als Krise?

Uns ist schon vor diesem Magazin bewusst gewesen, dass es das Thema Polizei(gewalt) gibt, dass das genaugenommen ne ziemlich große Krise ist. Doch durch die Auseinandersetzung mit Polizei(gewalt) ist uns die Dringlichkeit noch mal ins Auge gesprungen. Denn ohne Pause hagelt es Beispiele. Einmal damit konfrontiert, sehen wir diese Gewalt jeden Tag, die ganze Zeit und überall.

Dieses Magazin soll ein Antwortversuch auf die Frage sein, welche Rolle die Polizei in der Dauerkrise spielt. Wir sind dem auf verschiedene Weise nachgegangen. Mit Frust, Trauer und Sprachlosigkeit, Wut und Zynismus, mit Prosa und Theorie, eigenen Gedanken und kunterbunt-grünen Collagen. Nicht alle haben jeden Text geschrieben, nicht alle stehen hinter jedem Inhalt. Texte vom Kollektiv sind als solche erkennbar.

Die 3. Ausgabe von **rage page – feministische Konsequenzen aus Marburg** will einen vielseitigen und feministischen Blick auf Polizei(gewalt) ermöglichen. Dabei schauen wir uns erst mal an, was die Polizei eigentlich ist und woher sie kommt. Wir schreiben über Menschen, die in unterschiedlichsten Kontexten Gewalt durch Cops erfahren, z.B. an der **EU-Außen-grenze**, in der **Sexarbeit** und auf offener Straße. Und wir fragen **Copwatch FFM**, wie sie eine nichtstaatliche Kontrollinstanz über die Polizei geworden sind. Es gibt außerdem Texte über ganz persönliche Erfahrungen mit der Polizei und Polizeigewalt. Unsere dritte Ausgabe will auch zeigen, wie eine Welt ohne Cops und die Institution dahinter aussehen könnte. Und lokalen Rage gibts von der Gruppe **CAT -Communist Action & Theory**, Stichwort: Hessisches Versammlungsgesetz.

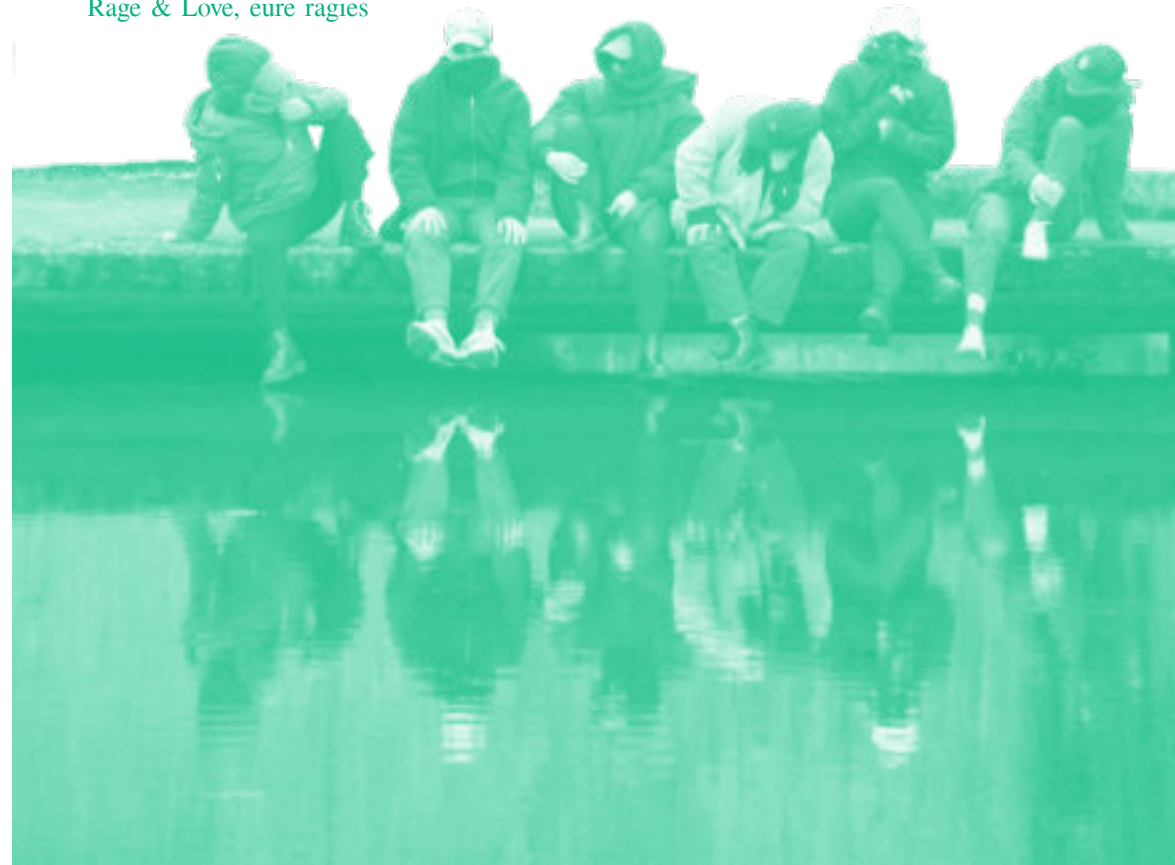
Ach ja und diese ragepage-Ausgabe wird praktischer denn je: Was tun, wenn der Bruder zu den Cops will? Ist es okay, auf Uniformen zu stehen? Rageina hilft! Nächste Woche große Demo und noch kein Plan? Unser Demo-Dino erklärt dir, wie man sich auf die große Revolution vorbereitet und welches Outfit dafür praktisch ist. Sogar ein Selbsttest ist dabei, mithilfe dem du herausfinden kannst, welcher Politarbeitstyp du eigentlich bist. Und wenn dein Hunger nicht zu stillen ist, dann findest auf unserer Empfehlungsseite Bücher, Podcasts, Instagram-Accounts und Co. – rund ums Thema **ACAB** *zwinker*.

Ach und nein, das **Patriarchat** haben wir noch immer nicht überwunden. Für alle, denen das aus unseren Artikeln nicht klar genug wurde, gibt es noch eine Collage, Gedanken zu Ausschlüssen von **trans*** Frauen aus gemeinschaftlichen Räumen und Gedichte – einige davon sind Gastbeiträge. Außerdem freuen wir uns, dass unser Manifest erneut übersetzt wurde. Diesmal auf Farsi vom **Marburger Kollektiv** zur Unterstützung der Frauen*revolution in Iran. Und weil es euch die letzten Male so gut gefallen hat, gibt es auch wieder das Glossar. Hier werden (hoffentlich alle) schwierigen Begriffe erklärt.

In diesem Sinne ein großes Dank an alle Gruppen und Einzelpersonen, die zu der Entstehung unserer dritten Ausgabe beigetragen haben.

Wir haben übrigens auch einen Blog, falls du da weiter lesen willst, oder vielleicht mal was von dir selbst veröffentlichen willst, hier der Link: www.ragepage.noblogs.org

Wir wünschen euch viel Spaß beim Lesen.
Rage & Love, eure ragies



Inhaltsverzeichnis

Editorial	2	69	türen aus sperrholz
Inhaltsverzeichnis	5	72	Orchids
Sonne, Mond und Sternchen.	6	74	mental illness is not a crime Polizeigewalt gegen Menschen in psychischen Krisen
Manifest 2.0 auf Farsi	8	80	rage page open stage
Krise, welche Krise?	13	82	Ein Kommentar zur Uniform ... der auch ganz schön viel von Vermummung handelt
my beauty cannot be limited by a standard	15	86	„Hässliches Versammlungsgesetz – Ein kurzer Blick“ Ein Gastbeitrag
Polizei – was ist das, wo kommt sie her, warum gibt es sie und was müsst ihr wissen?	16	88	Das kleine Demo 1(3) x 1 (2)
	20	98	Prostitution Pandemie und Polizei. "I didn't report the case because [...] I don't believe in the police [...]."
eins eins osterei	22	107	Gedankenchaos zum Thema Polizeigewalt
Eine andere Welt ist möglich Wie kann unsere Gesellschaft ohne Polizei aussehen?	26	110	Zum § 129 StGB und der Kriminalisierung (radikal) linker Organisation
„Copwatch ist Teil unseres Alltags“ ein Interview mit <i>Copwatchffm</i>	35	126	Gedanken zu Ausschlüssen von transweiblichen Menschen innerhalb „feministischer“ und FLINTA* Spaces
Police pROSA ROTE BRILLE abgesetzt.	42	129	Sonnetage
Warum hast du diesen Spitzenbody getragen?	46	130	Warum guckt der so?
II... oder die machen auch nur ihren Job	52	133	Zur Rolle von Frauen im <i>Lebensbund</i>
Kolumne von Rageina	54	138	Welcher Politarbeits-typ bist du?
FCK FRNTX oder FUCK FRONTEX	58	141	Glossar
All Clits Are Beautiful	62	164	Impressum
Gedanken zu Gewalt und Gegengewalt. Warum es ok ist, Steine auf Cops zu werfen.	63		
Die Straßen eurer Stadt	68		

Sonne, Mond und Sternchen.

The Same Procedure as every Zine.

Liebe*:-/_r Leser*:/-/_in,

von Binnen-I über Gendersternchen bis zum Doppelpunkt ist alles dabei. Ja beinahe jedes Sonderzeichen was die Tastatur unseres Laptops zu bieten hat, wird gefälligst auch genutzt. Nein, Spaß bei Seite. Die Sonderzeichen, welche wir zur Gleichstellung der Sprache nutzen können, lassen mehr Interpretationsspielraum als man auf Anhieb denken mag. Dazu gleich mehr.

Jede Möglichkeit hat ihr Für und Wider. Um das klarzustellen, wir sind nicht an dem Punkt, an dem wir darüber streiten, ob überhaupt gegendert wird. Wenn du darüber noch streiten magst, dann klapp an dieser Stelle das Magazin zu, atme tief durch und überleg's dir nochmal. Sprache schafft Bewusstsein, schafft Verknüpfungen in der Welt, die wir wahrnehmen. Wir wollen jetzt nicht zu tief in der sprachphilosophischen Kiste kramen, aber irgendwie auch schon:

Sprache kann gleichermaßen Gefängnis wie Möglichkeit sein, man muss sie nur vernünftig benutzen. Sie kann Wege und Türen öffnen, um mit Menschen in Kontakt zu treten und sie dabei zu respektieren. Wir denken in der Sprache, die wir kennen und das meint jede denkbare Form der Sprache. Das ist die Möglichkeit, die sie uns liefert. Mit dieser müssen wir umzugehen wissen. Sie ist ein Gefängnis eben dann, wenn wir sie zu starr sehen, wenn wir ihr nicht zutrauen, dem Wandel der Menschheit gleich zu tun. Sprache ist kein unveränderbares Gerüst, sie sollte keine Grenzen haben.

Und eben deshalb, ist unser Himmel voll mit Sonne, Mond und Sternchen.

Aber warum nehmen wir das Sternchen*?

Irgendwie macht es jede*r anders und das ist auch okay. Wir haben uns für das Sternchen* entschieden, um unsere Sprache geschlechterneutral anzuwenden. Diese Methode erschien uns im Kollektiv als inklusiv, verständlich und auffallend genug, den Kampf gegen **patriarchale** Sprachgebräuche zu führen. Es gibt andere Möglichkeiten. Zum Beispiel das Binnen-I, der Doppelpunkt, das Slash Zeichen und der Unter- oder Spiegelstrich. Diese Optionen könnte man mit dem Vorwurf konfrontieren, in einem **binären** Sprachgebrauch zu verharren, und in ihrer Anwendung nicht alle Geschlechter einzubeziehen. Sie haben aber durchaus ihre Vorteile. Dafür kannst du ja mal in die Texte zur geschlechterneutralen Sprache aus unseren ersten beiden Ausgaben gucken.

Das Sternchen hingegen (das ist jedenfalls einer der Erklärungsansätze), soll durch die Ausrichtung der „Zacken“ in alle Richtungen, symbolisch alle Geschlechter mit einbeziehen. Achja Symbole, da könnte ich glatt in der nächsten Philosoph*innen- Kiste kramen. Aber lassen wir das.

All in all, ist dies jedenfalls unsere Art sich gegen patriarchale und binäre Strukturen, die sich in unserer Sprache verankert haben, entgegenzustellen. Ein Magazin wie unseres, lebt nun mal von geschriebener Sprache, es ist uns wichtig, sensibel mit ihr umzugehen. Dies kann ein Anfang sein. Vielleicht gelingt uns das nicht immer an allen Stellen, dann sind wir für Kritik stets offen.

Viel Spaß beim Lesen. Danke, Tschüss und Sternchen*



مجله ما می‌خواهد به افراد فرصتی بدهد تا در ماربورگ به شیوه‌هایی متفاوت دغدغه‌های فمینیستی را خود بیان کنند. ما خواهان رساتر شدن صداهای فمینیستی در جامعه هستیم. ما به دلیل دیدن پتانسیل عمل گروهی، با یکدیگر همکاری می‌کنیم. ما دغدغه هاپمان، مبارزاتمان را به هم وصل می‌کنیم! مزخرفات مردسالارانه ی اطرافمان، ما را از پای در نمی‌آورد! ما می‌خواهیم زندگی کنیم! جایگاه ما، زیستن در چنین جامعه ای نیست، بلکه در همبستگی با فمینیست های سراسر جهان و جنگیدن کنار آن هاست .

ما باید اول خودمان و به همراه آن جامعه و نظام را متحول کنیم. در بزنگاهی که فاصله، ضرورت بقاست، این شکاف ها و انزوا را پر می‌کنیم. هیچ بیماری همه گیری نمی‌تواند مقاومت ما را متوقف Rage Page با کند، هیچ فاصله فیزیکی نمی‌تواند همبستگی جمعی ما را از بین ببرد .

یا فمینیسم یا شورش !

Manifest 2.0 auf Farsi

übersetzt vom Marburger Kollektiv zur Unterstützung der Frauen*Revolution in Iran

ما کالکتیوی هستیم که گرد هم آمده ایم تا خشم و انزجار خود را از شرایط موجود ابراز و با صدای رسا آن را محکوم کنیم. میل به جنگیدن و پیوستن مبارزاتمان به یکدیگر؛ میل به همبستگی و با هم جنگیدن ما کنار هم جمع کرده تا موضع خود را واضح تر از همیشه نشان دهیم .

Rage Page, نشانی از تجربه ی زیسته ی همه ی ما و شکل های مختلف فعالیت های مبارزاتی مان است جایی که در آن خشم، ناامیدی و انتقاد خود را از سیستمی که ما، بدن ما و احساساتمان را سرکوب، استثمار و نابود می کند. ما شیوه های متعدد و متنوعی برای رسیدن به این مقصود داریم: احساسی، گاهی آرام و ملایم، گاهی با صدای بلند و خشمگین، گاهی در داستان ها، گزارش های فردی یا شعرها، گاهی در بحث و جدل ها و گاهی در نظرات خشمگینانه، و در برخی موارد در کلمات و تصاویر. ما بستر و فضایی را به چنگ می آوریم که از ما دریغ می شود - همیشه و همه جا. برای ما دگرگونی یعنی ایجاد یک ضد جریان عمومی. ما نمی خواهیم (با عموم) یکپارچه شویم، چراکه ایده های ما بدون خیانت به خویشتن خویش، نمی توانند در کلیت یکپارچه شوند .

از آنجایی که مقرر کالکتیو ما در ماربورگ واقع شده، خود را محق میدانیم در اتفاقاتی که در شهرمان می افتد دخیل و سهیم باشیم. ما با دقت رصد می کنیم که چگونه ساختارهای محافظه کار و جناح راست در حال متحد شدن هستند، مثال بارز آن ارتباط بین نامزد شهرداری ماربورگ از حزب دمکرات مسیحی و شبکه ی "انجمن برادری" است. تعدد ارتباطات "انجمن برادری/فرهنگی" دانشجویی متعدد ماربورگ با شبکه های "انجمن برادری" به وضوح نشان می دهد که تا چه میزان تفکرات محافظه کارانه و راست گرایانه، ضدپهودی و ضد زن میان افشار مختلف جامعه رسوخ پیدا کرده است. "انجمن برادری" نازی ها در این میان در رأس این هرم قرار میگیرد. با این وجود، کماکان شاهد هیچگونه موضع گیری، محکومیت و تحریم شخصی، به عنوان مثال از سوی دانشگاه، نیستیم. در عین حال هنوز شاهد آن هستیم که چگونه انکارکنندگان کرونا و راست گرایان افراطی، مرتباً در ماربورگ علیه "تدابیر مبارزه با کرونا" اعتراض و تظاهرات سازماندهی می کنند. هنوز و بعد از گذشت زمانی طولانی، تعداد بسیار اندکی به این موضوع واکنش نشان می دهند. این بدین معنی است که ایده ها و ایدئولوژی های جناح راست و راست گرایی به تدریج و در عین حال به وضوح، در گفتمان اجتماعی و روزمرگی شهر رسوخ کرده اند. جناح راست سازمان یافته در ماربورگ، علاوه بر اعتراض های عمومی، همواره از راه های دیگری نیز به فعالیت خود ادامه می دهد. بنای یادبود نه قربانی حمله نژادپرستانه در نوزده فوریه دو هزار و بیست در هانانو که در سالگرد این ترور، در میدان فریدریش شهر برپا شده بود، دو بار مورد حمله قرار گرفته و تخریب شده است. این واقعیت که این حملات علیه یک بنای یادبود برای مردم کشته شده توسط نژادپرستان راست گرا انجام شده، تروری دوباره و چند لایه تلقی می شود. آنها ترور میکنند و در روز سالگرد ترور، یادبودش را هم ترور میکنند!

اگرچه شهر ماربورگ، این حملات را محکوم می کند، هنوز این بنای یادبود را به رسمیت نمی شناسد. انفعال جامعه شهری لیبرال، گسترش افکار راست گرایانه، تغییر در گفتمان و روابط بین محافظه کاران و راست گرایان را می توان و باید در بُعد محلی، فاش و آشکار سازی کرد، چرا که آنها خود متعلق به ساختارهای گسترده تری هستند. برای ما روشن است: فمینیسم همچنین یعنی ضد نژادپرستی!

تفاوتی نمی کند کجا؛ ما مدام در معرض رفتارهای "قدرت طلب و مردسالارانه" هستیم. و این رفتارها به صورت فزاینده، فضای اعظمی از جامعه ی پیرامون ما را اشغال می کنند: چه در خیابان و چه در فضاهای چپ. خویشتن شناسی فمینیستی و خود بازتابی فمینیستی، همچنان در همه جا نادیده گرفته می شود، از جمله در صحنه ی جناح چپ. ما با صدای بلند فریاد می زنیم: بدون فمینیسم، ضد فاشیسم وجود ندارد! ضد فاشیسم، بدون فمینیسم فاقد اعتبار است! مجله و مقالات خود را در بخش محلی نشر می دهیم، اما در عین حال کار خود را بخشی از مقاومت جهانی فمینیستی و ضد فاشیستی می دانیم. به دست آوردن فضا، بخشی *LGBQA از مقاومت فمینیستی ماست. متأسفانه، هنوز هم اغلب ما به عنوان زنان، ترنس*، غیر باینری و عهده دار افزایش نفوذ ساختارهای مردسالارانه و جنسیتی در فضاهای چپ هستیم. ما خسته ایم! با این وجود همچنان این وظیفه را بارها و بارها به پیش می بریم، زیرا آگاهیم که آشکارسازی نقاط ضعف، رفتارهای نادرست و همچنین بهره برداری از روابط قدرت در جریان چپ و هر جای دیگر، اهمیت بسیاری دارد. مجله ما می خواهد دو کار را انجام دهد: اشغال فضا و محکوم کردن آنچه که باید .

انکار نخواهیم کرد که این قبیل ساختارها، همچنین بر ما و در نتیجه بر مجله ی ما نیز تأثیرگذارند. به همین دلیل است که نحوه ی برخورد ما با این ساختارها، بسیار مهم هست. تمام سعی خود را بر این گذاشته ایم و خواهیم گذاشت که این شرایط و ساختارها را رد کنیم. با این وجود خود را نیز بخشی از مشکل می دانیم، زیرا این ساختارها همچنان در درون ما وجود دارند و اگر هشیارانه عمل نکنیم و تامل مدام برای یافتن راه عبور از آن ها نداشته باشیم، در درونمان به حیات خود ادامه می دهند. به عنوان مثال، همه ما "خود تردیدی" را می شناسیم که اغلب با ایده های سیاسی ما در تضاد است و گاهی می تواند ما و عملکردمان را در انحصار خود درآورد. در چنین لحظاتی، احساسات واقعی بر ما مسلط می شوند که به طور قابل توجهی تحت تأثیر همین ساختارهای در پیش ذکر شده قرار دارند و در نهایت هم توسط همین هاست که بازتولید می شوند. متأسفانه، فشار درونی برای عمل و کسب موفقیت، بهره کشی از خود و سلسله مراتب حاکم بر جامعه همچنان بر تصور ما از آن مقصودی که می توانیم به آن دست یابیم، تأثیر می گذارند و به آن شکل می دهند. به این ترتیب ما از طریق همراهی در این تأثیرپذیری ها، به بازتولید ساختارهایی کمک می کنیم که در حقیقت در پی امتناع از آن ها هستیم و فضا را برای تجاوز احتمالی از مرزهای دیگران مهیا می کنیم. بنابراین بسیار حائز اهمیت است که این موضوع را درک کنیم، آن را نامگذاری کرده و علیه آن اقدام کنیم. به همین دلیل ما به عنوان ناشران این مجله، اهمیت شایان توجهی برای نقد قائلیم و ویژگی کار ما نیاز دائمی به تامل است. ما این مجله را مکانی برای تبادل نظر، شکست و یادگیری می دانیم. بنابراین باور داریم که انتقاد، تناقض و اشتباه نه تنها اجتناب ناپذیر، بلکه ضروری است. تضادهایی وجود دارند که قابل حل نیستند. با این حال، ما باید یاد بگیریم چگونه با وجود آن ها حرکت کنیم- برای یک زندگی خوب برای همه. تنها با پذیرش نقدهای وارده می توان ساختارهای درونی شده را به چالش کشید و به جای پنهان سازی آکنده از خشونت با آن ها رویه رو شد (و علیه) آن ها کار کرد. تصور کردن این مسیر به عنوان یک فرآیند بی نهایت، بخشی از اصول بنیادی ما است .

Krise, welche Krise?

nuz

Was sind diese Krisen, von denen wir sprachen? Von denen wir weiterhin sprechen?

„Hey, wir sind rage page und wir sind wütend“

so ging es im Krisenteil unseres ersten Magazins los. Das sind wir auch immer noch. Die Krisen, von denen wir sprechen, sind die ‚Normalität‘ in der wir uns

bewegen müssen, welche geprägt ist von Gewalt. Diese Gewalt drückt sich vielfältig aus, wie wir erläutert haben. Aber eben auch durch Cops.

Was haben wir im ersten Magazin in unserem kurzen Rant über diese Welt zur Rolle der Polizei geschrieben? Welche Rolle nimmt die Polizei in der Krise ein?



All cops are crisis revised

Cops als Krise also (wen wunderts), wir schrieben:

„Die Funktion der Polizei ist es, d[as] gewaltvolle, repressive, patriarchale, rassistische, kapitalistische, imperiale System aufrechtzuerhalten. Alle Polizist*innen unterstützen so dieses System aktiv – ihre Aufgabe ist es, dessen Recht und Gesetz durchzusetzen. Sie sind Teil der staatlichen Institution, welche Gewalt ausübt und ausüben muss. Polizist*innen müssen und wollen die Gesetze eines Staates durchsetzen, das tun sie oft genug auch mit physischer Gewalt. Dieses Recht und Gesetz sind Ausdruck der rassistischen und patriarchalen Strukturen des Systems, welche sich durch das alltägliche Leben ziehen und welche auch durch den Staat repräsentiert werden. Deshalb gibt es keine Polizist*innen, die außerhalb dieser Logik stehen. Auch aus diesem Grund halten wir die Argumentation #notallcops für absoluten Schwachsinn. Es ist nicht möglich als cop einen Unterschied zwischen den eigenen Überzeugungen, so „gut“ und „reformativ“ diese auch erscheinen wollen, und dem Job und damit den Systemungleichheiten, die durch diesen aktiv gestützt werden, zu machen. **ACAB** ist damit Systemkritik. Außerdem kritisieren wir die informelle **Polizeikultur/Copculture**, die innerhalb der Polizei herrscht. Diese führt unter anderem dazu, dass Polizist*innen sich gegenseitig schützen und Polizeigewalt so doppelt unsichtbar gemacht wird. **Toxische Männlichkeit** und ihre Ideale prägen, unterstützen und (re-)produzieren diese Copculture. Wie eklig diese „Männlichkeits-“ Bilder sind, zeigt sich immer wieder. So zum Beispiel bei Räumungen wie im Dannenröder Forst, bei denen **FLINTA*** sich sexistische Beleidigungen anhören mussten, schikaniert, bedroht und verletzt wurden, weil cops den Macker raus-

hängen lassen und in ihrer Position ihre strukturelle Macht ausnutzen. **(Sexualisierte) Gewalt** durch Polizist*innen hat auch hier verschiedene Ausmaße, die immer wieder auch lebensbedrohlich sein können und sind. Staatliche Repression in unterschiedlichster Form (**Racial Profiling**, § 129, Abschiebehaft etc.) erfahren in diesem System all diejenigen, die durch eben dieses System und seine repressiven Strukturen marginalisiert werden. Aktuell sind auch Menschen aus Marburg im Zuge des G20-Prozesses großen Repressionen ausgesetzt. Wir möchten darauf aufmerksam machen: Recht heißt nicht Gerechtigkeit und es gibt Gründe, das Justizsystem abzulehnen und mit ihm in Konflikt zu geraten. Das Rufen der Polizei, Gefängnisstrafe oder der Bezug auf das Justizsystem generell sehen wir nicht als nachhaltige Lösung für den Umgang mit Gewalt oder Problemen. Diese fördern oder üben selbst Gewalt gegen uns und die Menschen in unseren unterschiedlichen communities (z.B. Gemeinschaften, Szenen und Nachbar*innenschaften, selbstgewählten Familien, Freund*innenschaften) aus. Deshalb stehen wir hinter der Suche nach anderen Strategien, um mit Konflikten umzugehen. Ideen wie z.B. die der **restaurativen und transformativen Gerechtigkeit** oder Täter*innenarbeit sind Konzepte, die einen Konfliktumgang durch starke und solidarische Beziehungen anstreben. Veränderung wird durch anderes Zusammenleben geschaffen und stellt die Frage, wie wir Beziehungen zueinander führen wollen in den Mittelpunkt.“

Themen, die wir benannt und angerissen haben, waren also: die Funktion der Polizei, das Gewaltmonopol des Staates ausgeführt durch die Polizei, die Schnittstelle von Gesetzen/Recht, Staat und Polizei, **ACAB** als Systemkritik, informelle Copculture und toxische Männlichkeit, staatliche Repressionen, Alternativen zur Polizei (also Strategien der Konfliktbewältigung, transformative

Gerechtigkeit und Co.). Ne ganze Menge für diesen kurzen Text.

Wir hoffen, dass durch diese Ausgabe einige Gedanken, die wir damals nur angerissen haben, verdeutlicht werden können. Dass wir sichtbar machen können, was hinter einigen Aussagen steckt, was wir mit Konzepten meinen und woher sie kommen, dass wir die geschichtliche Werdung eines Ist-Zustandes beschreiben können, sodass die Ohnmacht über scheinbar natürliche und immer andauernde Missstände ein bisschen weicht. Allerdings sind wir nicht auf alle Punkte eingegangen, die wir damals gemacht haben. Denn der Fokus dieses Hefts liegt tatsächlich auf Polizei in ihrer direkten Gewaltausübung. Ob historisch oder aktuell, wir beschreiben vor allem das Exekutivorgan (ausführende Gewalt) Polizei samt ihrer permanenten Gewalttätigkeit. Dabei bleiben dann Themen, die andere Teile der Staatsgewalt beschreiben, also etwas mehr die Legislative (der Gesetzgebung) und Judikative (der Rechtsprechung) behandeln und deshalb andere Verknüpfungen zwischen Gesetz/Recht, **liberalen Demokratien** (also kapitalistisch geordneten Demokratien) und den Cops thematisieren, ein bisschen auf der Strecke. Das heißt, mit Themen wie z.B. staatlichen Repressionen beschäftigten wir uns in Texten kaum. Klar, die sind im Endeffekt auch Bullenarbeit, weil Bullen am Ende immer die Handlanger des Staates sind, aber es war kein Platz für alles.

Weil der Staat gerade aber so dermaßen aggressiv mit dem § 129 um sich wirft, haben wir und andere uns unter „Aktuelles zum Paragraph 129 und die Kriminalisierung (radikal) linker Organisation“ doch noch ein paar Gedanken zu dem was gerade abgeht gemacht und gesammelt. Für mehr hat unsere Zeit nicht gereicht, aber dazu gibt es auch viel an anderen Stellen, auf die wir unvollständig verwiesen haben.



Polizei – was ist das, wo kommt sie her, warum gibt es sie und was müsst ihr wissen?

DISCLAIMER: Kein Anspruch auf Vollständigkeit

Warum behaupten wir so stur, dass die Polizei eine **rassistische** und **kapitalistische** und **koloniale** Institution ist? Wir versuchen das jetzt mal kurz und knackig zu erklären.

Seit wann gibt es die Polizei eigentlich?

Wir denken, dass es nicht normal ist, dass wir ein allumfassendes Kontrollsystem um uns haben, das uns dazu bringt, uns gegenseitig zu kontrollieren und zu **polizieren**. Das ist keine Normalität in dem Sinne, dass es ein natürlicher und unveränderbarer Zustand ist, sondern dieser Zustand ist in unserem Kontext historisch gewachsen. Die Entstehung und Entwicklung der Polizei von heute (früher Policey) kann mensch seit dem späten 15. Jahrhundert nachverfolgen.

Mensch darf dabei nicht vergessen: Seit es polizierende Systeme gibt, gibt es auch Widerstand gegen diese.

Was waren bzw. sind die Ziele der Polizei?

- Produktivität von Bäuer*innen steigern (15. Jhd.)
- Disziplinierung der Körper, Sinne und Geister (15. Jhd.)
- Legitimation Herrschaftlicher Ordnung (bis 18. Jhd.)
- ▲ Absolutistische Herrschaftsansprüche verteidigen (ca. 18. Jhd.)
- Schutz der vorherrschenden **Klassenordnung** und die Erhaltung der bestehenden Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse (welche unter anderem auch rassistisch und kolonial sind)
- Erhaltung der öffentlichen Ruhe
- ökonomische und soziale Verhältnisse stabilisieren (die klassistische, ableistische, heteronormativ und noch viel mehr sind)

Was hat das mit Kolonialismus zu tun?

Die Praxis der Polizei heute entspringt der kolonialen Praxis und war ein zentraler Teil von einer kolonialen Regierungsweise, um Menschen in den Kolonien zu überwachen, zu kontrollieren und auszubeuten. Grundlegend dabei sind Arbeitslager, Versammlungsverbote, Deportationen, Durchsuchungen usw. Die Kolonisatoren erprobten in den Kolonien oft neue Methoden des Polizierens. Diese waren meist gewalttätiger und wurden in Europa dann nur gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen verwendet wie z. B. **Sinti*zze** und **Rom*nja**. Es lässt sich also festhalten, dass die kolonisierten Menschen und damit einhergehend auch die versklavten Menschen unmittelbar Ausprobier-subjekte der europäischen Polizeisysteme waren. Trotz Veränderungen im politischen System im 20. Jahrhundert hat sich aber die Polizei(praxis) in Deutschland kaum verändert. Immer noch werden Sinti*zze und Rom*nja sowie andere **rassifizierte** Personengruppen vermehrt angehalten, kontrolliert und kriminalisiert.

Was hat das mit Kapitalismus zu tun?

Sklaverei, **Industrialisierung** und der aufsteigende Kapitalismus spielen beispielsweise eine wichtige Rolle für die Entstehung der Polizei in den USA. Aber auch in Großbritannien, Frankreich und anderen europäischen Staaten ist das kapitalistische System mit der Polizei verwoben. Nach der formalen Abschaffung der Sklaverei und dem vermeintlichen Ende des Kolonialismus war es Aufgabe der Polizei, Arbeiter*innenaufstände klein zu halten, damit das ökonomische System aufrechterhalten wird. Die Polizei sollte und soll also das kapitalistische System durch ihr Handeln stabilisieren, so auch, indem sie es vor der Arbeiter*innenklasse schützt. Es ist also nicht weit hergeholt, dass „Erhaltung der öffentlichen Ruhe“ oder „Erhaltung der bestehenden Eigentumsverhältnisse“ nichts weiter heißt als die Kleinhaltung bis hin zur Unterdrückung der Arbeiter*innen- und Armutsklasse.

Warum ist es wichtig, sich die Geschichte der Polizei anzuschauen?

Die Polizei, wie sie heute existiert, ist kein in sich ausgeklügeltes, auf die heutige Zeit abgestimmtes System. Sie baut auf den jahrhundertelangen Prozessen in Deutschland und den Kolonien sowie anderen europäischen Staaten auf. Wenn man sich vor Augen führt, was die Polizei in den letzten 200 Jahren alles gemacht hat, ist es nicht überraschend, wie rassistisch sie immer noch ist. Sie wurde in der Zeit vielleicht immer wieder verändert, aber durch kleinteilige Veränderungen in einem großen zusammenhängenden System entsteht kein Fortschritt. Es gibt eine Kontinuität, weil wir nur auf der alten Polizei aufbauen und nie etwas neu gedacht werden konnte. Die Polizei heute baut auf alten Systemen auf, die immer nur angepasst wurden. Historische Aspekte sind deshalb extrem relevant. Es gilt an dieser Stelle auch zu überlegen, wie gut wohl die Entnazifizierung nach 1945 in polizeilichen Einrichtungen funktioniert hat und wie viele Nazis nach dem Krieg weiter in der Polizei gearbeitet und ihre Handlungspraktiken an nächste Generationen von Cops weitervererbt haben.

Weitere Fragen zum Nachdenken

Wer profitiert davon, dass die Polizei so erhalten wird? Wer fühlt sich sicher durch die Polizei? Wer wird kriminalisiert und als „unsicher“ markiert? Wer ist besonders betroffen von den herrschenden Verhältnissen innerhalb der Polizei? Wen interessiert es gar nicht?

Quelle: Carla (2021, Das Rassismusproblem der (hessischen) Polizei - Zur Kontinuität rassistischer Polizeigewalt als Symptom bestehender Strukturen)

luna

Manchmal habe ich einfach so Angst. Eigentlich ist gar nichts. Es ist ein Dienstagnachmittag in der Stadt, das Wetter ist okay und ich mache einen Spaziergang in meiner Pause.

Aber irgendwie habe ich einfach so Angst.

Ich fühle mich unwohl. Mein Körper signalisiert mir, dass irgendwas ist – nein, dass irgendwas sein könnte – und ich in *kurz vor Alarmstellung* gehen soll.

Ich habe einfach so Angst.

Beim Umschauen bemerke ich einen Streifenwagen und pseudo lässig dagegen gelehnte Cops, die vielleicht auch gerade Pause machen. Aha, denke ich. Deswegen bin ich so angespannt.

Ich habe nicht einfach so Angst.

Jaa ach beruhig dich doch mal
Die haben doch gar nichts getan
Stell dich nicht so an ...
Die machen auch nur ihren Job ...
Ohne die würdest du dich auch nur beschweren ...
Das sind doch auch nur Menschen ...
Wenigstens setzt sich irgendjemand für Gerechtigkeit ein ...
Ist doch gut, dass sie uns beschützen ...

Aber ich bin nicht Teil von dem *uns*, das die Polizei beschützt.

Und wenn ihr ganz ehrlich zu euch seid, seid ihr es auch nicht.

eins eins osterei

XYZ

content note: diese geschichte handelt von polizeigewalt, tod, psychischen störungen sowie alkohol- und anderem drogenmissbrauch.

am anderen ende der leitung meldet sich eine stimme: ja- die-feuerwehr-hallo? hallo, mein puls rast, spreche ich da mit der polizei? meine stimme gehorcht mir nur widerwillig, aus den augenwinkeln sehe ich deutlich das heben und senken meiner brust, heben und senken.

Sie sprechen hier mit der feuerwehr, ich verstehe immer noch nur die hälfte dessen, was gesagt wird, obwohl der mensch inzwischen wesentlich langsamer spricht. verwirrt bitte ich um entschuldigung, betuernd, dass es sich um ein missverständnis gehandelt haben muss. ich lege auf und starre auf meine hände, die zitternd mein smartphone umschließen. 112, leuchtet die von mir gewählte nummer auf dem display. ich setze meine kopfhörer auf, verlasse meinen körper, gehe zu fuß nach hause, lege mich in mein bett. ich schlafe sofort ein.

es gibt ein foto von ihm, von alex, irgendwer hat es am tag des großen seefests geschossen. in meiner erinnerung ist es verschwommen: alex steht darauf neben selma, hinter ihnen wabert konturenlos das wasser. im vergleich zur hochgewachsenen statur meiner schwester wirkt alex zierlich, er trägt seinen fahrradhelm, die offene schnalle baumelt unter seinem rechten ohr. selma senkt den kopf. sie hat an dem tag ihr bier aus einem alten grönemeyer-merch-becher meiner mutter getrunken; es sind in ihrer banalität vollkommen bizarr wirkende details, die meine erinnerung mir nach all den jahren noch mühelos in meinen kopf schiebt. ich weiß nicht genau, wie viel zeit verging zwischen diesem tag und dem tag, an dem es passiert ist; es müssen in etwa fünf jahre gewesen sein, vielleicht waren es auch mehr.

vielleicht hast du es ja schon gehört, wispert selma und spielt mit den händen an ihrem schlüsselbund. so steht sie vor mir, von einem fuß auf den anderen ausweichend, auf der stelle schwankend. es gibt meine schwester nicht ohne diese nervöse grundspannung, denke ich, selma ungleich stillstand. sie wippt schon immer unter tischen mit ihrem linken bein und wenn sie auf ihren streifzügen durch das schulhaus stehen bleibt – denn sie trifft ständig menschen, die sie kennt – klimpert sie währenddessen mit ihren fingern auf dem treppengeländer. selma hat auch alex gekannt, obwohl er nicht mal auf unsere schule gegangen ist. sie fand schnell einen draht zu ihm, so wie es seit jeher ihre art ist, und im laufe der sommerferien verbrachten sie bald jeden tag mit ihren freund*innen am see. sie waren beide rettungsschwimmer*innen, selma und alex, sie tranken beide am liebsten bier und fuhren überallhin mit dem rad anstatt zu trampen. in der region, in der ich gemeinsam mit selma, alex und all den anderen aufgewachsen bin, ist der öffentliche personennahverkehr schlecht ausgebaut. das trampen kam uns deswegen vollkommen gewöhnlich vor. erst nachts wurde es schwierig, wenn wir zwar zur kneipe hin-, aber nicht wieder zurück kamen. deshalb planten wir jeden unserer abende präzise im voraus; das stundenlange überlegen und herumtelefonieren war langwierig und öde.

einmal trampen selma und ich abends in die kneipe, obwohl wir es nicht geschafft hatten, uns ein auto für den rückweg zu organisieren. *irgendwer wird sich schon finden*, meinte selma, *lass es uns einfach versuchen*. aber auch in der kneipe selbst fanden wir keine*n, und so machten wir uns schließlich morgens gegen vier zu fuß auf den heimweg. wir liefen zweieinhalb stunden. selma pflückte unterwegs blumen, stellte sie in eine vase auf den küchentisch, dann gingen wir schlafen. in der nächstgrößten kreisstadt gab es auch clubs, in die sie mit ihren freund*innen ging, in die ich jedoch selten mitkam. der freund*innenkreis, zu dem selma gehörte, sammelte sich mehr in dieser scene an. ich wusste, dass sie dort auch andere drogen nahmen als wir, und ich hatte wenig interesse daran. ich fühlte mich psychisch instabil, hatte probleme in der schule. an unserer schule kiffen wir viel, morgens vor dem matheunterricht und in der mittagspause auf der bank hinter dem sportplatz. wir spielten flunkyball in den freistunden und manchmal, wenn wir zu müde waren für den sportunterricht, teilten wir uns zu viert drei flaschen weißwein in der toilettenkabine. gelegentlich wurden wir beim kiffen erwischt; dann ermahnte uns die schulleitung, wie schlecht rauchen für die gesundheit sei. den alkohol bemerkten sie nicht – oder falls sie ihn doch an uns rochen, so hatte das für uns zumindest nie irgendwelche consequenzen. ich trank gern, aber das kiffen machte mir keinen spaß. mein damaliger freund kiffte wahnsinnig gern, und ich war wahnsinnig verliebt in ihn. er hieß mo und lebte allein im oberen stockwerk eines leerstehenden hauses, nachdem er mit seiner familie gebrochen hatte. es sei eine art betreutes wohnen für minderjährige, erzählte er mir. im nachhinein erscheint mir das merkwürdig: ich habe in diesem haus nie irgendwen gesehen außer hagen und alex und tom, seine engsten freunde. eines nachts hörte ich, wie einer der jungs aufstand und sich über das treppengeländer erbrach. als ich die woche darauf wiederkam, hatte sich an der situation nicht viel verändert, nur dass es im ganzen treppenhaus leicht säuerlich roch und irgendwer dazu übergegangen war, seine altpapierreste auf dem erbrochenen zu stapeln. mos wohnung selbst bestand aus einem schmalen flur, einem bad ohne fenster und dem größten zimmer, in dem er schlief. an eine küche erinnere ich mich nicht. seine wohnungstür ließ sich nicht mehr richtig abschließen, weshalb er abends, bevor wir ins bett gingen, eine geklaute warnbake unter die klinke schob. an der wand hatte er drei sessel aufgereiht, die er zusammen mit alex und hagen auf dem sperrmüll gefunden hatte. morgens kauerte er sich nach dem aufstehen immer auf den sessel, der direkt unter dem fenster stand, und drehte sich seinen ersten dübel. mich ödete es an, die nachmittage mit ihm und seinen freunden zu verbringen, allesamt typen, allesamt bekiff.

vielleicht hast du es ja schon gehört, es kam wohl auch heute morgen im radio, setzt selma erneut an und es ist keine wirkliche frage als vielmehr ein flehen. ein flaes gefühl regt sich in meinem magen – meine schwester feilscht für gewöhnlich nicht mit den worten, sie dressiert sie nicht, bevor sie sie auf mich loslässt und sie hält sie erst recht nicht zurück. auf meinen ratlosen blick hin spuckt sie es aus es ist *eins* alex, sagt sie, die haben ihn *eins* erschossen *osterei* und ich weiß nicht was ich danach sage ich kann mich überhaupt nicht an den tag erinnern oder was danach kam aber meine schwester so wie ich sie kannte verschwand sie verschwand in eine person die nach der schule reglos vor dem fernseher hockte ich sprach mit ihr aber sie hörte mich nicht ich stand vor ihr aber gesehen hat sie mich nicht und ich fand sie nicht mehr ich weiß nicht wann sie wieder zurückkam sie war an einem anderen ort heute geht sie manchmal noch dorthin einmal als sie betrunken war sagte sie es ist ein ort da willst du gar nicht hin du willst diesen ort nicht kennen müssen aber danach sprach sie nie wieder darüber undmehrsagtesenie

an dieser stelle bleiben viele fragezeichen. ich werde nicht von den einzelheiten erzählen, den details, den schüssen, den traumata. alex war schwerkrank. die intime geschichte seiner krankheit gehört ihm allein – ich glaube nicht, dass ich sie erzählen darf, oder kann, oder will, oder muss. das hier ist vor allem meine geschichte, denn es sind alex und hagen und mo und mein siebzehnjähriges ich aus meiner heutigen sicht. damals fingen die leute an zu reden, *so n irrer*, und ihre geschichten waren in ihrer plakativität und ihrer stützung auf reines hörensagen oft tief verletzend für den zurückgebliebenen freund*innen- und familienkreis, für alex' angehörige. in den zeitungenschriften schrieben sie über ihn und benutzten wörter wie *wild* und *raudi* und *polizeibekannt*. heute frage ich mich manchmal, was sie über mo geschrieben hätten, hätte es ihn getroffen. er war im gefängnis, damals, für wenige wochen. es ging um geld. er verschwand, nachdem alex erschossen wurde, er war wie vom erdboden verschluckt für mich. selma erzählte mir später, dass er wohl zu seinem leiblichen vater nach nordrhein-westfalen gezogen ist, seinen führerschein und eine ausbildung gemacht hat. hagen habe ich zwei jahre später zuhause gesehen. ich habe ihn nicht erkannt, bis selma auf den ausgemergelten, kahlköpfigen menschen neben mir zeigte und sagte: *das ist hagen, das weißt du?* ich erschrak, dann schämte ich mich. hagen blickte an mir vorbei, als er aufstand und ging.

vor kurzem habe ich mein facebookkonto gelöscht. mir ist das foto eingefallen, das irgendwer von alex und selma am tag des großen seefests geschossen hat. während ich mich durch meine verlinkungen klickte, fand ich es schneller als gedacht. so lag es vor mir, nach all den jahren und in dieser fernen stadt, in der ich inzwischen wohnte: da waren alex und selma und der see hinter ihnen. ich sah, dass die person hinter der kamera genau in dem moment auf den auslöser gedrückt hatte, in dem alex sich ihr zuwandte, den mund leicht geöffnet zum sprechen. in meiner erinnerung war das foto verschwommen gewesen. jetzt, wo ich es noch einmal betrachten konnte, erkannte ich es: alles darauf konnte ich erkennen, kristallklar.

*eins eins osterei, das ist die nummer von der polizei
flüstere ich vor mich hin, während ich mich zu fuß auf den weg nach hause mache, delfinschulranzen auf dem rücken. eins eins osterei, wie ein mantra. ich bin sechs, ich bin sieben, ich bin ein ängstliches kind. ich habe noch nicht mal ein telefon in griffweite, von einem smartphone ganz zu schweigen. aber ich habe es in den filmen gesehen, wie sie einfach kommen und auch mich retten werden, eins eins, singe ich, eins eins*

Eine andere Welt ist möglich

Wie kann unsere Gesellschaft ohne Polizei aussehen?

Lila H. und XYZ

Und hier kommt er, gleich zu Beginn, wo er auch hingehört: ein RIESIGER DISCLAIMER, dass abolitionistische Arbeit sowohl historisch als auch in ihrer heutigen Praxis vor allem die Arbeit von BIPOC, queeren und mehrfach marginalisierten Menschen war und ist. Daher können und werden wir diesen Text nicht schreiben, ohne auf die jeweilige aktivistische Arbeit zu verweisen, die den hier besprochenen Theorieansätzen, Ereignissen und Praktiken vorangegangen ist und auch heute noch (fast ausschließlich unbezahlt!) geleistet wird.

ACAB ist Systemkritik steht in unserem Manifest. Aber welche Alternativen gibt es zur Polizei? Wie kann eine Welt, wie kann unsere Gesellschaft ohne Polizei konkret aussehen? Was Abolitionismus, *Defund the police* und Transformative Gerechtigkeit im Kontext feministischer Praxis und in der Umsetzung als solche heißt – darum geht's in diesem Text.

„Eine Welt ohne Polizei klingt utopisch“, sagt meine Freundin. „Wie soll das denn konkret aussehen?“ Meine Antwort: „Ich hab' keine Ahnung.“ Ich finde es spannend, dass sowohl in ihrem als auch in meinem Kopf kein konkretes Bild von einer Gesellschaft ohne Polizei zu existieren scheint. Haben wir diese Narrative, dass es mit Polizei zwar scheiße ist, aber ohne auch nicht geht, so sehr internalisiert? *Warum eigentlich?*, frage ich mich. Ich kann mich zumindest nicht daran erinnern, schon mal den Satz „Am ersten Tag erschuf Gott Himmel und Erde und Polizeistaat“ irgendwo gehört oder gelesen zu haben („Ich glaub, das war auch am fünften Tag“, bemerkt meine Freundin an dieser Stelle trocken). Woraus ist die Polizei, so wie sie heute existiert, entstanden? Und was kann nach ihr kommen? Wie so oft standen wir am Anfang unseres Schreibprozesses vor vielen Fragen und hatten wenige Antworten. Also begannen wir zu lesen, zu recherchieren und uns miteinander auszutauschen.

Abolitionismus: Woher kommt die Bewegung und was sind ihre Ziele?

Abolition – das Wort selbst kommt aus dem Englischen, *to abolish* heißt ins Deutsche übersetzt so viel wie *abschaffen* oder *aufheben*. Abolitionist*innen glauben daran, dass eine gewaltfreie Gesellschaft möglich ist. *Vanessa E. Thompson* forscht unter anderem zu dem Thema, lehrt in Frankfurt Black Studies und Kritische Rassismusforschung und hat gemeinsam mit *Daniel Loick* das Buch *Abolitionismus. Ein Reader* herausgegeben. Das Ziel der abolitionistischen Bewegung fasst sie so in Worte: „Leitend ist die Vision einer Gesellschaft, die für die Verwirklichung von Gerechtigkeit keine Gewalt benötigt – keine Repression, Kriminalisierung und Inkarzierung (Einsperrung)“¹.

Abolitionismus definiert sich dabei gar nicht ausschließlich über die Abwesenheit von Polizei, sondern vor allem über die An-

¹ *Mauke, Heike (2020): Abolitionismus als intersektionale Intervention. Vanessa E. Thompson im Interview. Blog Interdisziplinäre Geschlechterforschung* (Online abrufbar: <https://www.gender-blog.de/beitrag/abolitionismus-intersektionale-intervention>)

wesenheit alternativer Strukturen und Institutionen. Es ging und geht in abolitionistischen Kämpfen also einerseits um die Abschaffung repressiver und gewaltvoller Organe wie der Versklavung, der Polizei oder dem Gefängnis. Andererseits steht aber auch immer die Erschaffung neuer Strukturen, die Gerechtigkeit fördern und ermöglichen, im Fokus. Dabei gibt es – wie bei so vielen anderen politischen Bewegungen auch – nicht *die* abolitionistische Ansicht, das heißt es handelt sich nicht um eine homogene Gruppe abolitionistischer Aktivist*innen. Verschiedene Themenfelder werden in den unterschiedlichen Kollektiven bzw. aktivistischen Kreisen anders gewichtet.

Während unserer Recherche wird uns schnell klar: Abolitionismus ist nicht nur Vision, sondern auch Praktik. Das lässt sich auf die Entstehung der Bewegung und damit bis ins 18. Jahrhundert zurückführen. In ihrem Kampf gegen die transnationale Versklavung waren Abolitionist*innen der festen Überzeugung, dass Versklavung als System komplett abgeschafft gehört und nicht einfach „reformiert“ werden kann (diese Forderungen *weißer* Menschen nach einer Reformierung der Versklavung *Schwarzer* Menschen gab es in dieser Zeit tatsächlich). Die formelle Abschaffung der Versklavung verdanken wir damit abolitionistischen Kämpfen. Durch dieses dezidierte Ziel der Abschaffung grenzt sich Abolitionismus von anderen Reformbewegungen (und Sprüchen wie „Polizist*innen müssen einfach mehr Antirassismus-Workshops besuchen!“) ab. Wir sehen hier dementsprechend ganz klar eine Verbindung und eine Kontinuität zwischen der Abschaffung der historischen Versklavung und der Forderung nach der Abschaffung der Polizei. Wie unser Infokasten (S. 16-19) „Polizei – was ist das, wo kommt sie her, warum gibt es sie und was müsst ihr wissen?“ erklärt, ist die Institution der Polizei inhärent rassistisch. Antirassismus

muss deshalb eine strukturelle Kritik sein und darf nicht zur Diversity-Masche werden. Es geht nicht um die Individuen innerhalb der Polizei, sondern um das System Polizei an sich. Weiterbildungen reichen hier nicht aus und auch ein „guter“ Polizist ist immer noch ein Polizist und damit ein Teil dieser rassistischen Institution; aber dazu später mehr.

Abolitionistische Kämpfe sind feministische Kämpfe

Feministische und abolitionistische Kämpfe sind so eng miteinander verknüpft, dass wir sie nur zusammen denken können. Auch hier zitieren wir wieder *Vanessa E. Thompson*: „[D]ie Schwarze feministische Kritik, wie sie etwa *Sojourner Truth* vorgetragen hat, [ist] ein wesentlicher und kontinuierlicher Bestandteil der abolitionistischen Bewegung und hat deren Visionen maßgeblich geprägt“². *Sojourner Truth*, die hier von *Thompson* genannt wird, ist eine der heute bekanntesten abolitionistischen Kämpfer*innen. Sie wurde in die Versklavung geboren und befreite sich durch ihre Flucht aus dieser. Heute ist vor allem auch *Sojourner Truths Rede Ain't I A Woman* bekannt, die sie 1851 auf der *Ohio Women's Rights Convention* hielt. Sie fordert darin, dass der feministische Befreiungskampf (insbesondere der, der von Seiten *weißer* Feministinnen geführt wurde) auch aktiv Schwarze Frauen einbezieht und prangert die Missstände diesbezüglich an. Das 1981 erschienene Buch von *bell hooks* *Ain't I A Woman: black women and feminism* referiert in seinem Titel auf diese Rede und auch sonst ist *Sojourner Truths* Einfluss unbestritten. Sie kämpfte ihr Leben lang für das Wahlrecht Schwarzer Menschen, insbesondere Schwarzer Frauen. Sie vereinte in ihrer Kritik sowohl rassistische als auch *sexistische* Diskriminierungsformen in einer Zeit, in der viele diese

² ebenda

Intersektionalität als zu radikal empfanden. 1977, Jahrzehnte später, hat sich das *Combahee River Collective* in seinem einflussreichen Statement auf frühe Aktivist*innen wie *Sojourner Truth*, *Harriet Tubman*, *Frances E.W. Harper*, *Ida B. Wells Barnett* und *Mary Church Terrell* und weitere berufen. Dieses Statement des Schwarz-lesbischen Kollektivs ist grundlegend für den heutigen Intersektionalitätsbegriff. Auch hier sehen wir wieder den wechselseitigen Einfluss feministischer und abolitionistischer Theorie und Praxis. Unser heutiges feministisches Verständnis ist sowohl auf theoretischer Ebene als auch in der Praxis massiv durch abolitionistische Kämpfe und Aktivist*innen geprägt und vorangebracht worden. Für uns ist damit eines ganz klar: Feminist*innen zu sein bedeutet auch, abolitionistische Forderungen zu unterstützen und Abolitionismus als fundamentalen Bestandteil unserer feministischen Analyse und unseres feministischen Kampfes zu sehen.

Aktuelle abolitionistische Kämpfe Part 1: Gefängnisse

Während der Ursprung des Abolitionismus im Kampf gegen die Versklavung liegt, beschäftigen sich aktuelle abolitionistische Forderungen insbesondere mit den Themen Gefängnis- und Polizeikritik. Im heutigen Diskurs und vor allem auch in den Werken von Aktivist*innen wie *Ruth Wilson Gilmore* und *Angela Y. Davis* wird zum Beispiel vermehrt auf den Begriff *Prison Industrial Complex* (im Folgenden PIC) referiert, der eingeführt wurde, um das inhärent rassistische und ausbeuterische

Inkarzerierungssystem zu beschreiben. *Angela Y. Davis* ist eine der heute bekanntesten Feminist*innen, die abolitionistische Forderungen und auch die Problematik des PIC in den Fokus rücken.

Angela Davis' Bücher – wie z.B. *Are Prisons Obsolete?* (2003) und *Abolition. Feminism. Now.* (2022, gemeinsam mit Gina Dent, Erica R. Meiners und Beth E. Richie) – zeigen den struktu-

rellen Rassismus auf, dem BIPOC und insbesondere Women of Colour durch die Institution der Polizei und der Inkarzerierung in Gefängnissen ausgesetzt sind. Der PIC bezeichnet dabei vor allem in den USA ein komplexes Netzwerk bestehend aus wirtschaftlichen Interessen, politischen Entscheidungen und ideologischen Vorstellungen, die allesamt dazu führen, dass das Gefängnissystem weiter ausgebaut wird. *Angela Davis* unterstreicht mit ihrem Werk wie sehr dieser Komplex auf rassistischen, sexistischen und kapitalistischen Strukturen gründet und zur Unterdrückung von marginalisierten und besonders vulnerablen Gruppen fungiert. Diese Verbindung diskriminierender Strukturen – insbesondere von Kapitalismus und Rassismus – gilt über das Beispiel der USA hinaus auch für den internationalen Kontext. Weltweit sind es vor allem migrantische, asylsuchende, queere, arme und rassifizierte Menschen, die überproportional kriminalisiert und inhaftiert werden. Das ist kein Zufall, sondern politisch so gewollt. Nehmen wir Deutschland als Beispiel: Jedes Jahr landen ungefähr 50.000 Menschen im Gefängnis, nur weil sie eine Geldstrafe nicht bezahlen können. Darüber hinaus wird jedes Jahr an einem gewissen Stichtag erhoben, wie viele Menschen aktuell eine Haftstrafe aufgrund von Zahlungsunfähigkeit leisten müssen. Im Jahr 2022 ergab diese Zahl an diesem einen Tag 4.400 Menschen, bei denen es sich in jedem vierten Fall um solche handelt, die ohne Fahrticket den öffentlichen Personennahverkehr (Ordnungswidrigkeit, keine Straftat!) genutzt haben³. Diese Menschen sind

³ Brandt, Mathias (2022): *Ersatzfreiheitsstrafe. Wer nicht zahlen kann, wird eingesperrt* (Online abrufbar: <https://de.statista.com/infografik/26348/anzahl-der-menschen-die-in-deutschland-wegen-einer-ersatzfreiheitsstrafe-im-gefaengnis-sitzen/>); Steinke, Ronen (2022): *Schwarzgefahren? Ab in*

mehrheitlich wohnungslos, krank und/oder arbeitslos. Sie sind nicht kriminell, sondern arm – und aufgrund ihrer Armut werden sie stigmatisiert und kriminalisiert.

Es gibt jedoch auch einen „feministischen“ Ansatz, der sich gerade gegen die Abschaffung des Straf- und Gefängnisystems ausspricht. Im Rahmen dieses Ansatzes wird oft darauf verwiesen, wie wichtig das Strafrechtssystem für die Verurteilung von Sexualstraftäter*innen sei. Diese Idee, dass Gerechtigkeit in feministischen Kämpfen durch strafende Staatsgewalt erwirkt werden kann, vertritt der sogenannte *carceral feminism*. Auch hierzu schreibt *Vanessa E. Thompson*: „Dieser *carceral feminism* reproduziert nicht einfach ein repressives Verständnis von Sicherheit, sondern ruft den strafenden Staat aktiv an und ist somit verwoben mit der intersektionalen Reproduktion von Gewalt. Formen dieses Strafrechtsfeminismus artikulieren sich in unterschiedlichen Gesetzgebungsverfahren, etwa der Verschärfung des Sexualstrafrechts im Anschluss an die Debatte um [die] Köln[er Silversternacht 2015], aber auch in Bezug auf das sogenannte Prostituiertenschutzgesetz, das besonders von migrantisierten und rassifizierten **Sexarbeiter*innen** kritisiert wird“⁴. Mehr zum Prostituiertenschutzgesetz könnt ihr im Artikel „Prostitution Pandemie und Polizei.“ nachlesen.

Part 2: *Defund* The Police und der Mythos vom Polizeischutz

Eine Forderung, die neben *Abolish The Police* im Rahmen der *Black Lives Matter*-Proteste vermehrt Anklang fand, ist *Defund the police*. Was steht dahinter? *Defund* heißt ins Deutsche übersetzt so viel wie die Finanzierung entziehen. Es geht also darum, der Polizei die finanziellen Mittel zu den Knast! Süddeutsche Zeitung (Online abrufbar: <https://www.sueddeutsche.de/politik/schwarzfahren-gefaengnisstrafe-justiz-deutschland-1.5582047>)

⁴ *Mauke, Heike* (2020): ebenda

streichen und sie an anderer Stelle zu investieren, wie z.B. in Angebote und Handlungsfelder der Sozialen Arbeit. Es gibt für die meisten Aufgaben der Polizei besser ausgebildete Menschen, denen allerdings die Finanzierung fehlt – das betrifft insbesondere die Arbeit mit Menschen in psychischen Krisen, die Arbeit mit Drogenabhängigen oder die Unterstützung für Betroffene von häuslicher und/oder sexualisierter Gewalt. Das Geld, das in die Polizei fließt, könnte stattdessen beispielsweise in psychische Notfalldienste, Stellen für Sozialarbeiter*innen, Kinder- und Jugendarbeit, Bildungsprogramme, Frauenhäuser, Beratungsangebote wie den Frauennotruf und Programme für Täter*innenprävention investiert werden. Auf diese Weise könnte ein anderer Umgang ermöglicht werden: Auf Probleme würde nicht mehr nur reagiert werden, sondern sie könnten präventiv behandelt und ggf. tatsächlich verhindert werden.

Auf den Protestschildern der *Black Lives Matter*-Bewegung haben wir *Abolish* und *Defund* oft nebeneinander gesehen. Dabei heißt *Defund* nicht zwangsläufig *Abolish* und *Abolish* nicht zwangsläufig *Defund*. Es zeigt sich allerdings, dass die meisten Abolitionist*innen *Defund*-Gedanken unterstützen, wobei sie diese jedoch nur als eine von vielen abolitionistischen Forderungen ansehen. Die beiden Forderungen haben vieles gemeinsam, vor allem die Vision einer Welt ohne Polizeigewalt. *Defund* und *Abolish* heißt also nicht, dass wir ‚einfach‘ Polizei und Gefängnisse abschaffen wollen, um dann in einem gewalterfüllten Chaos zu leben, in dem das Recht des*r Stärkeren gilt. Apokalyptische Vorstellungen davon, wie zwischenmenschliches Leben aussieht, wenn die Polizei nicht mehr für Sicherheit und Ordnung sorgt, sind nicht das, was hinter *Defund* und *Abolish* stehen (mal ganz abgesehen davon, dass die Polizei weder für Sicherheit noch für Ordnung sorgt). Vielmehr sollen *neue* (oder bestehende unter-

finanzierte) Strukturen aufgebaut werden, die Gewalt präventiv verhindern und einen neuen Weg des Miteinanders ermöglichen. Viele Betroffene verfügen zudem aufgrund ihrer Mehrfachmarginalisierung gar nicht über das Privileg, „mal eben so“ die Polizei rufen zu können, weil sie sich selbst dadurch der Gefahr weiterer Gewalt aussetzen würden. Außerdem bietet auch das Thema **sexualisierte Gewalt** massiven Raum für Gewalt der Polizei gegenüber rassifizierten Personen, nicht zuletzt unter dem Deckmantel der Verteidigung von „Frauenrechten“. Geschützt werden dabei, wenn überhaupt, allerdings nur *weiße* Frauen, nicht aber Frauen auf der Flucht oder von sexualisierter Gewalt betroffene Sexarbeiter*innen (mal ganz davon abgesehen, dass die Vorstellung, dass „Frauen“ geschützt werden müssen, eine fundamentale **patriarchale** Vorstellung ist!). Uns ist es wichtig, uns an dieser Stelle klar zu positionieren und Fakten zu nennen: Die Polizei schützt weder vor sexualisierter Gewalt noch ermöglicht sie Heilung nach Vorfällen dieser (siehe Artikel „Warum hast du diesen Spitzenbody getragen?“). Die Polizei als Institution, die das bestehende System schützt, kann uns nicht schützen und das Problem patriarchaler Gewalt nicht lösen. Die Realität sieht so aus, dass sich Betroffene von Polizeigewalt, sexualisierter Gewalt und/oder anderen Diskriminierungsformen meist selbst zusammenschließen müssen, um Unterstützung und Solidarität zu erfahren. Sie vereinigen sich in Kollektiven, um für ihre Forderungen zu kämpfen, und in den überwiegenden Fällen wird diese Arbeit unentgeltlich geleistet. Historische und aktuelle Beispiele hierfür gibt es viele; da wir an dieser Stelle nicht auf alle eingehen können, haben wir euch ein paar Beispiele in einer Abbildung zusammengefasst.



Abbildung 1: Beispiele abolitionistisch arbeitender Kollektive

Gelebte abolitionistische Realitäten

Wir sind der Überzeugung: Wir können die Polizei nicht zu einer Institution reformieren, die nicht mehr rassistisch ist, wir müssen sie in der Form, wie wir sie kennen, abschaffen! Es gibt Beispiele, die uns zeigen, dass das geht. Besonders bekannt sind die Zapatistas, die ein eigenes Justiz-System geschaffen haben, das statt straffenden verstärkt restaurative⁵ Ansätze ver-

⁵ Restaurativ im Sinne von wiederherstellend: Gemeint ist meist eine Art Täter-Opfer-Ausgleich, der einen harmonischen Zustand wiederherstellen soll. Dieser Ansatz kommt vor allem aus der indigenen Gerechtigkeitspraxis.

folgt. Sie haben zwar noch eine Art Polizei, die aber nichts mit der Institution, von der wir hier vor allem sprechen, zu tun hat. Die Polizei der Zapatistas ist weder bewaffnet noch uniformiert. Die Personen werden von der Gemeinschaft gewählt – jede Gemeinde wählt individuell – und üben diese Funktion nicht dauerhaft aus. Die Polizei soll der Gemeinschaft dienen und unterliegt auch deren Kontrolle. Die Zapatistas haben also ein dezentrales, entprofessionalisiertes Polizeisystem.

In den USA haben im Zuge der *Black Lives Matter*-Proteste 20 Großstädte der Polizei die finanziellen Mittel gekürzt, darunter

New York City, Los Angeles, Chicago, Seattle und Austin. Anstatt z.B. wohnungslose Menschen zu verfolgen, fließt das Geld nun in Programme, welche die Wohnungslosigkeit an sich und die Ursachen für diese bekämpfen wollen. Austin, die Hauptstadt des Bundesstaates Texas, hat die Polizeimittel um ein Drittel gekürzt. Sie werden stattdessen für die Finanzierung von medizinischen Notfalldiensten, medizinischen Erstversorger*innen, Programmen für wohnungslose Menschen, Drogen- und Suchtberatungsprogrammen, Programmen für gerechte Lebensmittelverteilung und weitere genutzt.

Wir brauchen Transformative Gerechtigkeit

Fingerschnipsen, *Abolish* wispern und aus einer rosa verpuffenden Wolke taucht sie auf: Unsere neue, komplett gewaltfreie Welt, mit zeremoniellen Miethai-Enteignungen und...ÄH, STOP MAL! Machen wir uns nichts vor: So funktioniert das natürlich nicht. Die Polizei abzuschaffen, heißt nicht, dass es dann einfach keine Ungerechtigkeit und keine Gewalt mehr geben wird. Wir sind uns dessen bewusst, dass die abolitionistische Vision mit großen Herausforderungen einhergeht. Sie bedeutet auch, die Vision vor Augen zu haben und zeitgleich Antworten auf reale, aktuell auftretende Geschehnisse und Probleme zu finden. Es braucht solidarische Formen und Lösungsansätze für Aufarbeitung und Unterstützung. An dieser Stelle kommt Transformative Gerechtigkeit ins Spiel. Transformative Gerechtigkeit ist eine soziale Bewegung, die vor allem von queers und Women of Color in den USA gegründet wurde, aber auch darüber hinaus, unter anderem in Deutschland, aktiv ist. Es lassen sich vier Arbeitsbereiche der transformativen Gerechtigkeit unterscheiden:

1. Unterstützung, Selbstbestimmung und Heilung für betroffene Personen organisieren,
2. Transformation und Verantwortungsübernahme der gewaltausübenden Person begleiten,
3. gemeinschaftliche Normen und Praxen verändern,
4. Bedingungen von Gewalt politisch verändern.

Es werden neue Antworten auf zwischenmenschliche Gewalt entwickelt, die nicht auf staatliche Institutionen zurückgreifen. Ein Beispiel ist die *community accountability*, die kollektive Verantwortungsübernahme. Transformative Gerechtigkeit agiert also im Bereich zwischenmenschlicher Gewalt, will aber eine umfassende soziale Veränderung, die darauf abzielt, die systematischen Ungleichheiten in der Gesellschaft zu bekämpfen und eine gerechte Welt für alle zu schaffen. Der Begriff mag neu sein, die Ansätze und Praxen sind aber teilweise schon sehr alt und kommen zum Beispiel aus indigenen Gerechtigkeitspraktiken.

Unsere derzeitige Welt basiert darauf, dass einige wenige gewinnen und viele verlieren – natürlich „braucht“ es da die Polizei, die verhindert, dass die vielen sich zusammenschließen und organisieren. Doch genau das brauchen wir: Organisation und Mobilisierung. Es geht nicht nur darum, Diskriminierung und Unterdrückung anzuerkennen, wir müssen neue Möglichkeiten für systematische Veränderungen und Lösungsansätze schaffen. Eine andere Welt ist möglich. Theoretische und praktisch gelebte Entwürfe abolitionistischer Gesellschaften und Transformative Gerechtigkeit zeigen uns, dass es geht. Wenn wir also sagen, **ACAB ist Systemkritik**, dann meinen wir damit diese andere mögliche Welt. Das heißt aber nicht, dass wir uns diese Gesellschaftsformen aus anderen Kontexten einfach abgucken können und, dass das alles widerspruchsfrei ist.

Von Widersprüchen und Dissonanzen

Denn natürlich ist unsere Welt nicht so einfach, dass keine Widersprüche auftreten würden. Natürlich ist die Polizei nicht der einzige Akteur, der Gewalt auslöst. Natürlich bedeutet die Abschaffung der Polizei nicht, dass es danach einfach keine Gewalt mehr gibt. Patriarchale, rassistische, antisemitische, ableistische und nicht zuletzt die ausbeuterische Gewalt des Kapitalismus sind vielfältig und allgegenwärtig in Institutionen und unserer Gesellschaft. Und ja, manchmal übernimmt die Polizei sogar die Aufgabe, davor zu schützen. Polizeischutz vor Synagogen halten wir beispielsweise für wichtig und richtig (wobei sich eben die Frage stellt, ob dieser Schutz nicht auch anderweitig gewährleistet werden kann und ob es dafür zwingend die Polizei, wie sie aktuell existiert, braucht)⁶. Wir können die

⁶ Synagogen sind seit dem Anschlag in Halle 2019 zwar besser geschützt. Es zeigt sich jedoch, dass die jüdischen Gemeinden das Geld für diese Schutzmaßnahmen (wie z.B. Wachpersonal, Zäune, Videoüberwachung usw.) meist selbst aufbringen mussten. Vielen Gemeinden fehlt es an finanziellen Mitteln, um angemessene Sicherheitsvorkehrungen treffen zu können.

Abschaffung der Polizei auf der einen Seite fordern und Polizeischutz auf der anderen Seite stellenweise als sinnvoll erachten. Wir müssen nicht alle Widersprüche aufheben, um sagen zu können: *abolish the police*, eine andere Welt ist möglich. Die Abschaffung der Polizei wird nicht all diese Probleme lösen und auch ohne Polizei werden Probleme wie Diebstahl oder sexualisierte Gewalt auftreten. Aber die Polizei kann diese Probleme weder verhindern noch lösen. Die Frage ist also: Wie können wir andere Antworten auf Gewalt und solidarische Formen von Aufarbeitung und Unterstützung finden? Und erübrigt sich Diebstahl nicht irgendwie eh, wenn wir Privateigentum einfach abschaffen? Abolitionistische Aktivist*innen liefern darauf in ihrem langen und vielfältigen Kampf immer neue Antworten, transformative Gerechtigkeit ist ein Beispiel. Klar ist: Die Abschaffung der Polizei wird nur dann eine andere Welt ermöglichen, wenn sie mit einer antikapitalistischen, feministischen, antirassistischen Transformation der Gesellschaft einhergeht. Und genau dafür ist sie zwingend notwendig.

„Copwatch ist Teil unseres Alltags“ ein Interview mit Copwatchffm

Victoria Lucas und la mona

Überall erfahren Menschen rassistische, gewaltvolle Übergriffe durch die Polizei und weitere staatliche Institutionen. Unterstützung gibt es dafür kaum. *Copwatchffm* möchte hier einen Gegenentwurf bieten und hat sich die freiwillige Unterstützung von Betroffenen, die rassistische Polizeigewalt erfahren, zur Aufgabe gemacht. Für diese Ausgabe hatten wir die Möglichkeit, ein Interview mit unseren Genoss*innen aus Frankfurt zu führen, die mit der Dokumentation von und im Kampf gegen Polizeigewalt bedeutende Arbeit leisten. Dieses Jahr machen sie das bereits seit 10 Jahren - ein Anlass, um mit ihnen ins Gespräch zu kommen.

copwatchffm

Website: www.copwatchffm.org
Instagram: @copwatchffm
Telefonnummer für Betroffene
und Dokumentation:
069 - 34 877 315

Spenden

Copwatchffm verwendet alle Spenden für die Unterstützung von Betroffenen, zum Beispiel für Erstgespräche mit Anwalt*innen oder Repressionskosten. Spendet deshalb gern an: Verein für interkulturelle Alltagspraxis \ IBAN: DE39 8306 5408 0004 1945 94 \ Betreff: Spende, oder ladet *CopWatch* für einen Workshop ein, denn auch das Honorar fließt in die Unterstützung.

Warum ist es nötig, die Polizei zu beobachten? Die Polizei übt jeden Tag Gewalt aus. In Frankfurt, aber auch überall finden Übergriffe statt. Gängig ist zum Beispiel das *Racial Profiling*, bei dem ohne Grund Schwarze oder People of Colour (S. BIPOC), aber auch Personen, die Armut erleben oder als queer gelesene Menschen kontrolliert werden. Diese Kontrollen erleben die Menschen regelmäßig, und oft kommt es in den Momenten auch zu physischer Gewalt. Das ist nicht nur für die Menschen selbst eine schlimme Erfahrung, es hat auch ganz konkrete Auswirkungen auf deren Alltag. Betroffene fangen an, Orte zu meiden und Umwege zu gehen. Sie können sich nicht mehr frei in der Stadt bewegen.

Und geht das vor allem von der Polizei aus? Nein, nicht nur. Racial Profiling und andere Formen von Gewalt kommen in verschiedenen Situationen vor. Deshalb haben wir einen weiten Begriff von Polizeigewalt, wir sprechen auch gerne von "Polizieren". Damit können neben Polizist*innen und Ordnungsamt auch Zollbeamte*innen, Kontrolleur*innen in Bus und Bahn sowie Sicherheitsdienste und Behörden wie ein Jobcenter oder das Finanzamt gemeint sein.

Auf eurer Website haben wir gesehen, dass ihr euch 2013 aus der Initiative Christy Schwundek gegründet habt. Wie groß ist eure Gruppe heute? Gerade sind wir zu acht. Die meisten von uns sind seit vielen Jahren dabei. Wir werden auch durch weitere ehemalige oder „halb-aktive“ Menschen unterstützt, also solche, die zum Beispiel nur einen Bereich der Arbeit abdecken. Unser Team ist nach verschiedenen Lebensrealitäten durchmischt, was uns eint, ist ein abolitionistischer

Grundkonsens. **Gibt es Copwatch nur in Frankfurt?** Nein, es gibt in einigen deutschen Großstädten wie Berlin, Köln, Leipzig oder Hamburg ähnliche Gruppen, die versuchen, Polizeigewalt zu skandalisieren. Was wir beobachten ist ein Nord-Süd-Gefälle, vor allem in Süddeutschland ist die rassismuskritische Infrastruktur gering. In Kleinstädten sind CW-Gruppen gar nicht vertreten. Wir unterstützen immer gern Menschen, die eine lokale CW-Gruppe aufbauen wollen. Bis zur Corona-Pandemie gab es zwischen den Gruppen eine bundesweite Vernetzung. Die Praxis des "copwatching" ist aber natürlich ein internationales Phänomen und hat insbesondere dort, wo Polizei nicht Sicherheit, sondern Gefahr bedeutet, eine lange Geschichte. Wir sehen uns als *Copwatchffm* in der Tradition dieser Kämpfe, die vor allem von marginalisierten Gruppen geführt wurden und werden.

Wie beginnt ein Arbeitsalltag bei Copwatchffm? Es ist schwierig, euch von einem Arbeitsalltag zu berichten, da er auch immer davon abhängig ist, wie und mit welchen Anliegen Menschen auf uns zukommen. Unsere Arbeit hat aber drei Schwerpunkte: Unsere Telefonhotline, unsere persönliche Infostelle in Frankfurt und die Dokumentation von Übergriffen für eine Skandalisierung von Racial Profiling und Polizeigewalt. Wir treffen uns wöchentlich und verteilen Aufgaben, für die man manchmal auch mehrere Monate zuständig ist.

Der wichtigste Teil unserer Arbeit bleibt wahrscheinlich der Telefondienst, weil die Menschen meist über Telefon mit uns in Kontakt treten. Man erreicht im-

mer erst den Anrufbeantworter, wir rufen dann zurück.

Was erzählen euch die Anrufer*innen am Telefon? Sie berichten von dem, was sie mit der Polizei erlebt haben. Das Telefon betrachten wir als unsicher. Deshalb ist das erste, was wir Anrufer*innen bei uns sagen, dass sie am Telefon keine selbstbelastenden Aussagen machen sollen. Manchmal rufen auch Zeug*innen an, die etwas beobachtet haben. Wir schauen dann gemeinsam mit den Menschen am Telefon, was weitere Schritte sein könnten, beispielsweise ein persönliches Gespräch in unserer Infostelle oder eine anwaltliche Erstberatung. Manchmal genügt aber auch der Erstkontakt am Telefon und wir können Menschen auf andere Angebote, wie professionelle Antidiskriminierungsstellen, verweisen. Es ist aller sehr unterschiedlich!

Was macht ihr mit den Informationen? Alle uns berichteten Vorfälle halten wir schriftlich fest, damit sie dokumentiert werden, denn das passiert in Deutschland nämlich sonst nicht so oft. Leider hört es damit schon auf, wir haben noch keine zentralisierte Sammlung und können keine Aufbereitung der Materialien leisten. Hierzu hat unser Team einfach keine Kapazitäten. Es wäre toll, wenn dies mal passieren könnte, um eine Statistik zu erstellen und das Thema damit systematischer und umfassender zu beforschen. Und natürlich für die Öffentlichkeitsarbeit, um die Umstände aufzuzeigen.

Ihr sprecht vom Dokumentieren, Sammeln, Aufzeigen. Was ist mit Anzeigen, also dem rechtlichen Weg? Das liegt bei den Betroffenen. Anzeigen gegen Polizeigewalt sind eine enorme Belastung für Betroffene, sowohl psychisch als auch finanziell und haben selten Erfolg. Was wir beobachten ist, dass Anzeigen systematisch mit einer Gegenanzeige wegen „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte*innen“ beantwortet werden. Oder sie werden nach kurzer Bearbeitung eingestellt oder fallen gelassen, manchmal auch ohne Begründung.

Kann man auch persönlich mit euch in Kontakt treten? Klar! Wir haben ein Büro in Frankfurt, das ist aber keine öffentliche Anlaufstelle. Da verabreden wir uns mit Betroffenen zu Gesprächen. In den Gesprächen versuchen wir, die Erfahrung der Person zu bekräftigen und ihr Raum für den Austausch mit Menschen zu geben, die sich mit Polizeigewalt befassen und auch rechtlich informiert sind.

Welche Menschen wenden sich denn so an euch? Das ist sehr divers. Zeug*innen sind oft politisch links, aber nicht nur. Die meisten Betroffenen kommen einfach aus Kreisen, die besonders von Polizeigewalt betroffen sind: migrantisierte und rassifizierte Menschen, queere Personen oder Menschen in prekären Lebenslagen. Es rufen nicht nur Leute aus Hessen an, sondern auch darüber hinaus.

Und woher kennen die Menschen euch? Menschen können über das Internet und Social Media von uns erfahren, mittlerweile gibt es uns einfach schon so lange, dass man uns auch ein wenig kennt. In der Vergangenheit gab es Aktionen, bei denen Visitenkärtchen in Stadtvierteln verteilt wurden, in denen viele von rassistischer Polizeigewalt betroffene Menschen leben. Ein weiterer wichtiger Kontaktweg sind Jugendclubs, da oft Jugendliche von Polizeigewalt betroffen sind. Die kommen häufig auf uns zu.

Wie geht es euch selbst mit der Arbeit? Uns ist es wichtig, dass es allen in der Gruppe gut geht. Wir versuchen aufeinander zu achten, ganz im Sinne unseres Mottos "We look out for each other". Unsere Arbeit ist natürlich frustrierend und herausfordernd, manchmal sogar retraumatisierend. Und aufgrund dessen, dass wir alle unterschiedliche Menschen mit unterschiedlichen Positionierungen sind, ist es eben auch für alle unterschiedlich. Wir beschäftigen uns in unserer Freizeit mit krasser Scheiße, deshalb geht's uns natürlich damit nicht immer gut. Aber es sind eben die Momente des Austauschs und des aufeinander Aufpassens, die uns weiter-



machen lassen. Außerdem übernehmen alle so viel, wie es ihre Kapazitäten gerade zulassen. Viele von uns nehmen sich in regelmäßigen Abständen einige Wochen eine Auszeit von der Unterstützungsarbeit.

Was motiviert euch, diese Arbeit zu tun?

So frustrierend unsere Arbeit auch sein mag, sie ist selbstwirksam. In der Gruppe, gemeinsam und mit **solidarischen** Leuten setzen wir Polizeigewalt etwas entgegen und unterstützen Betroffene, auch wenn es manchmal nur Kleinigkeiten sind. Wir versuchen mit unserer Arbeit Situationen, die extrem von Ohnmacht geprägt sind, aufzubrechen. Jede Person, die wir mehr für das Thema sensibilisieren und so die Realität von Racial Profiling und institutionellem **Rassismus** skandalisieren, ist für uns ein Gewinn.

Wie schafft ihr euch Öffentlichkeit? Wir haben eine Website und einen Instagram-Kanal, auf dem wir je nach Kapazitäten mal mehr oder weniger aktiv sind. Was wir machen, ist, dass wir Betroffenen unseren Account als Plattform anbieten, damit sie ihre Geschichten oder Anliegen erzählen und verbreiten können. Außerdem veröffentlichen wir Inhalte zum Thema Polizeigewalt, zum Beispiel auf unserem Blog, aber auch in Büchern oder im Rahmen von Redebeiträgen bei Demonstrationen oder Vorträgen und auf Instagram, wie etwa im Kontext von Lützerath, wo wir die *Nutzung von Polizeimeldungen für die Berichterstattung* kritisiert haben.

Macht ihr auch Bildungsarbeit? Ja, wir geben Workshops zum Verhalten als Zeug*in oder Betroffene, unterstützen andere CW-Gruppen im Aufbau und machen Veranstaltungen zum Thema rassistische Polizeigewalt. Zum 15. März, dem Tag gegen Polizeigewalt, veranstalten wir seit einigen Jahren eine Kundgebung. Dieses Jahr konnten wir leider keine veranstalten, haben aber dafür am 18. März einen Workshop für Betroffene von Racial Profiling und Polizeigewalt angeboten und zu einem alternativen und widerständigen

Erinnern eingeladen. **Wie ist eure Beziehung zur Polizei?** Zur Polizei haben wir nur Kontakt, wenn wir mit polizeinahen Personen auf Podien sitzen oder Betroffene im Kontakt unterstützen, beispielsweise wenn eine Dienstaufsichtsbeschwerde eingereicht wird. Sonst haben wir keinen Kontakt und suchen auch keine Gespräche zur Polizei oder Beamt*innen. Wir als Gruppe erfahren zum Glück gerade keine aktive Repression, auch keinen anonymen Hate über Social Media.

Wie steht ihr zu anderen staatlichen Institutionen? Nach dem Mord an **George Floyd** haben wir viele Anfragen bekommen, meistens Bitten um Statements oder Beiträge und Einladungen zu Podiumsdiskussionen. Auch von Expert*innenkommissionen, die für den hessischen Landtag arbeiten, wurden wir schonmal eingeladen. Da waren wir dann auch, dabei ging es um die Vorstellung des Abschlussberichts der Expert*innen-Kommission zur Verantwortung der Polizei Hessen bei den *NSU 2.0* Chats. Von der Kommission wurden wir als Expert*innen zum Austausch über die Unterstützung Betroffener eingeladen. Wir haben gezögert, daran teilzunehmen, wollten unsere Perspektive aber auch stark machen.

Und wie war eure Erfahrung bei dieser staatlichen Zusammenarbeit? Die Erfahrung war am Ende leider nicht gut. Zum Beispiel, weil unsere Expertise nicht anerkannt wurde, insbesondere was lokale Probleme und Vorschläge anging. Deshalb haben wir im Anschluss daran selbst noch ein Statement (<https://www.copwatchffm.org/?p=417>) veröffentlicht. Darin kritisieren wir die Zusammensetzung und Arbeit der Kommission als nicht rassismuskritisch genug und ihren unsensiblen Umgang mit Themen der Opferberatung oder dem Betroffenenenschutz. Aber auch die Intransparenz der Kommission, bei der kein Protokoll geschrieben bzw. es zur Sichtung nicht an uns weitergegeben wurde. Generell kritisieren wir die unzureichende Anerkennung von institutio-

nellem Rassismus und den Fokus auf die Polizei statt auf Betroffene. Um staatliche Machtstrukturen aufzubrechen, wäre unserer Meinung nach ein erster Schritt eine ausfinanzierte unabhängige Beschwerde- und Ermittlungsstelle für Betroffene von Polizeigewalt.

Kann es eine staatlich finanzierte, aber unabhängige Beschwerde- und Ermittlungsstelle für Betroffene von Polizeigewalt überhaupt geben? Wir kritisieren, dass von staatlicher Seite keine finanzielle Unterstützung kommt, vor allem weil es zum Schutz der Polizei beiträgt. Aber ja, finanzielle Unterstützung bedeutet auch immer Abhängigkeit, diesen Widerspruch sehen wir. Unser Auftreten damals im Landtag hat uns gezeigt, diese Form der Unterstützung ist vor allem Symbolpolitik. Wir haben die Möglichkeit aber genutzt, um Geschichten von Betroffenen einen Ort zu geben. Das war zwar nicht die Aufforderung, aber das war unsere Antwort auf deren Arbeit.

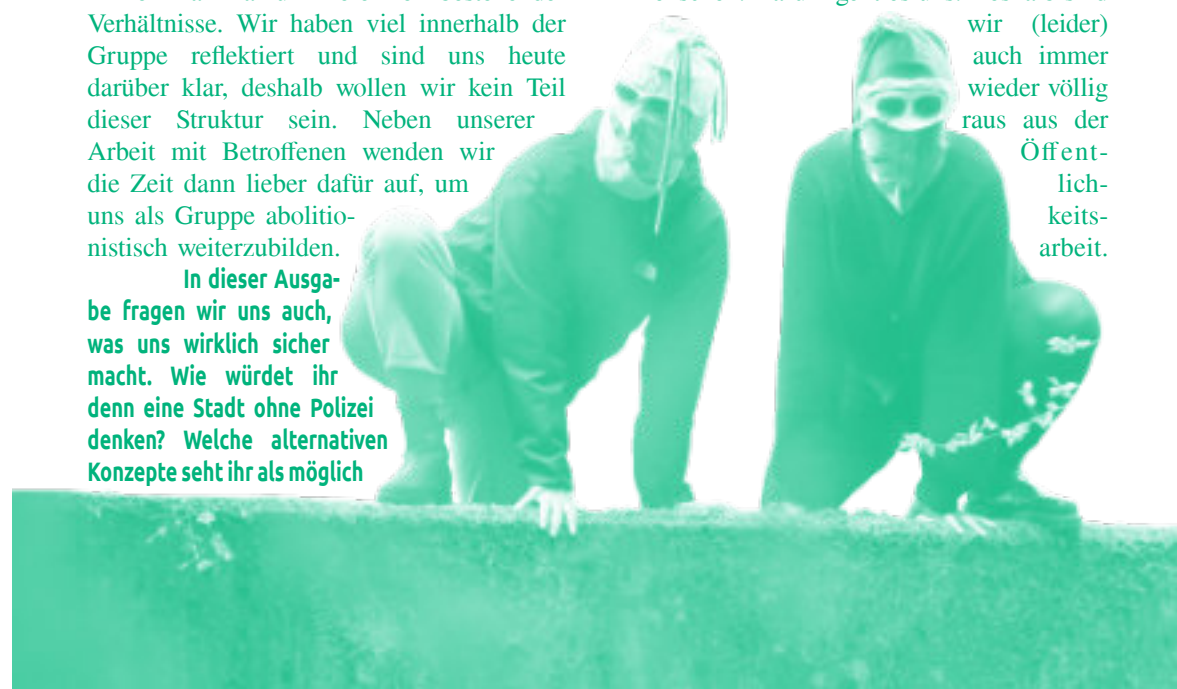
Wollt ihr weiter mit staatlichen Institutionen zusammenarbeiten? Wir sind von der bisherigen Zusammenarbeit enttäuscht. Es sollte in alternative Konzepte investiert werden anstatt in die Struktur der Polizei. Es geht im staatlichen Konstrukt immer maximal um Reformen bestehender Verhältnisse. Wir haben viel innerhalb der Gruppe reflektiert und sind uns heute darüber klar, deshalb wollen wir kein Teil dieser Struktur sein. Neben unserer Arbeit mit Betroffenen wenden wir die Zeit dann lieber dafür auf, um uns als Gruppe abolitionistisch weiterzubilden.

In dieser Ausgabe fragen wir uns auch, was uns wirklich sicher macht. Wie würdet ihr denn eine Stadt ohne Polizei denken? Welche alternativen Konzepte seht ihr als möglich

an? Der Diskurs ist für uns sehr komplex und abolitionistische Theorien sind leider gerade nicht unser Fokus. Wir schaffen es momentan nicht, stärker in inhaltliche Diskussionen einzusteigen, weil die aktive Unterstützung Betroffener unsere Zeit beansprucht. Was uns auffällt, ist, dass die Debatten in Deutschland leider sehr von oftmals **weißen** Stimmen geprägt werden, die teilweise das System nicht als Ganzes betrachten, sondern immer wieder zurück in Diversitätsdebatten verfallen. Eine Welt ohne Polizei ist keine **Utopie**, wer sich mit der Geschichte der Polizei beschäftigt weiß, wie jung diese Institution eigentlich ist.

Euch gibt es jetzt seit 10 Jahren, häufig ein Moment der Reflexion. Wie schaut ihr heute auf eure damaligen Ziele? Was hat sich verändert oder wie bzw. woran möchtet ihr in Zukunft arbeiten? Die Gruppe ist immer im Wandel, es sind nur noch wenige Aktivist*innen von der Gründung aktiv. Was wir aber alle bis heute merken ist, dass copwatchffm noch immer betroffenenzentrierte „Basisarbeit“ macht. Wir haben natürlich unsere Ziele und Forderungen im Kontext von Racial Profiling, aber unsere Arbeit fokussiert sich eben stark auf die konkrete Unterstützung von Menschen. Darum geht es uns. Deshalb sind wir (leider)

auch immer wieder völlig raus aus der Öffentlichkeitsarbeit.



Die Betroffenenarbeit hat für uns immer Vorrang.

Zuletzt noch: Was kann man tun, um eure Arbeit zu unterstützen?

Ganz klar, CW-Gruppen gründen! Aber natürlich auch spenden oder einladen zu Workshops, denn nur so können wir unsere Arbeit auch in Zukunft finanzieren. Was auch hilft, ist aufmerksam sein, uns Vorfälle von Polizeigewalt melden und dabei immer Gedächtnisprotokolle schreiben, egal ob als Betroffene oder Zeug*in. Diese können wir

sammeln, archivieren und damit Bewusstsein über Polizeigewalt stärken und hoffentlich auch bekämpfen. Oder ihr werdet natürlich selbst Teil der Gruppe! ;-)

Vielen Dank für das Gespräch und eure tolle und wertvolle Arbeit! Dennoch hoffen wir aber auch, dass es irgendwann eine Welt gibt, in der Gruppen wie eure einfach nicht mehr notwendig sind... Bis dahin wünschen wir euch viel Kraft und hoffentlich ein paar neue Mitstreiter*innen!

Initiative Christy Schwundeck

Christy Schwundeck war eine **Schwarze Frau**, die am 19. Mai 2011 im Jobcenter Gallus in Frankfurt/Main getötet wurde. Weil sie ihre Sozialbezüge zum Monatsbeginn nicht erhalten hatte, ging sie in das zuständige Jobcenter und fragte dort nach 10€, um Essen kaufen zu können. Die zuständige Person lehnte ihre Bitte ab. Christy Schwundeck entschied sich dazu, auf ihrem Stuhl sitzenzubleiben, weshalb die Polizei verständigt wurde. Als diese eintraf, wehrte Christy Schwundeck sich mit einem Messer und verletzte einen Polizisten. Daraufhin erschoss eine Polizistin Christy Schwundeck. Bis heute sind die Umstände ihrer Erschießung weder aufgeklärt noch die betreffenden Staatsbeamten zur Rechenschaft gezogen worden. Die Staatsanwaltschaft hielt den Schuss für Notwehr, weshalb von einer Anklage abgesehen wurde. Die Initiative Christy Schwundeck kämpft auf politischer Ebene weiter gegen anhaltende **koloniale Gewalt** und fordert „Aufklärung und Gerechtigkeit“, denn der Fall ist symptomatisch für den „tödlichen institutionellen **Rassismus**“ (*Thompson*).

<https://initiative-christy-schwundeck.blogspot.com/p/startseite.html>

Staatliche, unabhängige Dokumentation von Polizeigewalt?

Von staatlicher Seite aus gibt es bis heute keine unabhängige (Anlauf)Stelle für die Dokumentation von Polizeigewalt, noch wird eine gefördert, die sich der Dokumentation oder Aufarbeitung von Vorfällen (rassistischer) Polizeigewalt oder der Unterstützung betroffener Personen widmet. Damit wird unterstrichen, dass von staatlicher Seite kein Bedarf und kein Bewusstsein für die Gewaltdimension gesehen werden will. Es ist zwar ein Widerspruch, staatliche Institutionen zu kritisieren und diese zugleich einzufordern. Es bräuchte sie aber, um Menschen in den derzeitigen Verhältnissen zu unterstützen. Dabei wäre das wichtigste, dass diese Anlaufstellen unabhängig sind. Dennoch ist es langfristig notwendig, Alternativen zu schaffen, weil auch Institutionen die gesellschaftlichen Machtverhältnisse reproduzieren.

Widerstand gegen Vollstreckungsbeamt*innen

Aus dem §113 StGB, dort heißt es: "(1) Wer einem Amtsträger oder Soldaten der Bundeswehr, der zur Vollstreckung von Gesetzen, Rechtsverordnungen, Urteilen, Gerichtsbeschlüssen oder Verfügungen berufen ist, bei der Vornahme einer solchen Diensthandlung mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt Widerstand leistet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. (2) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren."

Der Paragraph kommt unter anderem auch im Kontext der Klimaproteste und Waldbesetzungen oder im Rahmen von Demonstrationen zum Einsatz und wird als Rechtfertigung genutzt, um Menschen in Gewahrsam zu nehmen.

Nutzung von Polizeimeldungen als Quelle für Berichterstattungen

Polizeimeldungen sind keine neutralen Quellen, denn auch sie sind einfach Pressemitteilungen einer staatlichen Einrichtung. Und die verfolgen immer auch eine eigene bestimmte Agenda und Interessen, weshalb es eben nicht um differenzierte Berichterstattung geht. Deshalb sollten Polizeimeldungen immer kritisch geprüft werden und ebenso hinterfragt werden, wie andere Informationen zu einem Vorfall/Geschehen statt sie einfach zu übernehmen. Denn sonst werden Narrative der Polizei, als parteiische Institution, unhinterfragt weiterverbreitet.

Racial Profiling

Copwatchffm schreibt dazu: "Wir verstehen **Racial Profiling** als Ausdruck von institutionellem und gesellschaftlichen **Rassismus**. Racial Profiling basiert auf Herrschafts-, Unterdrückungs-, und Ausbeutungsverhältnissen, durch die bestimmte Gruppen anhand von Merkmalen wie Hautfarbe, Ethnizität, Kultur oder Religion kategorisiert, naturalisiert, entmenschlicht, gesellschaftlich ausgegrenzt und ausgebeutet werden (bei gleichzeitiger gesellschaftlicher Konstruktion und Privilegierung *weißer* Gruppen)."

Was tun bei Racial Profiling?

Wenn Du in eine Situation von Racial Profiling gerätst, gilt es zunächst Ruhe zu bewahren. Je nach gesellschaftlicher Positionierung haben auch Zeug*innen Betroffenheiten und wer betroffen oder beobachtend ist, ist oft nicht klar trennbar und immer situationsabhängig. Daher denkt stets daran, dass niemand gezwungen ist, sich selbst durch Einschreiten in Gefahr zu bringen! (CW)

Um euch vorzubereiten, egal ob als potenzielle betroffene Person oder als Zeug*in hat *Copwatchffm* eine ausführliche Handlungsempfehlung veröffentlicht. Ihr findet sie hier: [QR-Code von: https://www.copwatchffm.org/?page_id=532]

Police pROSA ROTE BRILLE abgesetzt.

lotti

„Was soll mein Text mal werden?“

Diese Frage kursiert schon ein paar Wochen in meinem Kopf. Zunächst war da die Idee, eine kleine Theoriebombe zu schreiben à la „auch du brauchst Theorie, Genoss*in“. Dann dachte ich mir: Hausarbeiten schreib ich echt genug... Aber muss man theoretische Analysen immer in einer möglichst trockenen Form und seitenlangen Schachtelsätzen schreiben? Oder kann man das Ganze auch anders angehen?

Also fange ich an, das anders anzugehen, in meinem Kopf vermischt sich irgendwas mit „Kunst“ und „Theorie“. Kunst ganz nach allseits ghasstem Prosa, alias Gedichtform, alias „ich weiß gar nicht, was ich hier mache“. Politische Poetry – abgeschafft.

Kann gut sein, dass dich das also genauso wenig abholt wie mich. Oder holt es mich doch ab? In mir nichts als Widersprüche, und Fragen und Theorie und Kunst und Hass und ganz viele Reime.

Los jetzt.
Hab´ also ein paar Fragen mitgebracht:

Hast du je darüber nachgedacht,
worüber die Institution der Polizei wirklich wacht?
Brauchst du ihren angeblichen Schutz, die angebliche Sicherheit?
Dir dies zu geben, ist das überhaupt ihre Eigenheit?

Was sie wirklich kümmert, ist doch viel mehr das,
was um dich wummert.
Denn Kapital und Eigentum,
ist den Cops das größte Heiligtum.

Denk jetzt aber nicht,
dass das unbedingt deinen Stoff betrifft.
Es sei denn, du bist gehobene Mittelschicht.

Achja und dabei *weiß* sein,
heiß sein, reich sein,
nett sein, deutsch sein,
straight sein, `normal` sein,
gleich sein, hete sein.

LEISE SEIN.
Also kuscht.
Radikale Demokratie.
Oder Demokratie. Verlust?

Ich sag´s wie es ist.
Marginalisierte Gruppen
haben unter ihrer Fuchtel keinen Schutz.
Achtung Neologismus:
Sie sind doch viel mehr Schmutz,
auf ihrer PoliceProsaRoten Brille.

Sie spielen lieber mit ihren Waffen,
Jaja, die tragen sie nicht nur um zu bluffen.
Mindestens 10 Menschen (oder 10tausende Schüsse) waren´s letztes Jahr.
Das ist jedenfalls, was ihre Statistik sagt.
Also, wo lauert die wahrhaftige Gefahr?

Kurzer Gedankensprung hier,
in mir.

Polizei ganz so wie Rancière sie denkt,
regelt unser ´gemeinschaftliches Zusammenleben´,
sei stets davon eingeschränkt, äh gelenkt.
Wäre Polizei nur das, könnt ich mich dem vielleicht ergeben.

Doch in Wahrheit. Alles anders.

Habt ihr keine schlechteren Ideen?
Würd´ die Kohle gern wo anders sehen.
Hört auf Polizei als relevant zu inszenieren.
Sie ist nur da, um andere zu disziplinieren.

Das war sie immer.
Schon im mittleren Alter, im 15. Jahrhundert.
Und es wird dich nicht wundern:
Auch von kaiserlicher Ordnung bis Klassen Hortung.

Und heute?
Immer mehr kapitalistische Strafbestände.
Wird wohl Zeit für ein kapitalistisches Ende.

Polizei, als DIE politische Ordnung.
Angeblich in der Theorie durchdacht,
aber was das mit uns allen macht-
die Macht...

Das Folgende ist (k)ein Witz,
definitiv (k)ein Plagiat.
Wir sind zum Ungehorsam geboren,
wir sind zum Ungehorsam erkoren.

Wir fangen nicht erst auf der Straße an,
es hat vielmehr in der Struktur bestand.



Warum hast du diesen Spitzenbody getragen?

Hinweis auf sensible Inhalte. Dieser Text befasst sich mit sexualisierter Gewalt, sowie dem gesellschaftlichen und strafrechtlichen Umgang mit dieser Thematik. Diese Schilderungen können belastend und retraumatisierend wirken.

Ich habe es gewagt. Ich wurde vielmehr dazu gedrängt. Dann habe ich es wirklich gemacht. Echt jetzt mal, ICH HAB ES WIRKLICH GEMACHT, und bin gescheitert.

Ich habe gewagt meine Vergewaltigung anzuzeigen. Weißt du, liebe*r Leser*in, wie lang ich über diese Formulierung nachgedacht habe? Schreibe ich „meine“ Vergewaltigung, oder schreibe ich „eine“ Vergewaltigung? Nenne ich es überhaupt „Vergewaltigung“ oder nenne ich es anders? Ich hasse dieses Wort. Sollte ich überhaupt darüber schreiben? Nehme ich dann nicht zu viel Raum ein? Was will ich damit erreichen? Mache ich es, um Zuspruch zu bekommen? Was, wenn mich Leute dann darauf ansprechen? Ich will doch eigentlich nicht darüber sprechen, nie. Und wenn ich darüber schreibe, mache ich es unter meinem Klarnamen?

Fragen um Fragen, die ich mir noch immer nicht beantworten kann, nicht einmal heute, wo ich es wieder wage, wo ich anfangen, darüber zu schreiben. Liebe Menschen, dies ist das erste Mal, dass ich wirklich öffentlich darüber spreche oder schreibe. Seid nett mit mir und seht mir nach.

Und vermutlich werde ich nicht einmal innerhalb unseres Kollektivs darüber reden können, dass ich diesen Text geschrieben habe. Was bedeutet, dass ich ihn letztlich anonym abgeben werde. Nicht etwa, weil ich glaube, dass unser feministisches Kollektiv rage page nicht der Raum dafür wäre, darüber zu sprechen. Ich glaube auch nicht, dass irgendwer komisch reagieren würde oder mich falsch behandeln könnte.

Es gibt in solchen Situationen für mich einfach keine „richtige“ Reaktion. Jedenfalls gab es das für mich bis jetzt nicht. Für mich gab es immer nur ein „gar nicht“. Gar nicht drüber reden. Und das ist irgendwie auch okay, denke ich. Für mich jedenfalls. Denn das war schon immer meine Bewältigungsstrategie. Aber gleichzeitig nervt es mich, es macht mich wütend, ich bin voller Trauer, und habe Panik. Denn es gibt einfach keinen Raum für mich, in dem ich mich sicher fühle, darüber zu sprechen, oder meine Ängste und meine Wut aus mir rauszuschreien. Denn überall stelle ich mir dieselben Fragen.

Seit dem Ereignis habe ich Panikattacken, seit etwas mehr als vier Jahren. Ich nehme dagegen Medikamente. Lange Zeit, nachdem das passiert ist, war mein Leben ein einziger Rausch. Es war, als könnte ich nicht mehr fühlen. Als würde ich das Leben einer anderen Person führen. Und dabei habe ich dieses „Leben“ wie in einem Film von außen betrachtet und gar nicht selbst gelebt. Ich weiß nicht einmal, ob dieser Rausch, dieser Film vorbei ist, ob ich schon aufgewacht bin. Seit über vier Jahren ist jeder Tag und all mein Handeln durch die Gedanken an diese eine Nacht begleitet. Kein Tag vergeht, an dem ich nicht daran denke. Kein Tag vergeht, an dem ich nicht zweifle, zweifle daran, ob ich mir selbst zugestehe, mehr zu sein als dieses Ereignis. Und obwohl es in mir so viel Raum einnimmt, spreche ich fast nie darüber, nicht mit meiner Familie, nicht mit meinen Freund*innen, nicht mit meinen Part-

ner*innen und auch nicht mit meinen Genoss*innen. Ich würde sagen, ich habe gelernt, mit meiner Panik umzugehen, mit meiner Wut und mit meiner Trauer. Habe Strategien und Rettungswege für mich gefunden und erlernt, aber ich habe nie gelernt darüber zu sprechen. So wie ich gerade diese Sätze schreibe, weine ich. Mir kullern dicke Tränen auf die Tasten meines Laptops und auf meine Finger, die wie von selbst diese Worte verfassen. Aus meiner Nase schnoddert es. Ich will aber nicht aufstehen, um mir ein Taschentuch zu holen, also muss der Ärmel meines schwarzen Strickpullovers dran glauben. Ich weine. Aber ich bin glücklich, denn ich schreibe darüber.

Und nach dieser langen Einführung kommen wir jetzt zu meinem Punkt. Denn ich habe einmal darüber gesprochen, was passiert ist. Ich musste, irgendwie. Und danach nie wieder. Denkt ihr jetzt vielleicht: Puahhhhhh hoffentlich hat sie mit einer gut ausgebildeten Psychotherapeutin darüber gesprochen.

Ne man. Ich habe mit einer Polizistin darüber gesprochen. Und das war richtig scheiße. Genauer genommen habe ich zweimal mit der Polizistin darüber gesprochen. Einmal in der Nacht des Geschehens, als ich zu der Polizei gebracht wurde. Und dann etwa eine Woche später, als meine Aussage noch einmal aufgenommen werden sollte. Ich erinnere mich sehr schlecht an die Zeit, ich weiß nur aus Erzählungen meiner Eltern, dass es eine Woche war und nicht wie in meiner Wahrnehmung nur ein paar Stunden, die ich nur in meinem dunklen Zimmer im Bett lag. Als ich zum zweiten Mal zur Polizei ging, war es seit der Nacht das erste Mal, dass ich mein Bett in meinem Jugendzimmer im Haus meiner Eltern verlassen habe. Naja nicht ganz, ich war ab und an auf der Toilette, oder habe mich unter die Dusche gestellt. Lange duschen, mit geschlossenen Augen, um den

eigenen Körper nicht sehen zu müssen. Lange duschen, ohne Seife, um den eigenen Körper nicht anfassen zu müssen. Es war nach der Woche auch das erste Mal, dass ich wieder Licht gesehen habe und das erste Mal, dass ich bei anderen Menschen die Hand vor meinem Gesicht weggenommen habe. Ich habe mich so geschämt. Ich wollte all meinen Scham in meine Handinnenflächen legen und jeglichen Blicken ausweichen. Sogar meinen eigenen Blicken. Ich wollte nicht gesehen werden. Habe nie gewagt, in den Spiegel zu sehen.

Aber meine Eltern wollten, dass ich gesehen werde, dass ich gehört werde und sie wollten nicht, dass ich mich schäme. Sie haben mich unterstützt, das Ereignis anzuzeigen. Sie haben mir versucht, die Kraft zu geben, die ich mir selbst nicht geben konnte. Sie haben versucht, mir meine Scham zu nehmen und mich aus dem tiefen Loch, in das ich gefallen war, herauszuholen. Das alles, obwohl auch sie gelitten haben, obwohl auch sie wütend waren und auch sie sich schuldig gefühlt haben. Danke ich jedenfalls, denn wie fast überall herrscht auch in meiner Familie eine Kultur des Schweigens.

Doch dem Versuch meiner Eltern, mir all das zu geben, stand eine fremde Kraft gegenüber: Nämlich der Prozess, welcher in Gang gesetzt wurde, als mich meine Freundin in der besagten Nacht zur Polizei begleitet hat. Auch wenn diese Ausdrucksweise sehr negativ klingt, würde ich sagen, dass sie mich dazu gedrängt hat, zur Polizei zu gehen. Sie hat den Haufen von Mensch, der ich war, zur Polizei gebracht. Ich wollte das nicht. Und auch heute noch wünsche ich mir, ich wäre nie zur Polizei gegangen. Denn bei der Polizei über das Ereignis zu reden war nicht retraumatisierend, es war ein ganz neues Trauma, um dessen Bewältigung es noch heute geht.

Bei der Polizei sprach zu Beginn meine Freundin für mich, erklärte, was sie gesehen hatte, warum wir da sind und wie sie die Situation wahrgenommen hat. Ich meine mich zu erinnern, dass die Beamten sehr unangenehm berührt waren, und nicht wussten, wie sie mit uns umgehen sollten. Den Blicken meiner Freundin wichen sie aus und schauten zu Boden, während sie sprach. Das alles passierte in der kalten Eingangshalle des Polizeikommissariats. Das Einzige, was dort Wärme ausstrahlte, war der miefende Teppichboden. Aber viele meiner Wahrnehmungen sind auch sehr verschwommen. Dann musste ich alleine mit einer Polizistin in einen Raum gehen, um zu erzählen. Ihre Fragen taten weh. Sie fragte mich nach fast jedem meiner Sätze, ob ich mir sicher sei, dass das so passiert war. Ob ich mir über die Folgen einer Anzeige für die Täter bewusst sei. Ob mir ein klärendes Gespräch mit den Tätern vielleicht auch gut tun würde. Sie fragte, warum ich so viel getrunken habe. Warum ich mich gegen die zwei Männer, die das taten, körperlich nicht mehr zur Wehr gesetzt habe. Warum ich nicht lauter um Hilfe rief. Wieso ich mich überhaupt in diese Situation begeben habe. Wie oft ich Nein gesagt habe. Ob ich es mag, härter angefasst zu werden und ob ich mich aufreizend verhalten habe. Achtung, das ist zynisch gemeint: Zum Glück erklärte sie mir im Nachhinein, warum sie das alles fragte. Schließlich sei sie Polizistin und müsse ihre Arbeit gründlich machen. Jede Frage sei dazu da, um die Situation in Gänze zu erfassen. Ihre Pflicht sei, zunächst von der Unschuld der Täter auszugehen und nach diesem Grundsatz müsse sie auch die Befragung durchführen. Klar, man muss alle Seiten sehen und alle Zweifel aus dem Weg räumen. Ich verstehe schon. Und sie beteuerte ja stets, dass es ihr leid tut und dass sie mir glaube.

Nach meiner Aussage wollte ich zur Toilette gehen, ich musste Pipi, aber ich musste vor allem allein sein, atmen und Wasser in mein Gesicht spritzen. Eine Polizistin begleitete mich jedoch, damit sie aufpassen konnte, dass ich keine Spuren abwischte. Mein Körper war ein Tatort. Danach wurde ich in die Rechtsmedizin ins nächste Uniklinikum gefahren. Auf dem Weg begleiteten mich eine Polizistin und ein Polizist. Ich bin mir nicht mehr sicher, aber ich denke, es war nicht dieselbe Polizistin wie die, mit der ich zuvor sprach. Sie saßen mit mir hinten in dem Polizeibus. Ein dritter Polizist ist den Bus gefahren. Es wurde kaum mit mir gesprochen, ab und zu wurde ich gefragt, ob alles gut sei. Ich konnte darauf nicht antworten. Aber natürlich war nicht alles gut, mein Körper tat weh. Und ich fühlte mich als hätte ich etwas falsch gemacht. Ich weiß nicht, wie lang die Fahrt ging und wie lang wir so nebeneinander im Bus saßen. Ich fühlte mich in der Situation gefangen, ich wollte an diesem Ort nicht sein. Mir wurde nur Kälte entgegengebracht und ich fühlte mich selbst wie eine Täterin. In der Rechtsmedizin untersuchte mich ein Mann. Es war schlimm. Er sprach kaum mit mir, außer dass er ein paar Mal sagte, dass es ihm leid täte und mich fragte wo es weh tut. Das kam zwar an eine medizinische Erstversorgung ran, aber um weitere Behandlungen musste ich mich allein kümmern. Nach der Untersuchung holte mich mein Vater ab und brachte mich nach Hause. Seit Stunden dachte ich nur noch daran, mich zu duschen. Und das tat ich dann, stundenlang. Und dann legte ich mich ins Bett, tagelang. Irgendwann zwischen stundenlang Duschen und tagelang im Bett liegen sammelte meine Mutter meine Kleidung vom Badezimmerboden ein und brachte sie zur Polizei. Denke ich jedenfalls, wir sprachen nie darüber. Aber meine Klamotten sind irgendwie in der Asservatenkammer gelandet.

Ich trug einen Spitzenbody (aufreizend, ich weiß), darüber ein weites T-Shirt meiner Lieblingsband, ein rote Cordjacke und eine enganliegende Jeans von Levi's. Ich hatte sie mir erst einige Tage zuvor gekauft, es war die erste Levi's Jeans, die ich je besaß. Ich habe sie selbst bezahlt, sie war teuer und ich war stolz darauf. Sie hat 95€ im Onlineshop gekostet. Ich mochte meinen Po in dieser Jeans. Sehr lange habe ich mit meiner Mutter über diesen Kauf geredet, eigentlich war sie mir zu teuer. Doch meine Mama hat gesagt, dass Levi's Jeans eine gute Qualität haben und ich sie bestimmt ein ganzes Leben lang tragen werde. Nach dieser Nacht habe ich die hellblaue Jeans nie wieder gesehen, will ich auch gar nicht. Aber manchmal denke ich, dass meine Mama recht hatte, ich habe sie ein ganzes Leben getragen. Zumindest so lange, wie das Leben der Person, die ich vorher war.

Eine Woche später musste ich wie gesagt wieder zur Polizei. Diesmal begleitete mich eine Person von dem Verein Weißer Ring. Das ist eine Hilfsorganisation für Opfer von Kriminalverbrechen. Ich kannte diese Organisation vorher nicht, meine Mutter hat sich für mich darum gekümmert. So war ich nicht alleine und musste auch nicht von einer Person zur Polizei begleitet werden, die mir zu nah steht, oder die selbst involviert ist. Das war gut und irgendwie auch nicht. Die Frau von der Organisation war wie ein Kissen zwischen mir und den harten Fragen der Polizistin. Eine Woche nach dem Ereignis noch einmal zur Polizei zu gehen war schlimm. Mir wurden eigentlich die gleichen Fragen noch mal gestellt wie bereits eine Woche zuvor. Sie taten immer noch genauso weh. Der einzige Unterschied war, dass einige der Fragen unbeantwortet blieben, weil die Person von der Hilfsorganisation mir sagte, ich müsse auf solch freche Fragen nicht antworten. Wenn sie das sagte, schaute sie die Polizistin strafend an. Das gab mir Kraft.

Die Liste der frechen Fragen, die ich oben schon aufgeführt habe, wurde an diesem Tag durch eine weitere ergänzt: „Warum hast du diesen Spitzenbody getragen?“

Die Fragen der Polizistin lassen mich bis heute an allem zweifeln. In aller erster Linie an mir. An meiner Wahrnehmung der Situation. An meiner Schuld. An meinem Outfit. An meinem Verhalten. An meinem ganzen Sein. Aber sie lassen mich auch an anderen Dingen zweifeln. Zum Beispiel an der Institution der Polizei, an dem bestehenden Rechtssystem. Versteht mich nicht falsch, meine eigenen Erfahrungen sind weiß Gott (an der Institution der Kirche zweifle ich natürlich auch) nicht die einzigen Gründe, die mich an der Polizei zweifeln lassen. Doch jeder Mensch ist geprägt durch seine eigenen Erfahrungen und dies waren meine. Sie ergänzen eine lange Liste.

Kennt ihr diesen Argumentationsversuch von Menschen, die euch die Polizei schmackhaft reden wollen? Sie fragen: „Aber was machst du (Feminist*in), wenn du vergewaltigt wirst?“. Dies war meine Antwort. Polizei ist für mich nicht die Antwort.

Und klar, jetzt benenne ich keine Alternativen, das war nicht der Sinn dieses Textes und ich weiß, Veränderung geht nicht von heute auf morgen und wird immer ein Prozess sein. Aber das hier ist mein fucking eigenes Problem mit Menschen im Staatsdienst. Meine Anschauung nährt sich aus meinen eigenen Erfahrungen, doch sie geht Hand in Hand mit allen anderen Problemen, ausgelöst durch die Strukturen dieses Systems, durch die Strukturen von Institutionen wie der Polizei. Und ich bin eine *weiße*, junge, privilegierte cis Frau mit deutscher Staatsbürgerschaft. Ich konnte zur Polizei gehen. Man hat mir zugehört. Ich wurde durch mein privates Umfeld auf eine Weise aufgefangen, wie es den wenigsten

zuteil wird. Und heute schreibe ich darüber. Das alles ist nicht die Norm. Und das alles kann nicht im Ansatz die Torturen beschreiben, denen sich Menschen **marginierter** Gruppen innerhalb dieses Systems stellen müssen.

Die Anklage wurde nach über einem Jahren fallengelassen. Denn die Klassiker siegen: Aussage gegen Aussage. Im Zweifel für den Angeklagten. Ergänzt um beschissene Polizeiarbeit. Auch das ist für mich Polizeigewalt.



II... oder die machen auch nur ihren Job

luna

Ich bin nicht Teil von dem uns, das die Polizei beschützt.

Mein Bruder war 18 Jahre alt und hatte gerade seinen Führerschein gemacht. In einer Kleinstadt ohne gute Anbindung zu den nächsten Orten und Freund*innen eine riesige Entlastung. Er konnte weiter in der Bar in der nächsten Großstadt arbeiten und musste sich nicht mehr von unserem Vater nachts abholen lassen. Statt der Freiheit, die er spüren wollte, entpuppte sich das Ganze aber als noch ein potentielles Rassismuselement im Alltag.

Mein Bruder ist muskulös, hat schwarze Haare, Vollbart, trägt Jogginghose im Alltag, ist Raucher, hört Hiphop. Als er eines nachts von der Arbeit nach Hause fuhr, wurde er an einer Ampel von der Polizei angehalten. Er hatte seine Arbeitsuniform an. Die Bullen lassen ihn weiterfahren, sie finden nichts, haben nichts – statt Entlastung stellt sich bei ihm das Gefühl ein, er hätte eine Aufgabe abgearbeitet. Nächste Woche wird es wieder passieren. Er war müde, aber nüchtern und vor allem eins. Er war nicht überrascht.

Hä, aber das ist mir ja auch schon passiert. Auf dem Land wurde ich ständig angehalten und musste pusten.

Das ist aber nicht das Gleiche. Wenn irgendeine Lisa vom Heimfahren auf der letzten Party angehalten wird und sich dabei sicher fühlt, weil sie nüchtern ist, fühlt sich mein Bruder nicht sicher. Er kann nicht unbeschwert nach Hause fahren. Er traut sich nicht, er selbst zu sein. Er packt sein Hochdeutsch aus und stellt sich grade hin. Er macht die Musik aus. Er macht keine schnellen Bewegungen und verhält sich ruhig. Er würde sich nie trauen, einen Witz zu machen oder mit dem Cop informell umzugehen. Es fühlt sich für ihn einfach anders an. Ihr könnt aufmucken und euch verteidigen. Er nicht.

Seit mein Bruder denken kann, kann er in solchen Situationen einen kühlen Kopf behalten. Er hat früh gelernt, dass er nicht in ein Auto mit Besoffenen steigt, weil er im Zweifel schuldig gemacht wird. Er sagt seinen Freund*innen immer, dass sie die Klappe halten sollen und er alles regelt, wenn sie angehalten werden. Er packt sein Hochdeutsch aus und stellt sich grade hin. Er traut sich nicht, er selbst zu sein.

Mein Bruder hat auf seinem Handy einen Kurzbefehl eingerichtet, der sofort eine Liveübertragung an unsere große Schwester startet. Das ist seine Sicherheitsvorkehrung, wenn er ins Gemenge mit der Polizei gerät. Er hat diesen Kurzbefehl noch nie benutzt, aber habt ihr so was auf eurem Handy? Er packt sein Hochdeutsch aus und stellt sich grade hin. Er traut sich nicht, er selbst zu sein.

Er ist nicht Teil von dem uns, das die Polizei beschützt und er wird es auch niemals sein.

Und wenn ihr ganz ehrlich zu euch seid, seid ihr es auch nicht.

Das sind nicht die einzigen Situationen, die ich erzählen könnte, aber ich höre an dieser Stelle auf. Es reicht. Ich sollte nicht immer und immer und immer wieder erzählen müssen, dass es ein Problem gibt. Die 90er sollten gereicht haben, der NSU sollte gereicht haben, Hanau sollte gereicht haben.

Ich habe keine Lust mehr.



Hilfe, ich finde Uniformen sexy, kann ich trotzdem **ACAB** sagen?

Ja. Lad' dir halt 'nen Feuerwehrmann nach Hause ein, muss ja nicht direkt ein Cop sein. Ne, jetzt mal Spaß beiseite. Kinder als Polizist*innen zu verkleiden, finde ich nicht so cool, aber wenn Uniformen dein Kink sind, steht das nicht direkt gegen ACAB. Du kannst vielleicht mal darüber nachdenken, warum du Uniformen oder Cops in Uniform sexy findest. Ist es die Verknüpfung mit Stärke und Dominanz? Was strahlen Uniformen für dich aus und wieso erregen sie dich? Es ist nicht unfeministisch Uniformen erotisch zu finden, aber ich fände es unsexy, wenn du das überhaupt nicht reflektierst. Was in unserer Gesellschaft mit der Polizei verbunden wird und wie sie sich inszeniert bzw. wie sie gezeichnet wird, macht viel mit uns und wir internalisieren davon auch einiges. Nicht umsonst werden in Teenie-Filmen Stripper als Cops inszeniert. Wir finden vielleicht die Macht und Dominanz gut oder die Vorstellung, dass wir geschützt werden? Wahrscheinlich ist das für alle etwas anderes. Das heißt nicht, dass du dich dafür schämen sollst oder es verheimlichen musst. Denk einfach mal drüber nach.

Deine Rageina

P.S.: Mehr zu Uniformen könnt ihr auf Seite 82 im Artikel „Ein Kommentar zur Uniform“ von lore nachlesen.

Hilfe, mein kleiner Bruder will zur Polizei, wie soll ich damit umgehen?

Scheiße gelaufen, was? Feministisches, linksradikales großes Geschwister und trotzdem hat er Bock auf die Polizei? Ich rate dir davon ab, ihm viele gute Gründe und Argumente gegen die Polizei zu nennen. Dabei kommt es schnell dazu, dass Gesprächspartner*innen dicht machen und dickköpfig werden. Du arbeitest dich dann an der Diskussion ab und verbrauchst deine Ressourcen und kommst nicht irgendwo an. Mein Vorschlag ist, ihm eher Alternativen aufzuzeigen und zu schauen, was ihn an dem Polizistenberuf so reizt. Vielleicht findet man die Eigenschaften auch in anderen Berufen. Wenn er gesellig ist und Bock auf interessante Geschichten und einen actionreichen Alltag hat, könnte er z. B. auch Rettungssanitäter werden und danach nochmal schauen. Da ist er wirklich Freund und Helfer und er kann auch mit einer Sirene durch die Stadt fahren. Oder vielleicht findet er es viel interessanter, nach dem Abschluss zu reisen oder ein FSJ im Krankenhaus oder in einem Naturprojekt an der Ostsee zu machen? Arbeiten wird er in seinem Leben genug, lieber nochmal bisschen was erleben, lieber nochmal was Schönes machen, bevor er bis zur Rente (und seien wir ehrlich, glauben wir noch an die Rente?) malochen muss. Hoffentlich gibt es dir mehr Zeit zum Überzeugen oder ihm neue Ideen für seinen beruflichen Werdegang. Und noch ein Tipp, schenk ihm doch einfach dieses Magazin.

Deine Rageina

SATIRE

Hilfe, ich mache gerne den Abwasch, bin ich nicht feministisch?

Ne Mann, mach meinen bitte auch (LOL)! Also ich kenn' dich natürlich nicht persönlich, aber dass du dieses Magazin liest und es bis zu dieser Kolumne geschafft hast, gibt mir ein gutes Gefühl, dass du feministisch drauf bist. Natürlich darfst du den Abwasch gerne machen und trotzdem feministisch sein. Mir tut den Boden wischen z. B. manchmal voll gut und hilft beim Abschalten. Unfeministisch wird es erst an der Stelle, wenn dich andere (Mitbewohner*innen, Partner*innen, Geschwister usw.) wie eine Haushälter*in behandeln. Unfeministisch bist aber dann nicht du, sondern unfeministisch ist dein Umfeld, das System, in dem du steckst und wie andere mit dir umgehen. Wenn du merkst, dass du immer für andere mitdenkst und dadurch die ganze Zeit in Gedanken daran bist, kannst du mal aufhören. Bringst du immer anderen ihre Einkäufe mit? Räumst du ihnen ihr Zeug hinterher? Fragst du immer, ob sie noch was brauchen oder ob du für sie mitkochen sollst und für dich macht das alles niemand? Dann lohnt es sich vielleicht, darüber mal ein Gespräch mit deinem Umfeld anzuregen. Das Ganze kann ganz schön anstrengend und emotional aufreibend sein. Sprich am besten erstmal mit Freund*innen darüber, denen du vertraust und überlegt euch gemeinsam, wie man so ein Gespräch anregen könnte. Im Netz gibt's da auch einiges an Ressourcen. Versuchs mal mit Suchbegriffen wie Mental Load, feministisch Streiten oder schau mal beim [lila-podcast](#) rein.

Deine Rageina

SATIRE

FCK FRNTX oder FUCK FRONTEX

Morfo

Hinweis auf sensible Inhalte: Im folgenden Text geht es um zum Teil tödliche und rassistische Gewalt, Migration und Flucht, Polizei und Polizeigewalt.

Warum müssen wir über *Frontex* sprechen, wenn wir über Polizei(gewalt) reden?

Wenn ich *Frontex* google, werden mir als erstes die Internetseiten der Europäischen Union und ihrer Agentur für die Grenz- und Küstenwache angezeigt. Agentur?? Klingt so schön ... modern, clean, bürokratisch und vor allem (menschen)rechtlich unbedenklich.

Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache. Pff, wenn es nicht so kaltblütig wär, könnt ich fast schon über die Dreistigkeit des Namens lachen.

Welche **kolonialen** Unterdrückungsmechanismen die polizeiliche Struktur durchziehen und wie **rassistisch** die Polizei arbeitet und agiert, haben wir auf den letzten Seiten nachgezeichnet. Rassistische Polizeigewalt passiert nicht nur auf unseren Straßen, an den Bahnhöfen, in den Häusern **kriminalisierter** Personen oder Unterkünften Asylsuchender. Auch an den **Außengrenzen** der EU übt die europäische Grenzpolizei *Frontex* massive Gewalt aus, die der rassistischen Politik der EU entspringt und koloniale, **kapitalistische** Strukturen fortführt und verteidigt.

Im aktuellen europäischen Kontext, kann mensch am Beispiel von *Frontex* sehen, wie polizeiliche Strukturen rassistisch legitimierte und motivierte Gewalt ausüben. *Frontex* führt dabei die Migrationspolitik der EU aus und diese ist von Grund auf rassistisch geprägt. Nicht nur auf struktureller oder institutioneller Ebene, durch

bspw. fehlende sichere Migrationsrouten und verschleppte Asylverfahren, wird das deutlich. Sie wirkt sich ganz direkt auf das Leben von flüchtenden, migrierenden und **rassifizierten** Personen aus. Immer wieder wird offengelegt, dass *Frontex* Gewalt an ihnen ausübt und illegale **Pushbacks** durchführt oder unterstützt.¹ Diese gewaltvolle und illegale Praxis kann bspw. beinhalten, dass Menschen auf Boote verschleppt und auf hoher See ohne Treibstoff ausgesetzt werden. Oder dass ihre Boote durch die Schiffe der Küstenwache anstatt ans rettende Ufer, weiter hinaus aufs Meer. gezogen werden. Oder durch das aktive Erzeugen von starkem Wellengang, um die meist überfüllten Schlauchboote zum Kentern zu bringen.² Diese Taktiken sind tödlich und werden gezielt eingesetzt.

Frontex führt diese Gewalt nicht nur aus, sondern ist selbst Ausdruck einer kolonialen Kontinuität in der europäischen Politik und ihrer Imagination was europäisch zu sein hat und was nicht. Die Ausübung **weißer** europäischer Polizei- und Staatsgewalt gegenüber **Schwarzen** Menschen, **People of Color**, **indigenen** Menschen, **Sinti*zze** und **Rom*nja** und vielen anderen, steht in direktem historischem Zusammenhang damit. Und die Bilder, die dadurch erzeugt werden,

¹ Für weiterführende Infos zum Thema **Pushbacks** und dem generellen Umgang mit Asylsuchenden an den europäischen Außengrenzen im Mittelmeer, hört in den Podcast „Memento Moria – Was heute an Europas Grenzen passiert“ von Sham Jaff und Franziska Grillmeier rein.

² Im Artikel „*Frontex* vertuscht Menschenrechtsverletzungen“ wird u.a. ein Fall genauer beschrieben.

reihen sich ein, in die lang etablierte Vorstellung einer homogenen Masse von fliehenden Menschen, die von **weißen** Individuen kontrolliert, beobachtet oder gerettet wird.

Sieht so die Ausübung oder Verteidigung europäischer Werte aus? Ja, denn diese gelten nur für bestimmte Menschen.

Die Behörde gibt auf ihrer Website selbst an: „Die grundlegenden Menschenrechte sind ein Bestandteil des Verhaltenskodex von *Frontex* (...)“ und darüber hinaus, würden Mitarbeiter*innen vor jedem Einsatz Schulungen zu „(...) internationalem Schutz, [der] Einhaltung des Grundsatzes der Nichtzurückweisung und ggf. Suche und Rettung“ erhalten.³ So heuchlerisch stellt sich *Frontex* als Schutz von Menschenrechten dar und agiert dabei mit absoluter Selbstverständlichkeit. Auch hier wird sichtbar, wer „beschützt“ wird und wer durch diese Behörde ernsthaft bedroht wird. Wie bei der inländischen Polizei hängt das vom Status der Zielperson ab.

Es wundert nicht, dass *Frontex* im Rahmen stetig restriktiver werdender Migrationspolitiken immer stärker finanziert wird: Seit Bestehen der Grenzschutzpolizei 2004 erhöhte sich das Budget von 6 Millionen auf 845 Millionen im Jahr 2023. Dabei wuchs die Behörde nicht nur um eine Reserve von 10.000 Beamt*innen, auch ihre Tätigkeitsfelder übersteigen mittlerweile die ursprünglich angedachten Bereiche.⁴ Und das ohne nennenswerte Kontrollinstanzen.⁵ Das Handeln dieser Behörde an den Außengrenzen der EU passiert mehrheitlich unter dem

³ Zum Nachlesen direkt auf der Website von *Frontex*, ihre Beschreibung zu „Grundrechte“.

⁴ Zu der Aufstockung des Budgets von *Frontex*: ein kurzer Artikel von Matthias Monroy für das nd.

⁵ In der Podcastfolge „Illegale **Pushbacks** gegen Flüchtlinge – Wer kontrolliert *Frontex*?“ von Vera Deleja-Hotko, Ann Esswein und Bartholomäus von Laffert wird über die fehlenden Kontrollinstanzen berichtet.

Radar. Nur durch die Arbeit von Betroffenen, Hilfsorganisationen und Investigativjournalist*innen konnte in den letzten Jahren immer wieder gezeigt werden, dass *Frontex* Menschenrechte mit Füßen tritt.

An was erinnert uns das? Richtig, an die fehlenden Kontrollinstanzen für rechtswidriges Verhalten der (deutschen) Polizei.



Wie kann das verändert werden? Bei einem so tiefgreifend rassistischen System sind Reformen keine Lösung – nur das Abschaffen kann wirklich Veränderung bringen, die menschenwürdig ist. Und Strukturen wie Frontex hängen zusammen mit Strukturen wie den europäischen Außengrenzen sowie der EU und ihrer Politik. Denken wir die Abschaffung also bis zum Ende, heißt das eine tiefgreifende Veränderung von gesellschaftlichem Zusammenleben. „Frontex abschaffen“ muss zusammen gehen mit einer Transformation des gesellschaftlichen Systems.

Das Netzwerk #AbolishFrontex setzt genau an diesem Punkt an. Was bedeutet Abolition im Kontext von Frontex und dem europäischen Migrationsregime? In neun Punkten hat das Netzwerk die Forderungen auf seiner Website zusammengefasst. Sie enthalten unter anderem das Schaffen sicherer Flucht- und Migrationswege - für alle (nicht nur die, die es sich finanziell leisten können) – den Stopp von Abschiebungen und Abschiebehaft, die Entmilitarisierung der Grenzen, das Bestärken gesellschaftlicher Solidarität und dass die EU ihren Anteil an der Entstehung von Fluchtursachen unterlässt. Denn Kooperationen mit repressiven

Regimen, Waffenhandel und ungleiche Handelsbeziehungen tragen dazu bei, die Abhängigkeiten von globalem Norden und globalem Süden zu verstärken und bilden eine koloniale Kontinuität, ebenso wie die Regulierung der Migration aus diesen Staaten. Um auf eine gleichberechtigte Ebene zu gelangen und das bestehende System abzulösen, sind Reparationen ein Weg, der seit Jahrzehnten von Schwarzen, indigenen und anderen kolonisierten Communities gefordert wird. Wie #AbolishFrontex auf seiner Website treffend auf den Punkt bringt:

“Take responsibility for the effects of centuries of colonialism, imperialism, violence, slavery, exploitation, oppression and exclusion. Make reparations and dismantle the current neocolonialist order and infrastructure”

Die Zusammenhänge von abolitionistischen Forderungen und unterdrückerischen Strukturen werden an Beispielen wie Frontex besonders deutlich. Wir sehen: Ein grundlegend antirassistisches, feministisches, intersektionales und antikapitalistisches Umdenken auf allen gesellschaftlichen Ebenen muss her.

Quellen

- #AbolishFrontex <https://abolishfrontex.org/how/stop-the-eus-role-in-forcing-people-to-move/>
- Website Frontex <https://frontex.europa.eu/de/was-wir-machen/grundrechte/>
- Nathan Akehurst (2022) „Frontex vertuscht Menschenrechtsverletzungen“ Jacobin <https://jacobin.de/artikel/frontex-vertuscht-menschenrechtsverletzungen-olaf-pushbacks-front-lex-nathan-akehurst/>
- Matthias Monroy (2022) „Milliarden für die Migrationsabwehr“ nd (neues deutschland) <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1169637.migration-milliarden-fuer-die-migratio-nabwehr.html>
- Vera Deleja-Hotko, Ann Esswein und Bartholomäus von Laffert (2021) „Illegale

Pushbacks gegen Flüchtlinge – Wer kontrolliert Frontex?“ SWR <https://www.swr.de/swr2/wissen/illegale-pushbacks-gegen-fluechtlinge-wer-kontrolliert-frontex-100.html>

■ Sham Jaff und Franziska Grillmeier (2022) „Memento Moria – Was heute an Europas Grenzen passiert.“ Spotify <https://open.spotify.com/show/5wWxhWzI2YFyc47JF0mNIZ>

Gedanken zu Gewalt und Gegengewalt.

Warum es ok ist, Steine auf Cops zu werfen.

la mona

Dieser Text sind meine persönlichen Gedanken und theoretischen Überlegungen zu diesem Thema. Sie sind weder vollständig noch notwendigerweise richtig. Ich erachte sie jedoch nicht nur in Bezug auf die Gewaltfrage, sondern auch im Kontext des herrschenden linksliberalen Diversitätsdiskurses als wertvoll und erhoffe mir, dass sie zum Denken anregen.

Warum es ok ist, Steine auf Cops zu werfen? Weil die Polizei der Feind ist.

– Ende. –

Spaß, zu einfach. Freund/Feind-Verhältnisse zu schaffen ist nun wirklich nicht **emanzipatorisch**. Und wenn man doch davon überzeugt ist, dann sollte man mal den eigenen Begriff und die Funktionsweise von **Ideologie** reflektieren (kleiner Tipp: Theorie lesen. Natürlich kein Allheilmittel, trotzdem kann es helfen). Mit *Hegel* gesprochen, sollte ein tatsächlich revolutionäres Subjekt nicht versuchen, Widersprüche zwanghaft in einfache Gegensätze umwandeln zu wollen, denn Gegensätze geben einem nur das Gefühl, dass man eine stabile Identität besäße und es deshalb auch ein stabiles Anderes gäbe. Freund/Feind eben. Links/Rechts. Westen/Rest der Welt. Macker/Feminist*innen. Und dann fragen sich alle, wie es sein kann, dass ein **Schwarzer Mensch Nazi** ist oder dass eine lesbische Frau in der AfD gegen „die eigenen Interessen“ Politik macht. Ja, wie kann das nur sein? Vielleicht mal was zum Nachdenken.

Weiter im Text, es darf auch in der Diskussion um Gewalt also nicht um Gegensätze gehen, sondern um Widersprüche:

*Ein obdachloser Mensch wird aus einem leerstehenden Haus verjagt, denn die Rechte von Vermieter*innen müssen geschützt werden.*

Seenotrettung wurde zu Grenzschutz.

Feminist, aber auch Täter.

Bill Gates setzt sich mit seiner Stiftung gegen Armut und Leid ein.

Protest schadet dem Diskurs, wenn er gewaltvoll ist.

*Ein Widerspruch sind aber auch liberale Pazifist*innen.*

Die Ressourcen unserer Erde werden unendlich ausgebeutet.

Heute noch mit Hegel und Freud in postkolonialer Wissenschaft zu argumentieren ist eurozentrisch, besser: Frantz Fanon (außer die Dinge, die er zu Gewalt gesagt hat, natürlich).

Die Polizei als „Freund und Helfer“, aber man fühlt sich irgendwie unwohl, wenn man ihnen über den Weg läuft.

1% der Bevölkerung besitzt 50% des weltweiten Reichtums und 50% der Bevölkerung 1% des weltweiten Reichtums.

Abtreibungen sind in Deutschland rechtswidrig, aber straffrei.

Eine Gesellschaftswissenschaftlerin fordert einen ideologiefreien Diskurs.



ALL CLITS ARE BEAUTIFUL

Worauf will ich damit hinweisen? Die kapitalistische patriarchale Ordnung, in der wir leben, ist gewaltvoll und jeden Tag wird Gewalt ausgeübt, nur damit alles so weiterläuft wie bisher.

Es geht also um strukturelle Gewalt.

Der Staat – und seine ausübende Macht, die Polizei – hält diese Ordnung aufrecht, um sich selbst aufrecht zu erhalten. Dafür beansprucht er das Gewaltmonopol, indem er argumentiert, dass nur so ein friedliches Miteinander gewährleistet werden kann.

So heißt es in der Regel. Aber ist es wirklich exakt so? Was machen wir dann mit diesem Widerspruch:

Der Staat zwang Menschen in der Pandemie zuhause zu bleiben und nicht zu produzieren.

Kleiner Exkurs zum Zusammenhang von Staat – Polizei – Kapital: Hier wird deutlich, dass der Staat nicht gänzlich mit den Interessen vom Kapital auf einer Linie steht. Es muss demnach stärker differenziert werden, denn der Staat (als theoretisches Konzept!), kann auch emanzipatorisch besetzt werden und sich – wie im Beispiel Corona ganz kurz der Fall – für den Schutz von Menschenleben entscheiden. Man muss Freiheiten einschränken, um Freiheit für alle zu ermöglichen (das war Hegel). Dem Kapital ist das egal. Es ist also bedeutend, dass in der eigenen Analyse auch die Frage danach gestellt wird, für welche Interessen die Polizei tatsächlich agiert und ob sie deshalb die einfache Repräsentanz des Staates ist. Sprich, ob sie eben nicht eher in der Tradition stehen, Kapitalinteressen zu schützen (bestes Beispiel: Lützerath) – hier lohnt sich auch nochmal ein Blick in den Infokasten auf S.16 - 18).

Auch als Antikapitalist*in ist es deshalb ok, Steine auf Cops zu werfen. Als Form der Widersetzung. Als Gegengewalt. „Revolutionäre“ Gewalt. Und Cops sind zwar Individuen und können bewusste Entscheidungen treffen, indem sie sich jedoch ebenso bewusst für ihren Beruf entscheiden, stellen sie dann eben keine Einzelpersonen mehr dar, sondern erhalten alle mit ihrer Funktion und Arbeit die gewaltvolle Realität. Kein*e Polizist*in steht außerhalb der Logik (ups, noch so ein Widerspruch).

Das führt uns nun schnell zur elendigen Diskussion um „Gewalt ja!“ oder „Gewalt nein!“. Da wären wir wieder beim Thema Gegensätze. Deshalb nein, ich habe keine Lust, hier wieder in der immergleichen Legitimitätsdiskussion zu verweilen, rechten Kräften nur noch mehr offensichtliche Gründe zum Aufschrei zu geben und Linken die immergleiche Antwort zu entlocken. Das ist langweilig. Und zu einfach. Denn was kommt, ist, dass man davon spricht, dass linke revolutionäre Gewalt anders sei. Von der Gegengewalt als eine sich selbst aufhebende Gewalt. Sie wolle Gewalt nur einsetzen, um das bestehende Gewaltverhältnis abzuschaffen, aber nicht, um eine neue Ordnung aufzubauen. Sie ist Mittel zum Ziel/Zweck, nicht ihr Fundament (ich hole hier nur kurz aus, es wird gleich deutlich werden, was das mit Widersprüchen zu tun hat).

Warum das langweilig ist? Ja ok, ist es nicht. Über die Legitimation von Gewalt zu sprechen ist natürlich ein spannendes Thema – auch ich denke viel darüber nach ... (ertappt). Aber an diesem Punkt aufzuhören ist langweilig (sonst hätte ich jetzt auch hier einfach aufgehört zu schreiben). Und es ist wie gesagt auch zu einfach. Aber warum?

Zurück zu Hegel:

Überlegen wir uns mal diese Alternative: Es gelingt zum Beispiel die kommunistische Revolution, wie Karl Marx es – aufgrund des Konflikts, in dem der Kapitalismus mit sich selbst steht (1973, S. 749) – proklamiert und deren Ende die Entstehung des Kommunismus als die widerspruchslose Gesellschaft ist. Wird „nach der Revolution“ (abgesehen davon, wann/wie auch immer das sein soll, aber mal angenommen es würde diesen „großen Umsturz“ geben), dann plötzlich einfach alles friedlich sein? Werden alle friedlich miteinander sein? Was ist mit denen, die von der bisherigen Ordnung profitierten, wenn auch begrenzt? Werden sie freiwillig ihre materiellen Privilegien aufgeben? Was passiert mit denen, die zuvor die herrschende Klasse waren? Und was ist mit denen, die die revolutionäre Gewalt ausübten?

Wie soll es jemals diese widerspruchslose Gesellschaft geben können?

Diese Diskussion führt uns also nicht sehr weit, weshalb – wie schon angeteasert – die Gewaltdiskussion (genauso wie die um Emanzipation) allgemein über diese einfache Dichotomie bzw. Gegensätzlichkeit hinausgehen muss und die Antwort auf die strukturelle Gewalt eben nicht einfach das Postulat der „anderen“ Gegengewalt sein darf. Achtung: Damit möchte ich nicht das Streben nach der Revolution abschaffen oder gar sagen, dass es egal ist, ob revolutionäre oder Staatsgewalt und dass es am Ende doch das Gleiche sei (because no, aber das ist auch wieder komplexer).

Es führt mich zu meinem Wunsch, dass wir anders nachdenken. Theoretisch kohärent(er) denken. „Was ist zu tun?“

Wir müssen die Widersprüche aushalten wollen.

Aber nicht nur in Form eines Lippenbekenntnisses, als Randnotiz oder indem man es hier und da mal als schlaunen Kommentar in einer Unterhaltung droppt, sich aber eigentlich keine Gedanken dazu gemacht hat, was man damit aussagen will. Es muss zugleich mit der theoretisch informierten Erkenntnis einhergehen, dass es ohne diese Widersprüche einfach nicht geht. Sie sind Grundlage für das Sein an sich.

„To the capitalist subject, contradictions always appear as what one must try to overcome, not what constitutes one as a subject and makes enjoyment possible. As a capitalist, I try to accumulate in order to reach a point where I no longer suffer from the contradiction that drives me to accumulate, but this moment never comes. I seek more but never attain enough.“¹

Todd McGowan beschreibt ein Gefühl, das viele bestimmt nur allzu gut kennen. Man kauft, um ein Bedürfnis zu befriedigen, besitzt man es, ist man aber doch nicht befriedigt. Denn es war nicht das Bedürfnis, was dort sprach, sondern das Begehren. Streben wir nach ihrer Überwindung und begreifen sie nicht als das, was uns als Subjekt ausmacht, tappen wir in die Falle und verkörpern eben dieses kapitalistische Subjekt, womit auch wir die gewaltvolle Realität mit aufrechterhalten.

Und müssten wir dann kohärenterweise nicht auch Steine aufeinander werfen? (just kidding)

Wenn wir uns mit den Widersprüchen jedoch versöhnen, dann schränken sie nicht ein, sondern bilden eine neue Basis, von der ausgehend sie das Denken, Leben und Kämpfen vorantreiben.

Auch, wenn wir nicht alle Widersprüche – und deren Inhalt erkennen können, denn

¹ (McGowan 2022: 136)

~~wir als Subjekte können uns
niemals ganz begreifen.~~

Das impliziert jedoch auch keine „einfache“ Akzeptanz dessen oder damit ein Sich-Zurücklehnen und Proklamieren von *All Cops Are Targets*, *Power to the People* oder *Eat the Rich* (wie es ach so gern auf Shirts oder Caps präsentiert wird).

Der Umgang damit ist entscheidend. Widersprüche entstehen aus **materiellen Verhältnissen**. Wenn man sich also einen Wandel wünscht, darf es keiner sein, der nicht auch selbst wehtun wird. Denn das wird er und das muss er – und darüber muss sich auch der ach so freiheitsliebende (unter)bewusst (un)gewollt liberale Linke bewusstwerden. Denn es ist ganz toll über Privilegien zu sprechen und die eigenen zu reflektieren, aber man muss sich ernsthaft damit auseinandersetzen, dass auch man selbst Teil des Problems ist.

Denn wirst du im letzten Moment wirklich gänzlich davon absehen, dein Eigentum zu schützen?

Da wären wir wieder bei der Gewalt...

Eine Arbeit am Tod des kapitalistischen Systems² bedeutet nicht, dass es einfach nur

² Tolle und wenig berücksichtigte Metapher von Frantz Fanon (Wolter 2001: 77).

darum gehen muss, alle Reichen und die Verteidiger*innen des Systems (*I am talking about the police*) zu enteignen und mit Gegengewalt zu bekämpfen. Es ändert nichts an den materiellen Verhältnissen. Wir sollten anstreben, dass niemand mehr reich sein möchte. Wir sollten nicht immer mehr Zugehörigkeiten schaffen, sondern erreichen, dass niemand mehr zugehörig ist.

Universalismus.

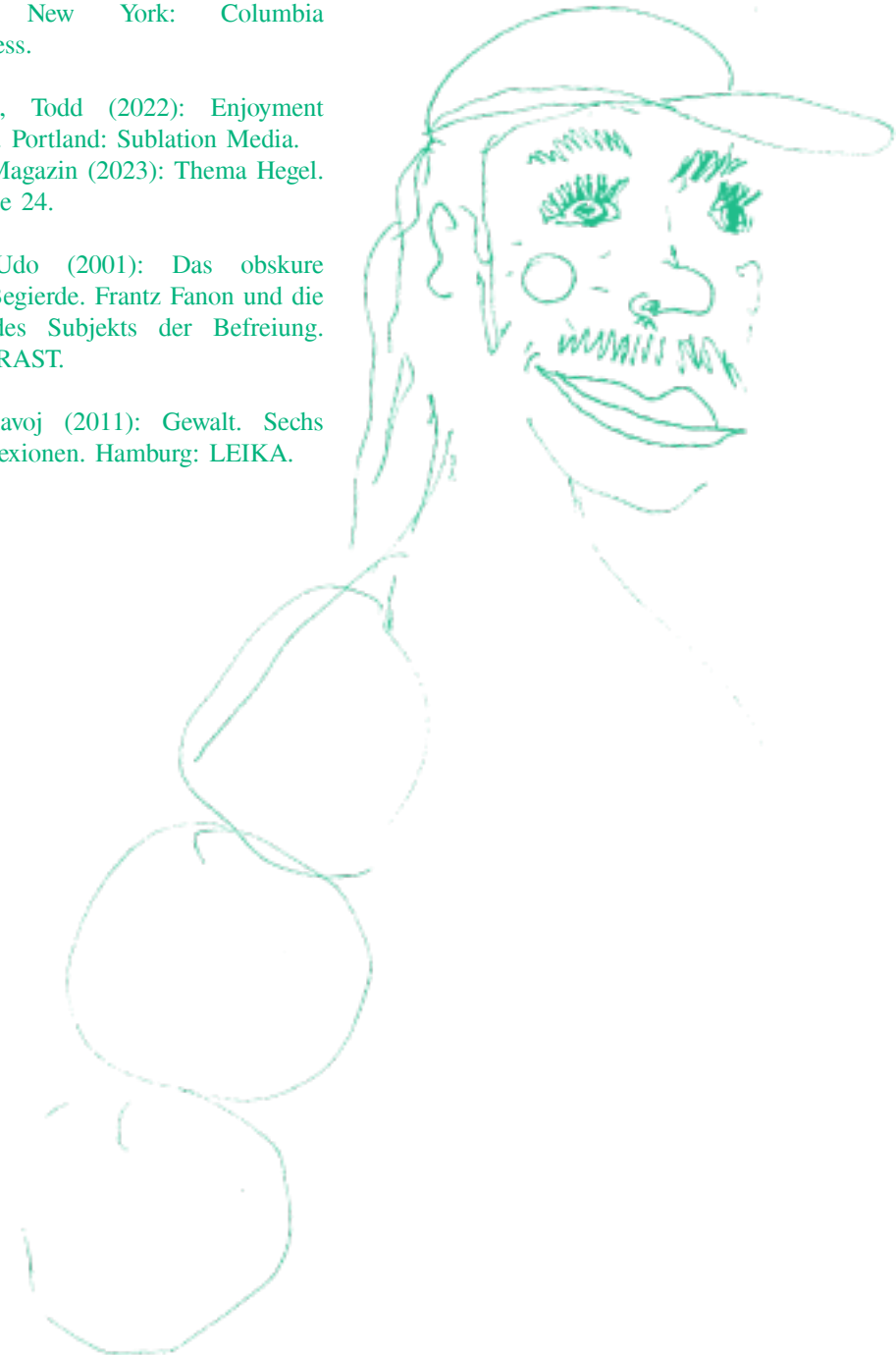
Aber auch ein **egalitäres System**, das den Kapitalismus ablöst, würde nicht das Ende aller Krisen garantieren. Die Versöhnung mit Widersprüchen ist nicht der Weg zur **Utopie** der gewaltfreien Welt, aber ein Anfang. Und dafür ist der gewaltsame Widerstand vielleicht eine alternativlose Praxis, damit ist sie zwar niemals unproblematisch – aber notwendig. Denn die systemische Gewalt und ihre subjektiven Ausprägungen zerstören uns. Jeden Tag. Und gegen die sollten wir uns wehren. Darum ist es immer ok, Steine auf Cops zu werfen. Aber mit Theorie und Strategie.

Literatur

- Fischer, Marc (2009): *Capitalist Realism: Is There No Alternative?* Winchester: Zer0 books.
- Marx, Karl (1973): *Grundrisse. Foundations of the Critique of Political*

Economy. Harmondsworth: Penguin Books.

- McGowan, Todd (2019): *Emancipation after Hegel. Achieving a Contradictory Revolution*. New York: Columbia University Press.
- McGowan, Todd (2022): *Enjoyment Right & Left*. Portland: Sublation Media.
- Philosophie Magazin (2023): *Thema Hegel*. Sonderausgabe 24.
- Wolter, Udo (2001): *Das obscure Subjekt der Begierde. Frantz Fanon und die Fallstricke des Subjekts der Befreiung*. Münster: UNRAST.
- Žižek, Slavoj (2011): *Gewalt. Sechs abseitige Reflexionen*. Hamburg: LEIKA.



Die Straßen eurer Stadt

luna

Wenn ihr durch die Stadt lauft, bemerkt ihr das Wetter, die Sonnenstrahlen auf eurer Haut oder die Regentropfen auf euren Nasenspitzen.

Wenn mein Bruder durch die Stadt läuft, bleibt er an der roten Ampel stehen, sobald er ein Polizeiauto sieht.

Wenn meine Eltern durch die Stadt laufen, versuchen sie nicht aufzufallen und schleichen durch die Fußgängerzonen. Sie machen sich ganz klein, sie sind leise, sie haben Angst vor schlechten Erfahrungen. Davon haben sie in den letzten 25 Jahren genug gesammelt.

Wenn ich durch die Stadt laufe, bemerke ich kleingemachte Leute, bemerke wer an der Ampel stehen bleibt und wer wie selbstverständlich breit über die Gehwege stolziert. Ich bemerke, wer auf den Boden schaut und wer die Konfrontation sucht, ich bemerke, wer am Rand und wer in der Mitte läuft.
Ich bin erschöpft.

türen aus sperrholz

Victoria Lucas

inhaltsangabe: suizid. psychische krisen. polizeigewalt. familie/kindheit. rassismus. psychiatrie. einige der verwendeten begriffe finden sich im glossar, werden aber aufgrund der textform nicht markiert.

das labyrinth führt ins innere. herum und herum scheinbar kreiselnd immer um die mitte und doch näher heran es gibt keine ecken und kanten keine richtung mehr alles schwankt. und im zentrum eine große stille.

1 mein vater sagt ich habe die polizei gerufen die polizei ich rolle das wort in meinem mund herum es schmeckt metallisch die polizei polizei geht in den keller na los in das hintere zimmer wir sagen nichts wir gehen in den keller es ist nicht tief die türen aus sperrholz wir können
alles hören a l l e s ---

die polizei kannst du rufen wenn du in gefahr bist so sagt man die polizei die polizei kommt und hilft doch wer kommt da wem wird geholfen und wie

//das narrativ der fremdgefährdung im kontext psychischer oder psychiatrischer erkrankungen und selbst temporärer ausnahmezustände ist stark und gewaltvoll. insbesondere bezogen auf suizidalität erscheint es absurd, die gefahr einer fremd- vor der einer selbstgefährdung zu postulieren. angenommene fremdgefährdung: die einer kriminalisierung der betroffenen gleichkommt, diese zugleich massiv delegitimiert und in welcher die legitimation für repressionen begründet liegt. repressionen können formen unmittelbarer physischer gewalt ebenso einschließen wie das entziehen der betroffenen personen aus der öffentlichkeit und dem unterstützenden umfeld im sinne einer zwangseinweisung oder zeitweisen inhaftierung. dabei wird insbesondere suizidalen personen abgesprochen, noch rational und autonom entscheiden zu können.//

vielleicht ist es der blick nach innen der die perspektive verändert das betreten einer neuen welt die vereinnahmend ist die mich umschließt neue horizonte vulkane und rauch es kann wie die einzige welt werden aber das ist sie nicht ist sie nicht ist sie nicht eine andere welt ist möglich m u s s möglich sein ---

2 zwangseinweisung das klingt gefährlich dann kommen die männer mit den weißen jacken mit der weißen jacke zwang zwang
in loco parentis anstelle eines elternteils wir kauern im keller wir lauschen gespannt alle muskeln alle gedanken es rauscht in den ohren drei klopfende herzen. wir haben uns aber haben keine hilfe da ist kein schutz da sind keine räume refugien keine schlösser keine decken keine warme mahlzeit mehr da ist ruhe vor dem sturm und dann d o n n e r
es schüttelt mich sie schüttelt mich mein kopf mein kopf wie eine stoffpuppe so habe ich es gelesen dabei war es nicht so ganz und gar nicht so so eine stoffpuppe kennt keinen schmerz

//wenn bipoc in deutschland psychische ausnahmesituationen erfahren, ist es für sie keine oder nur eine mit massiven gefahren behaftete möglichkeit, die struktur, die s t a a t l i c h zum schutz und prävention akuter selbstgefährdender absichten geschaffen wurde, zu kontaktieren: diese sogenannte struktur ist schließlich der polizeiapparat, die verhandlungsgruppe, ist selbst teil oder arm des systems, dessen gewaltvolle, hierarchisch-diskriminierend inhärenten muster oft erst ursachen für die benannten ausnahmesituationen darstellen. allein im kontext von massiven psychischen belastungen im rahmen von asylverfahren wurden in den vergangenen jahren immer wieder nicht-weiße menschen von der polizei getötet, die selbst oder deren zugehörige diese zur unterstützung angerufen hatten, auch wurde erste hilfe verweigert und sanitäter*innen agierten ebenfalls nur synchron mit der polizei. neben rassismen und struktureller polizeigewalt spielt hier das narrativ der fremdgefährdeten psychisch aufgewühlten oder erkrankten person eine rolle, das scheinbare notwehr legitimieren will. einige der ermordeten personen hatten dabei sogar selbst die polizei alarmiert, um sich in einer akuten ausnahmesituation hilfe zu suchen.

ich denke an aman alizada (stade), mohammed idrissi (bremen), adel b.(essen), christy schwundek (frankfurt), kamal ibrahim (stade) und viele mehr.//

auf der stelle treten innerhalb des rundes die wände sind unsichtbar die wände sind massiv ich kann nicht ausbrechen möchte nicht ausbrechen vielleicht habe ich mir das nicht ausgesucht andere aber brechen aus --- es sind steine, steine zu essen, im magen, herzen aus stein, steine, steine, mauern, schmerz.

3 es war ein schlechter tag schlechte tage waren es viele zuletzt tage voll monotoner geräusche und regungslosigkeit tage des schleichens und lauschens tage des fürchtens oder bangens nein großer angst vielleicht in den nächten am meisten angst davor was wir sehen würden blut vielleicht beulen und schrammen angst vor dem hören von streit splitternden möbeln von worten die auch splitter sind nach granatenart. angst vor dem fühlen vor zupackenden händen oder der plötzlichen nähe der umarmung vor der kälte der tränen der anwesenheit in einem dunklen raum der leere. angst riechen den schweiß den rauch die fahne die fünfminutenterrinen verbrannte haut. angst schmecken wie erbrochenes vielleicht vom krampfenden magen wie pudding zu mittag den dritten tag in folge vanillekaramellstracciatella. angst angst und nichts als das warten darauf dass es vorübergeht.

vielleicht ist es die gleichförmige bewegung vielleicht die struktur des kreises es ist hypnotisch es fängt mich ein ein inneres wandern ein fallen es ist da ein nebel im labyrinth ein nebel in mir meinem kopf meinen gedanken was ist wenn ich keinen weg heraus finde oder hinein was ist wenn ich mich verirre wenn ich die kraft verliere was wenn ich mir nicht vertrauen kann wenn das alles nicht stimmt was ---

4 als die polizei sie packt fühle ich erleichterung jetzt ist sie fort sie bringen sie weg e n d l i c h endlich es wird alles anders als die polizei sie packt fühle ich angst sie schreit sie zappelt nein ich will das nicht bitte lasst das nicht zu nein nein nein bitte lasst mich nicht im stich es ist angst in der kehle angst in der lunge aber ich stehe in der tür wir stehen in der tür drei kinder drei regungslose starrende kinder als die polizei sie packt und sie sich wehrt sehen wir einfach zu sie tragen uniformen sie tragen waffen unten an der straße wartet der krankwagen krankwagen gefängniswagen es ist ein stück des wegs über das grundstück den hang hinab

sie windet sich schlägt sie schreit lauter als die polizei sie wegschleift unerbittlich sehe ich hände in handschuhen niemand spricht mit uns unser vater wo ist unser vater niemand ist da und wir stehen und starren als die polizei sie packt und sie grob werden als sie an der straße sind stehen wir oben im krankwagen schließen die türen jetzt schreit sie nicht mehr.

wir gehen ins haus es ist still niemand spricht wir sprechen nicht darüber wir sprechen nie darüber nicht zu anderen nichts dringt nach draußen wir sind doch eine familie wir sind allein wir sind zu dritt wo sind die erwachsenen wo ist mein vater ich kann mich nicht erinnern es ist still



Orchids hate the police.

mental illness is not a crime

Polizeigewalt gegen Menschen in psychischen Krisen

currycane

CN: Rassismus, explizite Gewalt, psychische Gesundheit

Die Bilder der trauernden Eltern des im März verstorbenen 28-jährigen Irvo Otieno aus dem US-Bundesstaat Virginia gehen Anfang des Jahres um die Welt. Laut Angaben der Eltern befand er sich in einer psychischen Krise und wurde daraufhin in eine psychiatrische Einrichtung gebracht. Das Video einer Überwachungskamera zeigt, was dort dann passiert: Der junge Mann wird von sieben Polizisten am Boden gehalten, bis er sich nach wenigen Minuten nicht mehr bewegt. Die anschließende Autopsie zeigt, dass der Mann erstickte. Fälle, wie dieser lösen hierzulande große Bestürzung aus, gleichzeitig geht mit der Debatte über die USA selten ein Blick auf die Zustände in Deutschland einher. Im Gegenteil, Debatten um die Verschärfung von Waffengesetzen, Berichten von Amokläufen und die Bewaffnung der **Alt-Right Bewegung** in den USA führen hierzulande eher zu einer Selbstversicherung, dass wir diese Probleme zum Glück in Deutschland ja nicht zu haben scheinen.

Doch auch hier erleben Menschen in psychischen Krisen Gewalt durch die Polizei. Im schlimmsten Falle endet die Gewalt, wie bei Irvo Otieno, mit dem Tod der Betroffenen. Dabei spielt die Tatsache, dass sich diese in psychischen Ausnahmesituationen befinden, eine erhebliche Rolle. Im Falle Irvo Otieno können wir zusätzlich noch von **rassistischen** Motiven ausgehen. So zeigt sich sowohl in den USA als auch in Deutschland eine überproportionale Gewaltbetroffenheit **migrantisierter** Menschen durch die Polizei.¹

¹ Kleiner Exkurs dazu: Auch psychische Erkrankungen sind mit race verknüpft. Die psychische Gesundheit steht in engem Zusammenhang mit

Mai 2022, diesmal in Deutschland: Ein 47-jähriger Mann in Mannheim soll von der Polizei ins Zentralinstitut für seelische Gesundheit gebracht werden. Er war aus der psychiatrischen Klinik weggelaufen, worauf ein Arzt die Polizei alarmierte, der Mann brauche Hilfe. Ein Handyvideo zeigt, wie er von den Beamt*innen gegen den Kopf geschlagen und fixiert wird. Laut Polizeibericht gilt er kurz darauf als „reanimationspflichtig“. Der Mann stirbt wenig später im Krankenhaus. Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, dass der Mann im Beisein der Polizei an seinem Blut erstickte.

Sind diese Geschichten Einzelfälle? Wie viele Menschen sterben in Deutschland in Folge von Polizeigewalt? Und wie hoch ist der Anteil dieser Menschen, die eigentlich Hilfe in einer psychischen Krise bräuchten?

Diese Fragen sind nicht so leicht zu beantworten. So erheben die Innenministerien von Bund und Ländern die Anzahl an Menschen, die jährlich aufgrund von dienstlichem Schusswaffengebrauch sterben. Es gibt jedoch keine offizielle Statistik darüber, wie viele Menschen im Rahmen von

den sozioökonomischen Umständen und individuellen Lebensläufen einer Person. Es gibt zwar bisher keine belastbaren Studien, es gibt aber Hinweise darauf, dass Menschen, die Rassismus ausgesetzt sind, schlechtere psychische Gesundheit aufweisen. Dass rassistische Erfahrungen als traumatisch erlebt bzw. Traumafolgen nach sich ziehen können, konnte in einigen Studien gezeigt werden. Zusätzlich kann man davon ausgehen, dass **rassifizierte** Personen schlechteren Zugang zum Gesundheitssystem haben und ihre Anliegen weniger ernst genommen werden als von **Weißem**. Quellen: Amma Yeboah: Rassismus und psychische Gesundheit in Deutschland & EOTO e.V & Citizens For Europe (2020): Afrozensus 2020

Polizeieinsätzen auf anderem Wege zu Tode kommen. Der Fall des 47-Jährigen aus Mannheim taucht beispielsweise in dieser Statistik nicht auf. Man kann davon ausgehen, dass weitaus mehr Menschen durch den Einsatz von Pfefferspray, den Folgen körperlicher Gewalt und dem Einsatz von **Tasern** sterben, als durch Schüsse. Insbesondere die Gefahr, die mit dem Einsatz von Tasern einhergeht, ist nicht zu unterschätzen. Amnesty International warnt, dass sie durch die Stromstöße gerade bei Menschen, die körperlich oder psychisch geschwächt sind und/oder unter Drogeneinfluss stehen vermehrt Atem- oder Herzstillstände auslösen können.²

Eine Recherche der *ZEIT ONLINE*³ zeigte, dass lediglich sieben Bundesländer auf Anfrage der Redaktion Angaben zu Todesfällen im Rahmen von Polizeieinsätzen machen konnten. Aus ihnen ergibt sich eine Fallzahl von 19 Menschen. Von den übrigen Bundesländern fehlt diese Angabe. Wir können also von einer weitaus höheren Zahl ausgehen. Kriminologe und Polizeiwissenschaftler Thomas Feltes schätzt, dass etwa drei Viertel der durch Polizeigewalt Getöteten der vergangenen Jahre psychisch kranke Menschen waren.

Über Fälle von Polizeigewalt, die nicht mit einer tödlichen Eskalation enden, wird medial wenig berichtet, kritisiert der *Bundesverband Psychiatrie-Erfahrender e.V. (bpe)*. Im Rahmen ihrer Beratung berichteten Betroffene „regelmäßig von Grenzüberschreitung sowie rabiater Gewaltanwendung seitens Polizist*innen im Zusammenhang mit Zwangseinwei-

² Amnesty International (2019): Distanz-Elektroimpulsgeräte. Ein Positionspapier von Amnesty International.

³ Manuel Bogner & Frida Thurm; Die Polizei weiß nicht, wie viele Menschen sie tötet.



sungen in die Psychiatrie“⁴. Zwangseinweisungen gibt es etwa 200.000 im Jahr in Deutschland, das ist etwa ein Fünftel aller Psychiatrieeinweisungen.

Es zeigt sich also einmal mehr, dass durch die Polizei zu Tode kommende Menschen kein alleiniges Problem der USA sind. Und es drängt sich die Frage auf: Bräuchten Menschen in Krisensituationen nicht eigentlich eher Hilfe und Unterstützung als die „hart durchgreifende Hand“ der staatlichen Exekutive? Warum ist hier die Polizei überhaupt zuständig?

Bevor ich auf Forderungen der Interessensverbände Psychiatrie-Erfahrener eingehen möchte, liegt mir noch eine weitere, in

⁴ Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener e.V. (bpe): Stellungnahme zur Polizeigewalt mit Todesfolge in Mannheim. <https://bpe-online.de/stellungnahme-zur-polizeigewalt-mit-todesfolge-in-mannheim/>

meinen Augen tief feministische, Perspektive auf dem Herzen. Nicht nur in meiner Arbeit mit psychisch belasteten Menschen, sondern auch im medialen Diskurs beobachte ich, wie sich die Debatte um Betroffene psychischer Erkrankungen zwischen zwei Polen bewegt: Auf der einen Seite findet eine **Entstigmatisierung** psychischer Erkrankungen statt, die mehr und mehr Menschen den Zugang zu psychosozialer, psychotherapeutischer und psychiatrischer Versorgung ermöglicht. Auf der anderen Seite beobachte ich aber auch eine gleichzeitig zunehmende **Pathologisierung** und Individualisierung von Menschen in psychischen Krisen. Kurz zum Kontext: Psychische Erkrankungen sind im Grunde genommen ‚Abweichungen von der Norm‘, die anhand von statistisch festgelegten Kriterien als ‚Störung‘ definiert und im Rahmen von standardisierten Testverfahren diagnostiziert werden. Die Frage, wo eine solche psychische Erkrankung beginnt, ist also menschengemacht. Darauf, wer die Kategorien dafür festlegt hat und welche Diagnosen wann und von wem „entdeckt“ bzw. „erfunden“ wurde, will ich hier gar nicht eingehen. Auch die Frage, ob es nicht durchaus legitim ist, sich in der abgefuckten Welt, in der wir leben hoffnungslos, interessen- und freudlos und ermüdet⁵ zu fühlen, ist ein Thema für einen anderen Artikel.

⁵ Einige Diagnosekriterien für eine Depression.

Fest steht jedoch, dass das offene Sprechen über Gefühle, auch über krisenhafte Zustände und das nicht klarkommen in dieser Welt eine wichtige Entwicklung ist, die auch immer als kleine Rebellion gegen die **kapitalistische** Leistungsgesellschaft verstanden werden kann. Dem gegenüber steht aber auch die Entwicklung hin zu einem gesellschaftlichen Reflex, diesen Zuständen sofort einen Namen geben und sie auf einer standardisierten Skala und damit einer Diagnose einordnen zu müssen. Das kann ohne Frage extrem hilfreich und entlastend sein und Betroffenen das Gefühl von Kontrolle und Handlungsmöglichkeit geben. Diese Diagnosen führen aber auch gleichzeitig eine Hilflosigkeit herbei, Menschen in psychischen Ausnahmesituationen entgegen zu treten und sie in sozialen Unterstützungssystemen aufzufangen ohne Angst zu haben, ohne psychotherapeutische Zusatzqualifikation sowieso nicht helfen zu können.

Die ständige Aufweichung des Krankheitsbegriffs und die damit einhergehende Pathologisierung zeigt sich beispielsweise in der ständigen Ansammlung neuer Diagnosen in das offizielle Diagnosemanual *DSM V*. So kann bspw. nach dem Tod eines Angehörigen inzwischen bereits nach einer zweiwöchigen Trauerphase von einer psychischen Erkrankung gesprochen werden. Viele Expert*innen beobachten eine Aufweichung diagnostischer Kriterien und einer damit einhergehenden Überverabreichung von Psychopharmaka. Die Entwicklung von Psychopharmaka und deren individuelle medizinische Einstellung sind Errungenschaften, die die Lebensqualität von Millionen von Menschen in Deutschland verbessern. Gleichzeitig führen ein unter Zeit- und Personalmangel stehendes Gesundheitssystem dazu, dass immer weniger Zeit für ausführliche Ärzt*innengespräche mit Blick auf die Lebensrealität der Patient*innen bleibt. So kommt es, dass

Menschen mit ihren Symptomen durch Medikamente ruhiggestellt werden und auch hier psychosoziale Unterstützungsmöglichkeiten hinten runter fallen. Gerade in psychiatrischen Einrichtungen bleiben regelmäßige und engmaschige Therapiegespräche aus, psychisch erkrankte Menschen werden dann nur noch verwaltet. Am Ende ist es die Zeit, wie so oft im Kapitalismus, an der es fehlt. Zeit, der Krise Raum zu geben, sie auszuhalten und mit Betroffenen zu sprechen. Zeit zu geben für Heilen, Runterkommen, Klarkommen. Zeit, sich aus Lohnarbeit, Ausbildung und **Care-Arbeit** rausnehmen zu können, ohne dass damit finanzielle oder andere Sorgen einhergehen. „Zeit nehmen“ ist, auch nach Matthias Seibt vom *bpe* eines der wichtigsten Dinge, an denen es in der Versorgung von Menschen in psychischen Krisen fehlt. Aber auch einfach „gesunder Menschenverstand“ sowie „Freundlichkeit und Geduld“. Auch er glaubt, dass die Polizei durch ihr Auftreten in Gruppen und durch ihr druckvolles Handeln die Situationen der Betroffenen eher verschlimmern als verbessern.

Zurück zur Polizei: Klar ist, dass Menschen in psychischen Ausnahmesituationen professionelle medizinische Versorgung benötigen, doch die Forschung zeigt, dass Betroffene in erster Linie ein unterstützendes soziales Umfeld und sichere Lebensbedingungen brauchen. Wieso würde dann jemand glauben, dass Menschen in psychischen Krisen eine polizeiliche Intervention bräuchten?

Man würde davon ausgehen, dass Polizist*innen im Rahmen ihrer Ausbildung im Umgang mit psychischen Krisen geschult werden. Immerhin geben Beamt*innen der Schutz- und Kriminalpolizei Baden-Württemberg in einer repräsentativen Befragung⁶ an, dass fast jeder fünfte Kontakt in

⁶ Katharina Lorey & Jörg M. Fegert (2021): Polizeilicher Kontakt zu psychisch erkrankten Menschen. <https://link.springer.com/content/pdf/1010>

ihrem polizeilichen Berufsalltag mit einer psychisch erkrankten Person sei. Doch weit gefehlt, es zeigt sich immer wieder, nicht zuletzt durch die eskalative Polizeigewalt in Mannheim, dass Polizist*innen eben nicht angemessen (re)agieren. Selbst mehr als die Hälfte der in der oben genannten Studie befragten Beamt*innen fordern bessere Ausbildung in diesem Bereich. Auch die Forderung nach einer Liste einsatzbereiter Psycholog*innen und Psychiater*innen, die im Umgang mit einer psychisch erkrankten Person von der Polizei hinzogen werden können, existiert in Expert*innenkreisen.

Doch warum muss die Polizei hier überhaupt zuständig sein? Auch Kriminologe Thomas Feltes hält die Polizei oft für nicht geeignet, wenn es darum geht eine Situation zu deeskalieren. Der Gesetzgeber schreibt vor, dass die Polizei nur dann eingreifen darf, wenn von der Person eine unmittelbare Gefahr ausgeht, die sich nicht anders als durch Schusswaffen lösen lässt. In allen anderen Fällen sollte die Polizei sich zurückziehen und der Person Zeit und Raum geben, um sie nicht unter Druck zu setzen. Häufig wollen die Beamt*innen die Situation alleine lösen und ziehen keine Fachpersonen zur Seite. Menschen in einer psychischen Ausnahmesituation, z.B. einer Psychose, mit einer Waffe, Pfefferspray oder Hunden zu konfrontieren, führt unweigerlich zu einer Eskalation der Situation.

Nun wird die Polizei ja meist von Dritten hinzugezogen und vielen Menschen fehlt Wissen zum Verhalten bspw. psychotischer oder paranoider Menschen. So steckt auch meist kein böser Wille dahinter, wenn Menschen die Polizei in solchen Situationen die Polizei rufen. Die Polizei dazu zu rufen, sollte jedoch nicht die (einzige) Lösung sein. Die Wenigsten wissen, dass es in allen Städten Sozialpsychiatrische Dienste gibt, die im Umgang mit Menschen in psy-

[07/s11757-021-00670-z.pdf](https://www.s11757-021-00670-z.pdf)

chischen Krisen hinzugezogen werden können. Hier arbeiten Sozialarbeiter*innen, Ärzt*innen und Psychotherapeut*innen, die für die Begleitung von psychiatrischen Krisen geschult sind. Hier wird nur im Notfall, wenn es die Expert*innen für nötig halten, das Ordnungsamt hinzugezogen. Leider sind diese Dienste nicht rund um die Uhr erreichbar, es wäre essentiell das Angebot auszubauen. Auch die Landesverbände Angehöriger und Psychiatrieerfahrener fordern schon lange betroffenenkontrollierte multiprofessionelle Krisendienste, die 24/7 erreichbar sind und ohne Uniform, Pfefferspray und Schusswaffe zum Ort des Geschehens kommen.

Aus einer **abolitionistischen** Perspektive wäre es sinnvoller in sozialpsychiatrische Strukturen Gelder aus dem System Polizei zu investieren, anstatt Aufgaben in Bereiche auszuweiten, für die die Polizist*innen nicht im Geringsten qualifiziert sind. Schulungen und Seminare zum Thema psychische Erkrankungen können den Habitus und die Haltung „nach Sicherheit und Ordnung“ strebender Polizeibeamt*innen nicht weiterbilden. Menschen in psychischen Ausnahmesituationen sind im Rahmen eines Polizeieinsatzes nur zusätzlicher Gefahr gesundheitlicher Schädigung ausgesetzt. Auch im Sinne der Prävention wäre es nur logisch, der Polizei finanzielle Förderung zu entziehen und diese für Institutionen der Aufrechterhaltung und Förderung psychischer Gesundheit zu nutzen. So müssten Menschen gar nicht erst ungeschützt in Situationen psychischer Ausnahmezustände geraten.

Und nicht zuletzt braucht es für die Fälle, in denen Gewalt durch die Polizei passiert ist, unabhängige Beschwerde- und Meldestellen und die ernsthafte Aufarbeitung und strafrechtliche Verfolgung der verantwortlichen Polizeibeamt*innen. Die geringe Anzeige- und Verurteilungsquote sind ein

Armutszugnis für ein System, das sich Rechtsstaat nennt.

Sozialpsychiatrischer Dienst für Marburg:
06421 405-4131

Zum Weiterlesen:

- Ein Leitfaden zur niedrigschwelligen Begleitung von Menschen in psychischen Krisen, geschrieben von Betroffenen: <https://bpe-online.de/leitfaden-krisenbegleitung/>.
- Ein Interview zum Thema Polizeigewalt mit Matthias Seibt vom Bundesverband Psychiatrieerfahrener: <https://www.freie-radio.net/118027>.

Anzeigeverhalten bei Polizeigewalt

Laut Statistischem Bundesamt gab es 2021 insgesamt 2.790 Ermittlungsverfahren gegen Polizeibeamte wegen rechtswidriger Gewaltanwendung. Nur in 80 Fällen erfolgten dabei Anklagen wegen Körperverletzung im Amt, das sind zwei Prozent der Fälle. (Zum Vergleich: Durchschnittlich wird bei 22 Prozent aller Ermittlungsverfahren Anklage erhoben.) 27 der 80 angeklagten Körperverletzungen im Amt endeten mit Verurteilungen, 25 mit Freisprüchen – beim Rest wurden die Verfahren eingestellt, mit oder ohne Geldstrafe.

Diese Zahlen zeigen, wie wenig Konsequenzen polizeiliches Fehlverhalten hat. Auch nach tödlichen Einsätzen werden die verantwortlichen Polizist*innen fast nie belangt. Das liegt unter anderem daran, dass die genauen Abläufe der Einsätze vertuscht und die Taten nicht aufgearbeitet werden. Neben den angezeigten Fällen, die dann ins Leere laufen, kann von einem massiven Dunkelfeld ausgegangen werden – also von Polizeigewalt, die nicht zur Anzeige gebracht wird und daher nie in der Statistik erscheint. Eine Studie der Ruhr-Universität Bochum zeigte, dass der häufigste Grund, warum sich Betroffene polizeilicher Gewalt gegen eine Anzeige entscheiden, die Annahme ist, dass die Polizei sowieso nichts zu befürchten habe.

(Eine sehr anschauliche Darstellung der (Zwischen-)Ergebnisse der Studie ist zu finden unter www.anzeigeverhalten-polizeigewalt.de.)

Abolitionismus

Ein Reader
Herausgegeben von
Daniel Loick und
Vanessa E. Thompson
Suhrkamp taschenbuch
wissenschaft



Wie der Titel sagt ein vor Kurzem erschienener Reader, der das Thema **Abolitionismus** aus verschiedensten Perspektiven und Zeitkontexten beleuchtet. Besonders spannend ist, dass auch historische Texte bspw. von *Angela Davis* oder *Ruth Wilson Gilmore* auf Deutsch übersetzt vorhanden sind sowie ein Kapitel (queer-)feministischen Perspektiven gewidmet ist.

WAS MACHT UNS WIRKLICH SICHER?

MELANIE BRANZELL



WAS MACHT UNS
WIRKLICH SICHER?
POLIZEI, GEFÄNGNIS
UND GRENZEN DER
GEWALT



Ein interaktives Buch, das ausgehend von der These, dass Polizei, Gefängnis und Grenzen Gewalt (re)produzieren, anstatt sie zu beenden, danach fragt, wie wir uns selbst Sicherheit schaffen können, spricht welche progressiven/emanzipatorischen Alternativen es gibt.



Wer noch nicht ganz sicher ist, ob es Polizeigewalt wirklich gibt (lol), der kann sich mal diese Dokumentation anschauen und denkt spätestens danach dann hoffentlich anders.



WHY THEORY

A Podcast Hosted By Todd McGowan
And Ryan Engley

Mal etwas psychoanalytische Theorie für die Ohren. Nehmt euch Stift und Zettel zur Hand, denn die braucht man dafür definitiv, und lauscht. Ein Podcast, in dem *Todd McGowan* & *Ryan Engley* über *Lacan*, *Hegel*, Psychoanalyse und emanzipatorische Politik philosophieren.



Puro Veneno (@purovenenofire) - Eine Street Art Gruppe aus Kolumbien, die mit murales (Wandbildern) oder dem Plakatieren immer wieder im Stadtbild Bogotás auf Polizeigewalt, staatliche und private Korruption etc. hinweisen.

NSU 2.0 FRANKFURT



Ein Theaterstück von *Nuran David Calis*, das auf der Morddrohung des "NSU 2.0" basiert, die die Frankfurter Rechtsanwältin *Seda Başay-Yıldız* 2018 erhielt. Das Stück zeigt auf, wie in Hessen rechtsextreme Netzwerke und die Polizei verbandelt sind und sich bspw. in Chatgruppen Hakenkreuze und Judenwitze zuschicken. Leider alles echt.



Ein Kommentar zur Uniform

... der auch ganz schön viel von Vermummung handelt

lore

Uniform. Uni-Form. Unis formen? Gleich gepackt. In einer Form.

Ich habe Lust über Uniformen zu schreiben. Dabei habe ich weitaus mehr Fragen als Antworten. Dies ist ein Versuch, ihnen nachzugehen. Wenn ihr weitere Ideen dazu habt, immer gerne her damit.

I can't help myself: Wenn ich an Uniformen denke, kommen mir die Türsteher des Buckingham Palace in den Sinn. Wie sie da so stehen in schwarzer oder roter Montur, mit goldenen Auszeichnungen und Pelzmützen. Ah nein, das waren die Sicherheitsguards vorm Big Ben. Egal. Denn komischerweise denke ich erst in zweiter Linie an die Polizei oder Bundeswehr. Vielleicht hat das auch damit zu tun, dass ich von uniformierten Menschen noch nie direkte Gewalt so körperlich erfahren habe. Uniformen sind in meinem Kopf deshalb erstmal mit etwas Pompösem besetzt: gebügelter Kragen, glitzernde Wappen. Manchmal an todes-langweiligen steifgebügelten grauen Anzügen. Aber ja, auch so kann Staatsgewalt aussehen. Hier stellt sich eine Einzelperson hinter diese Verkleidung und handelt im Auftrag einer Institution.

Was ist denn jetzt überhaupt eine Uniform, so ganz offiziell?

Die offensichtlichste Quelle des Internets (*Wikipedia*) sagt: „Die Uniform symbolisiert die Funktion ihres Trägers oder dessen Zugehörigkeit zu einem Verband und zu einer Organisation. Durch das Tragen der Uniform soll das Individuum seinen Beruf oder seine Aufgabe verkörpern und seine Aufgabe als Funktionsträger besonders in den Vordergrund stellen. Mit dem Tragen der Uniform wird auch der Korpsgeist der

Uniformträger ausgebildet und gefestigt.“

Aha, der Korpsgeist. Kurz auf den Link gedrückt: „Ein überwiegend aus Männern bestehendes Wir-Gefühl soll erzeugt werden.“ Das kennen wir doch irgendwo her. Doch trotz und nach der Nazi Herrschaft wurde ja nicht von diesen Uniformen abgesehen...

Du denkst bei Uniform nur an ACAB und Militär?

Dabei gibt es Uniformen in hunderten Formen und Farben und für so viele Bereiche. Bei der Feuerwehr zum Beispiel. Oder im Krankenhaus: für Ärzt*innen, Pfleger*innen und den Rettungsdienst. (Ok, der Oberarzt kommt manchmal auch ganz leger in Jeans und T-Shirt für einen Kommentar vorbei. Bei Promis und Superreichen, die in Jogginghose und fettigen Haaren durch Hollywood streifen, ist das übrigens dasselbe: Hier braucht es keine zusätzlichen Props durch Kleidung mehr. Aber das ist ein anderes Thema.) Es gibt Köch*innen-Uniformen, Kellner*innen-Uniformen, Deutsche-Bahn-Uniformen, Post-Uniformen, Schul-Uniformen, Pfadfinder*innen-Uniformen und Wandergesell*innen-Uniformen. Oder ganz einfach, die Office-Uniform: Anzug, Blazer, Hemd. (Für weiblich gelesene Personen waren auch mal der Rock, die Absatzschuhe und die Strumpfhose obligatorisch, aber auch das ist wieder ein anderes Thema. Fest steht nur: Uniform muss scheinbar ein Geschlecht repräsentieren.)

Daraus ergibt sich für mich folgende Frage: Woher kommt diese GROSSE Liebe zu Uniformen?

Liv Strömquist, eine schwedische Graphic-Novel-Autorin, hätte dazu jetzt wahrscheinlich drei lustige Comics, mit denen sie dieses Phänomen erklären könnte. Da ich mich bei der Antwort nicht in soziologische Analysen verwickeln möchte (und auch nicht kann), stelle ich diese Frage einfach mal nur in den Raum. Denn was ich gerade weitaus interessanter finde, ist zu fragen: Ist es schlimm, wenn Menschen Uniformen geil finden? Vielleicht sogar so geil, dass sie sich in ihren eigenen vier Wänden verkleiden und damit spielen wollen?

Spoiler. Meine Antwort wäre jetzt erst mal nein. Doch man kann sich trotzdem mal fragen, was für Fantasien da eigentlich ausgelebt werden. Und wenn die Montur dann auch noch Einzug in Online-Dating-Plattformen erhält, kann das echt fragwürdig (und gruselig!) werden. (Mehr zu Uniformfetischen in "Frag Rageina").

Zoomen wir mal raus. Denn eine große Frage, die sich mir anschließend daran stellt: Wo wird die Grenze zwischen „guter“ und „schlechter“ Uniform gezogen?

Mit gut meine *ich* natürlich (!) die Vermummung von linken Zecken und mit schlecht die von der ausführenden Staatsgewalt. Wartet, hier werde ich gerade korrigiert. Linke Vermummung ist keine Uniform, sagt meine Genossin. Uniformierung ist generell nicht immer gleich. Also ergibt es auch keinen Sinn staatliche Uniformierung und linke Vermummung zu vergleichen. Das Stichwort hier sind strukturelle Machtverhältnisse. Der Dorfpolizist, der in seinem Uniform-Outfit durch die Oberstadt wandert, als gehöre sie ihm, hat eine andere Machtpo-

sition als eine Krankenpflegerin. Auch der vermummte Studi, der bei der Lützi-Demo im Schwarzen Block in der ersten Reihe steht, hat zwar die Macht zur Gegenwehr und kann dort ein Zeichen setzen, doch auch seine strukturellen Machtpotenziale sind erstmal begrenzt.

Er kann keine Strafen verhängen und Menschen

einliefern lassen. Die protestierende Menge hat also Macht auf einer sehr viel latenten Ebene, und ich würde mir wünschen, sie würde noch expliziter werden.

Und was ist mit den Köch*innen und den Wandergesell*innen? Na, deren Gewand ist auch nicht vergleichbar mit der uniformen Garderobe der Staatsgewalt. Ihre

Uniform hat vielmehr eine soziale Funktion, indem sie die Zusammengehörigkeit und Solidarität innerhalb ihrer Gruppe stärken und



nach außen hin ausdrücken soll. Sie kann dazu beitragen, dass sich Mitglieder einer Organisation oder Institution als Teil dieser Gemeinschaft fühlen und sich mit dieser identifizieren. Auch für das Außen kann das ziemlich praktisch sein, denn somit können wir Menschen nach ihrer Kleidung direkt in eine Schublade stecken (und das lieben wir ja...). Wir wissen, was ihr Job ist und was wir von ihnen erwarten können. Uniformen sind dadurch auch praktisch adaptierbar. So lässt es sich mit einem Blaumann hervorragend in fremde Häuser reinspazieren.

Aber zurück zur vorigen Frage. Wir wissen also, dass Uniformierungen und Vermummungen nicht gleich zu behandeln sind. Und trotzdem werden linke Menschen auf Demos oft uniform wahrgenommen. Durch ihre schwarze Kleidung, durch ihre meist einheitliche Vermummung.

Aber wieso wird sich denn überhaupt bei Demos vermummt? „Die sehen dann so gefährlich aus...“, hat meine Mama mal gesagt. (Dabei muss Vermummung natürlich nicht immer schwarz sein.)

Tja, vielleicht ist es ein Weg, um gegenüber den Cops eben auch ein bisschen gefährlich zu wirken. Aber eben nicht nur das. Denken wir an Waldbesetzungen, sind auch hier Menschen tagelang vermummt. Die schwitzen nicht um einfach nur böse auszusehen. Es ist viel einfacher: Sie wollen nicht erkannt werden. Sie wollen vor Repression durch die Staatsmacht sicher sein. Denn Razzien passieren nicht nur bei der *Letzten Generation*, die mit ihrem Gesicht für ihre Sache stehen wollen. Auch kann es passieren, dass man sich schnell mal auf einer Todesliste vom Naziflügel der hessischen Polizei wiederfindet. Hier kannst du nämlich auch schon drauf stehen, wenn du Soziale Arbeit mit Geflüchteten machst. Auch kann es **Repression** von Arbeitgeber*innen geben, wenn sie dich auf Bildern einer Demo spotten. Ein weiteres Beispiel

sind Geflüchtete, die nicht den Landkreis verlassen dürfen. Auch sie befürchten oft, mit Repressionen überzogen zu werden. Das Unkenntlichmachen erlaubt es ihnen überhaupt erst an der politischen Meinungsäußerung teilzuhaben.

Die Vermummung hat außerdem einen (internationalen) Solidaritätsaspekt: Sie sagt aus, ich kämpfe hier nicht allein für eine Sache (mit meinem Gesicht), ich bin Teil eines Kollektivs. Unser gemeinsame Kampf zählt. So sind z. B. die Zapatistas, eine revolutionäre indigene Gruppierung im Süden Mexikos, ein Vorbild für die Waldbesetzungen. Auch sie tragen aus diesen Gründen stets ein Tuch über Mund und Nase. „Seit unsere Gesichter vermummt sind, sieht man uns“, sagte mal Zapatista-Anführer Subcomandante Marcos. So ist es den Zapatistas – auch nach eigener Aussage – gelungen, gerade durch das Tragen einer *pasamontaña* (Hassi/Sturmhaube) international wahrgenommen zu werden. Mittlerweile ist ihre „schwarze Wollmütze“, die nur die Augen freilässt, zu einem Widerstandssymbol avanciert und besitzt großen Wiedererkennungswert. Die *pasamontaña* ist Sinnbild für ein Spiel mit Identität und eine Politik der (Un-)Sichtbarkeit.

Und DESHALB finde ich das Vermummungs- und Uniformierungsverbot (Paragraf 17a) des Versammlungsgesetzes ganz schön krass. Protest muss anonym möglich sein. Demnach darfst du neuerdings auf einer Demo auch nicht die Kombi aus einer FFP2-Maske UND einer Sonnenbrille tragen. Eins von beidem ist okay. Allein eine Möglichkeit zur Vermummung in der Tasche zu tragen, ist rechtswidrig (mehr zum „Hässlichen Versammlungsgesetz“ auf Seite xx). Vielleicht war dieses Gesetz mal eine ganz gute Idee, um zu verhindern, dass Nazis unbeachtet ihr Unwesen treiben (nicht, dass sie das nicht immer noch könnten). Doch leider sehe ich gerade mehr

Prozesse, die gegen linke Menschen laufen als gegen rechte. (Denken wir an *Ella* (Hambi) oder *Lina* (Leipzig)). Auch die seriöse Meinung von ChatGPT dazu ist, „insgesamt kann das Vermummungsverbot als eine Maßnahme betrachtet werden, die die Freiheit und die Rechte der Bürger*innen einschränkt und eine Kultur der Überwachung und Repression fördert“. Spannend, wenn sogar eine künstliche Intelligenz ohne Meinung, sich diese Meinung bilden kann.

Lustigerweise sind Clowns von diesem Vermummungsverbot befreit. Immerhin *Etwas* ist von der Kunstfreiheit gedeckt.

Kommen wir zum Schluss. Uniformen werden mich glaube ich noch oft vor Fragen stellen. Für heute ist es erstmal genug.

Abschließend kann man mit den Worten des Kängurus vielleicht einfach festhalten: „Ein Idiot in Uniform, ist immer noch ein Idiot.“



Letzte Frage. Antworten bitte in die Kommentare: Was ist eure Lieblingsuniform?

Ende und Tschüss.

„Hässliches Versammlungsgesetz – Ein kurzer Blick“

Ein Gastbeitrag

*Communist Action and Theory (CAT)
aus Marburg*

Der Hessische Landtag hat trotz des Protests zahlreicher Initiativen sowohl aus der (radikalen) Linken als auch aus der Bürger*innenrechtsbewegung im März ein neues Versammlungsgesetz beschlossen, das am 4. April 2023 in Kraft getreten ist. Bisher galt in Hessen ein Bundesgesetz aus 1953, dieses wird jetzt vom Landes-Versammlungsgesetz ersetzt. In seiner Herangehensweise unterscheidet sich das neue Gesetz nicht vom Alten: Versammlungen werden in erster Linie als polizeilich abzuwehrende Gefahr, nicht als demokratische Chance, gesehen. Inhaltlich übernimmt das neue Gesetz die allermeisten repressiven Elemente des alten Versammlungsgesetzes: Vermummungsverbot und auch das Verbot von sogenannter „Schutzbewaffnung“, wie etwa Fahrradhelme oder Schutzbrillen, womit

sich Demonstrierende vor Polizeigewalt schützen wollen. Auch der unbestimmte Begriff der „öffentlichen Ordnung“, mit dem Versammlungen eingeschränkt werden können, findet sich im neuen Gesetz, während andere Bundesländer ihn

gestrichen haben. Positiv ist einzig, dass ein Verstoß gegen das Vermummungsverbot in Zukunft nur noch eine Ordnungswidrigkeit und keine Straftat mehr darstellt.

Dafür finden sich im neuen Gesetz einige neue repressive Elemente. Zum Teil wird einfach nur die Rechtslage an die bisher rechtswidrige Praxis angepasst. Zum Beispiel mussten sich Zivilpolizist*innen bisher gegenüber der Versammlungsleitung zu erkennen geben. Das wurde natürlich fast immer einfach ignoriert – und ist jetzt auch offiziell gestrichen. Wirklich neu ist das „Militanz- und Einschüchterungsverbot“. Danach ist es verboten, „paramilitärisch oder in vergleichbarer Weise“ aufzutreten und dadurch Gewaltbereitschaft und eine einschüchternde Wirkung zu erzeugen. Welche praktischen Auswirkungen das haben wird, ist unklar. Im schlimmsten Fall wird diese Regelung dazu genutzt werden, Demonstrationstaktiken wie den „Schwarzen Block“ oder die weißen Maler*innenanzüge von „Ende Gelände“ verstärkt zu kriminalisieren. Bestenfalls wird die Norm eng ausgelegt, dann hätte sie praktisch keine Wirkung für linke Demos. Neu sind auch „Übersichtsaufnahmen“. Bisher durfte die Polizei Demos nur abfilmen, wenn beispielsweise eine Gefahr bestand oder Teilnehmende Straftaten begingen. Nun darf auch gefilmt werden, wenn eine Demo „unübersichtlich groß“ ist – das ist ziemlich oft der Fall. Einige Jurist*innen meinen, dass das bereits bei 100 Teilnehmenden losginge. Die Landesregierung verteidigt dies damit, dass Übersichtsaufnahmen nur live zur Einsatzleitung gestreamt und nicht aufgezeichnet werden. Demonstrierenden bringt das aber ziemlich wenig, weil sie nicht nachprüfen können, ob der Polizist mit der Kamera „nur live überträgt“ oder auch aufzeichnet. Und selbst, wenn die Voraussetzungen für eine Aufzeichnung nicht vorgelegen hätten und die Aufzeichnung damit rechtswidrig war, darf das Material gege-

benenfalls trotzdem in Strafverfahren verwendet werden.

Eine häufig geäußerte Befürchtung einiger Genoss*innen teilen wir aber nicht: Die Befürchtung, in Hessen könnten kreative Formate wie Nachttanzdemos und Protestcamps in Zukunft nicht mehr von der Versammlungsfreiheit gedeckt sein. Diese Annahme stammt wohl aus einer missverständlichen Stellungnahme einer Sachverständigen im Gesetzgebungsverfahren, die die Definition der Versammlung im Gesetz als „zu eng“ kritisierte. Eine Versammlung im juristischen Sinne ist (vereinfacht) jede Zusammenkunft mehrerer Personen, bei der Meinungen öffentlich kundgetan oder diskutiert werden. Dies ist sowohl die Definition im neuen Gesetz als auch die Definition, die Gerichte auf Basis einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts bisher schon genutzt haben, hier ändert sich nichts.

Im Gesetz finden sich noch weitere neue Vorschriften, bei denen bisher unklar ist, wie sie ausgelegt werden, leider können wir hier nicht auf alle von ihnen eingehen. Welche praktischen Folgen das neue Gesetz für uns wirklich haben wird, ist deshalb aktuell noch schwer zu sagen. Am Ende entscheiden die jeweiligen Ordnungs- und Polizeibehörden selbst, ob sie diese repressiven Spielräume nutzen werden oder nicht. Aber die einschränkende Zielrichtung des Gesetzes ist klar. Für uns als Teil einer radikalen Linken bedeutet es deshalb, sich mehr mit Repression und somit auch Antirepression auseinanderzusetzen. Konkret möchten wir allen Leser*innen empfehlen, sich mit Versammlungsrecht, sicherer (Online-)Kommunikation und „How to Antirepression“ auseinanderzusetzen. Ein erster Schritt dazu wäre eine Mitgliedschaft bei der *Roten Hilfe*.

So oder so: Linker Protest bleibt notwendig
– auch und gerade gegen neue repressive
Polizei- und Versammlungsgesetze!

*Wir demonstrieren, wie wir wollen, trotz
Überwachung und Kontrollen!*

DAS KLEINE DEMO 1(3) x 1(2)

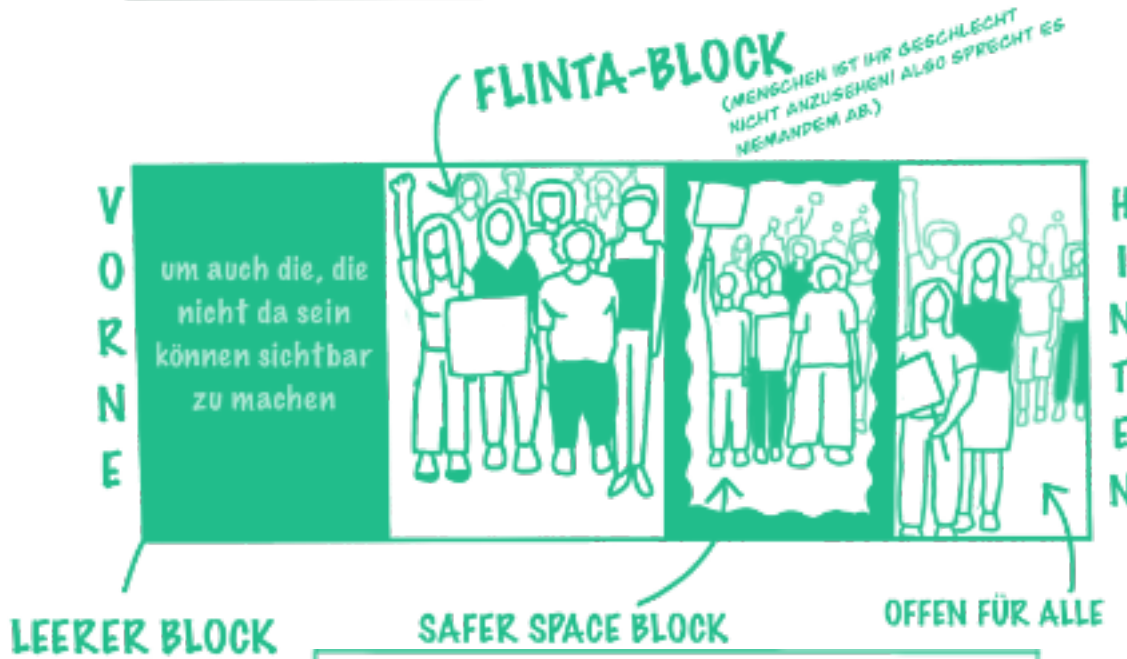
ILLUSTRIERT VON @MIACALAH



ES IST SCHON JANUAR! NICHT MEHR LANGE BIS ZUM 8. MÄRZ. DAS KOLLEKTIV TRIFFT SICH, UM GEMEINSAM DIE DEMO ZU PLANEN.



NICHT NUR DIE ROUTE SPIELT EINE ROLLE, DAMIT SICH MÖGLICHST VIELE PERSONEN WOHLFÜHLEN KÖNNEN, SONDERN AUCH, WIE DIE DEMO SELBST AUFGEBAUT IST. UND DENKT DARAN: BLEIBT IN FORMATION UND PASST AUF EINANDER AUF!



WICHTIG FÜR EINE DEMO IST ES, SICHTBAR UND LAUT ZU SEIN. BEI DEN REDEBEITRÄGEN IST ES WICHTIG, VERSCHIEDENE PERSPEKTIVEN ABZUBILDEN.



NEBEN DER ORSA-GRUPPE WIRD DIE DEMO NOCH VON ZAHLREICHEN ANDEREN MENSCHEN UNTERSTÜTZT. ZUM BEISPIEL WIRD DIE TECHNIK BETREUT UND ES BRAUCHT PERSONEN FÜR DAS AWARENESS-TEAM UND DIE ORDER*INNENAUFGABEN, DIE AUCH EINE AUFLAGE DES ORDNUNGSAMTES FÜR ANGEMELPTE DEMOS SIND.



- FOLGENDE FRAGEN TAUCHEN VORAB AUF:
- WIE UND WANN MACHEN WIR EINE VORABSPRACHE MIT DEN ORDNER*INNEN?
 - WIE KRIEGEN WIR GENUG MENSCHEN FÜR DIE VERSCHIEDENEN AUFGABEN ORGANISIERT?
 - WER KANN DIE AUFGABE ÜBERNEHMEN, WER NICHT (PRIVILEGIEN?)? WER FÜHLT SICH DAMIT WOHL?

WAS IST EIGENTLICH EIN AWARENESSKONZEPT?

DAS AWARENESSKONZEPT DIENT DAZU, DASS SICH ALLE AUF DER DEMO MÖGLICHST SICHER UND WOHL FÜHLEN KÖNNEN. DAS AWARENESSTEAM IST DA, FALLS DER BLUTZUCKERSPIEGEL ABFÄLLT, UM EINEN SICHEREN NACHHAUSEWEG ZU ORGANISIEREN ODER BEI GRENZÜBERSCHREITUNGEN HILFE ZU LEISTEN. WENN ES ZU ÜBERGRIFFEN, GEWALT, BEÄNGSTIGENDEN SITUATIONEN ODER ANDEREM KOMMT, IST DAS TEAM DAFÜR DA, DIE BETROFFENEN ZU UNTERSTÜTZEN. ZUM BEISPIEL MIT EINEM NOTFALLKIT, WIE AUCH EINE ERSTE HILFE FÜR DIE SEELE. AUCH TEIL DES AWARENESSTEAMS SIND ORDNER*INNEN, DIE DIE DEMO VON DER POLIZEI UND UMSTEHENDEN PERSONEN ABSCHIRMEN (FÜR DEN SAFER SPACE BLOCK), DIE KOMMUNIKATION „NACH AUBEN“ ÜBERNEHMEN UND ERFAHRUNG DARIN HABEN, GRENZÜBERSCHREITENDE MENSCHEN VON DER DEMO ZU VERWEISEN.

ERMITTLUNGSAUSSCHUSS (EA)

HÄUFIG WIRD VON DER DEMOORGA EIN ERMITTLUNGSAUSSCHUSS (EA) EINGERICHTET, DER WÄHREND UND NACH DER DEMO UNTER EINER TELEFONNUMMER, DER EA-NUMMER ERREICHBAR IST.

DER EA KÜMMERT SICH UM DIE FESTGENOMMENEN UND BESORGT FÜR SIE ANWÄLT*INNEN. FALLS IHR SEHT, DASS MENSCHEN FESTGENOMMEN WERDEN, RUFT UNBEDINGT DEN EA AN. WICHTIG SIND DER NAME, DIE ADRESSE UND DAS GEBURTSDATUM DER FESTGENOMMENEN PERSON. MACHT KEINE ANGABEN ZU AKTIONEN ODER ZU EUCH SELBST. FALLS IHR FESTGENOMMEN WERDET, HABT IHR EIN RECHT DARAUF DEM EA ANZURUFEN UND DAS SOLLTET IHR AUCH TUN. BEACHTET, DASS DAS GESPRÄCH NICHT KOMPLETT SICHER IST UND ABGEHÖRT WERDEN KÖNNTE. IHR SOLLTET DEM EA NUR EUREN VOR- UND NACHNAMEN, EUER GEBURTSDATUM, EURE ADRESSE UND WAS MAN EUCH VORWIRFT NENNEN. AUF KEINEN FALL SOLLTET IHR IRGENDWELCHE AUSSAGEN DARÜBER TREFFEN WAS IHR GETAN HABT, MIT WEM IHR UNTERWEGS WART ETC.

MELDE DICH, SOBALD DU WIEDER FREI BIST UNBEDINGT BEIM EA UND FERTIGE EIN GEDÄCHTNISPROTOKOLL AN. IM FALLE EINES ERMITTLUNGSVERFAHRENS KANN SO EIN GEDÄCHTNISPROTOKOLL GOLD WERT SEIN.



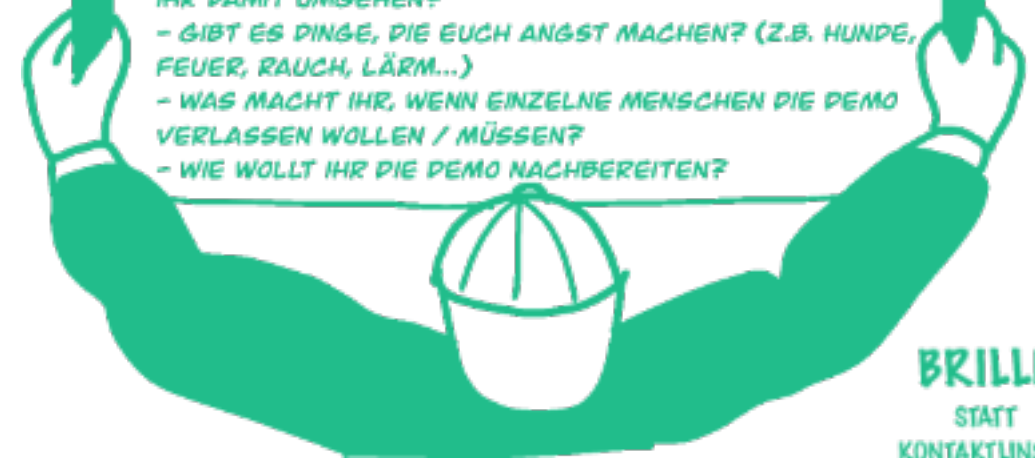
NEUES VERSAMMLUNGS"FREIHEITS"GESETZ

MIT DEM NEUEN VERSAMMLUNGSGESETZ IM HESSEN DROHEN MASSIVE EINSCHRÄNKUNGEN DES DEMONSTRATIONSRECHTS UND DES PERSONENSCHUTZES. NATÜRLICH WISSEN WIR UM DIE GEFAHREN, DIE VON UNGESICHERTEN VERSAMMLUNGEN UND AKTIONEN AUSGEHEN. SEIEN ES ANGRIFFE DURCH NAZIS, COPS, ZERBROCHENES GLAS, ETC... ES WAR EINE ENTSCHEIDUNG DER LANDESREGIERUNG UNS AUS DER ÖFFENTLICHKEIT ZU VERBANNEN UND ES IST UNSERE ENTSCHEIDUNG WIE WIR DIESER VERDRÄNGUNG BEGEGNEN. BEI UNSEREN FRIENDS DEN CATS KÖNNT IHR AUCH NOCHMAL MEHR LESEN!

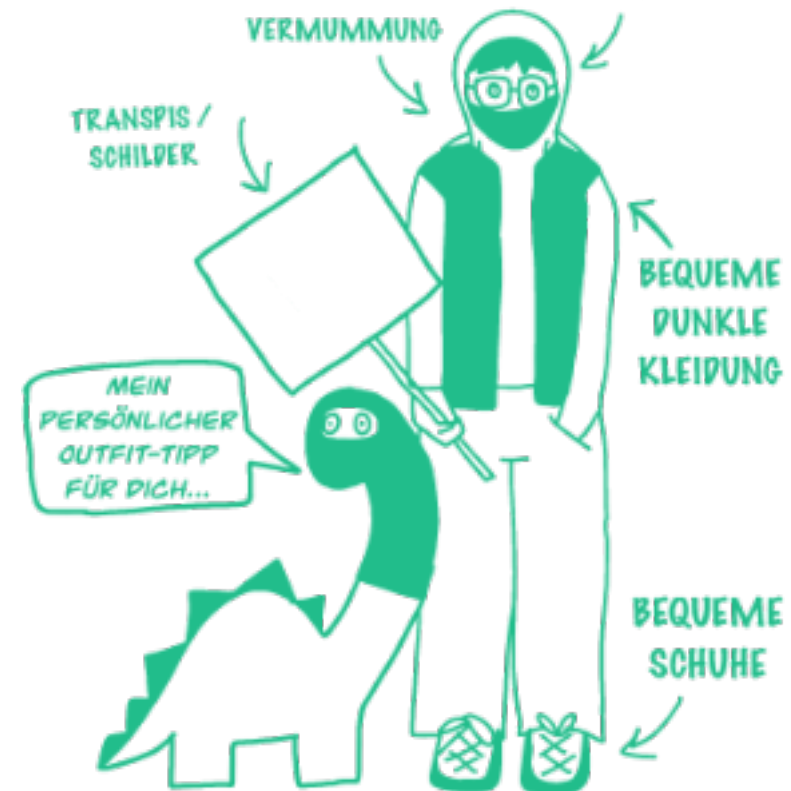
BEZUGSGRUPPE UND ABSPRACHEN

FRAGEN, DIE IHR MITEINANDER KLÄREN SOLLTET:

- INFORMIERT EUCH WELCHE ART VON DEMO ES SEIN WIRD (SPAZIERGANG / MENSCHENKETTE / SCHWARZER BLOCK). JE NACH DEM BRAUCHT ES MEHR ODER WENIGER VORBEREITUNG.
- WAS IST EUER AKTIONSLEVEL?
- WAS IST EURE GESUNDHEITLICHE SITUATION (Z.B. ASTHMA, EPILEPSIE, SENSORISCHE EINSCHRÄNKUNGEN)? WIE WOLLT IHR DAMIT UMGEHEN?
- GIBT ES DINGE, DIE EUCH ANGST MACHEN? (Z.B. HUNDE, FEUER, RAUCH, LÄRM...)
- WAS MACHT IHR, WENN EINZELNE MENSCHEN DIE DEMO VERLASSEN WOLLEN / MÜSSEN?
- WIE WOLLT IHR DIE DEMO NACHBEREITEN?



BRILLE
STATT
KONTAKTLINSEN



ICH PACKE MEINEN RUCKSACK...



UND NEHME MIT...



ALCOHOL AUF DER DEMO IS' NICHT, ABER KOMM NACHHER DOCH ZU UNS IN DIE SOLI-KNEIPE.

DAS BLEIBT ZU HAUSE:



BLEIBT BEI EURER BEZUGSGRUPPE UND HALTET EUCH AN EURE ABSPRACHEN. PASST AUF EINANDER AUF! VERLASST BEI PANKATTACKEN DIE DEMO, DOCH GEHT NICHT ALLEINE!





TREFFT EUCH AM BESTEN DIREKT NACH DER DEMO ODER EIN PAAR TAGE SPÄTER ZUR NACHBESPRECHUNG.

WIE GEHT ES EUCH? HABT IHR GESPRÄCHS-BEDARF?

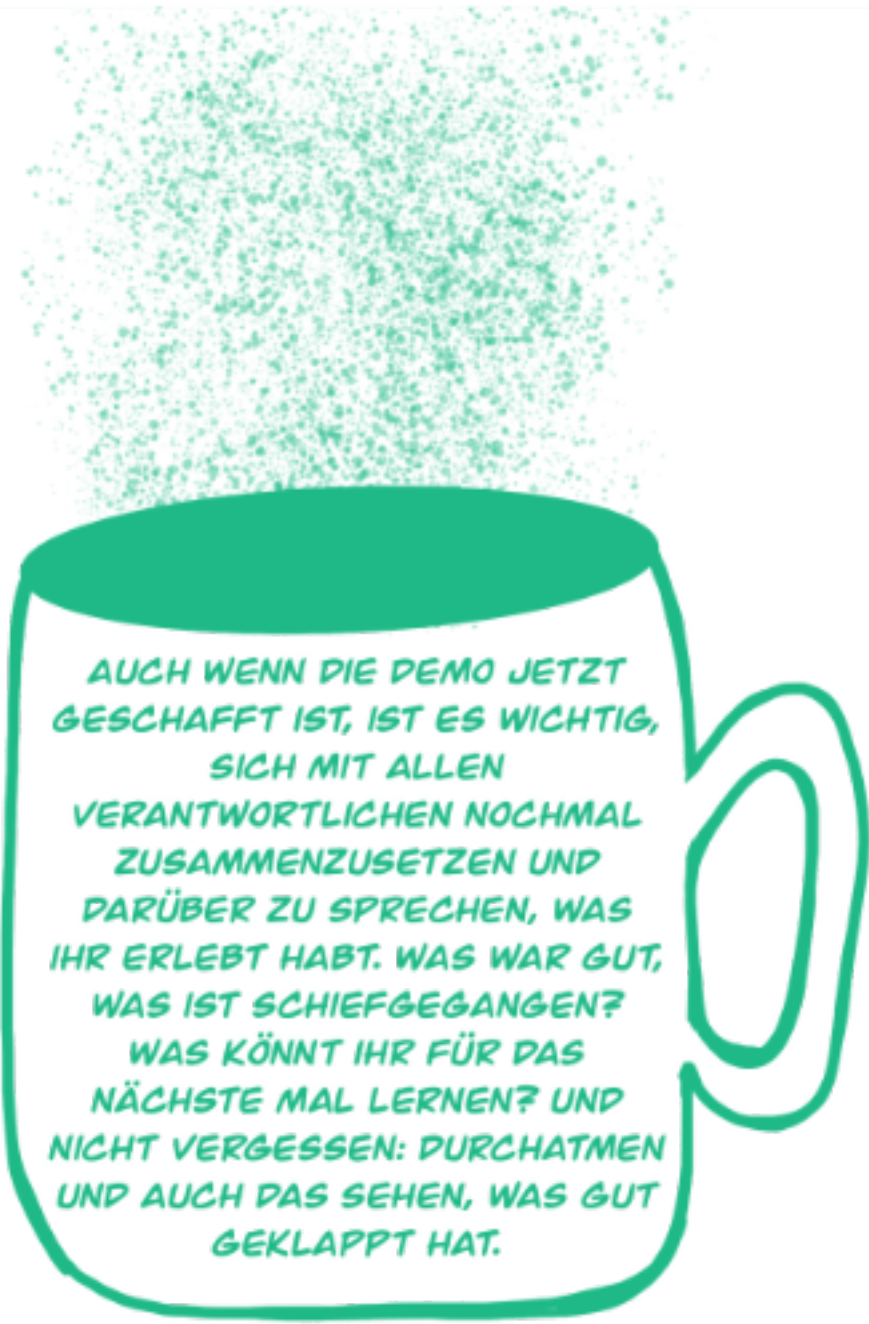
HABT IHR AUF DER DEMO DINGE ERLEBT, DIE GAR NICHT GINGEN?

NACH DER DEMO IST VOR DER DEMO...

ICH WOLLTE EUCH NOCH WAS ZUR DEMO ZURÜCKMELDEN...

EIN WICHTIGER PUNKT: ICH SCHREIBE IHN AUF, UM ES NÄCHSTES JAHR BEI DER ORGA ZU BEPENSLEN.

GEBT UNBEDINGT FEEDBACK, DAMIT WIR ZUSAMMEN IMMER WEITER LERNEN. RADE UND SOLIPARITY!



AUCH WENN DIE DEMO JETZT GESCHAFFT IST, IST ES WICHTIG, SICH MIT ALLEN VERANTWORTLICHEN NOCHMAL ZUSAMMENZUSETZEN UND DARÜBER ZU SPRECHEN, WAS IHR ERLEBT HABT. WAS WAR GUT, WAS IST SCHIEFGEGANGEN? WAS KÖNNT IHR FÜR DAS NÄCHSTE MAL LERNEN? UND NICHT VERGESSEN: DURCHATMEN UND AUCH DAS SEHEN, WAS GUT GEKLAPPT HAT.

Prostitution Pandemie und Polizei.

"I didn't report the case because [...] I don't believe in the police [...]."

Lore und Pepper

Zwischen bunten Fachwerkhäusern und grünen Hügeln ... Habt ihr da in Marburgs Gassen schon mal ein Bordell entdeckt? Oder Sexarbeiter*innen auf der Straße? Ne?

Wir auch nicht. Aber wieso ist das so? Angestoßen durch diese Fragen, wollten wir mal schauen, was es zu berichten gibt, oder auch nicht.

Während unserer Recherche ist uns aufgefallen: Beim Thema **Sexarbeit** kommen einige Konfliktfelder zusammen. Es geht um Selbstbestimmung und Konsens, um **kapitalistische** Ausbeutung und Arbeitsrechte, **patriarchale** Dominanz, **Rassismus**, Migration und **Illegalisierung**, um Gewalt, soziale Norm und Kontrolle, Bevormundung und Selbstorganisation, um (Ent-)**Stigmatisierung** und (Ent-)**Kriminalisierung**. Und mit Sicherheit gibt es noch mehr Facetten, die uns aus unserer Perspektive heraus gar nicht auffallen. Das hier stellt unseren Versuch dar, ein komplexes Thema zu behandeln - ohne Anspruch auf so etwas wie „die eine Wahrheit“. Wichtig ist: Unsere volle Solidarität gilt allen Sexarbeiter*innen und Prostituierten in Marburg und überall sonst.

FIM e. V.

FIM ist ein Beratungszentrum in Frankfurt für Migrant*innen und Frauen in schwierigen Lebenssituationen. Ihre Schwerpunktthemen sind innerfamiliäre und häusliche Gewalt, Gewalt im Namen der Ehre, Genitalbeschneidung, Aufenthaltsrecht, Frauen ohne Status und Geflüchtete. Seit über 40 Jahren beraten sie außerdem Frauen im Sexgewerbe, seit 1999 sind sie die hessische Koordinierungsstelle für Opferschutz im Menschenhandel. Laut *Encarni* sind sie also zuständig für Frauen, „die mehr oder weniger selbstbestimmt tätig sind als auch für Opfer von Menschenhandel“. Seit 2007 sind sie auch mit zwei Mitarbeiterinnen in Marburg vertreten. Ihre Arbeit wird von der Stadt finanziert. Damit sind sie die einzige Beratungsstelle für Frauen in der Prostitution hier vor Ort.

Dieser Artikel soll also von Sexarbeit in Marburg handeln und insbesondere die Pandemiezeit und den dort stattgefundenen Polizeikontakt fokussieren. Schließlich ist Polizei DAS Thema des Hefts. Es ist sogar Polizeigewalt. Menschen, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, z. B. Obdachlose, Menschen auf der Flucht und auch Prostituierte, erhalten nicht den gleichen Schutz wie die **Dominanzgesellschaft**. So sind Sexarbeiter*innen unserer Vorannahme nach vermehrt der Gefahr von Polizeigewalt ausgesetzt, weil sie nicht mit der gleichen Macht, sich zu wehren, ausgestattet sind. Man kann zwar mit einer Hypothese in die Forschung gehen, sollte jedoch stets offen recherchieren. So haben wir uns zunächst gefragt: Wie sieht der Kontakt zwischen Prostituierten und Polizei aus? Und wie hat er sich durch Corona verändert? Wir haben verschiedene interessante Studien und Artikel gefunden und mit *Encarni Ramírez Vega* von *FIM e. V. (Frauenrecht ist Menschenrecht)* Frankfurt gesprochen. *Encarni* ist stellvertretende Geschäftsführerin von *FIM* und leitet den Bereich psychosoziale Beratung. *FIM* unterstützt Frauen, die **prekär** in der Prostitution arbeiten. Die Aussagen von *Encarni* werden wir in den Artikel mit einfließen lassen. *Encarni* spricht

hauptsächlich von Frauen im Sexgewerbe, da sich die Beratung bei *FIM* in erster Linie an Menschen mit weiblicher Geschlechtsidentität, also **trans** und **cis** Frauen richtet. Für ihre Aussagen übernehmen wir das so, in anderen Abschnitten gendern wir.

Warum verwenden wir Sexarbeiter*innen und nicht Prostituierte?

Sexarbeit wurde als alternative Bezeichnung für Prostitution eingeführt, um den Fokus auf Prostitution als Form der Dienstleistung zu richten. Prostitution wird oft abwertend verstanden. Dem sollte ein Begriff entgegengesetzt werden, der weniger moralisch aufgeladen ist. Es gibt Stimmen im Diskurs, die eine Unterscheidung zwischen Sexarbeit und Prostitution machen wollen. Sie diskutieren, inwiefern der Verkauf der sexuellen Dienstleistung aus einer Notlage heraus passiert. Das reduziert jedoch die Komplexität vieler verschiedener Lebensrealitäten auf ein Entweder/ Oder: Entweder „emanzipierte*r Sexarbeiter*in“ oder „ausgebeutete*r Armutstitutierte*r“. Manche Personen in der Branche verwenden die Selbstbezeichnung „Sexarbeiter*in“, manche bleiben bei „Prostituierte*r“ und manche bezeichnen sich bewusst als „Hure“, um sich den meist negativ verwendeten Begriff wieder anzueignen. Wenn sich *FIM* für einen Begriff entscheiden müsste, dann wäre es der Begriff der Prostitution. Dazu sagt *Encarni*, sexuelle Handlungen gegen Geld seien nicht per se problematisch, aber nur dann okay, wenn einige Rahmenbedingungen gegeben seien. Das heißt: Wenn es „alternative Lohnarbeit“ gibt und die Entscheidung frei von emotionalen und ökonomischen Zwängen getroffen wurde, sei der Begriff Sexarbeit zutreffend. Dieser Art von selbstbestimmter Prostitution begegne sie in ihrer Arbeit jedoch nur selten. Laut *FIM* arbeiten die meisten eher in der prekären Prostitution. Hier gebe es fast immer strukturelle Machtasymmetrien zwischen Prostituierten,

Bordellbetreiber*innen und Freiern. 60-80% der Prostitution, mit der *Encarni* in Kontakt kommt, finde in prekären Verhältnissen statt. Auch Befürworter*innen des Nordischen Modells (siehe unten) verwenden das Wort Prostitution, von ihnen grenzt sich *FIM* jedoch bewusst ab. Diese gehen meist in jedem Kontakt zwischen Prostituierten und Freiern von Gewalt, bzw. einer Vergewaltigung aus. Laut *FIM* betrachtet die Analyse der Befürworter*innen des Nordischen Modells Prostituierte lediglich als Objekte. Bei *FIM* werden „Sexgewerbe“ und „Menschen, die im Sexgewerbe tätig sind“ als alternative Begriffe verwendet bzw. die jeweiligen Begriffe je nach Kontext genutzt.

Die Wahl dieser alternativen Begriffe verstehen wir als einen Ansatz für eine Wortwahl zwischen Schwarz und Weiß. Wir halten es für schwierig, im Kapitalismus zwischen freiwillig und unfreiwillig zu unterscheiden. Entscheidungen werden nie gänzlich frei von emotionalen und ökonomischen Zwängen getroffen. Es wäre so einfach, könnten wir zwischen „guter“ und „schlechter“ Prostitution unterscheiden, um dann die „schlechte Prostitution“, in der die Menschen Opfer von Menschenhandel sind, zu bekämpfen. Den Diskurs wollen wir jedoch an dieser Stelle unterbrechen und unseren ursprünglichen Fragen nachgehen.

Wir werden im Artikel die Begriffe Sexarbeit/Sexarbeiter*innen und Prostitution/Prostituierte abwechselnd verwenden, außerdem nehmen wir die Bezeichnung „Menschen, die im Sexgewerbe tätig sind“ hinzu.

Also zurück nach Marburg: Hier gibt es laut *FIM* offiziell nur eine Prostitutionsstätte, „ein Laufhaus mit table dance“. Außerhalb dessen gibt es wenig. Vor Jahren gab es noch einige kleinere Prostitutionsstätten. Seit 2015 gibt es eine Bürgerinitiative gegen

das einzige Bordell, dass im 30 km Radius steht. Wir fragen uns, was das den dort arbeitenden Menschen am Ende helfen soll.

Aber wie erging es den Menschen im Sexgewerbe während der Corona-Pandemie?

Als Deutschland in den Lockdown ging, um die Pandemie einzudämmen, wurden auch Bordelle monatelange geschlossen. Sexarbeit blieb vielerorts verboten, in Hessen mit ca. 1,5 Jahren länger als in anderen Bundesländern.

„Die Coronapandemie hat wirklich massiv eingeschlagen im Rotlichtmilieu. Gerade zu Beginn der Pandemie war es so, dass die Frauen in extreme existentielle Notlagen geraten sind, weil sie halt einfach von einem Tag auf den anderen nicht mehr arbeiten durften.“

Laut *Encarni* seien viele nach wenigen Monaten Verbot wieder in die Prostitution gegangen, allerdings in der Illegalität. Das habe *FIM* den Zugang zu ihren Klientinnen deutlich erschwert. Frauen seien häufig in ihre Herkunftsländer gereist - bis dann auch die Grenzen schlossen. In Frankfurt sei ein großer Straßenstrich im Bahnhofsviertel entstanden. Die Arbeitsbedingungen dort seien schlecht gewesen, die Prostituierten seien mehr angegafft worden. Aufgrund von Sperrbezirksverordnungen und des allgemeinen Verbots hätte es viele Polizeikontrollen gegeben und dementsprechend Bußgelder für Prostituierte. Ein Sperrbezirk ist ein Gebiet, in dem Sexarbeit überhaupt nicht oder nur zu einer bestimmten Tageszeit ausgeübt werden darf. Laut dem hessischen Verwaltungsportal ist in diesen Bereichen Prostitution „z. B. zum Schutz der Jugend und des öffentlichen Anstands“ verboten. Die Polizei und das Ordnungsamt überwachen diese Sperrbezirke (1).

Im Gegensatz zu „normalen“ Angestellten hatten und haben Menschen im Sexgewerbe nicht immer Ansprüche auf staatliche Hilfen. Corona-Nothilfen griffen vor allem für Betriebsausgaben, nicht für private Kosten, die durch Arbeitsausfall nicht mehr bezahlt werden konnten. Bei der Beantragung von ALG-2 sei *FIM* an seine Grenzen gestoßen. Häufig besaßen die Betroffenen laut zuständiger Behörde keine ausreichenden Nachweise über ihre Tätigkeit. Daran macht sich auch die prekäre Situation deutlich, in der viele Klientinnen von *FIM* arbeiten. Sie leben seit Jahren in Deutschland, aber sind nicht beim Einwohnermeldeamt gemeldet, können oft keine Quittungen oder ähnliches über ihre Tätigkeiten nachweisen. Die jeweiligen Jobcenter seien sehr unterschiedlich damit umgegangen.

In Marburg habe es im Gegensatz zu anderen hessischen Städten einen guten Kontakt gegeben. Das liegt zum einen daran, dass Marburg sehr klein ist und es nur ein Jobcenter gibt, zum anderen ist *FIM* mit ihm gut vernetzt. In Frankfurt dagegen gibt es viele Jobcenter, also keine klaren Ansprechpartner*innen. Oft war die Rechtslage unklar. Manche Sachbearbeiter*innen legten die rechtlichen Vorlagen lockerer aus, andere strenger. In Marburg beobachtete *FIM*, dass Prostituierte anfangen, vermehrt das Internet zu benutzen, über Videoplattformen zu arbeiten und per WhatsApp Termine mit Freiern in deren Zuhause auszumachen. Das sei jedoch ein sehr gefährlicheres Arbeiten. Strukturen sind entstanden, in denen die Frauen noch immer mehr Gefahren ausgesetzt sind. Ihre Beziehungspartner(*innen), die oft auch ihre Zuhälter seien, hätten sie in dieser Zeit zwischen den Arbeitsorten hin- und hergefahren und dadurch noch mehr Kontrolle über sie gehabt. Prostitutionsstätten seien zwar auch nicht super sicher, es gebe jedoch immerhin offiziell sicherheitsgebende Strukturen, z. B. einen Notknopf in jedem Raum, Security

Personal, Hygienevorschriften und Kondome.

Es existiert eine Reihe weiterer Beiträge über die Verschlechterung der Situation von Sexarbeiter*innen während der Pandemie, unter anderem vom deutschen *Berufsverband erotischer und sexueller Dienstleistungen e. V. (BesD)*. Der Verband berichtet von „Vereinzelnung“, da mehr Sexarbeiter*innen auch seit Wiederöffnung außerhalb von Bordellen arbeiten und somit Kontakt zu Kolleg*innen und dadurch auch an Sicherheit verloren haben. Außerdem seien viele Kund*innen durch das Verbot abgeschreckt worden und Sexarbeiter*innen mussten Kund*innen annehmen, die sie normalerweise abgewiesen hätten. Damit sei auch ein Anstieg von Gewalt verbunden gewesen (2).

Kontakte zur Polizei

Encarni berichtet uns von zwei Arten der Interaktion zwischen Prostituierten und der Polizei: Die erste seien Kontrollen in Prostitutionsstätten, bei denen Polizist*innen und Ordnungsamt die Erlaubnis für die Prostitutionsstätte und die Anmeldebescheinigungen und Aufenthaltspapiere der Prostituierten checken. Dies verlaufe meist unspektakulär, so *Encarni*. Viele Klientinnen von *FIM* dürfen als EU-Bürgerinnen in Deutschland arbeiten und können ihre Tätigkeit anmelden. Schwieriger ist es, wenn die Person keine Anmeldung nach ProstSchG (siehe Infokasten) und keinen gültigen Aufenthaltstitel nachweisen können. Kon-

trollen durch die Polizei bedeuten für sie dann Bußgelder oder auch die Gefahr, abgeschoben zu werden. Außerdem achten auch die Betreiber*innen von Prostitutionsstätten auf die Anmeldebescheinigungen und lassen keine Prostituierten ohne Anmeldung bei sich arbeiten. Personen ohne Dokumente seien aus den Laufhäusern verschwunden (Sehr wahrscheinlich auf den Strich ...).

Auf die Nachfrage, warum manche Personen ihre Tätigkeit nicht anmelden, abgesehen vom Aufenthaltsstatus, erklärt *Encarni*, dass viele Angst haben, was mit ihren Daten passiert. Dass sie ins Herkunftsland, ans Jugendamt oder irgendwohin weitergegeben werden, wo den Prostituierten ein Nachteil entstehen könnte, aufgrund dessen, dass sie im Sexgewerbe tätig sind oder waren. Hinzu kommt, dass manche Personen aufgrund schlechter Erfahrungen generell den Kontakt mit staatlichen Behörden meiden, z. B. **rassifizierte**, drogenabhängige oder trans Personen. So schätzt es die *European Sex Workers' Rights Alliance (ESWA)* in ihrer Kritik am ProstSchG ein. Personen, die sich aus verschiedenen Gründen nicht anmelden, sind oft sowieso schon besonders gefährdet und stigmatisiert. Durch das Arbeiten in der Illegalität sind sie unsichtbar und damit noch mehr Gefahren ausgesetzt (4).

Für Sexarbeiter*innen ist es im ersten Moment sicherer, sich zu organisieren und zusammen zu arbeiten, rechtlich gesehen ist das jedoch schwierig. Sobald zwei Prostitu-

Rechtliche Lage in Deutschland

In Deutschland ist Sexarbeit grundsätzlich legal, unterliegt aber bestimmten gesetzlichen Regelungen. Seit 2002 ist Prostitution legalisiert und als Dienstleistung anerkannt. Seit dem Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG) von 2017 müssen sich Sexarbeitende bei den örtlichen Behörden anmelden. Sie sind zudem verpflichtet, regelmäßige Gesundheitsberatungen durchzuführen und Kondome zu benutzen. Die Ausübung von Sexarbeit ist nur erlaubt, wenn sie freiwillig und eigenverantwortlich ausgeübt wird. Zwangsprostitution, Menschenhandel und Ausbeutung sind in jedem Fall illegal und strafbar (3).

ierte zusammenwohnen und in ihrer Wohnung Sexarbeit nachgehen, handelt es sich formal gesehen um einen bordellartigen Betrieb. Diese unterliegen besonderen rechtlichen Bedingungen. Sie benötigen eine Erlaubnispflicht und die Räume müssen besondere Ansprüche erfüllen. Für die Durchsuchung von Prostitutionsstätten muss außerdem in 12 von 16 Bundesländern keine „Gefahr im Verzug“ vorliegen (5). Es reicht aus, dass zwei Personen in einer Wohnung Prostitution nachgehen. Wenn hier der Verdacht vorliegt, dürfen Polizist*innen jederzeit Räume „überprüfen“ und Personenkontrollen durchführen, auch wenn die Personen gleichzeitig dort wohnen. Das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung wird für Sexarbeiter*innen massiv eingeschränkt und ermöglicht im Ernstfall Polizeigewalt.

Auf den Straßenstrichen wie z. B. in Frankfurt entstehen Kontakte von Sexarbeiter*innen und Polizist*innen in Form von Kontrollen, vor allem aufgrund der bereits erwähnten Sperrbezirksverordnungen/Coronaregelung.

Encarni erklärt, dass der Druck zu solchen Polizeikontrollen durch die Politik und Anwohner*innen zustande kommen würde. Sexarbeiter*innen sollen also nicht im Straßenbild zu sehen sein. Denn das Sexgewerbe wird immer noch als Gefahr für vorherrschende Sexualitätsnormen verstanden, z. B. die Verbindung zwischen Sexualität und Ehe oder Monogamie (6). „Es ist schon so, dass ich mir manchmal wünschen würde, der Fokus würde mehr auf den Prostitutionsstätten-Betreibern liegen“, sagt *Encarni*. „Also gerade zu Coronazeiten, wo auch wirklich auf der Straße so viel kontrolliert wurde, wo wir uns auch gedacht haben: ‚Mensch muss das jetzt eigentlich sein? Den Frauen geht’s eh schon schlecht. Und noch ein Bußgeld und noch ein Bußgeld...‘“

Die *Deutsche Aidshilfe* und das Netzwerk *Trans*Sexworks* machten im Juli 2020 darauf aufmerksam, dass Cops in Berlin zu Pandemiezeiten Platzverweise aussprachen. Falls die Personen den Ort nicht verlassen würden, würde man ihre Taschen auf Kondome kontrollieren (7). Kondome sollen hier als Beweis für Sexarbeit dienen. Eigentlich sollen Kondome ja vor Gesundheitsrisiken schützen, in diesem Kontext stellen sie ein Risiko für Sexarbeiter*innen dar. Die Polizei dementierte das. Laut *FIM* habe es solche Kondomkontrollen auch in Frankfurt gegeben. Durch die starke Kriminalisierung während der Pandemie wollten einige Prostituierte wohl keine Kondome mehr annehmen, auch Gespräche mit Streetworker*innen wurden abgeblockt. „Wir hatten Frauen, die nicht mit uns sprechen wollten, weil sie dachten, wenn sie mit uns sprechen, ist das auch schon ein Indiz dafür, dass sie in der Prostitution arbeiten.“ Und jedes Indiz stellte für sie ein Risiko dar. Das Risiko, das stattdessen eintrat, war ungeschützter Geschlechtsverkehr und eine Vereinzelung der Sexarbeitenden.

In Wiesbaden dagegen gibt es eine große Lobby von Befürworter*innen des Nordischen Modells. Das Nordische Modell sieht ein Verbot von Prostitution vor. Es heißt nordisches Modell, weil es zuerst in Schweden (1999) und seitdem vor allem in nördlichen Ländern, wie Norwegen, Island, Kanada, aber auch Frankreich und einigen weiteren eingeführt wurde. Die genaue rechtliche Gestaltung des nordischen Modells unterscheidet sich zwischen den Ländern. Zentral ist jedoch die Kriminalisierung der Kund*innen anstelle der Sexarbeiter*innen, weshalb es auch „Sexkaufverbot“ genannt wird. Aber auch die Vermietung von Arbeits- und Wohnräumen an Prostituierte, die Vermittlung von sexuellen Dienstleistungen und gemeinsames Arbeiten von Prostituierten sind

verboten. Weitere Elemente sind Ausstiegsangebote zu stärken sowie Bildungsmaßnahmen gegen Prostitution in der Bevölkerung. Ziel soll die Eindämmung der Prostitution durch eine Reduktion der Nachfrage sein. Kritisiert wird das Modell unter anderem dafür, dass die Eindämmung von Zwangsprostitution und Menschenhandel durch eine allgemeine Kriminalisierung jeder Form der Sexarbeit erreicht werden soll und die sexuelle Selbstbestimmung von im Sexgewerbe tätigen Personen massiv eingeschränkt wird. Außerdem arbeiten mehr Personen dadurch allein, was nachweislich gefährlicher ist (siehe weiterführende Literatur). Und auch das Stigma, mit dem Prostitution behaftet ist, und unter dem Sexarbeiter*innen leiden, wird so wohl kaum abgebaut, sondern eher verstärkt, denn die Botschaft ist, dass sexuelle Dienstleistungen in der Gesellschaft keinen Platz haben, etwas Falsches sind.

Laut *Encarni* habe die Lobby des nordischen Modells in Wiesbaden erreicht, dass Sexarbeiter*innen während der Pandemie auf der Straße nicht kontrolliert wurden, da sie ja gegen die Kriminalisierung von Prostituierten sind. Somit konnten die Sexarbeiter*innen in Wiesbaden ihrer Arbeit weiter nachgehen und waren nicht den hohen Bußgeldern ausgesetzt. Hier sehen wir, es ist nicht immer so leicht zu entscheiden, welches „Lager“ den Betroffenen in der Sexarbeit nun am meisten hilft. So befürwortet *FIM* bspw. sehr die fehlenden Kontrollen auf dem Strich, das Nordische Modell wünschen sie sich trotzdem nicht herbei. Durch diese Haltung, sagt *Encarni*, wird *FIM* von vielen Seiten angegriffen. Sowohl von Befürworter*innen des Nordischen Modells als auch von Seiten der Sexarbeit-Aktivist*innen. *FIM* sei es vor allem wichtig, nah an ihren Klientinnen dran zu sein.

In unserem Interview mit *Encarni* von *FIM* sind wir inzwischen bei der Frage nach Polizeigewalt gegenüber Menschen, die ihm Sexgewerbe tätig sind, angelangt. Im Vorfeld haben wir uns den Bericht „*Undeserving victims? A community report on migrant sex worker victims of crime in Europe*“ aus dem Jahr 2021 angeschaut, herausgegeben vom *International Committee for Sex Workers in Europe, der heutigen ESWA* (8). Die 47 Sexarbeiter*innen, die zu ihren Gewalterfahrungen befragt wurden, leben nicht in Deutschland, sondern in Österreich, Belgien, Frankreich, den Niederlanden, Griechenland, Ungarn, Italien, Irland, Rumänien und dem Vereinigten Königreich. In den Ländern gelten unterschiedliche Gesetze, teils das nordische Modell, teils ähnliche Regulierungen wie in Deutschland. Die Befragten berichten von vielen Formen der Gewalt und darunter auch von Schikane und Gewalt durch die Polizei.

24% der Befragten gaben gute und schlechte Interaktionen, 30% nur gute, 36% nur schlechte und 4% gar keine Interaktionen mit der Polizei an. Den größten Teil der schlechten Erfahrung macht entwürdigende Behandlung aus, aber auch psychische Gewalt, Beleidigungen und Bedrohungen, sexualisierte Gewalt und körperliche Gewalt wurden genannt.

Ein Zitat aus dem Bericht:

„Overall, I had negative experiences with the police: they kept invalidating my gender identity, kept having a degrading tone and behaviour towards me. The police insisted on asking me questions that had nothing to do with me reporting the theft incident. The questions were invasive, related to my gender identity, what kind of services I offer, if my clients are active or passive, and so on.“

Auf unsere Nachfrage sagt uns *Encarni*, dass Fälle, in denen Klientinnen von körperlicher oder psychischer Gewalt durch

die Polizei berichtet haben, dem *FIM* nicht bekannt seien. Sie erleben vor allem massive Gewalt durch Freier, Partner und Zuhälter. Aber auch *FIM* fällt immer wieder auf, dass die Polizei von Sexarbeitenden nicht als vertrauenswürdige Institution wahrgenommen werde. Es gebe zwar engagierte Beamt*innen, die die Personen auf dem Straßenstrich kennen würden oder regelmäßig die gleichen Arbeitsorte besuchen würden. Daraus entstehen gute Kontakte, betont *Encarni*. Sie vermutet aber, dass viele ihrer Klientinnen ihr Misstrauen gegenüber der deutschen Polizei aus Erfahrungen mit Polizist*innen aus ihren Herkunftsländern ableiten. Wir glauben, dass man immer erst Mal vor der eigenen Haustür kehren sollte. Also: Auch Deutschland hat was Sicherheit von Sexarbeiter*innen angeht noch viel aufzuholen. Auch hier gibt es sicherlich genug Situationen, die das Bild der Polizei bei Prostituierten nachhaltig und negativ prägen. Die Polizeiinteraktionen, die *Encarni* uns aus ihrer Arbeit schildert, sind in unseren Augen auf jeden Fall nicht frei von Gewalt: „Wenn es einen Notfall gibt und die Frau einfach die 110 wählt und dann kommt halt irgendjemand vom Kriminaldauerdienst [...] da machen wir eher die Erfahrung, dass die Kontakte dann nicht so gut sind, also dass es nicht gut eingeschätzt wird oder dass es nicht weiterverfolgt wird manchmal.“ Betroffenen wird also teils kein Glauben geschenkt. Oder Polizist*innen halten es nicht für nötig, der Sache nachzugehen - das hat Struktur. „Also es gab Fälle, wo erst als wir mit der Frau am nächsten Tag zur Polizeidienststelle gegangen sind, die Anzeige überhaupt erst aufgenommen wurde und vorher - haben wir dann gemerkt - wurde gar nichts aufgenommen.“ Manche Polizist*innen seien gar nicht erst um ein Gespräch auf Augenhöhe bemüht. Mit ihrer Sprache würden sie Vorurteile und negative Bilder von Prostituierten reproduzieren.

„Während Corona hatten wir auch mal so eine Aussage ‚Ja das ist doch verboten und die darf das doch eh nicht!‘ und damit wollte er sozusagen die Gewalt, die passiert war, gar nicht aufnehmen. Wo wir gesagt haben ‚Ja gut, also mag ja sein, dass das in einem verbotenen Rahmen stattgefunden hat und dennoch hat da Gewalt stattgefunden.“ Mit einer solchen Aussage legitimiert der*die Polizist*in Gewalt gegenüber Sexarbeiter*innen entsprechend dem sogenannten „Huren-Stigma“: Personen, die von den gesellschaftlichen Sexualnormen derart abweichen, müssen demnach mit Gewalt rechnen. Nach dem Motto „Wenn man sich prostituiert, ist man auch selber schuld.“ So ein Erlebnis, also in Not nicht ernstgenommen zu werden, kann bei Betroffenen krasse Auswirkungen haben: psychische Verletzungen, Trauma und eben auch, dass Betroffene beim nächsten Mal nicht zur Polizei gehen. Gewalt hat viele Gesichter. Und Gewalt ist es auch, wenn Menschen nicht ernstgenommen werden, wenn sie wie Menschen zweiter Klasse behandelt werden, wenn ihre körperliche und psychische Unversehrtheit weniger wert zu sein scheint.

Bedarfe und Ansätze

Es gibt eine starke Lobby für Sexarbeit und viele Forderungen von Menschen, die im Sexgewerbe tätig und in Gewerkschaften und Gruppen organisiert sind. Laut *FIM* sind Frauen in prekärer Prostitution eher wenig organisiert. Es gebe keine bekannten politischen Forderungen von ihnen. *FIM* beobachtet jedoch bei Gesprächen, dass es den Wunsch nach Normalität gebe. Denn die Frauen wissen, es ist stigmatisiert, was sie tun und viele wenden dieses Stigma auch gegen sich selbst.

Eine Forderung und ein Wunsch von *FIM* ist es weiterhin Beratungsangebote auszubauen. Marburg sei in einer vergleichsweise guten Situation: Es gibt eine von der Stadt finanzierte Beratungsstelle, eine Ausstiegs-

wohnung, enge Kontakte zum Jobcenter und die Kooperation mit dem *Medinetz* (Medinetze setzen sich für medizinische Versorgung von Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus ein und vermitteln anonym und kostenlos medizinische Hilfe für Menschen ohne Krankenversicherung). Doch strukturelle Probleme werden damit nicht behoben.

Wenn wir von strukturell sprechen, meinen wir, dass es, wie schon eingangs beschrieben, mehrere Bedingungen und Gründe gibt, die Menschen im Sexgewerbe Probleme bereiten. So kann z. B. die Verschränkung zwischen den Feldern Migration, Aufenthaltsrecht und Prostitution u. a. Menschenhandel ermöglichen. Menschen warten lange auf ihre Anmeldungen und werden dann abgelehnt trotz des Wissens, dass man sie in ihre alten Strukturen zurückschickt, in denen sie Gewalt ausgesetzt sind.

Corona hat gezeigt, dass das Verbot von Prostitution zu illegalen Strukturen führen kann. Die Pandemiesituation ist jedoch nicht direkt vergleichbar mit der Einführung des nordischen Modells. Denn in dieser Zeit wurden vornehmlich die Sexarbeiter*innen kriminalisiert, wohingegen sich nach dem nordischen Modell nur Kund*innen strafbar machen sollen. Trotz dessen sind viele illegale Strukturen und Vereinzelung entstanden, die auch jetzt noch weitergeführt werden. Prekäre Bedingungen und einen schlechteren Zugang zu Beratungsstellen waren das Resultat, schlussfolgert *Encarni*.

Ziel von *FIM* ist es grundsätzlich zu fragen, was die Frauen wollen und nicht, sie aus dem Bordell rauszuholen, wenn sie das nicht möchten. Individuelle Entscheidungsmöglichkeiten zu stärken, ist eine häufig genannte Forderung in Diskussionen darum, wie nun mit Sexarbeit umgegangen werden soll und wie nicht.

Encarni sagt, ihre Utopie sei ein Beratungs- und Gesundheitshaus für Menschen aus dem Sexgewerbe. In Amsterdam gibt es bereits eine solche Anlaufstelle, sie heißt *P&G292*. Hier sind psychosoziale, rechtliche und medizinische Beratung unter einem Dach, die Mitarbeitenden sind spezialisiert und geschult und gehen sensibel mit den aufsuchenden Personen um. Dies müsste es überall in Deutschland verteilt geben. „Alle sind qualifiziert, alle sind sensibilisiert, erstsprachlich. Also so, dass man weiß ‚Hey das ist so ein Haus, da fühlen sich die Frauen wohl und keiner wäre überfordert“.

Dieser Ansatz erinnert uns an die gerade vielerorts entstehenden **Polikliniken** in Deutschland. Polikliniken sind solidarische Gesundheitszentren, die Menschen unabhängig von ihrem Status behandeln und in denen viele Disziplinen in einem Haus vereint sind und kollektiv zusammenarbeiten. Die interdisziplinäre Anlaufstelle für Sexarbeiter*innen würde sich in diesem Konzept sehr gut integrieren lassen.

Auch Marburgs Fachwerkhäusern und Hügeln könnte ein solches Gesundheitshaus sehr gut stehen.

Wir hoffen, mit diesem Artikel eine solidarische Diskussion anzufachen und das Thema in den Vordergrund zu rücken.

Quellen

1) Verwaltungsportal Hessen (o. D.): Prostitution; Sperrgebiete/Sperrbezirke, Verwaltungsportal Hessen, [online] https://verwaltungsportal.hessen.de/leistung?leistung_id=L100001%3A%3A11385091 [abgerufen Mai 2023].

2) BesD e. V. (2022): Vorschläge für Corona-Reglungen in der Sexarbeit, Berufsverbandsexarbeit, [online] <https://www.berufsverband-sexarbeit.de/index.php/2022/09/21/vorschlaege-fuer-corona-massnahmen-sexar>

beit/ [abgerufen Mai 2023].

3) Deutsche Aidshilfe (o. D.): Sexarbeit und Recht, aidshilfe, [online] <https://www.aidshilfe.de/medien/md/gesund-im-job/sexarbeit-und-recht/> [abgerufen Mai 2023].

4) Herter, A. und Fem, E. (2017): Vorgeblicher Schutz, Vergebliche Maßnahmen: Überblick über das Prostituiertenschutzgesetz – (ProstSchg), International Committee on the Rights of Sex Workers in Europe, [online] https://d3n8a8pro7vhm.cloudfront.net/eswa/pages/151/attachments/original/1631439515/ICRSE_Overview_of_the_German_Prostitutes_Protection_Act_May2017_DE_02.pdf?1631439515 [abgerufen Mai 2023].

5) Doña Carmen e. V. (2022): Solidarität statt Polizeigewalt, Doña Carmen, [online] <https://www.donacarmen.de/solidaritaet-statt-polizeigewalt/> [abgerufen Mai 2023].

6) Amberg, I. (o. D.): Stigma und Macht, ragazza Hamburg, [online] http://ragazza-hamburg.de/wp-content/uploads/2020/09/Ina_Amberg_Stigma_und_Macht [abgerufen Mai 2023].

7) Prösser, C. (2020): Ein Schutz, der gefährdet, taz, [online] <https://taz.de/Prostitution-und-Polizei/!5696036/> [abgerufen Mai 2023].

8) ICRSE (2020): Underserving victims? A community report on migrant sex worker victims of crime in Europe, International Committee on the Rights of Sex Workers in Europe, [online] https://www.eswalliance.org/undeserving_victims_a_community_report_on_migrant_sex_worker_victims_of_crime_in_europe [abgerufen Mai 2023].

Zum Weiterlesen

■ Armstrong, L. (2017): From law enforcement to protection? Interactions between sex workers and police in a decriminalized

street-based sex industry, in *The British Journal of Criminology*, 57(3), 570-588, [online] <https://doi.org/10.1093/bjc/azw019>.

■ Footer, K. H., Park, J. N., Allen, S. T., Decker, M. R., Silberzahn, B. E., Huettner, S., Galai, N. & Sherman, S. G. (2019): Police-related correlates of client-perpetrated violence among female sex workers in Baltimore City, Maryland, in *American journal of public health*, 109(2), 289-295, [online] <https://doi.org/10.2105/AJPH.2018.304809>.

■ Heying, M. und Hofstetter, J. L. (2021): Solidarität statt Kriminalisierung, nd, [online] <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1159724.sexarbeit-solidaritaet-statt-kriminalisierung.html> [abgerufen Mai 2023].

■ Künkel, J. und Schrader, K. (2020): Prekarität und Vulnerabilität in der Sexarbeit – Kritische Anmerkungen zum Diskurs der „Armutprostitution“ aus intersektionaler Perspektive, in *Frauen und Armut – feministische Perspektiven*, S. 219 - 237.

■ Landsberg, A., Shannon, K., Krüsi, A., DeBeck, K., Milloy, M. J., Nosova, E., Kerr, T. & Hayashi, K. (2017): Criminalizing sex work clients and rushed negotiations among sex workers who use drugs in a Canadian setting, in *Journal of Urban Health*, 94, 563-571, [online] <https://doi.org/10.1007/s11524-017-0155-0>.

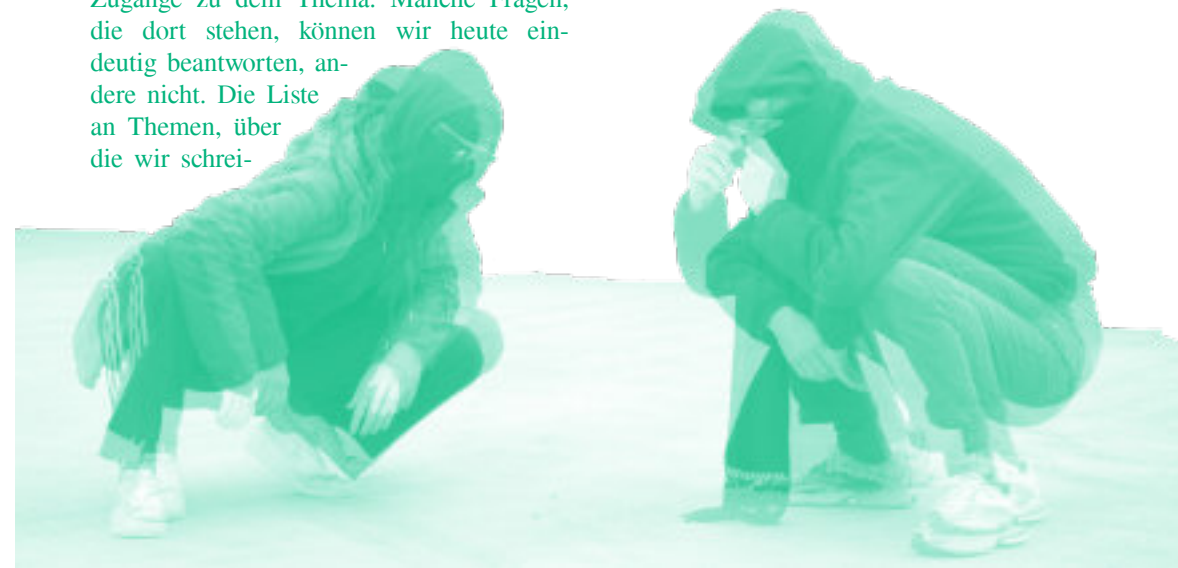
■ Platt, L., Grenfell, P., Meiksin, R., Elmes, J., Sherman, S. G., Sanders, T., Mwangi, P. & Crago, A. L. (2018): Associations between sex work laws and sex workers' health: A systematic review and meta-analysis of quantitative and qualitative studies, in *PLoS medicine*, 15(12), e1002680, [online] <https://doi.org/10.1371/journal.pmed.1002680>.

Gedankenchaos zum Thema Polizeigewalt

Überlegt formulierte, recherchierte und mehrfach überarbeitete Texte erwecken gern mal den Eindruck, dass sie etwas Feststehendes sind, frei von Widersprüchen, mit Antworten auf Fragen. Und ja, auf manche Fragen haben wir einzeln oder kollektiv Antworten gefunden, aber auch „fertige“ Texte sind Teil eines Prozesses und dieser ist nicht vorbei.

Mit der folgenden Mindmap wollen wir mehrere Dinge zeigen: erstens wollen wir auch das mit euch teilen, was nicht geschliffen und scheinbar vollständig ist. Sie ist nicht zu Ende gedacht, sie ist Ergebnis eines chaotischen Denkprozesses. Diese Mindmap ist in ihrer Form ein Plädoyer für Unvollständigkeit, für Prozesshaftigkeit und für den Mut, auch das mit anderen zu teilen. Aber natürlich wollen wir mit dieser Mindmap auch inhaltlich etwas mit euch teilen. Als wir angefangen haben, darüber nachzudenken, zu welchen Themen wir aus anti-rassistischer und **antikapitalistischer** Perspektive über die Polizei arbeiten könnten, hatten wir viele Fragen und noch nicht so viele Antworten. Wir kommen aus unterschiedlichen Perspektiven und Biographien und haben daher auch unterschiedliche Zugänge zu dem Thema. Manche Fragen, die dort stehen, können wir heute eindeutig beantworten, andere nicht. Die Liste an Themen, über die wir schrei-

ben könnten, ist lang und unvollständig. Die Texte, die dann tatsächlich entstanden sind, können diese Vielfalt nicht repräsentieren und wollen nicht den Anspruch erheben, das Thema umfassend bearbeitet zu haben. Auch aus diesem Grund haben wir uns entschieden, das hier so mit abzdrukken. Die Mindmap soll und darf chaotisch sein. Dennoch wollen wir euch die Möglichkeit geben, Gedankenprozesse in ihr nachzuvollziehen. In den Kreisen stehen unsere ersten Gedanken und Fragen. Mit den Pfeilen sind dann die dazugehörigen ersten Ideen dazu verbunden, was mensch zu diesen Fragen schreiben könnte. Und in den Zeichnungen und letzten Kettengliedern der Pfeile gibt es dann nochmal Ergänzungen, neue Fragen, Kommentare. Und natürlich war auch dieser Prozess nicht linear, aber wir hoffen, dass ihr seht, wie komplex das Thema ist und dass sich nicht nur ein Magazin, sondern ganze Büchereien damit füllen ließen.



„FEMINISTISCHE PERSPEKTIVEN“?

WELCHE ANSÄTZE WERDEN IN DER POLIZEIKRITIK VERTRETEN? WELCHE GEDANKEN/ POLITISCHEN EINSTELLUNGEN STEHEN HINTER DER KRITIK

CARCERAL FEMINISM BEHAUPTET, DASS STRAFEN/ POLIZEISTRUKTUREN GEGEN SEXUALISIERTE GEWALT HELFEN. IST DAS NOCH FEMINISMUS?

IST POLIZEI ÜBERALL SO WIE HIER?

- WO GIBT ES WIDERSTAND?
- GELBWESTENBEWEGUNG FRANKREICH?
- BALKANKRIEGS?
- IRAN?
- RUSSLAND?
- LATINAMERIKA
- WAS IST MIT PARADILITÄT?

WAS IST EIGENTLICH MIT FRONTEX?

UNS FEHLT WISSEN, WIE POLIZEI ANDERSWO FUNKTIONIERT. WIE KÖNNEN SIE EIGENTLICH NUR FÜR DEUTSCHLAND (MAXIMAL EUROPA) KRITISIEREN

all cults are beautiful

WO KOMMT DIE POLIZEI EIGENTLICH HER? WIESO GIBT ES SIE?

WAS HAT DAS GANZE MIT BESITZ UND EIGENTUM UND KAPITALISMUS ZU TUN??

- KOLONIALE GESCHICHTE
 - WESTLICH EUROPÄISCHE GESCHICHTE
 - INDUSTRIALISIERUNGSEINFLUSS
 - WELTKRIEGE
- POLIZEI IST KONTEXTABHÄNGIG!

langer Weg

Schwarze Communities

WELCHE ARBEIT ZU ALTERNATIVEN WURDE SCHON VON WELCHEN COMMUNITIES GEMACHT?

ANTIRASSISTISCHE UND ANTIKAPITALISTISCHE PERSPEKTIVEN AUF POLIZEIGEWALT

NICHT NUR KRITIK, WIE KANN MAN DAS POLIZEIPROBLEM LÖSEN?

- DEFUND THE POLICE
- ABOLISH THE POLICE
- ABOLITIONISMUS
- TRANSFORMATIVE JUSTICE
- PALESTINIAN FEMINIST COLLECTIVE ACTION NETWORK
- SURVIVED AND PUNISHED
- LOVE & PROTECT
- COPS AND FLOPS

IST POLIZEIPRÄSENZ MANCHMAL GUT?

vielleicht?

IN NORWEGEN TRAGEN COPS IM ALLTAG KEINE WAFFEN BEI SICH

SOGAR NOTWENDIG!
Z. B. VOR SYNAGOGEN

ABER DER SCHUTZ MUSS DOCH NICHT VON DER POLIZEI ÜBERNOMMEN WERDEN

Dann nicht?

WAFFENTRAGENDE COPS

UNTERSCHIED ZWISCHEN STIMMUNG FÜR BIPOC UND WEISSE

ÜBERSCHREITEN SIE MANCHE SCHWELLEN SCHNELLER ALS ANDERE? EHER TASER ALS PISTOLE?

SIND BIPOC ANDERS VON ELEKTROSCHÖCK GERÄTEN BETROFFEN?

IST DAS EIN GEGENPÄRTEES PROBLEM?

Nö! viel komplexer

UND WAS IST MIT KLEINEREN LEICHTEREN MENSCHEN? EIN TASER WIRKT ANDERS BEI EINER 50KG PERSON ALS BEI 80 KG.

ANNA UND ARTHUR HALTEN'S MAUL!

online Archiv anschauen

INWIEFERN SIND RASSIFIZIERTE MENSCHEN BESONDERS BETROFFEN?

IST DAS ARBEITLICH? ODER EIN MENSCH EHMAL HERZSCHRYTTMACHER HAT JA NICHTS MIT DEM GEWICHT ZU TUN.

WAS IST, WENN ICH JEMANDEN ANZEIGEN WILL, WEIL THEY ÜBERGRIFFIG WAR, ABER DIE PERSON DANN VON ABSCHIEBUNG BEDROHT IST??

Uff! Das hab ich noch nicht bedacht

typisch links?

WAS BEDEUTET ES, WENN JEMAND ENTSCHEIDET ZUR POLIZEI ZU GEHEN? WIE VERURTEILEN ES ANDER WENN ÜBERLASSEN WIE DAMIT DIE STAATSMACHT?

SOLLTEN MEINE LINKE ZUR POLIZEI?

NEIN DAS MEINE ICH DAMIT GAR NICHT FINDE ES EINFACH NE GROBE FRAGE



Zum § 129 StGB und der Kriminalisierung (radikal) linker Organisation *nuz, feu, jil*

„Die Tradition der Unterdrückten belehrt uns darüber, dass der Ausnahmezustand, in dem wir leben, die Regel ist.“ (Walter Benjamin)

In dieser Textsammlung beschäftigen wir uns mit dem Paragraf 129(a/b) StGB (Strafgesetzbuch), der in den Sommermonaten 2023 durch die Urteilsverkündung im Antifa Ost Verfahren (#freelina) sehr viel Aufmerksamkeit bekommen hat. Wir wollen hier eine kleine Übersicht darüber geben, was der § 129 StGB eigentlich besagt und darüber, wie der Paragraf historisch und aktuell als Mittel der Repression und zur Kriminalisierung (radikal) linker Organisation genutzt wurde und wird. Damit passt die Behandlung des Paragrafen (leider) auch besonders gut zu unserem Magazin Thema Polizei(-gewalt), weshalb wir uns ausführlicher mit ihm beschäftigt haben.

Dieser Text ist etwas anders als ein ‚normaler‘ Artikel aufgebaut. Die Perspektiven und Schreibstile sind verschieden. Nicht nur, weil ihn verschiedene Menschen schrieben und korrigierten (vielen Dank an alle, die Mitgeholfen haben, vor allem auch unsere Genoss*innen aus Leipzig) sondern auch, weil verschiedene Schwerpunkte gesetzt wurden: Es gibt z.B. einen Exkurs zu den antikommunistischen Wurzeln der aktuellen politischen Situation, da es uns wichtig war auch diese historische Dimension für eine materialistische Kritik und Analyse von Polizei(-gewalt), die durch den § 129 StGB legitimiert wird, mit aufzunehmen. Es gibt einen persönlichen rage, etwas zur Letzten Generation, zur Kriminalisierung der **kurdischen Freiheitsbewegung**, etwas zur Situation in Leipzig, Ausschnitte aus unserem Krisenteil des ersten Magazins, Infokästen, Literatur- und Medienverweise

und mehr.

Ihr seht, verschiedenstes. Blättert doch einfach weiter und schaut, was euch thematisch interessiert und wonach euch ist.

Anmerkung (Januar 2024): Der Text wurde im Spätsommer 2023 geschrieben. Seitdem gingen die Repressionen weiter, zuletzt mit den Hausdurchsuchungen im Zusammenhang mit der 1. Mai Demo 2023 in Gera. Auch wenn diese Hausdurchsuchungen nicht direkt mit dem § 129 in Verbindung stehen, sind auch sie Ausläufer einer sich verstärkenden Repressionswelle und von Kriminalisierungspraktiken des Staates, die nicht zuletzt auch durch die öffentlich wirksam inszenierte vermeintliche Bedrohung von Staat und Menschen durch Antifaschist*innen, die durch verschiedene § 129er-Verfahren entsteht. So sehen wir die verschärfte Kriminalisierung und das Erstarken von Repressionen allgemein im Zusammenhang mit einer autoritärer werdenden Gesellschaft, auf die wir als Linke kollektive Antworten finden müssen.

Strafgesetzbuch (StGB) § 129 Bildung krimineller Vereinigungen

„Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer eine Vereinigung gründet oder sich an einer Vereinigung als Mitglied beteiligt, deren Zweck oder Tätigkeit auf die Begehung von Straftaten gerichtet ist, [...] wer eine solche Vereinigung unterstützt oder für sie um Mitglieder oder Unterstützer wirbt. [...] Das Gericht kann die Strafe nach seinem Ermessen mildern oder von einer Bestrafung nach diesen Vorschriften absehen, wenn der [*die] Täter[*in] sich freiwillig und ernsthaft bemüht, das Fortbestehen der Vereinigung oder die Begehung einer ihren Zielen entsprechenden Straftat zu verhindern.“ (§129 Abs. 1, Abs. 7 Satz 1 StGB)

Entstehungskontext: mit der Gründung der BRD 1949 bzw. 1951; um die „Feinde der Demokratie“ strafrechtlich kriminalisieren zu können. Mit Feinden waren damals Anhänger*innen des NS-Regimes, aber auch Kommunist*innen gemeint (z.B. organisiert in der KPD).

Strafgesetzbuch (StGB) § 129a Bildung terroristischer Vereinigungen

„Wer eine Vereinigung gründet, deren Zwecke oder deren Tätigkeit darauf gerichtet sind, Mord oder Totschlag oder Völkermord oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen oder Straftaten gegen die persönliche Freiheit (Erpresserischer Menschenraub, Geiselnahme) [...] anderen Menschen schwere körperliche oder seelische Schäden, Straftaten gegen die Umwelt (Schwere Gefährdung durch Freisetzen von Giften) [und viele mehr]“ (§ 129a Abs. 1 S. 1–2, Abs. 2 S. 1, 3 StGB)

Entstehungskontext: 1976, als Reaktion auf bzw. in Verfolgung von den Straftaten der RAF (Rote-Armee-Fraktion), 1987 geändert und verschärft (neuen politischen Bewegungen angepasst, z.B. Friedens-, Frauen-, Anti-Atomkraftbewegung); angewendet fast ausschließlich gegen die Linke (1990er: 1500 Verfahren gegen Linke, 30 gegen Rechte).

Strafgesetzbuch (StGB) § 129b Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland

„Die §§ 129 und 129a gelten auch für Vereinigungen im Ausland.“ (§ 129b Abs. 1 S. 1 StGB)

Entstehungskontext: Vorentwurf von 1999, Einschränkungen der Bürger*innenrechte waren zu dieser Zeit in diesem Umfang nicht durchsetzbar; Einführung als Reaktion auf die Terroranschläge am **11. September 2001** (einer von vielen Einschränkungen der Bürger*innenrechte); Gruppen, die außerhalb der BRD agieren, können nach Einstufung innerhalb der BRD verfolgt werden; Kampfmittel vor allem gegen migrantische Linke und internationalistischer Solidaritätsarbeit.

Einordnung des Paragraphen 129 (a/b) StGB

„Alle drei § 129a-Verfahren sind Ausdruck der aktuellen politischen Situation, die von Diskursen über den Begriff »Sicherheit« geprägt ist. Die Politik staatlicher Überwachung, das Sammeln und Speichern aller Daten von Menschen und das Vorantreiben von **Repression** sind Ausdruck einer Veränderung des staatlichen und gesellschaftlichen Systems im Rahmen der neoliberalen Umgestaltung und kapitalistischen Globalisierung der Welt.“ (Der Hunger des Staats nach seinen Feinden, S. 57)

Der § 129 (a und b) ist (und war historisch gesehen auch schon immer) ein Paragraph im Strafgesetzbuch, der gegen die „Bildung und Unterstützung einer kriminellen und/oder terroristischen Vereinigung“ eingesetzt wird. Was genau unter diesen Adjektiven gefasst wird, wird allerdings nicht konkreter benannt und ist somit offen für (politische) Auslegung. Kritiker*innen bezeichnen ihn deshalb auch als sog. „Gummiparagraf“ [...], „Türöffner“ [oder] „Schnüffelparagraf“ für politisch motivierte Verfahren, ein Paragraph so dehnbar wie Gummi, für den Staat nicht nur gegen Mörder- und Schlägerbanden“ (t-online, ID 100182392), sondern flexibel auch gegen politische Gegner anwendbar. Dabei war der Paragraph von Anfang an dafür gedacht, gegen die **außerparlamentarische** Linke vorzugehen.

Mit dem § 129 kann bereits die Vorbereitung zu einer Tat (unabhängig davon, ob diese umgesetzt wird oder nicht) oder „das Werben für oder die Unterstützung von“ einer als ‚terroristisch‘ eingestuften Vereinigung strafbar sein. So ist zum Beispiel eine reine Meinungsäußerung, die als sympathisierend mit bestimmten – als ‚terroristisch‘ eingestuften – Gruppen gewertet wird, bereits strafbar. Das heißt konkret, dass eine Strafbarkeit bereits besteht, bevor irgendeine Tat umgesetzt wurde. Normalerweise ist/

sollte erst der konkrete Versuch oder die Umsetzung einer Tat, welche als strafbar eingestuft wird, geahndet werden können. Wie krass das ist, kann man sich einmal vor Augen halten. Besonders in einer sogenannten ‚liberalen Demokratie‘. Wem eine Zugehörigkeit zu einer als ‚terroristisch‘ eingestuften Gruppe zugeschrieben wurde oder wird, dem können dann wesentliche Grundrechte entzogen werden.

Rechtsanwalt Lukas Theune sagt zu dieser Situation folgendes: „Paragraf 129 war aufgrund seiner schwammigen Formulierung schon immer politisch sehr auslegbar. Bei Ermittlungsbehörden ist er so beliebt, weil er wahnsinnig umfangreiche Ermittlungsmaßnahmen ermöglicht, die weit über das hinausgehen, was Ermittlungen etwa wegen Nötigung erlauben, etwa Telefonüberwachung, Hausdurchsuchung oder GPS-Peilsender. Ganz selten kommt es zu Anklagen oder gar Verurteilungen, aber darum geht es auch nicht. Vor allem geht es auch um ein Stigma des ‚Kriminellen‘. Damit kann man sich der Erfordernis entziehen, sich inhaltlich mit den Positionen der Gruppe auseinanderzusetzen. Wer kriminell ist, ist raus aus dem Diskurs.“ (taz, ID 15936702) Auf persönlicher Ebene bedeutet diese Repression, dass Betroffene in ständiger Angst leben müssen und im Zweifel von der breiten Gesellschaft keine Solidarität erfahren. Vereinfacht kann also gesagt werden: Linke Gruppen können kriminalisiert werden und die Entscheidung dazu basiert auf einem Paragraphen, der sehr auslegbar ist. Das bedeutet auch, dass Rechte und Konservative in der Regierung und Politik sich dazu entscheiden können politische Haltungen als ‚radikal‘ und ‚staatsgefährdend‘ einzustufen und diese zu verfolgen (und das passiert schon jetzt).

Grundstimmung in D und EU: Die anti-kommunistischen Wurzeln der politischen Situation oder warum gerade linke Bewegungen so stark kriminalisiert werden

„Die seit 2007 andauernde **Überakkumulationskrise** des **Kapitals** beschäftigt seit dem vergangenen Jahr den gesamten Globus. Vor allem die Herrschenden dieser Welt des Kapitals sind schwer interessiert daran, dass die Verhältnisse trotz der globalen Folgen nicht zum Tanzen kommen, sondern dass ihre Opfer – in diesem Fall nicht weniger als die Menschheit – schön brav und artig bleiben und notfalls sterben.“ (Der Hunger des Staates nach seinen Feinden, S. 4)

Die **liberale Demokratie** ist in der Krise (der Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit), denn der Kapitalismus ist in der Krise, weil er die Krise braucht. Die aktuelle Form der Demokratie ist gefangen. Unbeweglich hängt sie angekettet am Kapitalismus. Dabei ist ein großer Teil der Gesellschaft unzufrieden damit wie Politik aussieht, wenn sie durch Kapitalinteressen und globale **Marktwirtschaft** geleitet wird. Und nicht nur unzufrieden, sondern verunsichert und mit einer Existenzangst, vor allem nach der **Finanzkrise** (Überakkumulationskrise des Kapitals) **2007/08** und in Zeiten der fortschreitenden Klimakrise. Für Linke kommt dazu noch die Angst vorm Versagen ihres Handelns und dem Faschismus.

Oft wird die gesellschaftliche Stimmung der Unsicherheit allerdings nicht auf den **Kapitalismus** und seine Krisenhaftigkeit zurückgeführt und nach emanzipatorischen Alternativen gestrebt, es werden lieber externe Feinde gesucht, auf die man die Schuld an ungerechten Verhältnissen schieben kann. Rechte bedienen sich dieser Feindbilder und nutzen die vorherrschende Angst, sie anti-

worten mit rassistisch, nationalistisch, faschistischen Abgrenzungsnarrativen und wünschen sich **autoritäre** Regime (das reicht bis weit in die bürgerliche Gesellschaft hinein). Hier wird sich meist eher indirekt gegen Globalisierung und den globalen Kapitalismus gewandt, vor allem aber gegen (oder zumindest immer gekoppelt mit) identitätspolitische(n) Errungenschaften und Identitäten.¹

Um besagter Krise zu begegnen, hat die liberale Demokratie theoretisch zwei Möglichkeiten für einen politischen Kurswechsel. Und sie wird durch ihre eigene Krisenhaftigkeit gezwungen einen dieser Wege einzuschlagen, entweder einen Politikwechsel ins **Konservativ-Rechte-Faschistische** oder ins **emanzipatorisch** Linke. Durch ihre Verschmelzung mit dem Kapitalismus hat sie jedoch kaum Spielraum für wahrhaftige soziale Gerechtigkeit. Sie kann kein System zulassen, in dem der Kapitalismus in Frage gestellt und abgeschafft wird, in dem kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse aber auch Diskriminierung anderer Art bekämpft werden. Der Weg ins Linke fällt also weg. Es bleibt nur der Weg nach rechts.

Und man merkt's schon lange. Wir sehen es in den Politiken, die gemacht werden und an dem fehlenden Aufschrei: Wie kann eine derart **rassistische**, menschenverachtende Asylpolitik (GEAS) mit Zustimmung einer rot-grün(-gelben) Regierung auf EU-Ebene beschlossen werden? Hier sehen wir rot-grün heißt nicht „ey wir haben eine quasi linke Regierung“. Wir dürfen uns nicht blenden lassen, die regeln gar nichts. Die Angst vor einem Systemwechsel ist so groß, dass er nicht gedacht werden darf, nirgendwo. Was damit auch einhergehen muss, ist

¹ Das gilt nicht nur für eine deutsche oder europäische Konservative bis Rechte. Donald Trumps „America [sic!] first“ ist ein bekanntes Beispiel und wurde zum weltweiten Trend.

die notwendige Kriminalisierung von Links.

Und all das, liebe Leute, liegt im, seit Gründung der BRD, anhaltenden **Antikommunismus** begründet. Er ist historisch gewachsen und in liberalen Demokratien zur **Staatsräson** geworden. Er ist die Legitimierung für einen alternativlosen Kapitalismus und eine kapitalistische (rassistische, **patriarchale**, **neo-koloniale**) **Reformpolitik** als Antwort auf die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus. Der Kapitalismus ist Teil der Verfassung, wenn auch nicht wortwörtlich: **Antikapitalismus** und **Kommunismus** werden seit jeher kriminalisiert und Kapitalismus durch das Recht geschützt.

Kapitalismuskritik ist in dieser Logik immer **radikal**, radikal ist jedoch gleich **extremistisch** und Extremismus ist gleich kriminell. Durch die **Hufeisentheorie**, welche Rechts- und Linksextremismus als näher aneinander als zur Mitte aufzeigt [sic!], wird die linke Idee von mehr Gleichheit delegitimiert. Diese wird oft individuell bestraft aber als Bewegung stigmatisiert. Egal, ob es Antifaschismus, (radikaler) Klimaschutz oder kurdische Solidaritätsarbeit, und damit offener Antikapitalismus ist.

Und lieber werden Polizeigesetze verschärft, um im Zweifel Straßenpolitik besser unterdrücken und Bewegungen zerschlagen zu können. Absolut demokratisch. Es gibt eine behördliche Datensammelwut, unkontrollierte Geheimdienste, den Verfassungsschutz, eine politische Kriminalisierung und Erklärung jener zu ‚Terrorist*innen‘, die diese Verhältnisse nicht akzeptieren wollen und sich wehren, Verschärfungen des Versammlungsrechts, die Liste ist länger. Und wer jetzt sagt, „ja aber mit diesen Maßnahmen wollen wir/sie ja auch rechte Umtriebe verhindern“, der hat's halt nicht verstanden: Rechte morden die ganze Zeit, Rechte beeinflussen die Politik die ganze

Zeit, Rechte fördern Rassismus und verhindern antirassistische Aufklärung DIE GANZE ZEIT.

Und wie kam es zu diesem Antikommunismus?

Kurze historische Einordnung: Wir befinden uns in einer Welt direkt nach dem 2. Weltkrieg, mit 'ner Menge Faschos und Antisemit*innen, die in Deutschland, Italien usw. nach wie vor rumlaufen. In einer Welt, die in Blöcke (oder auch Welten) unterteilt ist und die sich im kalten Krieg befindet. In einer Welt, in der viele ehemalige Kolonien sich nach dem Erkämpfen ihrer Unabhängigkeit neu ordnen müssen oder nach wie vor für ihre Unabhängigkeit kämpfen, in denen sich Gesellschaften positionieren müssen, ob sie kapitalistisch (1. Welt), sozialistisch-kommunistisch (2. Welt) sein wollen oder einer blockfreien 3. Welt angehören wollen, die trotzdem zwischen den ersten zwei Welten und ihren Weltmächten stehen.

Ein wichtiger Punkt in der antikommunistischen **Ideologie** ist die Gleichsetzung von Kommunismus mit Faschismus (Nationalsozialismus) nach 1945, weltweit.² Das ist eine Ausgangssituation, auf die sich vieles stützt. In Deutschland sehen wir dies im großen Stil mit dem Verbot der **KPD** 1956, welche eine Verbannung der Kommunist*innen aus dem legalen/legitimen politischen Diskurs bedeutete. Dafür wurde schon 1949 die rechtliche Grundlage gelegt wurde, indem mit der Gründung der BRD 1949 erste strafrechtliche Bemühungen gemacht wurden, um den ‚Feinden der Demokratie‘ einen kriminellen Charakter zu verleihen: Das waren auf der einen Seite

² Der Antikommunismus in Deutschland ist keine erst nach 1945 aufgetretene Ideologie. Beispielhaft steht dafür die Zeit der Weimarer Republik, die Ermordung von Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, aber auch die Gründung der **Rote Hilfe** 1924 und ihre Notwendigkeit/Geschichte.

Anhänger*innen des NS-Regimes³, auf der anderen Seite aber schon immer auch organisierte Kommunist*innen z.B. in der KPD.⁴

Auch zu dieser Zeit wurde Antifaschismus kriminalisiert und delegitimiert, z.B. durch die Einstufung der VNN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) als verfassungsfeindlich. Anmerkung: Der **VNN-BdA** (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes- Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten) wurde 2019 ihre Gemeinnützigkeit entzogen (Stigmatisierung des Antifaschismus als verfassungsfeindlich), die sie nach mühsamen Kämpfen 2021 zurückerhielt.

Die Gleichsetzung von Kommunismus mit Faschismus zeigt sich auch z.B. anhand der Erinnerungspolitik an die Opfer des Nationalsozialismus, denen institutionalisiert in der EU am gleichen Tag gedacht wird wie den Opfern des Stalinismus, aber auch in der erst kürzlich erfolgten (2022) Anerkennung der Hungersnot **Holodomor** in den 1930ern durch die **Stalin** geführte **UdSSR** als Genozid. Das sind Nebeneinanderstellungen, die das ideologische Argument füttern, dass der Kommunismus genauso schlimm war/ist wie Faschismus.

Durch diese Nebeneinanderstellung von Kommunismus und Faschismus wird also eine Idee des ‚doppelten Genozids‘ propagiert, welche nicht nur die Singularität der **Shoah/Holocaust** infrage stellt, sondern auch ermöglicht den Kapitalismus als alter-

³ Das klingt ja fast nach Entnazifizierung. Aber nein, Nazis befanden sich nach 1945 schnell wieder in allen möglichen Bürostühlen von Institutionen und der Bundesregierung.

⁴ Auch die Geschichte des 129er StGB zeichnet eine klare antikommunistische Verfolgung. „So betrafen beispielsweise über 90 Prozent der zu dieser Zeit [1950er Jahre] vor der Staatsschutzkammer des Landgerichts Hamburg geführten Prozesse Vorwürfe im Zusammenhang mit kommunistischer Betätigung. Nur 7,5 Prozent der Verfahren richteten sich gegen neonazistische Umtriebe.“ (Der Hunger des Staates nach Feinden, S. 6)

nativlos zu propagieren. Denn Kommunismus (in essenzialisierter Form, also undifferenziert vereinheitlicht oder einfach als Stalinismus begriffen) ist keine Alternative, da er ja nie demokratisch sein kann, weil er so ist wie der Faschismus. (So kann auch jede Kritik am Kapitalismus als kommunistisch und undemokratisch abgetan werden und linke Bewegungen delegitimiert werden.)

Und ja es ist ein bisschen tricky zu verstehen, wieso der Faschismus einerseits als ursprüngliches Anfangsargument stehen kann und gleichzeitig auch als ‚Lösung‘. Aber nochmal:

► Der historische Faschismus gilt in Deutschland laut offizieller **Erinnerungskultur** als überwunden, besagt die Mär der **Entnazifizierung**.

► Er war aber so schlimm wie der Kommunismus.

► Da Kommunismus das scheinbare Gegenteil von Kapitalismus ist, ist der Kapitalismus allein deshalb also schon alternativlos.

► Aber Kapitalismus ist eben auch in einer Dauerkrise, welche Verunsicherung und Abwendung der liberalen Demokratie nach sich zieht.

► Aber eben alternativlos!!!

► Und deswegen wird für scheinbare Krisenlösung nach rechts geschaut. Rassistische Politiken, Verschärfung des Asylrechts, Kriminalisierung nach Innen, Militarisierung nach Außen. In 4 Wörtern zusammengefasst: Welcome back zur Faschisierung. Willkommen im Jetzt.

Persönlicher rage

Getroffen hat es Einzelne - gemeint sind wir Alle, treffen tut es immer Einzelne -

gemeint sind immer wir Alle. Das heißt auch all diejenigen, die denken, dass sie das nicht betrifft und dass nur bestimmte Leute damit gemeint sind. Das ist ein ideologischer Trugschluss, denn bestimmte „Sicherheitspraktiken“, Kontrollen, usw. werden am Anfang halt an bestimmten Gruppen und Menschen geprobt, früher oder später weitet sich diese systemische Form autoritärer Praktiken (wenn auch oft in anderer Art) dann aber auf die ganze Gesellschaft aus - bzw. wird es einfach(er) diese dann auch „nach Lust und Laune“ auf Alle, die irgendwie nicht ins System passen, auszuweiten. Wer „nicht passt“ oder unliebsam ist oder sein könnte, wird dann halt aber von denen entschieden, die die ideologischen und materiellen Mittel haben, ihre Entscheidungen durchzusetzen.

Was ist mit all den verf*ckten Faschos? Wo sind die Waffen? Der NSU war nicht zu 3.! Damit will ich nicht sagen, dass wir das Problem des Faschismus lösen, indem wir einfach den § 129 StGB gegen Nazis anwenden. Das funktioniert nicht nur deshalb nicht, weil der Paragraph nie für Faschos gemacht wurde. In der Logik des 129ers geht die wahre „Gefahr“ halt von linken Gruppierungen, Menschen und Ideen aus, denn der liberale Staat und das Kapital sehen hier (zu Recht) ihre Existenz bedroht. Auch der Faschismus bedroht am Ende die liberale Demokratie, jedoch kann die herrschende Klasse im Faschismus eben doch noch ihr Ressentiment zu einem großen Teil nutzen und Repression und Vernichtungswahn gegen alles, was von ihnen als „anders“ gesehen wird, ausüben.

Wir haben deshalb keinen Bock mehr auf ständige Erklärungen und Erläuterungen und ein sich beweisen und erklären müssen, warum Faschos scheiße sind und warum linke Überzeugungen nicht das Gleiche wie rechter Terror sind. Hufeisentheorie lässt grüßen, das ist schon ein Teil des Problems

und es gibt eben einen klaren Grund, warum linken Kämpfen immer wieder die Legitimität abgesprochen wird.

Die Antwort kann aber nicht sein, sich auf mehr „klärende“ Gespräche einzulassen, weil es darum nicht geht und nie ging. Weil die herrschende Klasse trotzdem immer wieder einen Grund finden wird, um anti-kapitalistische und antifaschistische Kämpfe unglaublich zu machen. In einer Welt, in der sich Faschist*innen als Antifaschist*innen bezeichnen und Antifaschismus zu Faschismus erklärt wird, müssen wir andere Antworten finden. In einer Welt, in der gesagt wird „es ist ja nicht so klar, was hinter Antifaschismus steht, deshalb müssen wir da auch ganz vorsichtig sein“ will ich sagen: es gibt wenig Worte, die so klar anzeigen, was mit ihnen gemeint ist. Wenn du es nicht siehst oder besser/eher nicht sehen willst, dann bist du Teil des Problems.

Der rage ist endlos. Und ich will und kann ihn mir nicht nehmen lassen. Ich spuck darauf, wenn gesagt wird das sei „zu“ radikal. Wer denkt es sei zu radikal kostenlosen Wohnraum für Alle zu fordern, zu radikal zu fordern, dass Menschen nicht verhungern sollten, zu radikal, dass Menschen sich nicht für den Profit von Anderen ausbeuten müssen, der hat einen Grund so zu denken. Niemand sollte reich sein (wollen).

Wir sind nicht radikal genug. Wir sollten Alles fordern und uns nicht einschüchtern lassen. Es geht verdammt nochmal ums Ganze, es ging immer ums Ganze und wir sind ALLE gemeint. Und das sind keine plakativen Worte, es ist eine Haltung, die damit vertreten wird.

Weiterführende Literatur zu Lina/Antifa Ost

Auch wenn wir in diesem Artikel nicht konkret auf Linas Prozess/das Antifa Ost

Verfahren eingehen, wollen wir zumindest auf weiterführende Literatur verweisen, von der es bereits sehr viel gibt. Dabei wollen wir in diesem Kontext nur noch einmal eine Sache hervorheben, die im Verfahren enorm wichtig war und die auch nochmal das Thema Täterschutz (in der linken Szene) betrifft. In unserer ersten Ausgabe schrieben wir: „(...) [A]uch in linken Kreisen und Gruppen sind wir nicht vor diesen gewaltvollen Übergriffen sicher, so werden auch hier immer wieder Täter*innen geschützt.“ Im Verfahren gegen Lina wurde der Täter und Verräter Johannes Domhöver am Ende durch das Kronzeugenschutzprogramm geschützt und kann so weiterhin unbehelligt sein Leben führen – ohne die Konsequenzen für sein Handeln zu spüren. Sogar im Gegenteil: Einstellung des Verfahrens wegen Vergewaltigung und Strafmilderung im Antifa Ost Verfahren. Als feministisches Kollektiv wollen wir herausstellen, dass es das patriarchale und gewaltvolle Handeln von Täter*innen ist, welches aktiv durch den Staat (hier in einem Verfahren, welches auf dem 129er basiert) unterstützt und belohnt wird und eine linke Bewegung spaltet. Es zeigt auch noch einmal mehr, dass es keinen Antifaschismus ohne Feminismus gibt und keinen Feminismus ohne Antifaschismus.“

(Wir sind alle) Linx für euch:
soli-antifa-ost.org (Reiter Hintergründe, Material)

<https://kappaleipzig.noblogs.org/post/category/antifa/>

Zeitung AK (Analyse und Kritik) Schlagworte: Lina E., Antifa Ost, Johannes Domhöver, Tag X, Täterschutz/Sexualstrafverfahren

Leipzig nach dem Antifa Ost Verfahren - Einordnung des Jetzt

Es ist gruselig zu merken, wie sich Situationen und Verhältnisse verändern. Dabei meine ich das Erleben der Akzeptanz von Grenzverschiebungen. Es ist gruselig zu verstehen, dass Repressionsorgane Grenzen immer wieder überschreiten und genau dieses Überschreiten diese Grenzen weiter pusht und sie woanders gesetzt werden. Die Grenzverschiebungen finden statt, sind real und bleiben.

Wir können diese Grenzverschiebungen und die Repression in den letzten Jahren immer mehr spüren. Überall. In Leipzig merken wir das in vielen konkreten unterschiedlichen Momenten. Sei es Personenkontrollen von Ordner*innenstrukturen auf einer Demo oder der Gerichtsprozess gegen eine Anmelde*rin von Demonstrationen. Die vielen Hausdurchsuchungen, Kameras und Zivikarren mit ihren Insass*innen. Die Kriminalisierung von gemeinsamer Organisation und von einzelnen Aktivist*innen. Ganz deutlich wurde dies im Zuge der Verteilung im 129er-Verfahren in Leipzig: Demonstrationsverbot, Kontrollzonen, Überwachung, 9h Kessel, unhaltbare Bedingungen im Kessel, unverhältnismäßige Anzeigen, Leute in Gesa und U-Haft mit fatalen Folgen.

Diese Überschreitungen und Verschiebungen der Grenzen zu bemerken und ihnen wachsam entgegenzuwirken ist unsere Aufgabe, wenn wir uns gemeinsam emanzipatorisch organisieren wollen, egal in welchem Kontext. Deswegen sprecht über eure Gefühle im Bezug auf Kriminalisierung und Repression, über das, was alltäglich passiert, die kleinen Dinge und tut sie nicht ab. Nehmt sie kollektiv ernst. Schaut auf euch und eure Strukturen, eure Freund*innen und macht euch gegenseitig aufmerksam, auch auf eure Grenzverschiebungen, die ihr erlebt und mit eurer

Akzeptanz auch weiterträgt oder sogar reproduziert. Nur gemeinsam können wir uns schützen und verteidigen. Unsere Antwort ist eine solidarische.

Die Verurteilung kurdischer Freund*innen nach §129b StGB

Anmerkung: Seit dieser Artikel im Juni 2023 geschrieben wurde, wurden mehrere Fälle von **Repressionen** in §129 a/b StGB-Verfahren öffentlich. Ob Ablehnung einer Aufenthaltserlaubnis, eine Festnahme und drohende Abschiebung (die verhindert werden konnte) von Muhiddin Fidan in Kassel oder die Auslieferung des kurdischen Aktivistin Kenan Ayaz⁵ von Zypern an die BRD (der Prozess findet momentan in Hamburg stattfinden: mehr Infos unter kenanwatch.org und ANF News 40700). Die Repressionen gehen weiter, eine gute Informationsquelle dazu ist ANF-News.

„Nach unserer Kenntnis sind nach aktuellem Stand 65 Aktivist:innen von abgeschlossenen bzw. laufenden §129a/b-Verfahren betroffen; zwölf Kurden, darunter eine Aktivistin, befinden sich derzeit in deutschen Gefängnissen in Straf- bzw. U[ntersuchungs]-Haft.“ (ANF News ID 36887)

⁵ Kenan Ayaz sagt über sein Verfahren: „[D]as Verfahren stellt sich für mich so da, dass ich hier in meiner Identität als Kurde und wegen meiner Haltung angeklagt bin. Der Kampf der kurdischen Bewegung gegen Völkermord und für ihre Existenz und Freiheit wird in der Anklage als Terrorismus bezeichnet. Ich kann diesen ungeheuerlichen Vorwurf nur mit aller Verschiedenheit zurückweisen. [...] Weil wir alle Identitäten verteidigen, alle Kulturen, alle Glaubensrichtungen und die Freiheit der Frauen verteidigen, wurden wir zur Zielscheibe der reaktionären Staaten in dieser Region und des Islamischen Staates“ (ANF News 40038). Er freut sich auch über Post in den Knast, am besten auf Kurdisch oder Türkisch, aber auch auf Deutsch, da die Post übersetzt werden kann. Die Adresse: Kenan Ayas, Untersuchungshaftanstalt Hamburg, Holstenglacis 3, 20355 Hamburg.

Im Juni 2018 gingen eine Reihe von Prozessen wegen angeblicher **PKK-Mitgliedschaft** zu Ende.

Am Oberlandesgericht Koblenz wurde der kurdische Aktivist Özgür A. zu einer Freiheitsstrafe von 5 Jahren verurteilt.

Am Oberlandesgericht Frankfurt wurde der Aktivist Abdullah Ö. zu einer Freiheitsstrafe von 4 Jahren und 5 Monaten verurteilt.

Am Oberlandesgericht Stuttgart wurde der Aktivist Ali E. zu einer Freiheitsstrafe von 3 Jahren verurteilt.

Dies ist keine neue Entwicklung, sondern eine Kontinuität der permanenten Kriminalisierung politisch aktiver **Kurd*innen** seit den 80er Jahren. Dort begann die strafrechtliche Verfolgung kurdischer Aktivist*innen in Deutschland, erst nach § 129 StGB (Mitgliedschaft in einer „kriminellen“ Vereinigung) und Mitte der 1990er Jahre nach § 129a StGB (Mitgliedschaft in einer „terroristischen“ Vereinigung), für das es der Grundlage des umstrittenen Betätigungsverbot der PKK, welches seit 1993 besteht, bedurfte.

Kurze historische Einordnung: Die 90er Jahre sind kurz nach dem Mauerfall, das deutsche politische System ordnet sich neu, die **kapitalistische** BRD/erste Welt scheint kein Gegenmodell mehr zu haben. Das alles sind die gleichen 90er Jahre, in denen Neonazis in **Möln** (1992) und **Solingen** (1993) morden und überall in Deutschland rassistische Übergriffe und Gewalttaten verübt werden, so z.B. in **Hoyerswerda** (1991) und **Rostock-Lichtenhagen** (1992) und. Die Politik hetzt ebenfalls gegen Asylsuchende und es werden vor allem Debatten um die Verschärfung des Asylgesetzes geführt.⁶

⁶ Das sind die 90er Jahre und Asylverschärfungen, auf die sich Jens Spahn neulich auf Twitter positiv als „Jahre der sachlichen Debatte“

2010 wurde die Gesetzeslage durch die Einstufung der PKK als nach § 129b geltende terroristische Vereinigung im Ausland ergänzt. Dies neben den weiteren schon bestehenden Einstufungen von verschiedenen türkischen linken und **tamilischen** Organisationen unter diesen Paragrafen. Auswirkungen hat diese Einstufung vor allem auf den Kreis möglicher Beschuldigter, welcher sich deutlich vergrößerte. Vom vermeintlichen **Kader** der PKK bis zu vermeintlichen Mitgliedern (also Aktivist*innen, die nicht als „Parteikader“ eingestuft werden), werden Kurd*innen und solidarische Menschen angeklagt. Zum Teil wird nach Angehörigkeit der PKK verurteilt, weil in Deutschland Spenden gesammelt wurden oder Publikationen vertrieben werden. Ebenfalls werden regelmäßig privat Wohnungen und kurdische Gemeindezentren/Vereine durchsucht (zuletzt am 16. Januar 2024 beim Verein Biratî e.V. in Bremen, dabei wurde auch der Aktivist Kadri Saka festgenommen und nach dem §129b inhaftiert).

„Der Paragraph 129b erleichtert [...] die Kriminalisierung von **internationalistischer (Solidaritäts-) Arbeit**, da nicht mehr nachgewiesen werden muss, dass die jeweilige Organisation auch im Inland besteht. Des Weiteren muss eine direkte Beteiligung an strafbaren Handlungen im Ausland nicht nachgewiesen werden, wenn von einer Mitgliedschaft ausgegangen wird.“ (Rote Hilfe Berlin, Der §129b – Ein weiteres Kampfmittel gegen die migrantische Linke und die internationale Solidarität)

Mit der anhaltenden Kriminalisierung wird aber nicht nur in Schicksale Einzelner eingegriffen, sondern die kurdische Gemeinschaft pauschal als terroristisch abgestempelt. Es gilt auch hier: Getroffen hat es Einzelne - gemeint sind (wir) Alle. Quasi

bezog.. Apropos CDU und rechte Verharmlosung/Rhetorik/Politik (Twitter/X ID: 1681315386 921451522).

jeder Ausdruck, sich für die Rechte von Kurd*innen einzusetzen, kann vonseiten des Staates als Propaganda für die PKK abgewertet und so diffamiert werden, es herrscht ein Generalverdacht. Es drohen dann nicht nur Festnahmen und Strafverfolgung, sondern eine ganze Reihe zusätzlicher Repressionen, so z.B. ausländerrechtlicher Sanktionen (nachträglich aberkanntes Asyl, Verweigerung des Aufenthaltsstatus, Erschwerung des Familiennachzugs).

„Das Verbot hat sie zwei Jahrzehnte lang derartig stigmatisiert, dass das Wort ‚Kurde‘ zeitweise fast automatisch mit Terrorismus in Verbindung gebracht wurde.“ (taz, ID 15034136)

Eine politische Gesinnung sowie eine unterdrückte Minderheit wird pauschal stigmatisiert, welches die Grundlage dafür bildet, dass eine Kriminalisierung ohne gesellschaftlichen Aufschrei passiert.

Der kurdischen Minderheit anzugehören heißt, dass die bloße Existenz ausreicht, um als politisches, aufständisches Subjekt im gesellschaftlichen Diskurs zu gelten. In der Türkei, in Iran, Irak und Syrien und in Deutschland. Die vielen Abschiebungen von Kurd*innen in die Türkei verraten uns, wie ernst bzw. in welchem Moment die deutschen Behörden die Schutzgesuche durch verfolgte Kurd*innen vor z.B. der Türkei sehen. Wenn Kurd*innen Schutz suchen, dann weil sie z.B. vor allem in der Türkei politisch (!) verfolgt werden. Für die deutschen Behörden ist diese politische Verfolgung eine Verfolgung durch identitäre Zugehörigkeit zur kurdischen community und damit eine entpolitisierte ‚kulturelle‘ Verfolgung. Die kurdische Kultur soll als Minderheitskultur in Deutschland ausgelebt werden können. Dass ein Zusammenhang zwischen permanenten politischen Kämpfen (und Organisation) für den Erhalt dieser Kultur(en), der z.B. in der kurdischen Frei-

heitsbewegung und durch die PKK organisiert wird und mit dem Überleben dieser Kultur besteht, wird in dieser Logik nicht gesehen. Deshalb wird dann auch eben diese politische Organisation, so fern sie in Deutschland anhält, als Repressionsgrund und nicht schützenswert gesehen. So zeigen die Abschiebungen politisch Verfolgter nur einmal mehr, wie sich Deutschland zum verlängerten Arm der Türkei macht.

Das (politisch aktive) Leben vieler Kurd*innen wird also sowohl in der Türkei als auch in Deutschland zu einem Verfolgungsgrund. Die Verurteilungen sind, genauso wie andere Repressionen und Abschiebungen, politisch-ideologisch motivierte Handlungen, welche in einem Kontext von deutsch-türkischer Zusammenarbeit und innen- sowie außenpolitischen Interessen beider Länder gesehen werden müssen.

Erdogan und der türkische Staat brauchen für die innenpolitische Stabilität mit einer **national-faschistischen** Ideologie einen Feind, gegen den sie sich auch außenpolitisch durchsetzen können (Angriffskrieg auf Rojava genauso wie die politische Verfolgung in Deutschland). Bei der politischen Verfolgung in Deutschland ist dieser allerdings auf die deutsche Regierung und Justiz angewiesen, die sich wiederum innenpolitisch gegen **emanzipatorische** Bewegungen und linke Politik verteidigt und außenpolitisch an einem guten Verhältnis zur Türkei, nicht zuletzt wegen unmenschlicher Politik über Geflüchtete (Asylpolitik) interessiert ist. Durch die Einstufung der PKK als terroristische Organisation wird die staatliche Brutalität durch den türkischen Staat und Erdogan gegen das kurdische Volk rechtlich ‚legitimiert‘.

2018 entschied sogar der Europäische Gerichtshof, dass die PKK zu Unrecht auf der EU-Terrorliste steht. So müsste eigentlich auch unter Politiker*innen und in

bürgerlichen Kreisen, also unter solchen, die ihre Meinung auf Grund von Rechtsprechung und Gesetzen begründen, das Verbot der PKK angezweifelt werden. Doch die EU setzte auf Antrag von England die PKK im Folgejahr entgegen dem Entscheid des Gerichtshofs wieder auf die Liste, und auch in Deutschland besteht das Verbot weiter. Und so geht auch unter der derzeitigen Bundesregierung die Kriminalisierung weiter. Die neuen Verurteilungen ‚überraschen‘ sogar mit unüblich hohen Strafen. Die unverhältnismäßig hohe Strafe steigert die Repression des deutschen Staates gegenüber der kurdischen Freiheitsbewegung und ist wohlmöglich eine Kursänderung der deutschen Justiz zu härteren Strafen gegenüber angeblichen PKK-Aktivist*innen. Härtere Strafen gegenüber Menschen, die für eine PKK nach dem Paradigmenwechsel (im Glossar siehe PKK) stehen! Gegenüber Menschen, die für einen kurdischen Freiheitskampf stehen, die für sich für **Anti-kapitalismus**, für Geschlechtergerechtigkeit und Ökologie einsetzen, für eine emanzipatorische Zukunft.

Wen wundert’s ...

Die Letzte Generation und der 129er

„Solidarität mit allen Klimakämpfenden! Auch mit den Friedlichen. Liebe letzte Generation, Willkommen im Kreis der 129er“, steht auf Plakaten an der Fassade der Roten Flora in Hamburg.

Das ergibt doch alles langsam keinen Sinn mehr, denken viele sicher im ersten Moment. Wenn sogar der drecks **Verfassungsschutz**, der ja wirklich jede mögliche linke Organisation als **extremistisch** einstuft, sagt, die letzte Generation sei keine extremistische Gruppe. Sie fordern Tempolimit 100 auf Autobahnen, das 9€ Ticket und einen Gesellschaftsrat. Was soll denn jetzt der § 129?

Es ergibt halt eben doch Sinn.

Mit dem § 129 StGB-Verfahren in Brandenburg und Bayern wird gegen die Letzte Generation vorgegangen. Die offizielle Begründung: Sie störten den reibungslosen Vorgang der Ölraffinerie in Schwedt für einige Zeit bzw. haben die Öl-Pipeline Triest-Ingolstadt sabotiert und/oder für eine Spendenkampagne zur Finanzierung der Letzten Generation Geld gesammelt (Polizei Bayern, Pressemitteilung 049434).

Am 24. Mai 2023 gab es dann nach den im vorigen Jahr (16.12.22) stattgefunden Hausdurchsuchungen, bundesweite Razzien. „Die deutsche Polizeigewerkschaft [Achtung rechte Polemik] begrüßt die Durchsuchungen: ‚Das ist das richtige Signal eines wehrhaften Rechtsstaates‘, sie bezeichnen die Aktionen der Letzten Generation als ‚Straßenterror‘.“ (Jugendinfo auf Telegram: 22.Mai 2023)

Dass es für dieses Vorgehen eine Legitimation zu geben scheint, kommt allerdings nicht plötzlich und die besagte Situation

entsteht nicht in einem luftleeren Raum. Seit längerem schon versuchen bürgerliche und rechte Medien, so z.B. die Springer Presse, allen voran die BILD, aber eben auch die deutsche Polizeigewerkschaft, die Letzte Generation als Terrorgruppe und Extremist*innen zu inszenieren. Politiker*innen übernehmen diesen Sprech und bezeichnen die Letzte Generation als Klima-RAF (Alexander Dobrindt, CSU) und nach der Aktion am Grundrechte-denkmal in Berlin als „demokratieunfähig“ (Ilse Aigner, CSU), „ähnlich wie“ oder „keinen Deut besser als“ die Taliban (Michael Roth, SPD; Florian Hahn, CSU). So wurde diskursiv (medial und politisch) ein Narrativ geschaffen, an welches das 129er Verfahren dann anschließen konnte. Denn am 24.05.23 übernimmt der Staat übernimmt dieses Narrativ von Terror dann auch offiziell. Bildung einer kriminellen Vereinigung. No surprises so far.

Mit dem § 129 gegen Gruppen vorzugehen ist für den Staat strategisch klug. Denn mit dieser Anklage geht ein Stigma einher. Das

SOLIDARITÄT MIT ALLEN
KLIMAKÄMPFENDEN!
AUCH MIT DEN FRIEDLICHEN.



LIEBE LETZTE GENERATION,
WILLKOMMEN IM KREIS DER 129ER.

PS: FREE LINA - MITTWOCH, 31. MAI, IST TAG X

gleiche, welches für die **kurdische Freiheitsbewegung** und für **Antifaschismus** gilt: ‚kriminell‘. Dadurch kann sich die **liberale Demokratie** hinter einer Scheinrechtfertigung verstecken und muss sich nicht mit den politischen Positionen und ihrer Sinnhaftigkeit auseinandersetzen. Denn Kriminelle sind raus aus dem gesellschaftlichen Diskurs.

Aktivismus, der per Definition stören soll und eigentlich fester Bestandteil einer Demokratie ist, wird ohne analytischen Halt (denn die Zielsetzung der Letzten Generation ist es bei weitem nicht) der Stempel ‚radikal‘ aufgedrückt. Danach folgt gesellschaftlich die typische Abwertung (‚radikale Kämpfe‘) und später die Anklage.

Der Diskurs, der sich an den Interessen der herrschenden **Klasse** anlehnt, schafft eine sich vermeintlich radikalisierte Klimabewegung und setzt deshalb den Fokus auf eine **Law-and-Order Politik**, in der jedes Mittel gerechtfertigt ist, à la ‚jeder Extremismus muss unterbunden werden‘. Und wieso wird jetzt eine Gruppe mit **reformistischen** und wirklich nicht staatskritischen Zielen als radikal bezeichnet?

Die liberale Demokratie kann keine (internationalen) Lösungen für die Krisen der Zeit anbieten, wenn sie den Status quo einer Verschmelzung von **Kapitalismus** und Demokratie beibehalten will. Deshalb muss sie sich damit beschäftigen, wie sie **emanzipativen** Widerstand gegen den Status Quo unterdrücken kann. Anstatt dass sich die parlamentarische Demokratie also mit den Forderungen der Gruppe bzw. allgemeiner der Klimakrise auseinandersetzt, zeigen der Staat und seine Vertreter*innen (Politiker*innen und Polizei) immer offener ihre **autoritäre** Lust. Mit Präventivhaft (auch hier wieder eine Freiheitsberaubung vor einer tatsächlichen Tat) bis zu 2x30 Tagen und Hausdurchsuchungen, dem § 129, also An-

klage als kriminelle Vereinigung und die dadurch möglich und zuletzt öffentlich gewordenen Abhöraktionen (auch von Journalist*innen) geht der Staat gegen unliebsame Gegner*innen vor. Bei einer unfähigen Politik in Zeiten einer sich zuspitzenden Klimakrise (als eine der vielen verschränkten Krisen), kann die Politik eine Wirksamkeit vor allem durch hartes Durchgreifen gegen **zivilen Ungehorsam**, linke Aktivist*innen und emanzipatorische Bewegungen beweisen. Es ist eine Angstreaktion des Staates, die Menschen abschrecken soll, sich zu solidarisieren und in gleicher oder ähnlicher Form zu organisieren. Denn der krisenhafte Status quo darf nicht grundlegend als solcher benannt werden, ansonsten verliert die Politik ihre Legitimation.

Man sieht also, es ergibt eben doch alles Sinn.

Es gibt sehr viel gerechtfertigte Kritik am und Ablehnung des Vorgehens und Reformismus der Letzten Generation von linksradikaler Seite, z.B. daran, dass sich Mitglieder der LG ein Überlaufen der Polizei wünschen (Ahhhh so falsche Analyse von Polizeistrukturen: wenn du nicht genau weißt wieso, gehe doch z.B. nochmal zur Infobox am Anfang des Magazins; ARD ‚Radikal fürs Klima. Helden oder Kriminelle‘ 00:13:46). Aber was hier passiert muss von uns allen wahrgenommen, eingeordnet und analysiert, in unser weiteres Vorgehen einbezogen werden und Betroffene müssen unsere **Solidarität** erfahren!

Was nochmal (expliziter) gesagt werden MUSS:

ES GEHT NICHT NUR UM DEN **129ER**, SONDERN AUCH UM EIN JUSTIZSYSTEM, WAS KEINE GERECHTIGKEIT ZULÄSST. Das haben wir an vielen Stellen in diesem Magazin sichtbar gemacht und es gibt so viele Beispiele, die wir nicht er-

wähnten. Das Justizsystem ist **rassistisch, sexistisch, ableistisch** und **klassistisch** in so vielen Formen und steht immer noch in Kontinuität zum **NS-Faschismus**. Deshalb sollten wir immer darauf achten, nicht in einen Sprech verfallen, der das Justizsystem als gerechtfertigt ansieht.

Der §129 und damit einhergehende Repressionen treffen zwar verschiedene Strukturen, aber dahinter steht eine Logik: WER SICH NICHT in das bestehende System EINREIHT, wer also gegen dieses in jederlei Hinsicht **extraktivistische**, ausbeutende System aus Lohnarbeit, **Kapitalismus**, Sexismus, Rassismus, Ableismus (die Liste ist länger) unterordnet, der WIRD KEINE RUHE VOR (juristischer) VERFOLGUNG FINDEN können.

Und es reichen in dieser hegemonial rassistisch, **neo-kolonialen**, klassistischen, **heteronormativen** Ordnung die bloße Existenz von Menschen aus, um als Widerstand gegen das System gesehen zu werden z.B. **queer, BI_PoC** und oder migrantisch zu sein.

Apropos ‚gesehen werden‘: Auch wenn **Antikommunismus** klar auf **ideologische** Standpunkte zurückgeht, wird diese Kategorie breiter verwendet. Staatlicher Antikommunismus bezieht nicht nur selbstbezeichnende **Kommunist*innen** ein, sondern eben auch **Antifaschist*innen, Feminist*innen, Antikapitalist*innen**, Klimaaktivist*innen und oft auch einfach (organisierte) Arbeiter*innen.

Krise, welche Krise?

Wir bleiben also dabei, was wir in unserem Beitrag „Krise, welche Krise?“ (Magazin 1, 12/21 - Einfach mal machen) geschrieben haben, ergänzt durch ein paar Sätze mit Bezug auf die aktuelle Lage:

„In diesen Zusammenhängen prangern wir allgemein an, wie die Debatten über Gewalt geführt werden. So wird Staatsgewalt oft nicht als Gewalt gesehen. Dabei stützt der Staat durch sein **Gewaltmonopol** die gewaltvollen Verhältnisse des **kapitalistischen Patriarchats**. Ausgeübt wird Gewalt anhand von konstruierten Grenzen zwischen legal und illegal. Wir sprechen von konstruiert, da es menschliche Entscheidungen sind, die diese Kategorien entstehen lassen. Diese Entscheidungen und Grenzen (und somit auch die Gesetze im Staat und das staatliche Gewaltmonopol) stehen in Anschluss an ungleiche Machtverhältnisse, an ein **sexistisches, rassistisches, kapitalistisches** System. Gewalt wird ausgeübt, überall wo Grenzen der kapitalistischen, **patriarchalen, neo-kolonialen** Ordnung **radikal** hinterfragt und überschritten werden [zum Teil auch schon durch die bloße Existenz einiger Menschen; Wobei wir sehen, dass es nicht mal einer radikalen Forderung bedarf, sondern die Störung des geregelten Ablaufs durch etwa Aktionen, die dann gesellschaftlich radikal **geframed** werden, ausreichen (siehe Letzte Generation)]. Das sehen wir zum Beispiel daran, wie illegalisierte Menschen für ihren Aufenthaltsstatus in Deutschland kämpfen müssen. Wir sehen es an Abschiebungen oder dem menschenverachtenden und tötendem, rassistischen **europäischen Grenzregime**. [Und wir sehen es an der Kriminalisierung der Kämpfe dagegen.]

In diesem Kontext prangern wir auch nochmal explizit an, wie gesellschaftliche Diskurse über Gewalt geführt werden. Die Kriminalisierung und Freiheitsberaubung von Menschen sowie die Illegalisierung ihrer Kämpfe für eine gerechtere Welt, gegen die gewaltvolle „Normalität“, wie auch immer sie sich manifestiert, wird nämlich in den seltensten Fällen als Gewalt gesehen. Sie wird hingegen als solche wahrgenommen, wenn sie als Mittel in einer Strategie

von emanzipatorischen Kämpfen angewandt wird. Gewalt heißt in diesem Kontext **Militanz**. Durch den gesamtgesellschaftlich weit verbreiteten Glauben an das Gewaltmonopol des Staates werden radikale und militante Kämpfe samt ihrer Ideen und **Utopien** im Ganzen delegitimiert. [Aber auch bei Nazis zieht diese Staatsgewalt eben nicht, hier brauchen wir militante Aktionen zum Schutz von Menschenleben]. Hier findet keine Kontextualisierung der Gewalt statt. Es wird nicht gesehen und verstanden, dass Gewalt permanent da ist, dass Diskriminierung durch Staat, Gesellschaft und Einzelpersonen Gewalt produziert, [dass Untätigkeit des Staates/ der Politik gewaltvoll ist,] dass die Gesetze oft gewaltvoll diskriminierend sind und der Staat seine Gesetze gewaltvoll durchsetzt.

Militanz sehen wir deshalb als eine von vielen strategischen Möglichkeiten gewaltvollen „Normalitäten“ etwas entgegenzusetzen, sprich sich mit allen Mitteln gegen diese Verhältnisse zu wehren und außerhalb von extern auferlegten Grenzen zu agieren. Im gesellschaftlichen Diskurs wird der Gebrauch von Gewalt meist grundsätzlich verurteilt und dazu genutzt, militante linke Kämpfe per se zu delegitimieren. Der Kontext von gewaltvollen „Normalitäten“ wird dann natürlich nicht benannt. Die Kriminalisierung und Delegitimierung von diesen Kämpfen führt dazu, dass härtere **Repressionen** als gerechtfertigt betrachtet werden und dann in noch mehr Gewalt enden. Es ist deshalb unbedingt notwendig zu hinterfragen von wem und warum Einteilungen in legitim/illegitim, gewaltvoll/friedlich, gut/schlecht etc. gemacht werden, Widersprüche sichtbar zu machen und diese **Binaritäten** aufzubrechen. Wir wollen den Militanz-Begriff positiv besetzen, denn Gewalt ist für uns ein strategisches Mittel von vielen. So ist es ein Teil unseres Selbstverständnisses, uns auch mit militanten linken Kämpfen weltweit **solidarisch** zu zeigen. Militanz

kann an unterschiedlichen Orten, zu unterschiedlichen Zeiten und in unterschiedlichen Situationen die verschiedensten Formen annehmen. Manchmal ist es notwendig, strategisch über den Einsatz von Gewalt nachzudenken und dann dementsprechend zu handeln, in anderen Kontexten ist Militanz schlicht die einzige Möglichkeit, um zu überleben [oder das Überleben anderer zu sichern]. Wir können und wollen uns also nicht anmaßen Militanz zu bewerten, denn die Kontexte können verschieden sein.

Es lohnt sich zu kämpfen, um eine gerechte Gesellschaft einzufordern und dabei nicht vor militanten Aktionsformen Halt zu machen, die das System ganz besonders ins Schwanken bringen können.“

Was nun, was tun?

Das Einzige, was hilft ist zusammenstehen, näher rücken, gemeinsam Kämpfen, sich organisieren: **Solidarität**. Doch ein wichtiger Teil im Kampf gegen das System, solange es besteht, und gegen seine **Repressionen** ist Rechtshilfe. Denn wir brauchen nicht nur Freund*innen, die uns bei Verfahren an der Seite stehen, sondern auch geschulte Genoss*innen, die uns bei Rechtsfragen beraten und unterstützen: durch Infomaterial, Anwält*innen und im Zweifel auch durch Geld. Wir haben ein solches Angebot in Deutschland: die **Rote Hilfe**. Sie finanziert sich über Mitgliedsbeiträge und Spenden. Es gibt eine Ortsgruppe Marburg/Gießen an die ihr euch jederzeit wenden könnt. Zu erreichen sind sie unter der E-Mailadresse: marburg-giessen@rote-hilfe.de.

Neben der **Roten Hilfe** gibt es **AZADÎ e.V.**, das ist sozusagen die **Rote Hilfe** der **kurdischen** community. Hier gilt das gleiche, Mitgliedsbeiträge und Spenden ermöglichen die Arbeit des Vereins und Unterstützung von Betroffenen.

Treffen tut es Einzelne, gemeint sind wir Alle. Also werdet Mitglied!!!

Anmerkung: Die **Rote Hilfe** wird vom **Verfassungsschutz** beobachtet. Eine passive Mitgliedschaft (also die Unterstützung durch einen Mitgliedsbeitrag) ist in der Regel nichts, was sich der Verfassungsschutz anschaut. Ein Mitgliedsbeitrag kann aber bei Sicherheitsbedenken immer auch in Bar bei der jeweiligen Ortsgruppe bezahlt werden, um eine Rückverfolgung des Geldes unmöglich zu machen. Zusätzlich dazu möchten wir darüber informieren, dass in einem Dokument, welches im Rahmen der Einbürgerung ausgefüllt werden muss nach Mitgliedschaften wie etwa bei der Roten Hilfe gefragt wird. Wie verpflichtend die Angabe ist, wissen wir nicht.

Quellen und weiterführende Literatur

Allgemein

Infobroschüre: Rote Hilfe e.V. (2009): Der Hunger des Staats nach Feinden. Die Geschichte der Paragraphen 129, 129a und 129b und ihre Anwendung gegen die radikale Linke. (online bei Rote Hilfe Literaturbetrieb)

Bücher: Nowak, Peter (Hg.) (2001): Bei lebendigem Leib. Von Stammheim zu den F-Typ-Zellen. Gefängnisssystem und Gefangenenerwiderstand in der Türkei.

Telegram Kanal: <https://t.me/jugendinfo>

Antikommunismus

Bücher: Heinrich Hannover (2017). Die Republik vor Gericht 1954-1995 & Heinrich Hannover, Elisabeth Hannover Drück (2019). Politische Justiz 1918-1933

Wissenschaftliche Artikel: Ghodsee, Kristen (2014). "A Tale of 'Two Totalitarianisms': The Crisis of Capitalism and the Historical Memory of Communism." In: History of

the Present 4 (2).

Film: Arte - Der große Rausch (über die antikommunistischen Wurzeln der Macht von Drogenkartellen, anderer Kontext)

Kurdische Freiheitsbewegung

ANF News (anfdeutsch.com): Artikel ID: 37424, 37698, 37439, 37639, 37805, 38073, 38123, 38962, 40038

Tagesschau: PKK EU-Gericht

Taz (online): Artikel ID: 5034136

Online allgemein: Nadir.org; Azadi (Rote Hilfe der Kurd*innen in Deutschland); Progressive International: delist PKK; verbot-aufheben.org; kenanwatch.org

Politische Rechte/Faschismus

Artikel (online) zu den rassistischen Pogromen in Hoyerswerda: Antifaschistisches Infoblatt, Fünf Tage im September 1991 Spiegel online, Lieber Sterben als nach Sachsen; ein persönliches Zeugnis, für die Wichtigkeit antifaschischer Handarbeit: TAZ, Rechte Gewalt, Notwehr und Nothilfe: Danke, Antifa von Lalon Sander
Podcast: RosaLux history: die deutsche Rechte nach 1945

Letzte Generation

Taz (online): Artikel ID: 5936702

ND - Journalismus von links (online): Artikel ID: 1173500

Pressenza International Press Agency (online): Artikel: FIF fordert Einstellung des Verfahrens gegen die letzte Generation und Abschaffung von §129

Online allgemein: Letztgeneration.org; Verfassungsblog (2023): Wie man eine kriminelle Vereinigung macht

Gedanken zu Ausschlüssen von trans-weiblichen Menschen innerhalb „feministischer“ und FLINTA* Spaces

Adam

Letztes Jahr gab es in Marburg eine „Diskussion“, in der so getan wurde, als ob es innerhalb der Debatte über Genitalpräferenz okay wäre, den Ausschluss von trans-weiblichen Leuten abzuwägen. Das hat Otto richtig sauer gemacht – und als er darüber nachgedacht hat, was und warum es ihn so sauer macht, kam er auf neue Ideen, dass wir ja sogar sex queeren können. Davon und von der Undankbarkeit gegenüber trans Menschen handelt dieser Text.

Mit Genitalpräferenz ist gemeint, wenn Menschen Vorlieben haben, welche Genitalien ihr Date hat. Mit trans-weiblich sind Menschen gemeint, die bei ihrer Geburt als „Junge“ bezeichnet wurden, es aber doch nicht sind, oder nicht ganz, oder nur manchmal, oder auch einfach (mehr oder weniger) an dieser Zuschreibung zweifeln. Sex meint hier das Pendant zu gender, also die körperlichen geschlechtlichen Eigenschaften, hier insbesondere jene gemeint, die man von außen sieht, und die als Werkzeug benutzt werden, um Menschen ein (falsches) Gender zuzuschreiben, sei es bewusst oder unbewusst.

Danke **trans**!

Das ist was alle **feministischen** Leute sagen könnten:

Danke trans!

Trans Leute lehnen durch ihre **Dysphoria** zum ihnen zugewiesenen Geschlecht die vorgeprägte „Funktion“ von **Gender** ab, die uns ALLEN das **Patriarchat** Tag für Tag und seit Jahrtausenden einbläut. Und nicht nur das, es geht sogar noch weiter: **Dysphoria** ist auch die Superkraft, die eingebläute Zuschreibung und Funktion vom **sex** abzulehnen, also den körperlichen Geschlechtsmerkmalen.

Indem sie sich von dem ihnen zugewiesenen **Gender** befreien, stoßen alle wunderbaren nicht-cis Menschen die vom Patriarchat vorgegebene „Funktion“ von Genitalien ab – und befreien sich also auch von dem ihnen zugewiesenen **sex**. So führen alle

wunderbaren trans Menschen all dieses „Penis“ - „Vulva“-Gehabe ad absurdum – und auch: dessen Ablehnung, die Umkehr und den Hass gegen Genitalien führen sie ad absurdum!

Deshalb sind vielleicht einige „Feminist*innen“ gerade so überfordert!

Sie wollen vielleicht lieber weiterhin ihre Wut und ihren Hass gegen das Patriarchat gegen bestimmte Genitalien leiten und Unterdrückungsformen einer gewaltvollen patriarchalen Gesellschaft auch auf bestimmte Genitalien und äußerliche Geschlechtsmerkmale projizieren... Und plötzlich – show time! – kommen da die trans Mäuse um die Ecke, und dekonstruieren alles! Und geben allem eine neue Bedeutung! Und gehen weit über diese Fragen nach Weiblichkeit und Männlichkeit hinaus! Na sowas!

Dekonstruktion von Genitalien heißt: die

vorherbestimmte geschlechtliche Zuordnung von **Sex** und **Gender** wird ausgekoppelt. Trans Leute befreien sich davon, dass jemand vorschreibt, welche Zuweisung ihre Genitalien haben sollen: ob jetzt ein Körperteil weiblich oder männlich oder **nicht-binär** oder nur teils oder gar nicht geschlechtlich ist – sie wagen es, dass SELBST am besten zu spüren und das SELBST zu bestimmen. Sie wagen es sogar, Genitalien anders zu konnotieren, ihnen neue Namen zu geben, sie abzulegen, sie neu zu spüren, sie wiederzuentdecken... Und sie wagen es sogar, selbst am besten zu wissen, welches Körperteil zu ihnen gehört und welches nicht. Und welches wider Erwarten dann doch wieder! Oder doch nur kurz als Kostüm und Teil des Outfits? Wer weiß! Was auch immer!

Das ist alles eine riesengroße Unverschämtheit – und ich liebe es!

Vielen Dank, dass wir so unverschämt sind!

Vielen Dank, dass wir ein Spiel daraus machen können! Aber kein Spiel im Sinne von oberflächlich, unseriös und nicht ernst zu nehmen; sondern ein Spiel, das genau durch die Freude, die **radikale** Befreiung und die unerwartete Genugtuung über den eigenen Körper eine Standhaftigkeit und eine Ernsthaftigkeit und Wahrheit geben kann und sollte.

Aber es ist nicht leicht, so spielerisch und unverschämt zu dekonstruieren. Es erfordert Mut, sich ins Ungewisse zu wagen, auszuprobieren, gleichzeitig herausfordernd und vorsichtig mit sich selbst zu sein.

Es ist nicht so leicht, wie es leicht ist, einfach Dinge abzulehnen und zu hassen – z.B. Genitalien zu hassen. Und ich glaube, das ist was gerade passiert:

Die Dekonstruktion von **Gender** und von **sex** (also dem körperlichen Geschlecht, also den Genitalien und äußeren gegenderten Merkmalen) ist aufwändiger und

anstrengender als der etwas schnellere Weg, einfach bestimmte Genitalien zu hassen, mit dem Ziel sich „feministisch zu fühlen“ und sich zu **empowern**.

Dabei ist es eigentlich eine so krass abgefahrene Inspiration, die diese Dekonstruktion für alle sein könnte. Eine Inspiration, wie eine Welt ohne Patriarchat sein könnte. Wie sie sich anfühlen könnte. Wie wir uns in unseren Körpern fühlen könnten.

Lieber tolerieren manche Leute in feministischen oder **FLINTA*** Spaces, dass andere Menschen, die auch in diese Räume rein gehören könnten, sich unwohl fühlen oder sogar verbaler Gewalt ausgesetzt sind, als dass sie ihren Hass transformieren in eine befreiende Dekonstruktion von Geschlecht, die uns ü b e r dem Zwang des patriarchalen Geschlechts stehen lassen würde.

Das was trans wagt ist: *gender & sex* BEYOND.

Geschlecht und Körper BEYOND einer cis-hetero-patriarchalen Welt

Also:

Let's go beyond!

Wir müssen uns bewegen im Feminismus. Das Patriarchat nervt, ja. Patriarchale Männlichkeit nervt, ja. Und das Patriarchat ist scheiß gewalttätig, ja. Es bleibt kaum Zeit, nach Luft zu schnappen, um ganz in Ruhe zu überlegen, wie wir überleben und mit dieser Gewalt umgehen können.

Deshalb empowern wir uns gegenseitig, wütend zu sein und uns zu wehren.

Aber stupider Hass auf bestimmte Genitalien und Bartwuchs und äußere Erscheinungen ist nicht die Antwort. Wir erleben das Patriarchat alle unterschiedlich. Lasst uns diese scheiß Erfahrungen bündeln und unseren Hass gegen die Struktur richten

und nicht gegen uns gegenseitig aufgrund von gegenderten Merkmalen, Genitalien und Aussehen.

Ich will keinen Feminismus gegen Männer (who that?).

Ich will Feminismus für alle Leute, die unterm Patriarchat leiden. Egal ob sie das laut sagen können oder weiblich gelesen werden oder als trans geoutet sind oder nicht.

Also Feminismus *für* alle Leute, aber doch *gegen* das Patriarchat, das in uns allen drinsteckt. Diesen Unterschied (für Leute, aber gegen Patriarchat) finde ich sehr schwer, aber ich denke darum geht es.

Sonnentage

jules

Sonne scheint auf meine Nasenspitze, Wind weht durch meine frisch gewaschenen Haare und ich trete in die Pedale.

Sonne scheint auf meine Nasenspitze, Wind weht durch meine frisch gewaschenen Haare und ich habe Musik im Kopf.

Sonne scheint auf meine Nasenspitze, Wind weht durch meine frisch gewaschenen Haare, es riecht nach Sommer, ich nehme die Hände vom Lenker, fühle mich frei.

Fühle mich frei

Und es hupt

Und es hupt und es pfeift

Und es hupt und es pfeift und es starrt

Und es hupt und es pfeift und es starrt und dann sehe ich Deine Zunge Bewegungen machen, die mein Mittagessen wieder nach oben befördern möchten.

Und das war's dann.

Das war's dann mit sich frei fühlen.

Deine Hand, die beim Anblick meines Körpers intuitiv auf die Hupe drückt,

Dein Blick, der nicht meine Augen trifft,

Dein Mund, der sich bewegt und produziert, was mich fast erstickt.

Das war's dann mit sich frei fühlen,

weil dann anstatt von frei fühlen, nur gelähmt fühlen, klein fühlen, still fühlen, wortlos fühlen ist.

Weil dann anstatt von in die Pedale treten, anstatt von vorankommen,

nur Stillstand, Starre, Bewegungslosigkeit ist.

Und das war's dann auch mit sich schön und gut fühlen,

weil Dein Hupen kein gut gemeintes Kompliment,

Dein Pfeifen keine Anerkennung,

Dein Starren keine nette Aufmerksamkeit ist.

Doch Du hupst, pfeifst und starrst

weil mein Körper für Dich verfügbares Objekt

und nicht einfach nur meins ist.

Du, Du hupst, pfeifst und starrst weiter,

sicherlich noch einige Sommer lang.

Gib mir noch ein paar Mal hupen, pfeifen, starren,

dann zeig' ich Dir, was ich wirklich kann.

Warum guckt der so?

Caro Kasper

Instagram: @kaesigekunst

Weiblich gelesene Körper werden in unserer **patriarchalen, kapitalistischen** Gesellschaft objektiviert. Entweder sind sie Objekte der Begierde, Sexualobjekte, Körper die angeschaut werden, Körper die lediglich durch ihre Existenz provozieren und schockieren. Oder sie sind Objekte, die **Care – Arbeit** verrichten. Arbeit, die als selbstverständlich gilt, die unsichtbar gemacht, die vorausgesetzt wird. Du bist doch eine Frau, ist doch klar, dass du den Haushalt schmeißt?! Darüber wird der Wert des weiblichen Körpers definiert. Sex und Arbeit. Attraktivität und Schuften. Dazwischen gibt es wenig Möglichkeiten für eben diese Körper in einem Raum zu existieren, der ihnen Eigenständigkeit, Selbstbestimmung und Wert – unabhängig von den beiden eben genannten Kriterien – ermöglicht.

Für die Collage wurden alte Zeitschriften verwendet, die Geschlecht als binäre Kategorie aufgefasst haben. Das fiel erst auf als die Collage fertig gestellt war. Das Entlernen von binären Geschlechtervorstellungen, die durch die Gesellschaft vorgelebt werden, ist ein Prozess in dem die Künstlerin selbst teilweise auch noch mittendrin steckt.



Zur Rolle von Frauen im Lebensbund

Lebensbund.org

Anmerkung Rage Page: Wir haben uns aus juristischen Gründen dagegen entschieden, in diesem Heft vollständige Klarnamen und Bilder abzudrucken. Wir distanzieren uns allerdings nicht inhaltlich von der Veröffentlichung von Klarnamen und Bildern. Bitte schaut also auf der Website lebensbund.org vorbei, um den vollständigen Artikel einzusehen und um weitere Informationen der genannten Personen einzusehen. Erklärungen zu spezifischen Worten, die im Kontext Burschenschaft und Burschenszene benutzt werden, findet ihr auf der Website in einem Glossar.

CN: In diesem Artikel werden Zitate von Burschenschaftlern benutzt um die Ideologie von der extremen Rechten darzustellen. Einige davon enthalten diskriminierende Äußerungen.

Dieses Projekt beschäftigt sich zwar fast ausschließlich mit rechten Männern, dennoch möchten wir darauf hinweisen wie wichtig es ist, Frauen in der extremen Rechten wahr- und ernst zu nehmen. Entgegen der geläufigen bürgerlichen Meinung, die privaten Beziehungen im familiären Kreis oder in romantischen Partnerschaften seien unpolitisch, wird am Beispiel der Rolle der Ehefrauen, Töchter oder Beziehungspartnerinnen der Mitglieder der Marburger Burschenschaft Germania deutlich, dass diese Behauptung schlicht nicht haltbar ist. Die nachfolgende Argumentation wird entlang dreier Thesen strukturiert.

1. Geteilte Ideologie

Anhand diverser Erhebungen zur Verteilung von Einstellungsmerkmalen in der Gesamtgesellschaft kann gezeigt werden, dass extrem rechte Einstellungen unter Frauen ebenso verbreitet sind wie unter Männern. Jedoch werden sie oft gerade wegen ihrer bürgerlichen Erscheinung nicht als politisch wahrgenommen. Die Aufwertung des eigenen Subjekts durch „Volkszugehörigkeit“ und Unterdrückung durch Rassismus, kurz Dominanzideologien, bieten dabei geschlechtsunabhängig Wertorientierung und Bezugspunkte. Freundinnen und Ehepart-

nerinnen sind nicht zufällig mit extrem rechten Akteuren zusammen, sondern teilen deren politische Überzeugungen und müssen als eigenständige politische Akteurinnen in den Blick genommen werden. So verwundert es im Fall der (damaligen) Liebesbeziehung *M. Graufs* mit *S. Förster* nicht, dass dieser seinem Bundesbruder Schreiber in gerichtlich verifizierten Facebook-Chats¹ erzählt, gemeinsam mit seiner Freundin allabendlich die Tagebücher von Hitlers Sekretärin *Traudl Junge* zu lesen. Grauf: „Meine Freundin liest derweil Traudl Junge.“ Schreiber: „Ach, so gut. (...) Ich habe das in Berlin gelesen und war teilweise an den Orten des Geschehens. In europäisches Heldenblut getränkt und jetzt alles verN-Wort und verschwult.“ Grauf: „Ich habe meine Bücher nun untergebracht und habe noch einige gelesen. Weiterhin lesen mein Huhn [Bezeichnung seiner Freundin, Anm.d.Verf.] und ich nun jeden Abend.“ Interessant ist auch, dass die hier erwähnte Freundin *S. Förster*, die in ihrer Freizeit gern die Schriften von Hitlers privater Sekretärin liest, von Beruf Erzieherin ist.

¹ <https://oberlandesgericht-karlsruhe.justiz-bw.de/pb/.Lde/Startseite/Medien/Oberlandesgericht+Karlsruhe+erlaubt+Berichterstattung+ueber+rechtsextreme+Auesserungen+eines+Mitarbeiters+zw+eier+AfD+Landtagsabgeordneter+in+Facebook+Chats/?LISTPAGE=1149539>

Das verdeutlicht einmal mehr, dass Frauen unpolitisch auftreten, sie aber gerade hierdurch andere gesellschaftliche Felder für ihre politische Wirkmächtigkeit erschließen und dabei nicht auffallen.

Auch das Interview mit *M. Siebert*,² Frau des Alten Herrn *G. Siebert* der Marburger Burschenschaft Rheinfranken, bestätigt diese vermeintlich unpolitischen Tätigkeiten und deren familiären Bezüge. Zwar beziehen sich Sieberts Aussagen auf ihre Erfahrungen im Umfeld der Marburger Burschenschaft Rheinfranken, jedoch bestätigen ihre Erfahrungsberichte die hier aufgebrachten Thesen zur Rolle von Frauen in extrem rechten Burschenschaften. *M. Sieberts* Vater war bereits Korporierter. Sie blieb in den rechten Korporiertenkreisen verhaftet und heiratete später einen Rheinfranken, wobei das Einfinden in die rechte Lebenswelt für sie durch ihre Kindheit kein Problem darstellte: „Wir sind als Kinder schon mit aufs (...) Haus. Für jemanden, der überhaupt nie was von einer Verbindung gehört hat ist das natürlich ganz schwer, erstmal sich da einzugewöhnen und (...) diese ganzen Rituale (...) anzuerkennen oder zu verstehen was die da wollen (...). Das muss man alles dann erst lernen und das hatte ich schon.“

2. Reproduktion der Strukturen

Aufbauend auf dem zuvor angebrachten Argument, dass die Ehefrauen, Freundinnen und Töchter von Burschenschaffern durchaus zu eigenen politischen Meinungen befähigt sind und nicht „unwissentlich“ in extrem rechten Kreisen verkehren, gilt es nun ein genaueres Augenmerk darauf zu werfen, welche Funktionen sie innerhalb des Lebensbunds bedienen. Gerade extrem rechte Weltbilder zeugen von binären

Geschlechterverständnissen mit klaren geschlechtsspezifischen Rollenverteilungen, wobei Frauen dort politisch aktiv werden, wozu sie sich qua der zugewiesenen Rolle befähigt und zuständig fühlen. Innerhalb des Lebensbunds wird die Teilnahme der Ehepartnerinnen, Freundinnen und Kinder an bestimmten Festivitäten explizit gewollt und die Anerkennung der Rituale und die Integration innerhalb der burschenschaftlichen Normen und des Brauchtums auch von Frauen erwartet. Hierdurch tragen sie die Strukturen der Burschenschaft maßgeblich mit und sorgen für deren Erhalt, nicht zuletzt durch ihre stete Unterstützung bei der Ausrichtung dieser „Erlebniswelt Rechts“. Diese reproduktiven Tätigkeitsfelder laufen eher hintergründig ab und werden von außen nicht als Ausdruck politischer Überzeugungen verstanden, obwohl sie genau jene Betätigungsfelder der extrem rechten Frauen sind. Ein Beispiel hierfür ist *S. Krubers* Beziehung zum Germanen *H. Mahling*, der wegen seiner Depressionen Zuflucht in der Paarbeziehung sucht. Die sorgende, kümmernde und emotional „heilende“ Rolle der Freundin oder Mutter ist notwendig, um die männlichen Akteure emotional zu stabilisieren und handlungsfähig zu machen. Dabei übernimmt Kruber auch ganz konkrete reproduktive Aufgaben auf dem Haus der Burschenschaft, bringt sich also innerhalb der eng gesteckten Grenzen der für sie vorgesehenen Frauenrolle in das Leben auf dem Haus ein – Mitspracherecht bei Entscheidungen erhält sie dadurch jedoch nicht.

Auch die Aussagen *M. Sieberts* bestätigen diese klare Rollenverteilung und das Mittragen der Strukturen von Burschenschaften durch die Frauen: „Und aufs Haus bin ich 1953 mit meinem Onkel (...) und mit dem hab‘ ich zusammen die Gardinen alle aufgehängt. Die hatte ich vorher alle zuhause genäht (...). Und dann war ich

hoch schwanger ja schon (...). Aber ich war ja auch die ersten Jahre nicht so sehr aktiv [in der Burschenschaft], weil ich ja die Familie hatte mit den drei Kindern dann nachher (...) Aber ich war eigentlich immer zu den Festen (...) dabei. Aber sonst war das ja mehr Männersache, nicht? So im Hintergrund hab‘ ich (...)“ Da wo „die Mädels, die Damen“ dabei sein durften, sei sie gewesen und habe immer eine helfende Hand geboten.

3. Nutzung der Netzwerke

Anschließend an diese rechte Erlebniswelt und das hierdurch gestärkte Gefühl der Zugehörigkeit auch der Frauen im Umfeld der Burschenschaft, lautet das dritte Argument, dass die Netzwerke des *Lebensbunds* auch von Frauen zu einem gewissen Grad genutzt werden können. Als Partnerinnen und Töchter bewegen sie sich wie selbstverständlich im Umfeld der Burschenschaft, besuchen mit den Aktiven und Alten Herren Tanzveranstaltungen, Sommerfeste oder sind im privaten Umfeld der Bundesbrüder bei Hochzeiten und Taufen zugegen. Sie sind auf den Häusern zu Besuch, können bei Veranstaltungen selbst Kontakte zu Nazi-Burschen knüpfen oder die Netzwerke und Kontakte ihrer Väter nutzen, zum Beispiel bei Jobvermittlungen.

Wie im Fall von *M. Ihls*, Tochter des Alten Herren *A. Ihls*, und *L. M. Kaut*, Tochter von *G. Kaut* zu sehen ist, nutzen die beiden Frauen die Burschenschaft ihrer Väter, um selbst sozialen Anschluss zu finden. Dabei kann *L. M. Kaut* die Struktur sogar soweit nutzen, dass sie am Leben auf dem Haus in Marburg teilnimmt. Das heißt jedoch nicht, dass sie vollwertiges Mitglied der Burschenschaft wäre. Vielmehr zeigt dies auf, dass das Lebensbundprinzip der Burschenschaft über die Mitglieder hinaus auf die Sorge um deren Familienangehörigen als Teil dieser Gemeinschaftlichkeit ausgedehnt

wird.

Dass sich die Burschenschafter gegenseitig besuchen, war für *M. Siebert* „eine Selbstverständlichkeit. Wenn ich reise nehme ich das Rheinfranken-Buch mit. Und wenn sich’s ergibt, sagt man auch jemandem ‚Guten Tag‘. (...) Auf einmal taucht der Hengelmann [Alter Herr, Anm.d.Verf.] in Marburg auf und dann sagt er, er wohnt in Prien am Chiemsee. Ja und wenn man hier runter fährt dann sagt man ‚ja gut dann sagen wir doch mal guten Tag‘, nicht? Und so entwickelt sich dann immer wieder ’ne neue Freundschaft.“ Und auch der Bezug zu den Aktiven sei gegeben: „Probleme hat’s nie gegeben. Es gab mal Unstimmigkeiten, dass mal einem was nicht gepasst hat, aber sie konnten immer alle zu uns kommen und ich konnte immer aufs Haus kommen.“ Die Aussagen *M. Sieberts* verdeutlichen anschaulich, dass auch Frauen als eigenständige Akteurinnen auf die bundesweiten Netzwerke der verschiedenen Burschenschaften zugreifen können und ihre Ideologie teilen.

Alle drei Thesen zusammengefasst machen deutlich, was in den Analysen der extremen Rechten immer wieder übersehen wird: Die Töchter, Ehefrauen und Lebenspartnerinnen der Burschenschafter sind als eigenständige extrem rechte Akteurinnen in den Blick zu nehmen. Sie sind keine unpolitischen Randerscheinungen, sondern teilen das menschenverachtende Weltbild der Burschenschaft, bewegen sich in den Netzwerken und tragen die Traditionen und Rituale mit. Sie müssen genauso wie die männlichen Mitglieder der Burschenschaften als politische Feinde erkannt und dementsprechend gegen sie vorgegangen werden.

² Burschenschaft Rheinfranken Marburg: Interview mit Marianne Siebert <https://www.youtube.com/watch?v=FwMFI3szdm0>

SATIRE Welcher Politarbeitstyp bist du?

Achtung, ihr könntet euch von dem Inhalt dieses Quiz' angegriffen fühlen.

Mach jetzt diesen Test, um herauszufinden, welcher Politarbeitstyp du bist! Wie verhältst du dich im Plenum, was sind deine Macken und deine Stärken? Findest du vielleicht auch deine besten Freund*innen in diesem Quiz oder kannst einfach mal über deine eigenen Fehler lachen? Hier ist hoffentlich für viele was dabei. Zähl einfach am Ende aus, welchen Buchstaben du am häufigsten angekreuzt hast und voilà, wir stellen dir deine Politarbeitspersönlichkeit vor. Nimm einfach die Antwort, der du am ehesten zustimmst und mache bei jedem der angegebenen Buchstaben einen Strich. Es wird nicht immer die perfekte Antwort für dich dabei sein.

Viel Spaß!

Hier kannst du Strichliste führen:

A	B	C	D	E	F

Hast du den Tor Browser auf deinem PC installiert?

- a) Ja na klar, das ist mein Standardbrowser A
- b) Was ist das? C
- c) Ja, aber ich benutze ihn nur für Politikram F
- d) Ja, viel interessanter ist doch aber, was ist Sicherheit überhaupt? D
- e) Ne, ich habe nichts zu verstecken B
- f) Ja, habe ich mir mal installiert, aber mehrere Browser sind mir zu unübersichtlich E

Wo siehst du deine Expertisen?

- a) Reden B
- b) Lesen D
- c) Moderieren E
- d) Machen F
- e) Sicherheit A
- f) alles so ein bisschen C

Weißt du, wo die Protokolle eurer Gruppe abgelegt sind?

- a) ja A, D, E
- b) nein B, C, F

Kannst du gut Stille aushalten?

- a) Stille fällt mir meistens nicht auf, weil ich drei Sachen nebenbei mache C, A
- b) Stille ist auch manchmal wichtig auszuhalten, damit die Leute ihre Gedanken sammeln können E
- c) Stille mag ich nicht so, ich frag dann schnell, wo wir eigentlich zum Cornen hingehen F
- d) Hab ich noch nie erlebt, ich hab eigentlich immer was zu sagen B, D

Wie organisierst du deine Termine?

- a) Mit einem Terminkalender, ist aber so vollgeschrieben, dass ich trotzdem Termine verchecke C
- b) Habe einen digitalen Kalender, der auf all meinen Geräten synchronisiert ist und mich frühzeitig an alles erinnert A
- c) Nicht mit einem Terminkalender, ich brauch keinen und merk mir alles F, B
- d) Ich bin eh jeden Tag in der Bib und hab keine Termine, nur To-Do-Listen D
- e) Ich habe einen Terminkalender und es klappt einigermäßen, bis gut E

Was erlebst du bei einem durchschnittlichen Plenum? (Mehrfachantwort möglich)

- a) Ich hab manchmal Schwierigkeiten, meine Gedanken klar zu strukturieren B, C
- b) Ich hab schnell Hemmungen, meine Meinung zu äußern, wenn sie nicht der Mehrheitsmeinung entspricht E
- c) Ich muss am Anfang immer alle erinnern, die Handys rauszulegen A, F
- d) Ich find Redelisten super E
- e) Ich tendiere zum Schnipsen, wenn ich mich melde und was sagen möchte B, D
- f) Ich frage oft kurz nachdem das Plenum losgegangen ist, wo wir uns eigentlich nochmal treffen wollten C, F
- g) Meistens nervt mich, dass bei Diskussionen der Sicherheitsaspekt nicht mitgedacht wird A
- h) Organisatorische Aufgaben nerven mich, da halte ich mich eher raus F, B
- i) Ich übernehme gerne Verantwortung und geh in AGs E, C
- j) Der wichtigste Teil sind die Feedbackrunden und Reflexionsfragen am Ende E, D
- k) Ich erwische mich oft dabei, loszureden und dann zu merken, dass der Beitrag nicht so wichtig war für die aktuelle Diskussion B
- l) Ich komm oft zu spät, weil ich vorher noch bei einem anderen Plenum war C
- m) Ich springe spontan für die Moderation

- ein, weil sie doch krank geworden ist E
- n) Ich bin eigentlich nur fürs Cornern danach da F
- o) Meine To-Do-Listen sind danach immer sehr viel länger als vorher A, E, C
- p) Ich muss lange überlegen, wie ich die Wie-Geht's-Mir-Runde starte, wenn ich moderieren muss, weil mir das nicht so liegt F, A

Es formt sich eine neue AG, was fühlst du?

- a) Och nö, nicht schon wieder eine neue Signal-Gruppe E
- b) Ich will unbedingt mitmachen, aber weiß nicht, wann ich dann schlafen soll C
- c) Ich kann keine Aufgaben übernehmen, aber würde gerne mitreden und mitentscheiden B
- d) Ich komm zum Kleingruppentreffen, wenn wir danach Cornern gehen F
- e) Ich will eigentlich nicht mitmachen, aber wenn ich nicht dabei bin, werden die anderen so unvorsichtig A

Es steht mal wieder eine Demo vor der Tür, was fühlst du? (Mehrfachantworten möglich)

- a) Es ist der 8. März, deswegen bring ich meiner Mitbewohnerin einen Kaffee ans Bett D
- b) Meine Northface Jacke ist frisch imprägniert und ich hab ein neue Sturmhaube bestellt, damit sie schön eng sitzt. Mein Rucksack klappert, weil ich schon die Sprühdosen eingepackt hab F
- c) Ich plane ein Bezugsgruppentreffen, damit ich mit meiner Bezugsgruppe über Bedürfnisse und Aktionspotentiale sprechen kann und sich alle wohl fühlen E, C
- d) Mist, ich war jetzt seit drei Wochen nicht joggen. Bin ich noch schnell genug, um vor den Cops wegzurennen? F
- e) Eigentlich würd ich gern nur an der Demo teilnehmen, aber bin mal wieder last minute als Ordner*in eingesprungen E, C

- f) Ich muss noch die Fahnen einpacken D
- g) Kamera Akkus aufladen!!! A
- h) Ich muss meinen Redebeitrag dringend nochmal üben B
- i) Hoffentlich ist die Strecke heute nicht so lang, ich bin danach noch verabredet C, F?

Wie gehst du mit Passwörtern um?

- a) Ich weiß nie wo sie sind und muss in die Gruppe nachfragen C, B
- b) Ich hab sie im Browser gespeichert, wenn mein PC konfisziert wird, haben wir ein Problem E
- c) Ich hab sie handschriftlich irgendwo aufgeschrieben D, F
- d) Ich hab einen Passwortmanager A
- e) Ich weiß sie auswendig und muss sie mir nicht aufschreiben A, E

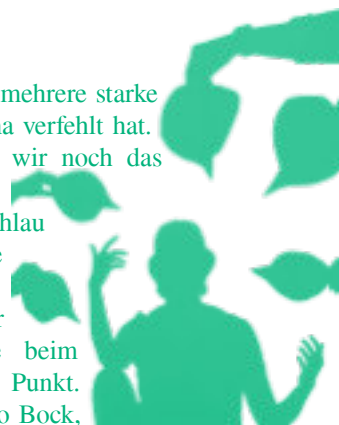


A) Techfreak

Wir lieben Techfreaks, weil eins Techfreak vor dem online-Plenum schon die Dokumente hochlädt und deren Screensharing startet. They nimmt aber auch gern mal jemand anderem beim Demo einrichten ein Kabel aus der Hand, weil they es ja doch selbst auch besser machen. Manchmal verdreht eins Techfreak die Augen, wenn ein Mensch was zu technischen Details nachfragt. They kennt richtig coole shortcuts auf dem Computer und redet ständig von noch so einer anderen Cloud, die auch viel sicherer wäre und generell will they eigentlich jedes Plenum über Sicherheit sprechen.

B) Die Labertasche

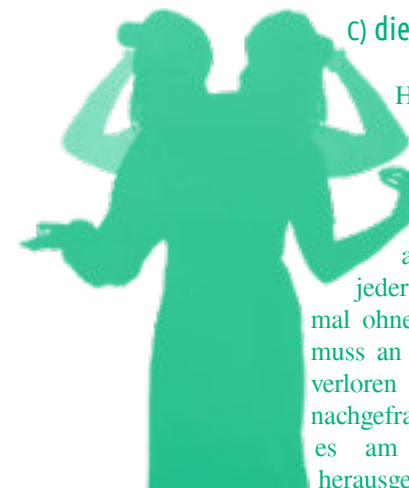
Die Labertasche oder auch Vielredende genannt, hat zu allem mehrere starke Meinungen und merkt oft erst beim Reden, dass sie das Thema verfehlt hat. Aber jetzt reden wir ja eh schon drüber, vielleicht können wir noch das andere Wichtige, was uns grade durch den Kopf ging, unterbringen. Die Labertasche klingt aber auch wirklich schlau und alles wirkt so schlüssig und da vergessen wir auch gerne was nochmal die Frage war und hören einfach weiter zu. Moment, was hast du eigentlich gesagt oder wo sind wir gerade? Die Labertasche unterbricht gerne mal Andere beim Sprechen, weil sonst vergisst sie ja ihren ganz wichtigen Punkt. Häufig hat diese Person zwar Bock viel zu reden, aber nicht so Bock,



Wie redest du über deine Gefühle?

- a) Gar nicht F
- b) Nur mit FLINTA*, aber ich hab auch einfach mehr weiblich sozialisierte Freund*innen D
- c) Find ich wichtig und richtig, aber da muss man auch aufpassen, wie man sich ausdrückt und auf die anderen achten D, E
- d) Schon auch gern, aber ist halt auch nicht für jeden Anlass angemessen A
- e) Ich würd's gern öfter machen, aber meistens hab ich so viel zu erledigen. Deswegen find ich Therapie so super, das ist fester Termin in der Woche C
- f) Viel und gerne, ich habe einen guten Zugang zu meinem inneren Erleben B

was zu machen. Sie kommt tendenziell zu spät zum Plenum und manchmal geht sie auch schon früher, weil Orgakleinscheiß kostet so viel Energie, Aktivismus soll ja auch Spaß machen, also ich würd schonmal früher gehen, ihr regelt das dann ohne mich, oder?



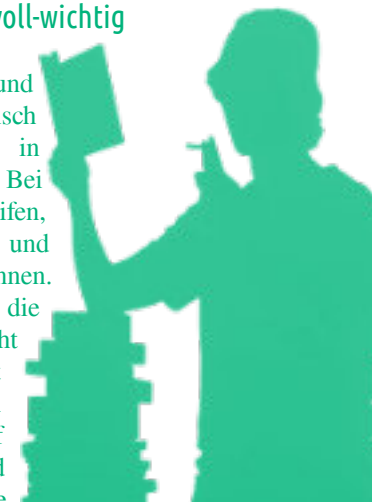
c) die FOMO-Person (fear of missing out)

Hat nie den Kalender dabei oder besitzt im Extremfall gar keinen und Terminabsprachen werden dadurch unmöglich. Wenn doch, dann immer nur unter Vorbehalt. Klingt gut, aber ich kann mich da grad noch nicht festlegen, ich melde mich nochmal - das passiert aber nie. Die Fomo-Person mischt überall mit und ist in jeder AG. Ach komm ich mach mit, aber fangt ruhig schon mal ohne mich an. They hat noch nie ein Protokoll gelesen und muss an alles erinnert werden, weil die To-Do Listen regelmäßig verloren gehen. Von them wird ständig in der Signalgruppe nachgefragt, wer nochmal für eine Aufgabe zuständig war, und ist es am Ende selbst. Oft sieht man diese Person mit herausgerissenen Seiten aus anderen Kalendern herumrennen, auf

denen ihre To-Do Listen gesammelt sind. Alle Termine der Fomo-Person überlappen sich, they übernimmt viele Aufgaben und kommt eigentlich nie pünktlich, weil they noch von einem anderen Plenum kommt.

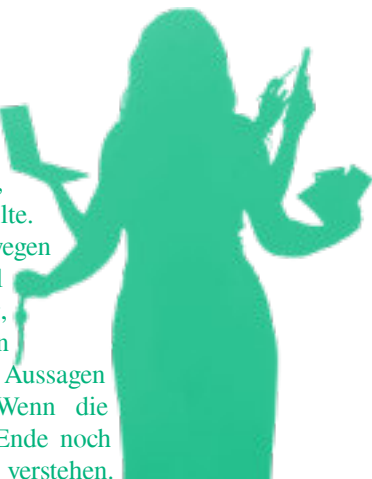
D) Ich-heul-mich-bei-Flinta-aus-und-ich-find-Feedback-voll-wichtig

IHMBFAUIFFVW findet an sich Theorie, Reflexion und Feedback mega wichtig. Adorno liegt auf deren Nachttisch und die IHMBFAUIFFVW-Person schlägt auch in regelmäßigen Abständen vor, einen Lesekreis zu eröffnen. Bei großen Diskussionen kann dieser Mensch sich nicht verkneifen, das Thema ins große ganze Weltgeschehen einzuordnen und erntet dabei Augenrollen von deren Genoss*innen. Persönlichkeitsentwicklung ist schon deren Hobby, also die IHMBFAUIFFVW Person arbeitet da echt an sich, vielleicht macht dey sogar Therapie. IHMBFAUIFFVW wünscht sich, dass denen Feedback gegeben wird, also wirklich ganz ehrlich und das ist ja auch ganz wertvoll, danke auf jeden Fall, aber vielleicht in Zukunft bitte nicht so wertend und also ich geh ja auch grad durch eine schwere Phase also so Timing war jetzt auch nicht so cool für mich. Am 8. März musste die Person echt viel übernehmen dann und dey fühlt sich auch ein bisschen ausgenutzt grade. Ich weiß, ist ja jetzt grade nicht meine Position, mich hier zu beschweren und ist ja auch ok, aber das war auch wirklich bisschen viel. Es tut dieser Person leid, dass dey FLINTA* in ihrem Umfeld doch häufig volllabert, aber das muss manchmal einfach raus und tut dem IHMBFAUIFFVW-Mensch auch meistens richtig dollte gut. Die sind halt auch so gute Zuhörer*innen. Diese Person hat schon häufiger versucht, kritische Männlichkeitsgruppen zu gründen und da über ihre Gefühle zu reden, aber die sind leider immer gescheitert.



E) Die Kann-ich-machen-Person

Die Person erbarmt sich bei der Aufgabenverteilung am Ende des Plenums immer dafür, die unbeliebten Sachen zu übernehmen. Gerne übernimmt der Mensch auch mal was, was eigentlich die verpeilte FOMO-Person machen sollte. Immer, wenn die eigentliche Moderationsperson wegen Krankheit oder so ausfällt, springt sie spontan ein, weil sonst will es ja niemand machen. Dieser Person ist wichtig, dass sich niemand von ihr angegriffen fühlt und deswegen bemerkt sie immer mal wieder, dass sie die eigenen Aussagen relativiert, um niemandem auf die Füße zu treten. Wenn die Labertasche sie unterbricht, lässt sie es zu und fasst am Ende noch deren unsortierte Gedanken zusammen, damit es alle verstehen. Diesem Menschen sind Feedbackrunden wichtig und am wohlsten fühlt er sich, wenn sich an die Rederegeln gehalten wird und alle zu Wort kommen können.



F) die Aktion-is-mein-Ding-Person

Diese Person schlägt vorm 8. März vor, eine nächtliche Aktion zu starten, sie hat aber keinen Bock, die Aktion danach zu reflektieren. Die Aktion-is-mein-Ding-Person fährt immer mit der gleichen Bezugsgruppe auf Demos und steht meistens in der ersten Reihe. Die Bezugsgruppe nimmt keine neuen Leute auf, weil die zu wenig Erfahrung haben und da hab ich jetzt wirklich kein Bock drauf, denen noch was zu erklären. Sie kann den Film „Hamburger Gitter“ nicht anschauen, weil das zu viele schlechte Erinnerungen hervorholt. Reflexion liegt der Aktion-is-mein-Ding-Person nicht so, weil sie eher so praktisch veranlagt ist. Meistens hat diese Person auch mehr Bock auf das Cornern nach dem Plenum als auf das Plenum selbst. Wenn sie dann doch beim Plenum war, regt sich die Aktion-is-mein-Ding-Person oft auf, wenn zu viel diskutiert und nicht so viel

beschlossen wurde. Wenn in Marburg mal wieder eine Demo ansteht, schlägt die Person vor, Schutz zu machen. Nicht aber ohne davor zu betonen, wie unnötig das ist, weil ja bekanntlich Marburger Demos mega slow und langweilig sind, da gibt's ja eh keinen richtigen Aktivismus, nur Bürgis hier. Auf anderen Politveranstaltungen beobachtet die Person die Situation gebannt und hofft insgeheim, dass es Stress gibt, damit sie Schutz machen kann. Den Menschen am Einlass schlägt sie ständig vor, dass sie doch Schutz machen und das übernehmen könnte.

Traurig über dein Ergebnis? Ja meine Fresse, wir haben halt alle unsere Macken. Am Ende sind wir alle gemeinsam wichtig für die Revolution also lacht auch mal zwischendurch über die Fehler der anderen und auch über eure eigenen! Aber reflektiert doch gern auch mal. Zum Beispiel bei einem Kalt- oder Heißgetränk.

Politarbeit ist Beziehungsarbeit!

Glossar

Abolitionismus: Bezeichnet einen theoretischen Ansatz und eine politische und soziale Bewegung, die die Abschaffung staatlicher Gewaltinstitutionen wie Gefängnis und Polizei anstrebt. Die Bewegung hat ihren Ursprung im Kampf gegen die Versklavung Schwarzer Menschen (s. **Schwarze Menschen**) und betont die rassistische Geschichte (s. **Rassismus**) staatlicher Gewaltapparate und ihre Komplizenschaft mit Formen kapitalistischer Ausbeutung (s. **Kapitalismus**) und patriarchaler Unterdrückung (s. **Patriarchat**).

Abdullah Öcalan: Gründungsmitglied der PKK, seit 1999 in türkischer Haft. Die wesentlichen Ideen für die **ideologischen Grundlagen der Kurdischen Freiheitsbewegung** kamen von ihm. (Quelle: Herausgeber*innenkollektiv (2022). *Verändern wollte ich eine Menge - aus dem Leben der Internationalistin Ellen Stérk*. S. 291)

ACAB: Abkürzung für englisch „all cops are bastards“, auf deutsch „alle Polizist*innen sind Bastarde“. Immer öfter hört man heutzutage auch ACAT, dies ist ebenfalls eine Abkürzung und steht für „all cops are targets“, auf deutsch so viel wie „alle Polizist*innen sind Ziele/Zielscheiben“.

Alt-Right Bewegung: Ist eine Selbstbezeichnung ultrarechter Aktivist*innen in den USA. Ihr Ziel ist es, die angebliche Überlegenheit der **weißen**, christlich geprägten Bevölkerung zu sichern und diese vor einer multikulturellen Gesellschaft zu „schützen“. Sie versucht, rechtsextreme Themen für breite gesellschaftliche Kreise anschlussfähig zu machen. Besonders große Gefahr geht von ihnen aus, da sie als extrem gewaltbereit gelten und über Waffen verfügen.

Antifa Ost-Verfahren, #freelina: Ist das größte Verfahren, das in den letzten 10 Jahren gegen Antifaschist*innen (s. **Antifaschismus**) geführt wurde. Es wird oft Antifa Ost-Verfahren genannt, da zunächst 10 Personen aus Sachsen, Thüringen und Berlin im Mittelpunkt der Ermittlungen standen. Ihnen wird vorgeworfen in unterschiedlichen Konstellationen offensiv gegen Faschisten (s. **Faschismus**) in Thüringen und Sachsen vorgegangen zu sein. Dabei wird allen zusammen unterstellt eine 'kriminelle Vereinigung' gebildet zu haben (Paragraf 129 StGB). Lina E. ist dabei eine der Haupt-beschuldigten, auch die Medien berichteten viel über sie, oft in **sexistischer Art und Weise**. (Quelle: SAO Broschuere März 2022)

Antifaschismus: Ist eine Gegenbewegung zum **Faschismus**. Antifaschismus ist aber nicht nur als Reaktion auf Faschismus zu verstehen. Denn Antifaschismus bezeichnet auch einen Kampf für eine befreite Gesellschaft, in der dem Faschismus jeglicher Nährboden fehlt.

Antikapitalismus: Ist eine Idee in der der **Kapitalismus** als Problem erkannt und bekämpft wird. Der Kapitalismus wird als Ursache, Produzent und Vervielfältiger von Leid, Ausbeutung und Ungleichheit analysiert. Deshalb ist Antikapitalismus eng verbunden mit Fragen zum Danach, wie Menschen sich unabhängig von kapitalistischen Zwängen aufeinander beziehen können, wie eine freie Gesellschaft aussehen kann und wie Alternativen zum (Wirtschafts- und Gesellschafts-) System des Kapitalismus aussehen können.

Antikommunismus: Ist eine **Ideologie**, die versucht den **Kommunismus** als gefährlich

und gewaltvoll darzustellen. Mit dem Aufkommen des Kommunismus/Sozialismus gründete sich auch der Antikommunismus vor allem in bürgerlich-konservativen Kreisen, aus Angst vor der Auflösung der bestehenden **Klassenordnung**. Unter dem Schirm des Antikommunismus versammelten sich schon immer Menschen/Gruppen verschiedenster politischer und religiöser Überzeugungen (Sozialdemokratie, Liberalismus, Konservatismus, **Faschismus**; Katholizismus) – vereint in der Gegnerschaft zum Kommunismus. Die USA ist historisch (nach der Revolution 1917 in Russland), genauso wie heute, die treibende Kraft dieser Ideologie und griff begründet durch sie oft und an verschiedenen Stellen ins Weltgeschehen ein. Beispiele dafür sind die Ermordung von Patrice Lumumba (aus Furcht er, als erster Regierungspräsident des unabhängigen Kongos, könnte sich mit der Sowjetunion verbünden), die Entwicklung von Drogenkartellen weltweit und usw.

autoritär: Beschreibt eine Konstellation von über- und untergeordneten Stellungen von Personen, Gruppen oder Institutionen. Sie bringt die Möglichkeit mit, Einfluss auf andere auszuüben oder von anderen beeinflusst zu werden. Zum "autoritären Charakter" gibt es verschiedene theoretische Annäherungen (z.B. von Erich Fromm). Einer autoritären Persönlichkeit wird oft zugeschrieben großes Potential für faschistische Einstellungen (s. **Faschismus**) zu beinhalten.

Außengrenzen: Beschreiben die äußeren Grenzen eines (Staats)Gebietes wie beispielsweise der Europäischen Union (EU). Die EU-Außengrenzen, also die Grenzen von EU-Mitgliedstaaten zu Nicht-EU Staaten, spielen in der Migrationspolitik und in der Debatte um Flucht und Migration eine entscheidende Rolle. Ihre verstärkte Militarisierung bedeutet für viele Menschen Gewalt und Tod.

außerparlamentarisch: Bezieht sich auf politische Sphären abseits von Gremien, Parlamenten, Parteien oder Regierungen und beschreibt politische Tätigkeiten, die nicht in diesem Rahmen stattfinden. Vor allem die eingesetzten Methoden der politischen Arbeit, zum Teil aber auch Vorstellungen und Ziele unterscheiden sich. Eine außerparlamentarische Linke steht im Gegensatz zu z.B. der Partei Die Linke.

Begehren: Ein Begriff aus der Psychoanalyse (u.a. von Jacques Lacan), der etwas Fehlendes beschreibt, von dem man jedoch nicht weiß, was es ist. Es beschreibt eine Art Mangelgefühl, steht durch das Unbewusste jedoch in Abgrenzung zum „einfachen“ Bedürfnis. Es äußert sich durch das Formulieren von sich wiederholenden Wünschen, die das Begehren vermeintlich befriedigen, es letztlich aber doch nicht tun, da das Begehren nicht zu befriedigen ist. Übertragen auf den Kapitalismus ist es das Gefühl, etwas besitzen zu wollen, um schließlich befriedigt zu sein, dann jedoch zu merken, dass man es nicht ist, womit sich der Prozess wiederholt (mehr und mehr Dinge werden gekauft, aber das Individuum ist nicht zufrieden).

Be_hinderung: Selbstbezeichnung. Eine von Be_hindertenrechtsaktivist*innen eingebrachte Schreibweise, die bildlich und sprachlich auf Barrieren und äußere Umstände (sowohl auf struktureller als auch räumlicher Ebene, z.B. in Gebäuden) gegenüber be_hinderten Menschen aufmerksam machen soll, die durch die Gesellschaft geschaffen werden.

BIPOC/BI_POC: Selbstbezeichnung. Abkürzung von Black Indigenous People of Color (Deutsch: Schwarz, Indigen, der Begriff People of Color wird nicht übersetzt). Es ist eine politische Selbstbezeichnung, die das Ergebnis von Kämpfen gegen rassistische Unterdrückung (s. **Rassismus**) und für

mehr Gleichberechtigung ist.

binäres Geschlechtssystem: Ein System, das davon ausgeht, dass es nur zwei Geschlechter, nämlich männlich und weiblich, gibt. Es orientiert sich meist am rein biologischen Verständnis von Geschlecht und erkennt keine Geschlechter neben dem Männlichen und Weiblichen an. Dadurch werden Menschen ausgegrenzt, die nicht in dieses Bild passen.

Binarität: Binär ist lateinisch und bedeutet doppelt oder paarweise. Es beschreibt in unserem Fall die Gegenüberstellung von Konzepten, die scheinbar nur in Bezug auf einander gedacht werden können. Z.B. gut und schlecht und gewaltvoll und friedlich werden immer zusammen gedacht aber als Gegenteile gesehen. Diese Art des Denkens und Politikmachens ist weit verbreitet, vereinfacht aber oft komplexe Situationen und Sachverhalte, die mit diesem Schema bewertet werden.

Care Arbeit: Auch Reproduktionsarbeit beschreibt die Tätigkeiten des Sorgens und Sich-kümmerns. Care Arbeit ist überlebenswichtig. Darunter fällt z.B. Kinderbetreuung, (emotionale) Hilfe und Unterstützung unter Freund*innen, familiäre Unterstützung, Hausarbeit (kochen, putzen, mitdenken) und einiges mehr. Diese Arbeit wird überwiegend von **FLINTA*** geleistet und ist meistens unbezahlt. Zum Teil wird sie nicht mal als Arbeit gesehen z.B. emotionale Unterstützung. Dabei kostet diese Unterstützung viel Zeit und Kraft. Wenn Care Arbeit bezahlt wird dann oft schlecht z.B. Altenpflege. Migrant*innen aus ärmeren Ländern bedienen dabei die steigende Nachfrage in Ländern des globalen Nordens.

cis/cisgender: Adjektiv für Menschen, deren Geschlechtsidentität mit dem Geschlecht übereinstimmt, das ihnen bei der Geburt

zugewiesen wurde. Sie werden als cis Mann beziehungsweise cis Frau bezeichnet. Auch inter Personen (s. **inter**) können cis sein.

Demokratischer Konföderalismus: Ein Gesellschaftssystem ohne Staat, das auf Selbstverwaltung basiert. Es stützt sich auf 3 Grundpfeiler: demokratisch, ökologisch, geschlechterbefreit.

Dominanzgesellschaft: Die Dominanzgesellschaft bezeichnet den Teil der Gesellschaft, der die kulturellen Normen bestimmt und sie repräsentiert. Menschen, die diesen Normen nicht entsprechen, werden ausgeschlossen, unterdrückt und/oder diskriminiert. Wer in einer Gesellschaft Dominanz ausübt, also Macht hat, entscheidet sich entlang verschiedener Differenzen (z. B. reich/arm, deutscher Pass/kein (deutscher) Pass, **weiß/Schwarze Menschen** und Menschen of Color, **cis/trans**, maskulin/feminin usw.). Über- und Unterordnung sind eingelassen in Normalitätstvorstellungen, sodass sich die Dominanzgesellschaft ihrer eigenen Hierarchien nicht bewusst ist und Diskriminierung verdeckt und gerechtfertigt wird. Dominanzgesellschaft ersetzt den Begriff der „Mehrheitsgesellschaft“, um darauf aufmerksam zu machen, dass es sich nicht um faktische Mehrheiten oder Minderheiten handelt, sondern



um Über- und Unterordnung.

Dysphoria (engl.)/Disphorie (dt.): Auch Gender Dysphoria, beschreibt seelische Belastungen und psychische Beschwerden, die meist durch eine fehlende Übereinstimmung der eigenen Geschlechtsidentität mit körperlichen Eigenschaften, aber auch bestimmten Verhaltensmustern ausgelöst werden. Dies kann mit den eigenen Vorstellungen von Geschlecht zusammenhängen, wird aber im Besonderen durch gesellschaftliche Normen, was als „männlich“ oder „weiblich“ gilt, beeinflusst. Als Gegenstück gibt es aber auch Gender Euphoria (engl.)/Euphorie (dt.), ein Gefühl, das ausgelöst wird, wenn die eigene Geschlechtsidentität von außen bestätigt wird (z. B. durch das Verwenden der richtigen Pronomen) oder die eigene Wahrnehmung von sich selbst zur eigenen Geschlechtsidentität passt (z. B. durch das Tragen bestimmter Kleidung).

egalitäres System: Egalitär kommt vom französischen égalitaire (dt. gleichmachend) und bedeutet „auf Gleichheit gerichtet“. Egalitäre Systeme haben das Ziel (tatsächlicher) politischer, rechtlicher und sozialer Gleichheit aller Menschen.



Emanzipation: Meint die Selbstbefreiung als politischen Akt. Emanzipatorisches Handeln strebt (u.a.) nach Freiheit und Gleichheit. Emanzipatorische Kämpfe kämpfen also für die Beendigung aller Formen von Herrschaft, Diskriminierung und Ausschlüssen.

Entnazifizierung: Das Ziel, die nationalsozialistische Ideologie vollständig zu entfernen. Nach dem 2. Weltkrieg wurde die Entnazifizierung zwar angekurbelt, aber nie ansatzweise vollzogen. Ihre Ziele waren/sind u.a. das Verbot der NSDAP, das Entfernen von NS-Verbrecher*innen aus öffentlichen Ämtern sowie ihre strafrechtliche Verfolgung und das Entfernen von Symbolen, Büchern, Straßennamen usw. mit NS-Ideologie. Allerdings verblieben viele Nazis in ihren hohen Positionen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Auch maßgeblich vom Krieg profitierende Konzerne wie VW, Siemens, Daimler, Bayer u.a. wurden nie zur Verantwortung gezogen.

Entstigmatisierung: Die Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen meint das Abbauen von Vorurteilen und gleichzeitig Fehlannahmen, die gegenüber Betroffenen herrschen. Sie erklären psychisch kranke Menschen beispielsweise als verrückt oder als nicht ernst zu nehmen. (s. auch **Stigmatisierung**)

Erinnerungskultur: Ist ein Sammelbegriff und beschreibt die Art und Weise, wie und welchem Vergangenen gedacht wird. Dem zu Grunde liegt die Idee, dass das Vergangene, also Erinnerungen und Geschichte, maßgeblich auch die Gegenwart und Zukunft prägen. Erinnerung ist nicht universell. Verschiedene Menschen und Gruppen erinnern Verschieden(es). Erinnerungskultur ist deshalb ein politisch umkämpftes Feld. Auch die Erinnerungskultur ist von den bestehenden ungleichen Machtverhältnissen in der Gesellschaft beeinflusst. Deshalb wird nicht nur verschieden erinnert,

sondern es werden auch verschiedene Ereignisse als erinnerungswürdig und wichtig bewertet. Außerdem gibt es viele Akteur*innen, die zum Teil versch. Ziele verfolgen und über verschiedene Ressourcen wie z.B. Geld verfügen und ihrer Stimme mehr Gehör verschaffen können. Auf Grund all dieser Faktoren ist Erinnerungskultur ein umkämpftes Feld, in dem dauerhaft die Frage verhandelt wird: Welche Erinnerungen von welchen Gruppen wird gehört und erinnert und welche nicht? Dabei wird auch immer wieder verhandelt, welche Ereignisse und Perspektiven in z.B. Geschichtsbüchern auftauchen und wie das beeinflusst, welches Gefühl Menschen zu diesen Ereignissen entwickeln. Z.B. wird migrantischer Widerstand in rassistischer Gewalt (s. **Rassismus**) thematisiert, wenn ja, wie und wie viel? Wird über die Menschen gesprochen oder kommen sie selbst zu Wort? Welches Bild wird durch die Repräsentation gezeichnet? Akteur*in-nen, die Erinnerungskultur formen sind z.B. staatliche Institutionen, Museen, Medien, gesellschaftliche Gruppen, betroffene Personen.

europäisches Grenzregime: (s. **Außengrenze**) bezeichnet ein System, aus Politiken, Entscheidungen, Handlungen die sich mit der EU-Außengrenze und ihrer Bewahrung auseinandersetzt. Das e. Grenzregime basiert auf **Rassismus** und widerspricht dem Grundsatz, dass alle Menschen gleich (viel wert) sind und die Menschenwürde unantastbar sei. Durch das e. Grenzregime werden Menschen auf der Flucht an der Einreise nach Europa gehindert z.B. indem es keine legalen Fluchtrouten bereitstellt, aber auch indem es Menschen auf der Flucht sterben lässt. So ermordet das europäische Grenzregime, ausgeführt durch Politiker*innen, Frontexbeamte, Grenzbeamte, Polizei und viele mehr, an den EU-Außengrenzen Menschen.

Exekutive: Ist die Instanz, die für die aus-

übende Gewalt zuständig ist. Dazu gehören u.a. die Polizei, die Bundesregierung, Staatsanwaltschaft und die Verwaltung der Länder.

Extraktivistischer Kapitalismus: System, das auf der höchstmöglichen Ausbeutung von Rohstoffen (und Agrarland) für den Export / die Vermarktung basiert. Ziel des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist es damit den größtmöglichen Profit zu den niedrigsten Kosten zu machen. Dies hat neben der Zerstörung der Umwelt auch die Vertreibung von Menschen zufolge.

extremistisch: Ist von dem lateinischen Wort 'extremus' abgeleitet, was außen heißt. Dem zu Grunde liegt die staatliche Auffassung, dass bestimmte politische Einstellungen und Bestrebungen sich an den 'äußersten Rändern' des politischen Spektrums, vermeintlich jenseits der freiheitlich demokratischen Grundordnung verordnen lassen. Diese Auffassung wird fälschlicherweise von weiten Teilen der Gesellschaft mitgetragen. Deshalb ist die sog. **Hufeisentheorie** auch nach wie vor so verbreitet. Extremismus kann so als Stigmata von linken Kämpfen für mehr soziale Gerechtigkeit genutzt werden, denn damit wird die Idee von der Notwendigkeit eines radikalen Wandels für wahrhaftige soziale Gerechtigkeit als undemokratisch abgetan.

Feminismus: Ist eine gesellschaftliche Bewegung, Haltung und Gesellschaftskritik, die eine Gleichberechtigung aller Menschen in allen Lebensbereichen zum Ziel hat und einen grundlegenden sozialen Wandel fordert. Feminismus bekämpft **Sexismus** und steht für eine Selbstbestimmung und Gleichheit aller Geschlechter. Feminismus bekämpft auch alle anderen Diskriminierungsformen, da nur so eine Welt geschaffen werden kann, in der alle ohne Angst verschieden sein können (s. **Intersektionalität**). Historisch gab es bisher

drei sog. Wellen des Feminismus, die jeweils für verschiedene Rechte und Ziele kämpften. Sie sollten in ihrem historischen Kontext betrachtet werden. Es gibt zudem versch. Strömungen innerhalb des Feminismus z.B. Queerfeminismus oder sozialistischer Feminismus.

Finanzkrise 2008: Bezeichnet eine der größten globale Finanzkrisen. Ausgelöst durch die Immobilienkrise in den USA, verloren in direkter Konsequenz in den USA viele Menschen ihr Haus und große Teile ihrer Ersparnisse. Nach und nach meldeten viele Banken Insolvenz an und die Weltwirtschaft brach zusammen. Staatliche Hilfen retteten Banken aus der Insolvenz und führten wiederum zu einer starken Verschuldung besonders der europäischen Länder. Dies führte zu der europäischen Schuldenkrise oder auch Eurokrise. Diese führte unter anderem zu großer Arbeitslosigkeit und Armut in Südeuropa und zu dem Bankrott von Griechenland. Die Folgen der Finanzkrise und der damit einhergehenden sozialen Unsicherheit (Existenzangst, Arbeitslosigkeit etc.) sind bis heute global zu spüren. Historisch betrachtet profitieren besonders rechte Bewegungen von ökonomischen Krisen.

FLINTA*: Selbstbezeichnung. Die Abkürzung steht für Frauen, Lesben, **Inter**, **Nicht-binär**, **Trans**, Agender und wird von und für Menschen benutzt, die sich mit einer oder mehrerer dieser Identitäten selbst beschreiben. Frauen sind alle Menschen, die sich selbst als Frauen identifizieren, also nicht nur cis Frauen (s. **cis**). Die Selbstbezeichnung Lesben bezieht sich nicht ausschließlich auf eine Form des Begehrens, sondern stellt für einige Menschen auch eine Identität dar und ist daher in der Abkürzung enthalten. Agender oder auch genderless nutzen Menschen für sich, die sich keinem Geschlecht zugehörig fühlen oder das Konzept von Geschlecht ablehnen. Zur Erklä-

rung von inter, nicht-binär, trans* gibt es eigene Glossarbeiträge. Das Sternchen steht für diejenigen, die sich in keinem der Buchstaben wiederfinden und im Patriarchat (s. **Patriarchat**) marginalisiert werden. Die Abkürzung kann auch als TINFLA* benutzt werden, um nicht cis-geschlechtliche Identitäten sichtbar zu machen. Die Abkürzung TINA* bezeichnet nur einen Teil der oben benannten Gruppe, nämlich trans*, inter, nicht-binäre und agender Personen.

geframed: To frame ist ein englisches Verb und heißt rahmen. Wenn etwas geframed wird dann wird etwas in einen Rahmen gesetzt. Die wahrgenommene Realität wird in ein Bedeutungsmuster eingeordnet. Ein Ereignis oder eine Handlung wird so in einem bestimmten Licht gesehen und bewertet. Die Bewertung (z.B. hervorheben eines Aspekts des Ereignis) steht in Anknüpfung an politische Überzeugungen, Ideologie etc. Durch framing kann sowohl bewusst als auch unbewusst die Wahrnehmung beeinflusst werden.

Geheimdienst: Ein Geheimdienst ist meist eine staatliche Behörde, die das Ziel hat im In- und Ausland Informationen zu sammeln, um für Sicherheit im jeweiligen Staat zu sorgen. In Deutschland gibt es drei Geheimdienste: den Bundesnachrichtendienst, den **Verfassungsschutz** und den Militärischen Abschirmdienst. Die Geheimdienste dürfen z.B. auch verdeckte Ermittler (z.B. sog. "Vertrauensleute") einsetzen, die geheime Observationen durchführen.

gender: Siehe **sex & gender**

Genitalpräferenz: Beschreibt eine Vorliebe dafür, welche Genitalien die jeweilige Person, die man datet, hat. Das beschreibt nicht die Sexualität einer Person, denn Sexualität bezieht sich auf das Geschlecht von Personen. Geschlecht ist aber unabhängig von Genitalien, es lässt sich nicht von dem je-

weils Einen auf das jeweils Andere schließen.

George Floyd: Ein Schwarzer Mann, der am 25. Mai 2020 in Minneapolis bei einer rassistischen Verkehrskontrolle durch die Polizei ermordet wurde (s. **racial profiling**). Er war 46 Jahre alt, Vater von fünf Kindern, hatte zwei Enkel und machte früher Rap und HipHop Musik. Der Mord an ihm führte dazu, dass sich zahlreiche neue Menschen der Black Lives Matter Bewegung in den USA anschlossen, einer großen Protestbewegung gegen rassistische Gewalt (s. **Rassismus**). Weltweit wird mit Graffiti, Statuen und anderer Kunst an ihn erinnert.

Gesa: Ist die Kurzform für Gefangenen-sammelstelle. An diesen Ort werden Menschen gebracht, die festgenommen wurden, bis sie potenziell einem*einer Richter*in vorgeführt werden, wenn ein Haftbefehl vorliegt. Es gibt eine festgeschriebene Maximalzeit, wie lange Menschen in einer Gesa festgehalten werden dürfen, diese variiert je nach Bundesland.

Gewaltmonopol: Beschreibt eine Instanz, die das alleinige Recht hat, Gewalt auszuüben. In der Regel wird dieses Recht dem Staat zugesprochen. Diese (staatliche) Gewalt (s. **Staatsgewalt**) wird meist von der Polizei ausgeübt und vor dem Hintergrund des Gewaltmonopols als legitim angesehen.

Globalisierung: Bezeichnet die zunehmende Entstehung weltweiter Märkte für Waren, **Kapital** und Dienstleistungen sowie die damit verbundene internationale Verflechtung der Volkswirtschaften. Globalisierung ermöglicht die Entkopplung von Arbeit und Produktion, Produkten und Dienstleistungen von nationalen Standorten und ermöglicht es den Unternehmen, die für sie günstigsten Produktions- bzw. Lieferstandorte auszuwählen. Hauptakteure der Globalisierung sind multinationale Unternehmen, die mit ihren Investitionen, Produktionen und Pro-

dukten weltweit Preise und Produktionsbedingungen bestimmen. Durch ihre zunehmende Macht verstärken sich weltweit Ungleichheit, Armut, die Privatisierung öffentlicher Güter, schwindende Macht von Arbeitnehmer*innenorganisationen, Ausbeutung von Arbeitskräften, die Zerstörung der Umwelt sowie die Missachtung der Menschenrechte.

G20: Ein Zusammenschluss aus 19 Staaten und der Europäischen Union, die als die mächtigsten Länder der Welt gelten. Sie treffen sich einmal im Jahr, um sich über Themen wie beispielsweise Klima-, Migrations-, Wirtschafts- und Bildungspolitik auszutauschen. Die Länder des G20 haben extrem viel Macht und sind gleichzeitig die Staaten, die an zahlreichen Kriegen beteiligt sind, beispielsweise in Syrien, Irak, Afghanistan und dem Kongo. Auch der voranschreitende Klimawandel geht zu großen Teilen auf die Staaten der G20 zurück, die für 82% der Emissionen weltweit verantwortlich sind. Wegen des G20-Gipfels 2017 kam es in Hamburg zu lauten Protesten zahlreicher linker Gruppierungen. Diese Proteste wurden extrem aggressiv von der Polizei niedergeschlagen. Viele der Protestant*innen wurden daraufhin zu Haftstrafen verurteilt, während weder die Polizei noch der Innensenator oder andere Politiker*innen zur Verantwortung gezogen wurden.

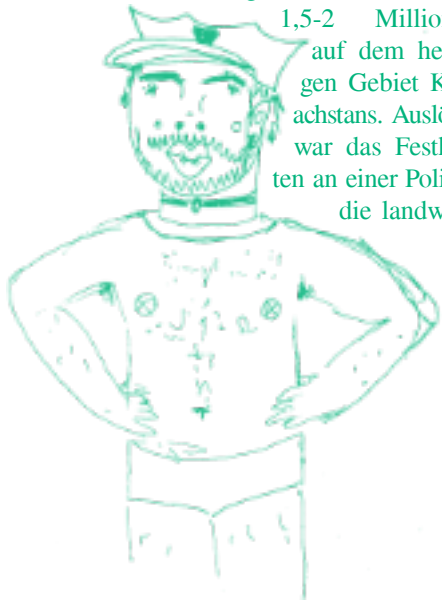
heteronormativ: Geht von der Heterosexualität als Norm der Geschlechterverhältnisse in der Gesellschaft aus und zwingt Menschen in ein zweigeschlechtliches Modell (s. auch **binäres Geschlechtssystem**). Derzeit leben wir in einer heteronormativen Gesellschaft, was direkte Auswirkungen auf die Lebenspraxis in ihr hat. Zum Beispiel gibt es fast ausschließlich nach zwei Geschlechtern (Männer & Frauen) getrennte Toiletten, was Personen, die nicht in dieses Bild passen, vor Hindernisse stellt. Auch schreibt es Verhaltensnormen vor (besagt also, welches Verhalten ok ist und welches

nicht), was Diskriminierung, aber auch Verfolgung und Auslöschung zur Folge hat.

Holocaust: Als Holocaust wird die systematische Verfolgung und Ermordung von ganzen Bevölkerungsgruppen durch Nationalsozialist*innen zwischen 1933 und 1945 bezeichnet. Die systematische Vernichtung von Jüdinnen*Juden wird mit der Selbstbezeichnung **Shoah** benannt. Diese Begriffe bedeuten nicht das gleiche.

Holodomor: Setzt sich aus den ukrainischen Wörtern 'Holod' - Hunger und 'Mor' - Massensterben zusammen und ist die Bezeichnung für die Hungerskatastrophe in weiten Teilen der ländlichen Bevölkerung in der UdSSR, vor allem in den Gebieten der heutigen Ukraine, Kachschans und an der Wolga (1932/1933). Zu der Zeit war Josef **Stalin** Staatsoberhaupt. Bei der Hungerskatastrophe kamen zwischen 5 und 7 Millionen Menschen um, davon ca. 3 Millionen in Gebieten der heutigen Ukraine und ca.

1,5-2 Millionen auf dem heutigen Gebiet Kasachstans. Auslöser war das Festhalten an einer Politik, die landwirt-



schaftliche Zwangsabgaben bzw. Beschlagnahmen vorsah, um die städtische Bevölkerung, also Fabrikarbeiter*innen ernähren zu können und dem Festhalten an dieser Politik, trotz massiver Missernten. So nahm Stalin den Tod von Millionen von Menschen in Kauf, um an seinem Plan für die Industrialisierung der UdSSR festzuhalten. Unter Stalin wurde die Versorgung oder der Entzug der Bevölkerung mit Lebensmitteln zu einem Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele. Fest steht, dass die Hungerskatastrophe in der Sowjetunion und insbesondere auf dem Gebiet der heutigen Ukraine politisch erzeugt und ein staatlich organisiertes Verbrechen war. Die historischpolitische Einordnung der Hungerskatastrophen in der Sowjetunion als Genozid ist jedoch umstritten. Es ist auch wissenschaftlich nicht eindeutig geklärt, ob der Holodomor als staatlicher Massenmord gezielt und aus „nationalen, ethnischen, rassistischen oder religiösen Gründen“ erfolgte. (weiterlesen: Antifa-Magazin der VNN-BdA: Hungerskatastrophe als Genozid?)

Hoyerswerda: Ist eine Stadt im Osten Sachsens. Dort griffen ab dem 21. September 1991 Neonazis unter Beifall und mit Unterstützung Hoyerswerdaer Bürger*innen tagelang Wohnheime von Vertragsarbeiter*innen und Asylsuchenden, zumeist aus Mosambique und Vietnam, an. Diese Angriffe hielten so lange an, bis die dort lebenden Menschen evakuiert werden mussten. Dieses Pogrom hängt mit einem weiteren Angriff am 17. September zusammen. Hier griffen mindestens acht Neonazis auf dem Marktplatz von Hoyerswerda zunächst einige vietnamesische Händler*innen an. Die Betroffenen wehrten sich und flüchteten in ein Vertragsarbeiter*innenwohnheim in eines der Wohnheime. Auch deshalb wurden die Wohnheime zum Ziel dieser rassistischen Pogrome. Die Polizei stoppte die Täter*innen nicht. Nur durch Zufall kam es nicht zu Todesopfern. Die rassistischen

Pogrome in Hoyerswerda gelten als Beginn einer Serie rassistischer und ausländerfeindlicher Ausschreitungen Anfang der 1990er (Baseballschlägerjahre) in Deutschland. (weiterlesen: Antifaschistisches Infoblatt: Fünf Tage im September 1991)

Hufeisentheorie: Die Hufeisentheorie geht davon aus, dass das politische Spektrum einer Gesellschaft mit einem Hufeisen vergleichbar ist. Das Bild eines Hufeisens ist in drei Teile unterteilt: Linke Kräfte auf der linken Seite, die gemäßigte Mitte in der Mitte und rechte Kräfte auf der rechten Seite. Die beiden Enden stellen die "extremen" Seiten dar. Das linke Ende des Hufeisens ist also "linksextrem", das rechte Ende ist rechtsextrem. Das Problem: In diesem Bild werden Links- und Rechtsextremismus als sich Nahe stehend dargestellt und dadurch in Wirkmacht und Gefährlichkeit gleichgesetzt. Es wird also behauptet, es gäbe Gemeinsamkeiten in Methoden, Struktur, Ideen, Menschen- und Weltbild zwischen rechts- und linksextrem.

Ideologie: Bezeichnet im weiteren Sinne Ideen und Weltbilder in einer Gesellschaft, die Sinn und Zweck des Lebens erklären und die Basis für bestimmte Arten zu Denken (Kategorien, Erkenntnisse, Wertvorstellungen, etc.) bilden. Z.B. haben Kapitalismus (s. **Kapitalismus**), **Kommunismus**, Liberalismus, Sozialismus, usw. jeweils ihre Ideologien. Ein Denken außerhalb von Ideologie gibt es nicht, denn sie strukturiert das Leben. Das Postulieren von objektiver, neutraler Realität oder die Forderung nach einem „ideologiefreien Diskurs“ sind damit selbst ideologische Aussagen.

Identitätspolitik: Zentriert die Idee von Identität (was ich bin) im politischen Kampf. Ihr Ziel ist es, möglichst viele diverse Identitäten in Gesellschaft zu hören und zu repräsentieren, um bestehende gesellschaftliche Probleme aufzulösen. Identitätspolitische Kämpfe sind oft Kämpfe für Rechte von gesellschaftlich **marginalisierten** Gruppen und deswegen wichtig. Oft wird der Kampf um soziale Gerechtigkeit allerdings auf Identitätspolitik verkürzt, sodass etwa das Gefühl vermittelt wird, dass mehr Repräsentation von **Schwarzen** Menschen z.B. in Medien das Problem des Rassismus löst. Identitätspolitik basiert auf partikulären Kämpfen und verkennt einen universalistischen Ansatz, weshalb Identitätspolitik allein keine allumfassende grundlegende Veränderung mit sich bringen kann. Außerdem wird Identität als kohärent und ohne Brüche dargestellt, weshalb sie auch immer eng mit **Ideologie** verknüpft ist.

Illegalisierte Menschen/Illegalisierung: Beschreibt Menschen, die sich in einem Gebiet aufhalten, das es ihnen aufgrund nationaler (Landes-)Grenzen und des dort herrschenden Gesetzes eigentlich nicht erlaubt, dort zu sein. Sie haben häufig keinen oder einen gefälschten Pass und sind daher aus vielen Bereichen der Gesellschaft ausgeschlossen. Da die meisten öffentlichen Stellen illegalisierte Personen melden müssen, ist z. B. ihr Zugang zu Arbeit, Wohnraum, Bildung, medizinischer Versorgung oder Sozialleistungen massiv eingeschränkt. Der Begriff „illegalisiert“ soll verdeutlichen, dass die Eingrenzung dieser Gebiete und die Regeln, wer dort sein darf und wer nicht, menschengemacht sind und Menschen nicht per se illegal sein können.

Industrialisierung: Prozess, in dem sich ein Staat vom Agrarstaat zum Industriestaat entwickelt. Das bedeutet eine Veränderung von landwirtschaftlicher Produktion hin zu einer industriellen, also überwiegend maschinellen Produktion. Im 18./19. Jahrhundert wurden vor allem in Westeuropa immer mehr Fabriken gegründet und viele Menschen wurden zu Fabrikarbeiter*innen. Folgen der Industrialisierung sind bspw. Urbanisierung (also Zuzug in städtische Regio-

nen und Wegzug aus ländlichen Regionen), Wechsel von Selbstversorgung zu Fremdversorgung (die landwirtschaftlichen Produkte werden zunehmend aus anderen Ländern importiert und müssen gekauft werden, statt sie selbst zu produzieren) und Umweltverschmutzung. Außerdem führte die Industrialisierung zu einer stark getrennten Klassengesellschaft (s. **Klassenordnung**) zwischen Arbeiter*innen und dem Bürgertum.

Imperialismus: Bezeichnet das Streben von Ländern wie beispielsweise den USA, ihre Macht und Politik über ihre Landesgrenzen hinaus auszuweiten. Diese „Ausbreitungspolitik“ ist eine Form des Kolonialismus (s. **Kolonialismus**). Imperialismus bedeutet unter anderem die Ausbeutung von Ländern mit Blick auf den eigenen wirtschaftlichen Nutzen oder die Einflussnahme auf die Regierungen und Politik in anderen Ländern (bekannte Beispiele sind lateinamerikanische Länder wie Kuba, Venezuela oder Chile).

inter: Selbstbezeichnung. Inter oder intergeschlechtliche Personen wurden mit körperlichen Merkmalen geboren, die aus medizinischer Perspektive „geschlechtlich uneindeutig“ sind. Inter Personen können sich sowohl als binär weiblich oder männlich (s. **Geschlechtersystem**) identifizieren, als auch als nicht-binär (s. **nicht-binär**) inter oder jegliche andere Geschlechtsidentität.

Internationalismus: Ist eine politische Haltung und Praxis in der Linken, bei der besonders viel Wert darauf gelegt wird Grenzen von Nationalstaaten in der politischen Arbeit zu überwinden. Unterdrückungsverhältnisse wie **Klassismus**, **Rassismus**, **Sexismus** und **Nationalismus** werden als strukturelle Spaltungen gesehen. Diese werden durch die Konkurrenz im **Kapitalismus** produziert bzw. verstärkt. Wichtige Grundlagen des Internationalismus sind Solidarität und Empathie für andere Menschen, verbunden mit einem Klassenbewusstsein.

Vernetzung ist ein wichtiger Teil von internationalistischer Arbeit. Menschen, die sich links internationalistisch organisieren sind häufig in Solidaritätsarbeit zu z.B. der **Zapatistischen Bewegung** oder der **kurdischen Befreiungsbewegung** aber auch in der No-Border Bewegung zu finden. Historisch steht der Internationalismus in theoretischer Tradition des **Kommunismus**/Marxismus (und Anarchismus). Das wird z.B. durch den Aufruf „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ aus dem Kommunistischen Manifest verdeutlicht. Das Ziel: eine vereinigte, internationale Arbeiterklasse über Nationalgrenzen hinweg, ein Weltproletariat. Diesem gehören alle Arbeiter*innen an, die im Kapitalismus ihre Arbeitskraft verkaufen müssen oder anders in ökonomischen Abhängigkeitsverhältnissen gehalten werden. Heutzutage erhält Internationalismus auf Grund von der **Globalisierung** und globalem Kapitalismus neue politische Wichtigkeit und Notwendigkeit. Denn nicht nur Produktion sondern auch Arbeit und Unterdrückungsverhältnisse sind über Ländergrenzen hinweg organisiert. So müssen auch Klassenallianzen über Ländergrenzen hinweg organisiert werden. Ein Beispiel dafür sind transnationale Streiks in globalen Unternehmen, z.B. Amazon, oder entlang von Lieferketten.

Intersektionalität: Beschreibt die Verschränkung verschiedener Diskriminierungsformen. Das können Diskriminierungen beispielsweise aufgrund von Geschlecht, Klasse (s. **Klassismus**), Race (s. **race**), Nationalität, **Behinderung** (s. **Behinderung**), sexueller Orientierung, Religion oder der Hautfarbe sein. Es macht einen Unterschied, ob eine dieser Diskriminierungsformen oder mehrere gleichzeitig auf eine Person zutreffen. Für eine **Schwarze Frau** z.B., die **Sexismus** (s. **Sexismus**) und **Rassismus** (s. **Rassismus**) erlebt, existieren diese Diskriminierungsformen dann nicht einfach nebeneinander, sondern führen zu spezifischen Unterdrückungsformen. Damit soll betrachtet

werden, wie verschiedene Machtssysteme und -strukturen ineinandergreifen und ausgegrenzte Gruppen in der Gesellschaft beeinträchtigen.

Kader/Kader*in: Sind im Kontext der **kurdischen Freiheitsbewegung** Aktivist*innen, die ihr gesamtes Leben dem Kampf für Freiheit widmen, sozusagen 'Vollzeit-Revolutionär*innen'. Allgemeiner beschreibt die Idee von Kader eine Kerngruppe. Dieses Wort wird auch außerhalb des politischen Kontexts, z.B. im Fußball, verwendet.

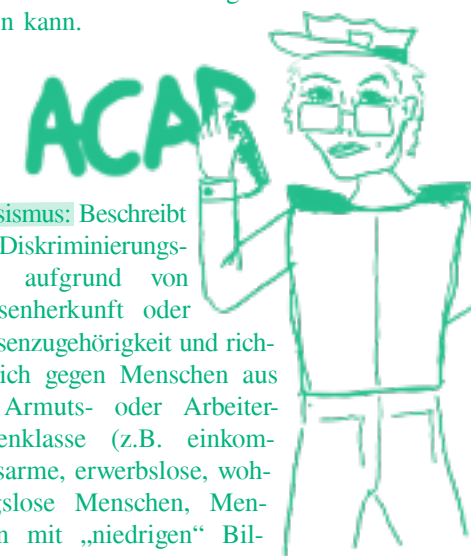
Kapital: Bezieht sich allgemein nicht lediglich auf das zur Verfügung stehende Geld, sondern auf die Summe aller Produktionsmittel, die zur Verfügung stehen, also auch auf Gebäude, Maschinen, Fahrzeuge und Geschäftsausstattung. Marx zufolge ist Kapital jedoch nichts Statisches, sondern bildet sich erst, wenn produziert wurde und Güter entstanden sind, die sich mit Gewinn verkaufen lassen. Um Wert zu besitzen, muss das Kapital zirkulieren, nur so wird es zu Profit. Da es zugleich dem Zwangsgesetz der Konkurrenz unterliegt, muss der Prozess stetig am Laufen gehalten werden. Diesen nennt man eben auch Kapitalismus (s. **Kapitalismus**). Auch Bildung, Zugang zu Kultur und soziale Beziehungen können als eine Form von Kapital verstanden werden.

Kapitalismus: Ist eine bestimmte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Darin besitzen einige wenige Menschen den Großteil des Kapitals/Geldes (s. **Kapital**). Sie sind frei, mit diesem Kapital zu tun, was sie möchten. Angebot (und Nachfrage) bestimmen Markt und Produktion. Der Staat greift dabei wenig bis gar nicht in die Wirtschaft ein. So bilden sich verschiedene Klassen (s. **Klassenordnung**). Diese Klassen stehen in einem Abhängigkeitsverhältnis. Die besitzende Klasse herrscht auf Grund ihres Kapitals über Besitzlose, welche auf den Lohn, den sie für den Verkauf ihrer Arbeitskraft bekom-

men, angewiesen sind. Dieses Abhängigkeitsverhältnis beschreibt also auch ein Unterdrückungsverhältnis. Da sich Menschen nicht freiwillig/gerne unterdrücken lassen, gibt es die Notwendigkeit (mit Zwang) für die Einhaltung dieser Ordnung zu sorgen. Diese Aufgabe übernimmt häufig der Nationalstaat durch Institutionen wie die Polizei. Denn auch wenn der Staat wenig bis gar nicht in die direkte Wirtschaft eingreift, hilft er sehr wohl die Ordnung und Reichtumsverteilung einzuhalten. So z.B. durch den Schutz von „Eigentum“ und wirtschaftlichen Profiten, durch Bestimmung von Streikverordnungen, durch Niederschlagung von Aufständen und Kriminalisierung von Kämpfen für mehr Mitbestimmung und soziale Gerechtigkeit.

Kapitalistisches Patriarchat: Beschreibt die Verbundenheit von **Kapitalismus** und **Patriarchat** als zwei nicht voneinander unabhängig zubetrachtenden Unterdrückungssystemen.

Kessel: Beschreibt eine Polizeipraxis, bei der Menschen eingekesselt werden. Die Polizei positioniert sich so um Menschenansammlungen (z.B. eine Demo), dass man die Menschenansammlung nicht mehr verlassen kann.



Klassismus: Beschreibt eine Diskriminierungsform aufgrund von Klassenherkunft oder Klassenzugehörigkeit und richtet sich gegen Menschen aus der Armuts- oder Arbeiter*innenklasse (z.B. einkommensarme, erwerbslose, wohnungslose Menschen, Menschen mit „niedrigen“ Bildungsabschlüssen oder Kin-

der von Arbeiter*innen). Die Diskriminierung basiert u.a. auf der Zuschreibung, dass arme Menschen faul, kriminell, dumm und an ihrer Armut selbst schuld seien. Klassismus dient der Abwertung, Ausgrenzung und Ausbeutung von Menschen und dem Erhalt der aktuellen Klassenordnung (s. **Klassenordnung**). Folgen sind u.a. begrenzter Zugang zu Wohnraum, Bildungsabschlüssen, Gesundheitsversorgung, Macht, Netzwerken, Teilhabe, Anerkennung und Geld.

Klassenordnung: Begriff, der die aktuelle Sortierung der Gesellschaft beschreiben soll. Es gibt verschiedene Klassen, die sich in Eigentum, Reichtum und Chancen erheblich voneinander unterscheiden. Arbeiter*innen und Menschen aus der Armutsklasse haben dabei eine schlechtere Stellung und müssen sich kontinuierlich um ihre Lebensgrundlage sorgen. Menschen aus der Oberklasse dahingegen können häufig aufgrund von Erbe oder gesicherten Arbeitsverhältnissen ohne Angst vor Existenzverlust ihr Leben gestalten.

Kolonialismus: Bezeichnet die Übernahme anderer Länder und Gebiete durch Staaten wie z.B. Deutschland, Frankreich, Großbritannien usw. Die übernommenen Gebiete werden genutzt, um der Bevölkerung die eigene Sprache, Religion und Kultur aufzuzwingen und die Menschen und Natur vor Ort auszubeuten oder zu vernichten.

Kommunismus: Bezeichnet einen Gesellschaftsentwurf/eine politische **Ideologie**. Es gibt viele theoretische Strömungen, die den Kommunismus prägen. Je nach Denkart gibt es versch. Auslegungen und Aspekte, die hervorgehoben werden. Zentral ist z.B. die Idee von sozialer Gerechtigkeit, der klassenlosen Gesellschaft, kollektivem Zusammenleben und der Herrschaft der Arbeiter*innen.

Kontrollzonen: Sind Bereiche in denen die

Polizei Ausweise und Taschen von Menschen kontrollieren darf, ohne, dass ein dringender Tatverdacht bestehen muss. Das kann einerseits per Gesetz erlaubt sein, wenn die Orte als sogenannte "kriminalitätsbelastete Orte" eingestuft werden, oder aber in Bereichen um Demonstrationen und Kundgebungen.

KPD: (Kommunistische Partei Deutschland) Wurde 1919 unter Führung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gegründet. Weitere berühmte Mitbegründer*innen waren Franz Mehring und Clara Zetkin. Die Gründung erfolgte als Zusammenführung des Spartakusbundes mit anderen Linksradikalen Gruppen nach der Abspaltung von der USPD. 1933-1945 wurde die KPD in den Untergrund gedrängt. In der sowjetischen Besatzungszone kam es 1946 zur Vereinigung der SPD und KPD zur SED. In Westdeutschland wurde die KPD verboten. Bis heute ist die KPD verboten. 1968 gründete sich die DKP (Deutsche Kommunistische Partei) mit Überschneidungen im Programm und Personal.

Kriminalisierung: Mit dem Begriff wird versucht, deutlich zu machen, dass Personen/Handlungen/Lebensweisen etc. von außen, beispielsweise von Behörden, vom Staat oder durch einen medialen Diskurs als kriminell gewertet werden, ohne, dass sie es sind. Diese Kriminalisierung kann schwerwiegende Konsequenzen für Betroffene haben. So werden unter anderem durch die kriminalisierenden und rassistischen Debatten um sogenannte „Clan-Kriminalität“ Orte wie Shisha Bars extrem häufig von der Polizei kontrolliert und schikaniert. In der Öffentlichkeit entsteht so das Bild eines „gefährlichen Ortes“.

Kurdistan (kurdisch/Kurd*innen): Kurdistan ist das historische Siedlungsgebiet der Kurd*innen im Mittleren Osten, welches 1923 auf die Staaten Türkei (Nordkurdistan), Irak

(Südkurdistan), Syrien (West-, bzw. Südwestkurdistan) aufgeteilt wurde. Der ostkurdische Teil liegt in Iran und gehört schon seit dem 17. Jh. zu Iran. Ein weiterer Teil liegt auf dem heutigen Staatsgebiet von Armenien. Es gab nie einen vereinten Nationalstaat Kurdistan. Die kurdische Bevölkerung wird weltweit auf etwa 40 Millionen geschätzt. In dem Gebiet Kurdistan leben allerdings nicht nur Kurd*innen, sondern auch z.B. Araber*innen, Perser*innen, Assyrer*innen und viele mehr. (Quelle: Herausgeber*innenkollektiv (2019). Widerstand und gelebte Utopie - Frauenguerilla, Frauenbefreiung und Demokratischer Konföderalismus in Kurdistan. S. 571)

Kurdische Freiheitsbewegung: Ist die kurdische politische Befreiungsbewegung, welche auf den drei Grundpfeilern Geschlechterbefreiung, Ökologie und radikale Demokratie fußt. Angestrebt wird eine politische Organisation unter der Idee des **demokratischen Konföderalismus**. Eine Gründung eines eigenen Nationalstaats für Kurd*innen lehnt die kurdische Freiheitsbewegung ab. Als Vordenker gilt **Abdulla Öcalan**.

Law and Order Politik: Auf deutsch "Recht und Ordnung", ist eine Form der Politik bzw. ein Ansatz, welcher sich auf Strafen und ihre harte Durchsetzung konzentriert, um Kriminalität zu reduzieren/bekämpfen. À la, wenn die Strafe nur hoch genug, dann wird niemand mehr Verbrechen begehen. In dieser Logik wird das Begehen von Straftaten z.B. aus einer Not heraus, nicht berücksichtigt.

liberale Demokratie: Eine Regierungsform, die auf demokratischen und liberalen Grundsätzen aufbaut. Gerade die liberalen Grundsätze folgen letztendlich der Idee, dass sich der Staat möglichst wenig in das Leben von Einzelpersonen einmischen soll. Für eine liberale Demokratie, die sich im kapitalistischen System (s. **Kapitalismus**) befindet,

heißt dies auch, dass der Staat ebenso wenig in die Wirtschaft eingreifen soll.

Lohnarbeit: Beschreibt Arbeit, welche bestritten werden muss, damit ein Mensch genug Geld zum Leben hat. Der*die Arbeiter*in steht also in einer Abhängigkeit zum Lohn. Dieser Lohn ist meistens sehr gering, sodass der*die Arbeiter*in nach Auszahlung des Lohns weiterarbeiten muss, um sich das Leben im kommenden Monat wieder leisten zu können. Lohnarbeit unterscheidet sich von Arbeit, die zwar bezahlt wird, bei der ein Mensch allerdings nicht auf das Geld angewiesen ist, z.B. weil die Person bereits sehr viel Geld besitzt (Erbe) oder mehr verdient, als er*sie zum Leben braucht. Lohnarbeit grenzt sich zusätzlich von anderer Arbeit ab, für die kein Lohn ausgezahlt wird, so zum Beispiel unbezahlte Haus- und Pflegearbeit (**Carearbeit**) oder politische Arbeit und Ehrenämter.

Lützerath: Ein Dorf westlich von Köln, das an der Abbruchkante vom Tagebau Garzweiler liegt. Bereits vor einigen Jahren wurde das Gelände, auf dem das Dorf stand/stand, von RWE aufgekauft, mit dem Ziel, die darunterliegende Kohle abzubauen. Alle Bewohner*innen wurden zwischen 2006 und 2022 umgesiedelt. In dem Prozess entstand eine umfassende Protest- und Widerstandsbewegung, die das Gebiet besetzte und damit die geplante Abbaggerung aufhalten bzw. auf sie aufmerksam machen wollte. Im Januar 2023 wurde das besetzte Dorf unter Einsatz von massiver Polizeigewalt schließlich geräumt und zerstört. RWE wird dort in den nächsten Jahren rund 110 Millionen Tonnen Kohle fördern.

Macker: Als Macker werden meistens cis-Männer bezeichnet, die sich als übertrieben männlich aufspielen. Sie drängen sich gerne in den Vordergrund und geben mit ihren Taten an, um andere zu „beeindrucken“ (s.

Toxische Männlichkeit. Auch in linken Gruppen oder aktivistischen Kontexten gibt es Macker. Besonders problematisch ist, dass sie mit ihrem Verhalten FLINTA*s (s. **FLINTA***) den Raum nehmen und sexistische Strukturen (s. **Sexismus**) aufrechterhalten.

materielle Verhältnisse: Beschreibt Besitzverhältnisse. Geht man von der theoretischen Schule des Historischen Materialismus aus, beschreibt es die Annahme, dass die Produktion und Produktionsmittel die Grundlage aller Gesellschaftsordnung bilden und dass die Verteilung der Produkte wiederum die jeweils bestehende soziale Gliederung in Klassen strukturiert. Es gibt bspw. im Kapitalismus (s. **Kapitalismus**) Menschen mit viel Kapital (s. **Kapital**) und Menschen mit wenig bzw. keinem Kapital. Diese Personengruppen sind durch ihre materiellen Verhältnisse - also wie sie auf ökonomischer Ebene zueinander in Beziehung stehen - voneinander getrennt.

(Mehrfach) Marginalisierung/marginalisiert: Beschreibt die Verdrängung von Individuen oder Bevölkerungsgruppen an den Rand der Gesellschaft. Sie sind meist Diskriminierung und Ausgrenzung ausgesetzt. Vereint eine Person oder eine Personengruppe mehrere Formen der Marginalisierung (z.B. **Sexismus** und **Rassismus**), kann von Mehrfachmarginalisierung gesprochen werden (s. **Intersektionalität**).

Marktwirtschaft: Beschreibt eine bestimmte Form der Wirtschaftsordnung. Geordnet werden die Produktion und der Konsum von Waren- und Dienstleistungen. Waren und Dienstleistungen werden auf dem Markt zur Verfügung gestellt bzw. zum Tausch gegen Geld angeboten. Es ist sehr wichtig zu bemerken, dass in einer Marktwirtschaft bestimmte Besitz-/ Produktionsverhältnisse bestehen. Das bedeutet, dass es Menschen (Kapitalist*innen) gibt, die Eigentümer*innen von bestimmten Produktionsmitteln

sind und wesentlich über die Produktion von Ware entscheiden. Ihr Profit basiert in erster Linie auf der Tatsache, dass sie Produktionsmittel besitzen. Auf der anderen Seite gibt es Menschen, welche kein Eigentum haben und darauf angewiesen sind sich durch den Verkauf ihrer eigenen Arbeitskraft in den Markt zu integrieren.

migrantisiert: Der Begriff meint Menschen, die einen Migrationshintergrund haben oder denen ein Migrationshintergrund zugeschrieben wird. Der Begriff soll zeigen, dass migrantisierte Menschen diese Zuschreibung aufgrund von Klischees durch einen Großteil der Gesellschaft von außen „aufgedrückt“ bekommen, oft auf Grundlage ihres Aussehens und/oder ihrer Sprache und somit bewusst oder unbewusst ausgeschlossen werden.

Mölln: Ist eine Kleinstadt in Schleswig-Holstein. Am 23. November 1992 wurden dort mehrere Brandanschläge auf Wohnhäuser von als Gastarbeiter*innen, nach Deutschland gekommene Menschen und ihrer Familien, verübt. Dabei kamen drei Menschen ums Leben: Yeliz Arslan (10), Ayşe Yılmaz (14) und Bahide Arslan (51). Der Anschlag wurde von zwei Neonazis begangen.

nationalistisch/Nationalismus: Beschreibt die Identifikation und den Rückbezug auf das Land der eigenen Herkunft. Nationalistische Politiken sind ausschließlich auf die Interessen des eigenen Landes ausgerichtet. Das beinhaltet meist Abschottung und militärische Aufrüstung nach außen und Unterdrückung und Ausbeutungen von einem vermeintlichen 'Anderen' nach innen.

neo-kolonial: (neo=neu, siehe **Kolonialismus**) beschreibt ein Fortlaufen der (politischen) Machtverhältnisse des Kolonialismus ohne, dass Länder wie Deutschland andere Länder gewaltvoll einnehmen und besetzt halten. Akteur*innen in dem Machtverhältnis/Herr-

schaftsbeziehung des Neokolonialismus können Nationalstaaten, aber auch Institutionen und Unternehmen, sowie einzelne Menschen und Menschengruppen sein. Trotzdem ist dieses Machtverhältnis von Unterdrückung, Beeinflussung und Ausbeutung von Mensch und Land geprägt. Ein Beispiel dafür ist z.B. die (**kapitalistische**) Ausbeutung von Bodenschätzen/Ressourcen durch die EU oder Länder der EU wie Deutschland (während man den Menschen verwehrt den gleichen Weg wie den der Ware zurückzulegen, also zu migrieren).

nicht-binär: Selbstbezeichnung. Nicht-binäre Personen identifizieren sich weder als Mann noch als Frau, oder als beides, oder mal als das eine und mal das andere. Andere wiederum verorten ihre Identität gänzlich außerhalb von männlich und weiblich. Neben den „klassischen“ Pronomen (sie/er) funktioniert die Ansprache häufig über deren Namen oder andere Pronomen (z.B. they/them).

Patriarchat: Beschreibt ein Herrschaftsverhältnis, in dem cis dya Männer (s. **cisgender**, s. **inter**) die privilegierte, unterdrückende, machtvolle Position einnehmen. Zur Veranschaulichung – auch derzeit leben wir noch im Patriarchat.

Pathologisierung: Meint die Bewertung von Verhaltensweisen, Empfindungen, Wahrnehmungen oder Gedanken als krankhaft. Dabei geht man immer von einem medizinisch oder gesellschaftlich definierten Normalzustand aus und beschreibt Dinge als krankhaft, die von dieser Norm abweichen.

PKK (Paradigmenwechsel): Kurz für "Partiya Karkerên Kurdistan" (dt. Arbeiter*innenpartei Kurdistan). Entstand aus einer Gruppe kurdischer und türkischer Studierender, die sich um **Abdullah Öcalan** herum organisierten und sich mit Fragen des Sozialismus und der nationalen Befreiung **Kur-**

distans beschäftigten. Der Kampf verband die nationale Befreiung schon immer mit der Befreiung von Klassenherrschaft und mit der Frauenbefreiung. In den 1990er Jahren gab es eine Neuausrichtung der PKK die als Paradigmenwechsel bezeichnet wird. Dieser beschreibt die Veränderung weg von der Idee eines sozialistischen Staats und eines kurdischen Nationalstaats hin zum **Demokratischen Konföderalismus**. Denn der Staat wurde als **patriarchale** Herrschaftsform identifiziert. Die PKK wird oftmals, sowohl durch Außenstehende als auch in der Kurdischen Freiheitsbewegung, synonym für die gesamte kurdische Bewegung insgesamt genannt. (Quelle: Herausgeber*innenkollektiv (2022). Verändern wollte ich eine Menge - aus dem Leben der Internationalistin Ellen Stärk. S. 103, 297)

Poliklinik: Ob Menschen gesund oder krank sind, hängt nicht nur von ihrem individuellen Verhalten und ihrem körperlichen Zustand ab. Wer arm ist, ist häufiger krank und lebt kürzer. Sozialer und finanzieller Hintergrund und Gesundheit hängen eng miteinander zusammen und bedingen sich. Mit dem Konzept der Poliklinik wollen Menschen gesundheitlicher Ungleichheit entgegenwirken und für eine gerechte und solidarische Gesellschaft eintreten und kämpfen. Oft auch solidarische (Stadtteil-) Gesundheitszentren (SGZ) genannt, sind sie eine Antwort auf die Ökonomisierung und Privatisierung des Gesundheitssystems. Sie sind eine konkrete Alternative zur derzeitigen Versorgungsstruktur, in der Qualität statt Quantität gilt, Profitinteressen keinen Platz haben sollen und Gesundheit als Allgemeinut verstanden wird. Verhältnisprävention statt Verhaltensprävention ist hier das Stichwort. Die Basismodule eines SGZ sind in einem gemeinsamen Konzeptpapier festgehalten und umfassen die drei Säulen der Primärversorgung, der Gemeinwesenarbeit sowie der Zentrumskoordination. In drei Städten (Berlin, Leipzig und Hamburg) gibt

es bereits praktizierende SGZ, in weiteren arbeiten Ortsgruppen an der Etablierung, so auch in Marburg. Das konkrete Angebot der verschiedenen Zentren unterscheidet sich je nach Bedarf in der Nachbar*innenschaft, den Ressourcen der Gruppe oder der Verfügbarkeit von entsprechenden Räumen.

Polizeikultur/ Copculture: Beschreibt eine innerhalb der Polizei herrschende Kultur, die mit bestimmten Normen, Verhaltensmustern und Praxen einhergeht. Sie ist geprägt von toxischer Männlichkeit (s. **toxische Männlichkeit**, Macker), einer Lust auf Machtausübung und der Idee von „Kameradschaft“. Diese führt dazu, dass sich Polizist*innen uneingeschränkt untereinander schützen und damit Polizeigewalt sowie rechte Strukturen doppelt unsichtbar gemacht werden.

Polizieren: Die Praxis polizeilicher Gewalt wird in wissenschaftlichen und aktivistischen Kontexten allgemein als „Polizieren“ bezeichnet, um über das enge Verständnis von Polizeiarbeit hinaus alle Akteur*innen, die auf die Erreichung und Erhaltung von sogenannter (konstruierter) „innerer Sicher-



heit“ zielen, einzuschließen. So werden neben Polizist*innen und Ordnungsamt auch Zollbeamt*innen, Kontrolleur*innen in Bus und Bahn sowie Sicherheitsdienste und Behörden (wie ein Jobcenter oder Finanzamt) in den Blick genommen. Neben staatlichen Akteur*innen sind darin auch bürgerliche Gruppen eingeschlossen.

Präventivhaft: Auch Unterbindungsgewahrsam, ist die Inhaftierung von einem Menschen, bevor eine tatsächliche Straftat begangen wurde. Es ist damit eine Umkehrung des Prinzips der Unschuld bis zur Verurteilung (Unschuldsvermutung). Es ist eine **Repressionsmaßnahme**, die vom Staat eingesetzt wird, um Menschen von Protesten fernzuhalten. Auch ist es eine Steigerung des Hausarrests, welcher zum Teil aus ähnlichen Gründen eingesetzt wurde. Bei beiden Formen, vor allem aber der Präventivhaft, die zum Teil mehrere Wochen dauern kann, werden Menschen ihrer Freiheiten beraubt.

prekär/Prekarität: Bezeichnet einen Teil der Gesellschaft, dessen Lebensverhältnisse von Unsicherheit geprägt sind. Das sind Menschen, die beispielsweise im Niedriglohnsektor arbeiten oder Arbeitslose, die nicht genügend Geld für ein würdevolles Leben haben. Das kann auch Personen mit chronischen Erkrankungen einschließen.

Pushbacks: Bezeichnet das (gewaltvolle) völkerrechtswidrige Abweisen oder Zurückdrängen von Schutzsuchenden auf der Flucht, z.B. auf dem Meer. Daran sind häufig auch staatliche Akteur*innen beteiligt. Von einigen Stimmen wird kritisiert, dass der Begriff relativ harmlos klingt, obwohl es sich um eine Praxis handelt, die Menschen aktiv von ihrem Menschenrecht Asyl zu stellen, abhält.

queer: Angeeignete Selbstbezeichnung. Wird als Überbegriff für und von Personen

verwendet, die sich nicht dem (hetero)normativen (s. **heteronormativ**) Begehren (s. **Begehren**) und binären Konstrukt von Geschlecht (s. **cis/cisgender**, s. **binäres Geschlechtssystem**) zuordnen möchten oder können. Queer beschreibt dabei oft auch, dass geschlechtliche und sexuelle Identität etwas dynamisches und fluides sein kann. Als Verb (etwas „queeren“) kann queer auch eine Position, Handlungs- oder Denkweise beschreiben, die sich kritisch mit bestehenden Normen und Verhältnissen an sich auseinandersetzt, sie herausfordert und diese dekonstruiert.

race: Eine soziale Kategorie, die die politische, soziale und kulturelle Konstruktion von **Weiß-** und **Nichtweißsein** beschreibt. Den Begriff verwenden wir auf Englisch, da die wörtliche Übersetzung in die deutsche Sprache eng mit nationalsozialistischen **Ideologien** verbunden ist, während der Begriff im Englischen durch eine lange Geschichte der Wiederaneignung in emanzipatorischen Kämpfen (s. **Emanzipation**) einer Selbstbezeichnung näherkommt. Der Begriff macht deutlich, dass es zwar keine Menschen „Rassen“ gibt, aber dennoch das Machtverhältnis Rassismus aufgrund einer Kategorisierung nach (zuschriebener) Hautfarbe und Herkunft (s. **Rassifizierung**).

racial profiling: Ist eine Form von institutionellem und gesellschaftlichem Rassismus (s. **Rassismus**). Racial profiling ist eine Praxis von staatlichen Akteur*innen, wie beispielsweise der Polizei, bei der Menschen aufgrund ihrer (angenommenen/zuschriebenen) Hautfarbe, Kultur oder Religion bedroht, kontrolliert, ausgegrenzt und kriminalisiert (s. **Kriminalisierung**) werden. Es kommt dabei häufig zu massiver Gewalt (Bsp.: s. **George Floyd**), die von institutioneller Seite nicht anerkannt oder bekämpft wird.

radikal: Die Idee, gesellschaftliche Probleme radikal zu bekämpfen, kommt sprachlich

von radix = „Wurzel“ und bedeutet Probleme an der Wurzel zu packen und möglichst umfassend zu bekämpfen.

RAF: Steht kurz für Rote Armee Fraktion, manchmal auch „Baader-Meinhof-Gruppe“. War eine linksradikale Gruppierung in Deutschland, die sich in den 80er Jahren gründete. Sie selbst bezeichneten sich als kommunistische, antiimperialistische Stadtguerilla. Sie wurde bekannt durch zahlreiche politische Attentate, bei denen 35 Menschen ermordet wurden. Ihre Opfer waren Führungskräfte aus Politik, Wirtschaft und Polizei.

Rassismus: Strukturelle Benachteiligung von Individuen oder Gruppen auf Grundlage tatsächlicher oder vermeintlicher Merkmale wie Hautfarbe, Herkunft, Sprache, Religion. Die Ungleichheit wird dabei entweder mit vermeintlich biologischen Unterschieden oder mit angeblichen Unterschieden zwischen Kulturen zu begründen versucht.

Rassifizierung: Meint die gewaltvolle Praxis, in der Personen auf Grund von vermeintlichen (äußerlichen) Merkmalen die Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen zugeschrieben wird. Diese Zuschreibungen können auf kultureller oder geografischer Herkunft oder Hautfarbe basieren. Sie gehen mit Abwertung, Vorurteilen, Gewalt oder Ausschlüssen einher. Der Begriff soll zeigen, dass rassifizierte Menschen diese Zuschreibung von außen „aufgedrückt“ bekommen.

reformativ: Meint das Umgestalten innerhalb bestehender Verhältnisse, statt sie radikal (s. **radikal**) zu verändern und wird häufig als Gegensatz zu „revolutionär“ verstanden.

Reparationen: Vom Kolonialismus (s. **Kolonialismus**) und seinen Kontinuitäten unterdrückte Menschen fordern seit Jahrzehnten

nicht nur die Anerkennung von Kolonialverbrechen, sondern auch die Kompensation des Kolonialismus auf materieller/finanzieller Ebene. Mit der Forderung nach Reparationen wird oft Kritik an gängigen Praktiken wie „Entwicklungshilfe“ laut, da so Abhängigkeiten zwischen Kolonisator*innen und Kolonisierten bestehen bleiben.

Repression: Anderes Wort für Unterdrückung. Bezieht sich vor allem auf Unterdrückung von politischen Bewegungen oder Widerstand gegen herrschende Verhältnisse durch den Staat. Das Wort wird häufig in einem Kontext benutzt, in dem es darum geht, dass politische Bewegungen durch den Staat kriminalisiert (s. **Kriminalisierung**) werden (z.B. mit Hilfe des §129a StGB), so z.B. mit juristischen Konsequenzen auf ihre Arbeit rechnen müssen. Diese Konsequenzen sind nicht zufällig gewählt, sondern sollen politische Arbeit erschweren und andere Menschen vor der Mitarbeit abschrecken. Repression kann auch systematisch sein, wie z.B. im **Kolonialismus**. Repression bezeichnet die gewaltvolle Unterdrückung, die Menschen, Gruppen oder Gesellschaften durch gesellschaftliche Institutionen wie den Staat erfahren können.

Repressionsorgane: Als Repressionsorgane werden die Institutionen bezeichnet, die die Unterdrückung aktiv ausführen, z.B. die Polizei.

Rostock-Lichtenhagen: Ist ein Stadtteil von Rostock. Er wird allerdings oft als Synonym für die von Neonazi ausgeführten **rassistischen** Pogrome 1992 in Rostock Lichtenhagen verwendet. Bei den Pogromen wurde u.a. ein Wohnheim für vietnamesische ehemalige Vertragsarbeiter*innen, das sogenannte Sonnenblumenhaus, von Neonazis angegriffen und in Brand gesetzt. Dabei schauten viele Menschen zu und klatschten. Die Polizei griff nicht ein. Nur durch Zufall kam es nicht zu Todesopfern. Es ist ein

Ereignis in den sog. Baseballschlägerjahren, welche die Zeit der 90er und frühen 2000er Jahre beschreibt in denen neonazistische Gewalt Alltag war. Vor allem war sie auch brutaler und häufiger und wurde dazu normalisiert. Im Vorfeld dieser Angriffe wurde eine populistische, rassistische Debatte in der Politik über das Asylrecht geführt, welche als Wegbereiter der brutalen Ausschreitungen gesehen wird. Während der Pogrome einigten sich CDU/CSU und SPD auf einen sogenannten Asylkompromiss, welcher die Möglichkeiten eingeschränkt, sich auf das Grundrecht auf Asyl zu berufen, um Ausschreitungen wie die in Rostock zukünftig 'zu vermeiden'. Es wurden also nicht Nazis für ihre Taten belangt und ihre **Ideologien** bekämpft, sondern die Opfer von Nazis kriminalisiert und stigmatisiert. Der von rechts geschürte Hass gegen Asylantragsteller*innen wurde von CDU und SPD in Gesetzen manifestiert.

Schwarze Menschen: Selbstbezeichnung. Schwarz wird hierbei groß geschrieben, um zu zeigen, dass damit keine Hautfarbe gemeint ist, sondern eine politische Identität, etwa die Verbundenheit durch gemeinsame (**Rassismus-**) Erfahrungen und geteilte Lebensrealitäten.

Sexarbeit: Ist ein Sammelbegriff für bezahlte sexuelle Dienstleistungen, wie die Arbeit als Domina, als Pornodarsteller*in, in der Prostitution, aber auch z.B. der Verkauf von Nacktfotos oder getragener Unterwäsche. Der Begriff betont, dass es sich um Arbeit handelt.

Sexismus: Sexismus bezeichnet die Abwertung von FLINTA* (s. **FLINTA***) auf Grund ihres Geschlechts. Er ist tief in unserer Gesellschaft verankert und basiert auf Annahmen und Vorurteilen, wie Menschen ihr Geschlecht auszuleben haben. Diese Abwertung ist eng mit dem Patriarchat (s. **Patriarchat**) verknüpft.

Sexuelle oder sexualisierte Gewalt / Sexuelle Grenzverletzung: In verschiedenen Kontexten werden diese Begriffe unterschiedlich verstanden, sie werden aber auch synonym verwendet. „Sexualisiert“ und „sexuell“ wird dabei unterschieden, wobei der Begriff „sexualisiert“ explizit anspricht, dass das, was passiert, gewaltvoll ist (und eben kein Sex) – denn Sex meint etwas Schönes, Konsensuales. Häufig wird die sexualisierte Grenzverletzung als Vorstufe zur sexualisierten Gewalt begriffen. In beiden Fällen geht es um explizit sexuelle oder sexuell aufgeladene Handlungen, die gegen den Willen der betroffenen Person passieren. Das umfasst vielfältige Verhaltensweisen, die individuelle körperliche und psychische Grenzen der anderen Person überschreiten. Das beginnt bei ungewolltem „Tätscheln“, anzüglichen Witzen, sexualisierten Bemerkungen über das Aussehen und reicht hin bis zu versuchter oder vollendeter Vergewaltigung. Jegliche Formen sexualisierter Übergriffe passieren aus einem Machtgefühl und dem Wunsch nach Erniedrigung der betroffenen Person heraus. Sie werden rechtlich selten anerkannt (s. **Staatsgewalt**).

Shoah/Schoa: Selbstbezeichnung. Selbst gewähltes Wort für die systematische Verfolgung und Ermordung von Millionen von Jüdinnen*Juden durch die Nationalsozialist*innen zwischen 1933 und 1945. Der Begriff **Holocaust** wird zum Teil synonym verwendet. Die Begriffe haben aber unterschiedliche Bedeutungen.

Sinti*zze und Rom*nja: Selbstbezeichnung. (Gegenderte) kollektive Selbstbezeichnung einer nationalen Minderheit in Deutschland und anderen Ländern Europas. Sie umfasst wenige Hunderttausend Mitglieder und ist stark ausdifferenziert. Sie ist seit dem Ende des 14. Jahrhunderts in Europa beheimatet und erfährt seither vielfach Ausgrenzung und Gewalt.

solidarisch/Solidarität: Unsere Definition

von Solidarität beschreibt eine radikale Praxis, die Ausdruck von Widerstand ist. Sie beinhaltet sowohl Veränderung des eigenen Verhaltens als auch das intensive Einlassen auf andere Menschen und somit eine Veränderung des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Solidarität heißt zum einen Unterschiede anzuerkennen und zu respektieren, und zum anderen Kämpfe für eine gerechtere Welt zu verbinden. Solidarisches Handeln umfasst alle Bereiche und macht nicht vor einzelnen Aspekten des Lebens halt. Es bedeutet solidarische Beziehungen zu leben und zu formen.

Solingen: Ist eine Stadt in Nordrhein-Westfalen in der Nähe von Düsseldorf. Dort wurde am 29. Mai 1993 (zeitlich nach **Hoyerswerda**, **Rostock-Lichtenhagen** und **Mölln**) ein Wohnhaus aus **rassistischen** Motiven in Brand gesteckt. Dabei kamen 5 Menschen ums Leben: Gülüstan Öztürk (12 Jahre), Saime Genç (4 Jahre), Hülya Genç (9 Jahre), Hatice Genç (18 Jahre) und Gürsün Inçe (27 Jahre). Weitere 14 Bewohner*innen des Hauses wurden, teils schwer, verletzt. Die Täter waren vier junge Männer, die einer lokalen rechten Jugend-



szenen angehört, die zunehmend Zugänge in organisierte Neonazi-Kreise fand. Einige der Täter besuchten regelmäßig die Kampfsportschule „Hak Pao“, die vom Neonazi und V-Mann (s. **Verfassungsschutz**) Bernd Schmitt geleitet wurde. Über die Rolle von Schmitt wurde gesagt, dass er nicht nur nichts tat, um den Solinger Brandanschlag zu verhindern, sondern die Ermittlungen zum Anschlag erheblich verkomplizierte, z.B. durch Warnung vor Hausdurchsuchungen, Verschleppungen von Akten und Zurückhalten von Informationen zu den Tätern. (weiter lesen: Lotta Magazin: Der Brandanschlag in Solingen; Antifaschistisches Infoblatt: Der Mordanschlag in Solingen: Ein weiterer „Betriebsunfall“ des Verfassungsschutzes?)

Staatsgewalt: So wird die Macht genannt, die der Staat besitzt, um Gesetze zu verabschieden und um dafür zu sorgen, dass diese eingehalten werden. Außerdem beschreibt es die Mittel der Umsetzung dessen (s. **Gewaltmonopol**). Dies findet oft in Form von Bestrafung statt, meistens Geld- oder Gefängnisstrafen. Eigentlich soll der Staat sich dabei an seine eigenen Gesetze halten. Denn theoretisch wird die Staatsgewalt durch allgemeingültige Rechte und internationale Verträge, wie die Menschenrechte und das Völkerrecht begrenzt. Dies tut er aber nicht immer. Außerdem sind Recht und Gesetz in Deutschland geprägt durch Ungerechtigkeit und Diskriminierung. Andere Herrschaftsverhältnisse wie bspw. **Patriarchat** und **Rassismen** werden darin reproduziert (s. **Patriarchat**, **Rassismus**).

Staatsräson: Das Prinzip der Staatsräson geht auf den Staatstheoretiker Machiavelli zurück und damit bis in die Renaissance. Gemeint war damit, dass die Interessen des Staates über allem anderen stehen. Um die Macht des Staates zu erhalten, durften andere Werte und auch die Rechte Einzelner verletzt werden. Wenn heute etwas als Staatsräson bezeichnet wird, wird es zu

einem übergeordneten Interesse des Staates erklärt, nach dem jede Handlung des Staates auszurichten ist. Dieses Interesse zu schützen, wird gleichbedeutend damit die Machtverhältnisse zu schützen.

Stalin: Josef Stalin war ein sowjetischer, kommunistischer Politiker, der in der Zeit von 1927 bis 1953 das Staatsoberhaupt der Sowjetunion war. Stalin ist eine politisch umstrittene Person, verantwortlich für den Tod von Millionen von Menschen, gleichzeitig war er die Person, die die industrielle Revolution in der Sowjetunion vorangebracht hat. Eine linke Bewegung ist bis heute durch sein Erbe schwer belastet, Liberale und Konservative lassen nur allzu gern die dunklen Jahre seiner Herrschaft immer wieder als Beweis für die wahre Bedeutung und das Wesen des Sozialismus auferstehen.

Stigmatisierung: Stigmatisierung bezeichnet die Zuschreibung von bestimmten Merkmalen zu einer Person oder Gruppe, die in der Gesellschaft negativ bewertet und auf deren Basis betroffene Personen ausgeschlossen werden. Die Merkmale widersprechen meist dem, was in der jeweiligen Gesellschaft als „normal“ gilt. Stigmatisierte Personen oder Gruppen werden vor allem über dieses Merkmal wahrgenommen, während andere Merkmale in den Hintergrund rücken. Von Selbststigma wird gesprochen, wenn Personen das gesellschaftliche Stigma für sich übernommen haben und sich selbst abwerten und abgrenzen (s. auch **Marginalisierung**).

Strukturen: Als Strukturen werden in linken Kreisen meist die Organisierungszusammenhänge, also z.B. Gruppen, Netzwerke, aber auch weniger starre und flüchtigere Zusammenschlüsse von Personen benannt.

Tamilisch/Tamil*innen: Die Tamil*innen sind eine Volksgruppe, die u.a. in Indien und Sri

Lanka lebt. Viele Tamil*innen leben aufgrund des Bürgerkriegs in Sri Lanka (1989-2009) gezwungenermaßen in anderen Ländern, da sie in Sri Lanka verfolgt und getötet wurden und werden. Der tamilische Kampf hat die Unabhängigkeit von Sri Lanka zum Ziel.

Taser: Auch Elektroschockpistole genannt, gehört zu den Elektroimpuls Waffen. Ein Taser verfügt über zwei Modi: Im Distanzmodus werden durch das Betätigen der Waffe mehrere Projektile abgeschossen. Diese erreichen eine Geschwindigkeit von bis zu 50 Metern pro Sekunde und sind mit Widerhaken und isolierten Drähten versehen. Ziel ist es, dass die Widerhaken der Projektile in der Haut der Zielperson stecken bleiben. Wird nun erneut der Abzug betätigt, wird der Zielperson ein Elektroschock verabreicht, wobei die Abgabe der Elektroschocks auch mehrfach hintereinander erfolgen kann. Der zweite Modus ist der Kontaktmodus: Dabei verhält sich der Taser grundsätzlich wie ein klassischer Elektroschocker. Wenn also direkter Körperkontakt zum Gegner besteht, können diesem durch Betätigen des Tasers Elektroschocks zugeführt werden.

Täter*innenarbeit: Zielt zum einen auf Vorbeugung und Schutz (potenzieller) Gewaltbetroffener, indem mit (potentiell) gewalttätigen Menschen gearbeitet wird. Zum anderen meint Täter*innenarbeit Arbeit mit Menschen, die sich bereits gewaltvoll und grenzüberschreitend verhalten haben. Sie zielt auf das Übernehmen von Verantwortung und Umgehen mit der Gewalt ab und verortet diese auch in Blick auf die gesellschaftlichen Verhältnisse (bspw. **Toxische Männlichkeit**, **Patriarchat**). Hier bezieht sich der Begriff vor allem auf Taten wie körperliche und sexualisierte Gewalt (s. **sexualisierte Gewalt**) gegen FLINTA*s (s. **FLINTA***). Die Idee dabei ist, die Arbeit nicht (auch noch) auf den Schultern der Be-

troffenen abzuladen, sondern an problemverursachender Stelle anzusetzen.

Toxische Männlichkeit: Eine in unserer Gesellschaft vorherrschende Vorstellung von Männlichkeit. „Toxisch“ heißt hier schädlich (für sich und andere) und meint zerstörerische Denk- und Verhaltensweisen (Selbstbild, Verhalten, Beziehungsweisen...), die in der Gesellschaft als „männlich“ gelten. Beispiele für toxische Männlichkeit sind etwa, keine Schwäche zu zeigen und immer stark und aggressiv zu sein. Männer müssen immer (heterosexuellen) Sex wollen und darin „gut“ sein und ihre „Männlichkeit“ immer wieder unter Beweis stellen. Ergebnis davon ist physische, emotionale, psychische und **sexualisierte Gewalt** – vor allem gegen FLINTA*s (s. **FLINTA***), aber auch gegen als „schwach“ angesehene cis dya Männer (s. **cisgender**, s. **inter**).

trans*: Selbstbezeichnung. Adjektiv, das Menschen näher beschreibt, die sich nicht mit dem Geschlecht identifizieren, das ihnen bei der Geburt zugewiesen wurde. Das Sternchen steht für die verschiedenen Endungen: transident, transgender oder transgeschlechtlich, veraltet auch das Wort transsexuell, das allerdings lange als abwertende Bezeichnung verwendet wurde und daher nicht als Fremdbezeichnung benutzt werden sollte.

transformative justice (engl.) / transformative Gerechtigkeit (dt.), restaurative Gerechtigkeit: Bezeichnet eine alternative Methode des Strafjustizsystems, das überwiegend aus indigenen Gerechtigkeitspraxen kommt. Ziel ist es, über Wiedergutmachung Gerechtigkeit herzustellen und einen ehemaligen „harmonischen Zustand“ wiederherzustellen. Dafür sollen sich so weit wie möglich alle am Prozess beteiligen, um kollektiv Bedürfnisse etc. herauszufinden und zu adressieren, Verletzungen zu heilen und Gerechtigkeit herzustellen. Die transformative

Gerechtigkeit beinhaltet Prinzipien und Praxis der restaurativen Gerechtigkeit, ist aber jenseits des Strafjustizsystems anzuwenden. Im Gegensatz zur Wiederherstellung eines vorherigen Zustandes soll hier ein neuer Zustand von Gerechtigkeit hergestellt werden, der transformatives Veränderungspotenzial hat. Diese Praxis basiert auf einem herrschaftskritischen Ansatz, der die Probleme nicht nur im Fehlverhalten selbst sieht, sondern auch die Ursache des Fehlverhaltens problematisiert. Das hat das Potential Betroffene, Täter*innen und ihre Beziehung zueinander nachhaltig zu transformieren.

Universalismus: Aus dem Lateinischen universalis, zur Gesamtheit gehörig, allgemein, umfassend. Eine Position, die das Allgemeine dem Besonderen überordnet. Ausgehend von heutiger politischer Theorie (insbesondere Psychoanalyse), hinterfragt man die postmoderne Annahme und Politik, jede*r lebe in ihrer*seiner partikulären Welt (wird häufig im Kontext von **Identitätspolitik** vertreten). In seiner Praxis bezieht sich ein politischer Universalismus auf eine Solidarität im Kampf, die verschiedene Perspektiven gegen bestehende Machtverhältnisse für das gute Leben für alle vereint.

Überakkumulationkrise des Kapitals: Kapitalakkumulation beschreibt den Prozess der stetigen Anhäufung bzw. Vermehrung von **Kapital** innerhalb einer **kapitalistischen** Gesellschaft. Die Akkumulation von Kapital wird durch unterschiedliche Mechanismen gesichert. Im Wesentlichen baut sie auf der Ausbeutung von Arbeiter*innen auf, da die ursprüngliche Vermehrung von Geld auf gering oder gar nicht entlohnter (Mehr-)Arbeit basiert. Die Überakkumulationskrise des Kapitals beschreibt die Folge dieses Prozesses. Kapitalist*innen häufen so viel Kapital an, dass es zu viel ist, um dieses wiederum gewinnbringend in etwas anderes zu reinvestieren. In der Folge wird das Ka-

pital zumeist in den Finanzsektor in Form von z.B. Aktien gepumpt. Da die investierte Geldmenge meist nicht dem realen Wert der Investition entspricht, kommt es zu einer Veränderung des Wertes von Geld. Die Veränderung des Wertes von Geld betrifft wiederum jeden von uns, da wir dem Kapital alle gleichermaßen (unter unterschiedlichen Bedingungen) ausgeliefert bzw. untergeordnet sind. Dies ist nur ein Beispiel von vielen, welches zeigt, dass wir nicht in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung leben, sondern vielmehr in einer Gesellschaft, die kapitalistisch ist.

UdSSR: Abkürzung für Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, bekannt als Sowjetunion. Föderalistischer Bundesstaat, bestehend aus 15 Unionsrepubliken (1922-1991), geführt von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.

U-Haft: Ist die Kurzform für Untersuchungshaft. Dies ist eine Maßnahme, die durch Richter*innen angeordnet werden muss und wird in der Regel mit der Begründung einer bestehenden Fluchtgefahr verhängt. In linken Kontexten befürchten die Behörden dabei nicht direkt eine Flucht, sondern oft auch das Untertauchen von Betroffenen. In dieser Maßnahme werden also Menschen schon vor einer Verurteilung ihrer Freiheiten beraubt, damit sie beim anstehenden Gerichtsverfahren anwesend sind.

Utopie: Ist ein ideeller Zukunftszustand, der nicht erreicht werden kann, auf den aber hingestrebt wird.

Verfassungsschutz: Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) ist Teil des deutschen Inlands-Geheimdiensts. Seine Mitarbeiter*innen überwachen Personen und Gruppen, die vermeintlich verfassungsfeindlichen Aktivitäten nachgehen. Als verfassungsfeindlich werden dabei oft auch Kämpfe für eine

sozialere Gesellschaft gesehen, die bspw. den Kapitalismus kritisieren. Denn dieser wird als systemzugehörig verstanden (s. **liberale Demokratie**). Der Verfassungsschutz überwacht Kommunikation, z.B. in Form von Telefonaten, Chats etc., besucht verdeckt Veranstaltungen oder schickt verdeckte Ermittler*innen (sog. V-Personen) in Gruppen, die überwacht werden sollen.

VVN-BdA: Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA e. V.) gründete sich 1945 nach der Befreiung der Konzentrationslager. Der Verein setzt sich gegen **Faschismus** und rechte **Ideologien** ein, steht im Kontakt mit Häftlingsverbänden und Überlebende des Naziregimes, gedenkt Widerstand und Verfolgung. 2019 wurde dem VVN-BdA die Gemeinnützigkeit entzogen, da der bayrische Verfassungsschutz sie als „extremistisch“ eingestuft hatte. 2021 wurde, durch zahlreiche Proteste und Petitionen initiiert, die Gemeinnützigkeit wieder anerkannt.

weiß: Bezieht sich auf eine dominante und privilegierte Position **weißer** Menschen innerhalb des Machtverhältnisses **Rassismus** (s. **Rassismus**). Die Kursivschreibung versucht zu betonen, dass das **Weißsein** keine biologische Eigenschaft oder reelle Hautfarbe meint, sondern eine politische und soziale Konstruktion ist, die aber Auswirkungen in der Realität hat.

Zapatistas: Eine Gruppierung und Bewegung in Chiapas (Mexiko), die seit den 90er Jahren für die Rechte der indigenen Bevölkerung und gegen kapitalistische Zustände (s. **Kapitalismus**) kämpft. Ihre politischen Kämpfe fußen auf basisdemokratischen Überzeugungen, Geschlechtergerechtigkeit und Menschenrechten. Sie haben selbstverwaltete Gebiete, in denen sie ihre politischen Überzeugungen abseits des Staates leben. Sie sind international mit Gruppen in

zahlreichen Ländern vernetzt.

Zivikarren: Zivi kommt von Zivilpolizist und Karre = Auto, d.h. das sind Polizeiautos die nicht als solche zu erkennen sind, da sie keine Polizeiaufschrift tragen. Dies ist auch so gewollt, so werden sie oft zur Überwachung und Beschattung von Personen etc. eingesetzt.

ziviler Ungehorsam: Beschreibt einen gewaltfreien, gezielten Gesetzesbruch der als Taktik in politischen Protesten genutzt wird. Es ist eine Protestform, mit der Aktivist*innen eine Bestrafung in Kauf nehmen. Beispiele sind Sitzblockaden und nicht gewerkschaftlich organisierte Streiks. Namen, die mit der Protestform in Verbindung gebracht werden: Mahatma Gandhi, Rosa Parks, Martin Luther King.

11. September 2001: War der Terroranschlag, ausgeführt durch Terroristen der Al-Qaida, bei dem 4 Flugzeuge entführt und diese ins World Trade Center in New York und ins Pentagon in Washington gelenkt wurden, ein weiteres Flugzeug stürzte in Pennsylvania auf einem Feld ab. Als Reaktion darauf rief die USA den 'War against Terror' (dt. Krieg gegen Terror) aus und begann noch im selben Jahr Krieg in Afghanistan (später auch im Irak). Die Terrorismusabwehr begründet seitdem viele Einschnitte in **Bürger*innenrechte**, **Privatsphäre** etc. und **Repressionen**, **Militäreinsätze** und **Kriege**.

§129a Strafgesetzbuch: Der Paragraph ist Teil der Straftaten gegen die öffentliche Ordnung. Er bestraft die „Bildung terroristischer Vereinigungen“. Damit ist die vermeintliche organisatorische Ebene gemeint, die unabhängig eines Nachweises von anderen Straftaten oder etwa bei geringer Indizienlage zu Verurteilungen führen kann. Laut Gesetztext sind damit Gruppen gemeint, die sich zusammenschließen, um

gemeinsam Straftaten zu begehen. Er wird verstärkt genutzt, um linke Gruppierungen zu kriminalisieren (s. **Kriminalisierung**). Dabei sind der Willkür kaum Grenzen gesetzt und die Ermittlungen können potenziell alle betreffen. Er wird auch als Schnüffel- oder Bespitzelungsparagraf bezeichnet, da er von den Behörden zur Überwachung linker Zusammenhänge genutzt wird und viele Ermittlungsbefugnisse gibt. Damit ist der Paragraph auch ein Instrument staatlicher Repression (s. **Repression**).



rage page – feministische konsequenzen aus marburg
Ausgabe 3 – 4/2024

Herausgeber*innen:

rage page wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

Email:

ragepage@systemli.org

Blog:

ragepage.noblogs.org

Instagram:

@ragepage_mr

Lizenz:

CC BY-NC-ND 4.0

Design:

jil (Kontakt über rage page)

Zeichnungen:

aby

Druck:

Hinkelsteindruck sozialistische GmbH
Auflage, 1000 Stück

Marburg, [01.04.2024]

Wie kann ich unterstützen?

Schreibt uns gern eine Mail an ragepage@systemli.org

Wir bedanken uns bei allen, die uns bisher unterstützt haben! Ein extra großes DANKE ans Café am Grün, das uns durch das Aufstellen unserer Spendenbox dabei unterstützt hat, unsere Arbeit zu machen und diese Ausgabe veröffentlichen zu können.

Wie kann ich mitmachen?

Melde dich einfach bei uns, über Mail oder Instagram.

rage page verstaubt nicht gern im Regal.

Wir freuen uns, wenn das Magazin durch viele Hände geht.

Gebt es gern weiter, an Menschen, die es auch lesen möchten – oder sollten.

Bildquellen:

Alle Abbildungen und Fotos sind Eigenanfertigungen.

